



AIB

2 V 7426 E

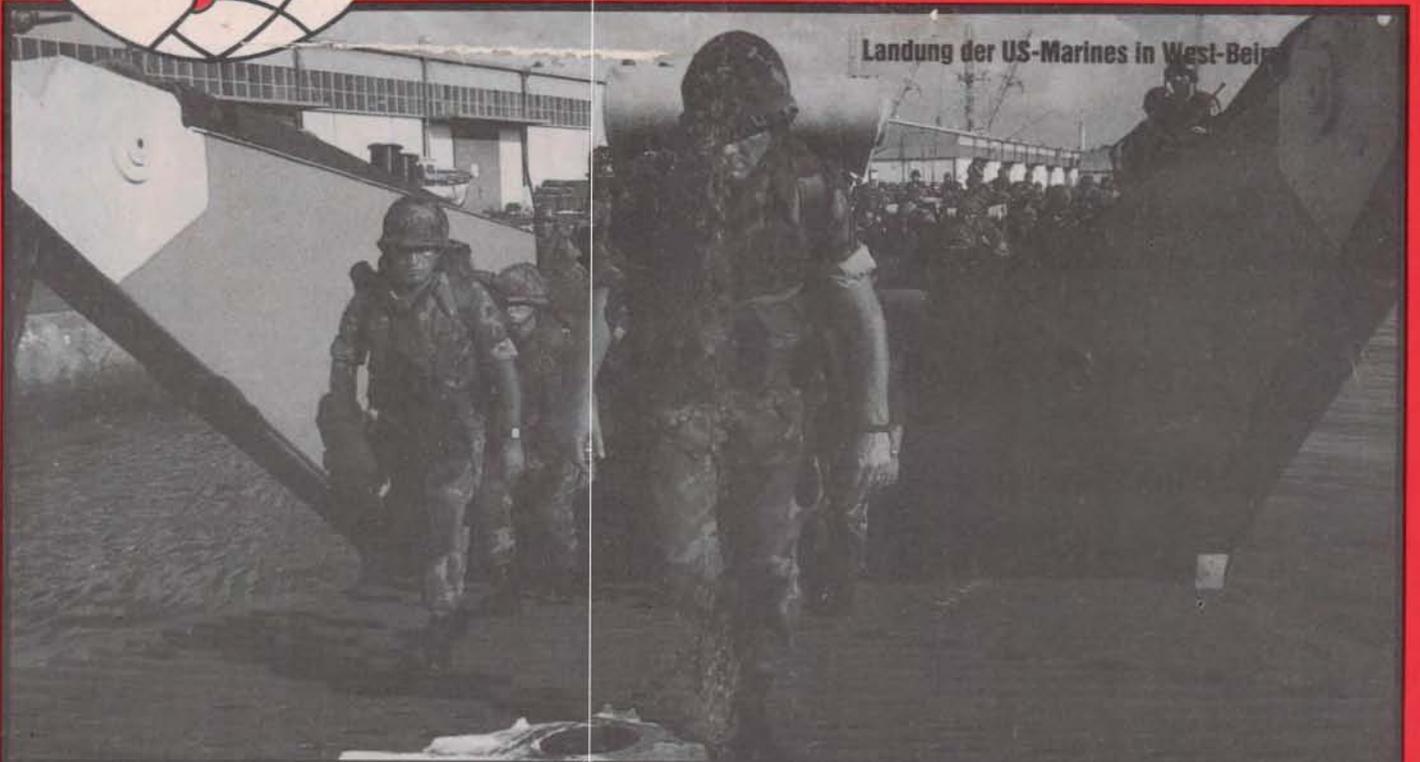
4,50 DM

Nov. - Dez.

11-12/1982

13. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin



USA - Friedensstifter in Nahost?



- Südafrika ● Mauritius
- Bolivien ● Türkei
- China

Inhalt

AIB-Aktuell:
Kohl/Genscher auf Reagan-Kurs? 3

**Naher und Mittlerer Osten /
Indischer Ozean**
Die Öregion und der Indik im Zu-
griff der Reagan-Administration (1) 4

Libanon
Neue Tendenzen unter Gemayel 11

Ägypten
Mubarak in den Fußstapfen Sadats 16

Mauritius
Nach dem Triumph der Linken 20

Seychellen
Das umkämpfte Paradies 23

Namibia
SWAPO-Position zum Plan der UNO 26

Südafrika
Neuaufschwung der Gewerkschafts-
bewegung 28

Indochina
Die Allianz China-USA (17) 31

Türkei
Interview mit M. Karaca (DISK) 40

Malaysia
Die Grenzen der Bumiputra-Politik 42

Bolivien
Der verspätete Regierungsantritt
H. Siles Suazos 46

Chile
Das neue Gesicht der Opposition (2) 50
Kritische Anmerkungen zu
H. Huismanns Thesen 54

Uruguay
Das Wirtschaftsmodell der Diktatur 58

Mittelamerika
Kirche zwischen Repression und
Revolution 62
Tomas Borge: Die Revolutionsfeinde
sind keine wirklichen Christen 64

Rückblick:
100 Jahre deutscher Kolonialverein 67

Infodienst 68

Kurzinformationen 70

Kommentar: H. Kohls
„menschliche“ Ausländerfeind-
lichkeit 72



Zugriff der USA in Nahost S.4

Neue politische Initiativen kennzeichnen die Lage nach der Libanoninvasion Israels. Die arabische Charta von Fes, die Nahostpläne Ronald Reagans und Leonid Breshnews markieren die unterschiedlichen Vorstellungen für die Zukunft der Region.

Wir dokumentieren diese Initiativen und beginnen mit einer Serie, die den Nahen und Mittleren Osten sowie den Indischen Ozean als ein Kerngebiet der Reagan'schen Konfrontationspolitik gegenüber der Dritten Welt vorstellt.

Südafrikas Gewerkschaften S.28

Noch nie hat die Gewerkschaftsbewegung Südafrikas einen solchen Aufschwung genommen wie in den letzten beiden Jahren. Ohne ihren Kampf ist an den Sturz des Apartheidregimes nicht zu denken.

Jean-Pierre Richard, Präsident der französischen Anti-Apartheid-Bewegung, bilanziert den Neuaufschwung der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung.



Linksregierung in Bolivien S.46

Nach über zweijähriger blutiger Herrschaft mußte die bolivianische Militärdiktatur angesichts machtvoller Widerstandsaktivitäten den Bankrott anmelden.

Wie kam es so weit? Welche Rolle spielten dabei die Gewerkschaften? Was sind die Perspektiven der Linksregierung Siles Suazo?



Christen in Mittelamerika S.62

In El Salvador stehen Teile der katholischen Kirche geschlossen gegen das Völkermordregime. In Nicaragua hingegen wächst der Konfliktstoff zwischen dem Klerus und der sandinistisch geführten Regierung.

Welche Position bezogen Kirchen und Christen Mittelamerikas in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre? Der langjährige Beobachter der lateinamerikanischen Kirchenszene, Adalbert Krims, ist dieser Frage am Beispiel Nikaraguas, El Salvadors und Guatemalas nachgegangen.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (0 64 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Julia von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer

Mitarbeiter dieser Nummer: U. Eymann, I. Flach, P. Grund, C. Klotz, P. Maaskola, J. Ostrowsky, U. Rupp, G. Schmidt-Bolmann, L. Schmitz, E. Schneider, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zustimmung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 15. Oktober 1982

Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Magazin-Verlag, Plambeck & Co. Verlag Marxistische Blätter, Demokratisches Gesundheitswesen, IZ 3/W, ASK

AIB-Aktuell: Kohl/Genscher auf Reagankurs?

Mit Genugtuung registrierte die regierungsnaher Presse Washingtons, der politische Wechsel in Bonn würde den Hauptverbündeten wieder zu einer engeren Zusammenarbeit mit den USA zurückführen, die angeschlagenen Beziehungen zwischen Bonn und Washington wieder herstellen.

Die Regierungserklärung, die der neue CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl am 13. Oktober 1982 vor dem Bundestag abgab, machte diesen Erwartungen alle Ehre: „Fundament deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sind das Nordatlantische Bündnis und die Freundschaft und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika“, heißt es da. Und: „Das Bündnis ist der Kernpunkt deutscher Staatsraison.“ Die Sprache ist verräterisch: Nicht die nationalen Interessen der Bundesrepublik sind die oberste Maxime der Bonner Politik; die von der Reagan-Administration diktierten Interessen „des Bündnisses“ sind allen anderen Interessen übergeordnet. Daß diese neue Kohl/Genscher-Koalition an der alten atlantischen Lebenslüge, die Interessen der Bundesrepublik seien nur vermittels der Unterordnung unter den US-Führungsanspruch in der NATO zur Geltung zu bringen, festgehalten würde, war zu erwarten. Ebenso wenig Zweifel bestand darüber, daß die neue Bundesregierung ein „uneingeschränktes“ Bekenntnis zum NATO-Raketenbeschluß von 1979 ablegen würde.

Und dennoch wäre nichts verhängnisvoller, als die Entschlossenheit der Bonner Rechtskoalition zur Stationierung von 108 Pershing-II-Raketen und 464 Cruise Missiles (Marschflugkörpern) im Herbst 1983 achselzuckend hinzunehmen (laut Stern soll Washington sogar das Dreifache an Stückzahl planen). Es wäre fatal, nach dem Motto zu verfahren: „Was anderes sollte man von dieser Regierung erwarten?“ – einer Regierung, deren Bundeskanzler selbst das Handelsblatt „primitiven Amerikanismus“ vorwarf, einer Regierung, deren Außenminister Hans-Dietrich Genscher der ehemalige Regierungssprecher Klaus Bölling „Sympathie für bestimmte und gleichsam konstitutive Elemente im Denken der Reagan-Anhänger“ bescheinigte.

Der „primitive Amerikanismus“ amtiert

Die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik bzw. Westeuropa zu verhindern, ist in der Tat die wichtigste Frage des Jahres 1983. Selbst der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt – 1977 noch als Erfinder der „Raketenlücke“ im Mittelstreckenbereich hervorgetreten – ist inzwischen seiner Sache nicht mehr ganz sicher. Bei seinem USA-Besuch im Sommer dieses Jahres sagte er vor texanischen Geschäftsleuten, er habe überhaupt „kein Verständnis“ für einen „westlichen militärischen Inferioritätskomplex“. Bis in die höchsten Spitzen der sozialliberalen Koalition hinein verstärkte sich in den letzten Monaten der Verdacht, die US-Amerikaner verhandelten in Genf nur zu Schauzwecken, hätten jedoch an echten Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen kein ernsthaftes Interesse.

Wahrhaft lebensgefährlich für die Bundesrepublik und für ganz Europa wird die Raketenstationierung, betrachtet man sie vor dem Hintergrund des am 31. Mai 1982 von der New York Times enthüllten Geheimplanes des Pentagon (US-Verteidigungsministerium) zur umfassenden Kriegsvorbereitung in den Jahren 1984 bis 1988. Danach plant die Reagan-Administration allen Ernstes einen präventiven Atomkrieg, dessen Ziel die „Enthauptung“ des weltpolitischen Gegenspielers, der UdSSR, ist.

„Die neue atomare Strategie“, so das Pentagon-Dokument, „fordert von den amerikanischen Streitkräften die Fähigkeit, die gesamte sowjetische (und mit der Sowjetunion verbündete) militärische und politische Machtstruktur auszuschalten“... Es weist die Streitkräfte an, Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion auf jedem Konfliktniveau – von Aufständen bis zum Atomkrieg – zu besiegen.“

Das wichtigste Instrument zur Umsetzung dieser „Enthauptungs“-Strategie ist nichts anderes als die Erstschlagswaffe vom Typ Pershing II, die im Dezember 1983 ausschließlich auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert werden soll und unser Land zwangsläufig zur Zielscheibe eines sowjetischen Gegenschlages macht. Dies in Kauf zu nehmen aber heißt, die elementaren Lebensinteressen der Bundesrepublik bewußt aufs Spiel zu setzen. Dies zu verhindern, muß deshalb 1983 das zentrale Anliegen aller demokratischen Kräfte dieses Landes werden, über alle politischen Grenzen hinweg, seien sie nun Sozialdemokraten, Christen, Kommunisten, Grüne oder Alternative. Es gilt für die Friedensbewegung, 1983 ein politisches Klima in der Bundesrepublik zu erzeugen, in dem es auch den Herren Kohl und Genscher unmöglich gemacht wird, den NATO-Raketenbeschluß von



Bundeskanzler Kohl (r.) und Außenminister Genscher

1979 in die Tat umzusetzen.

So wie es bereits nach wenigen Tagen Anzeichen für einen deutlich aggressiveren Kurs der neuen Bonner Regierung in der Rüstungsfrage, für eine wesentlich größere Anpassungs- und Unterordnungsbereitschaft gegenüber der globalen Konfrontationspolitik der Reagan-Administration gegeben hat, so sind bei aller vorhandenen Kontinuität auch neue Akzente in der internationalen Wirtschaftspolitik und gegenüber der Dritten Welt zu erwarten. Zwar hat die Regierungserklärung – wohl hauptsächlich wegen der von dem neuen Kabinett vertretenen Geschäftsinteressen – noch keine explizite Abkehr von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern gebracht und noch kein Nachgeben in der Frage des von den USA geforderten Röhrenembargos gegen die Sowjetunion erkennen lassen. Aber wer garantiert eigentlich bei einer bis zur Selbstaufgabe bereiten Unterwürfigkeit, daß Kohl/Genscher nicht morgen bereit sind, auch diesen letzten Rest an nationaler Eigenständigkeit über Bord zu werfen und sich dem von Ronald Reagan proklamierten Wirtschaftskrieg gegen die sozialistischen Länder voll anzuschließen?

In der Auseinandersetzung um die Neue Internationale Wirtschaftsordnung fordern Unionssprecher wie der neue Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler, bereits, künftig allein „den Marktmechanismus über Angebot und Nachfrage, Innovation und Diversifikation, Erfolg neuer Ideen und Kostenvorteilen entscheiden (zu) lassen“. Wird jetzt auch für Bonn das „Wunder Markt“ (R. Reagan) zum Maß aller Dinge?

Die Weichen für eine langfristige Einschränkung der staatlichen Entwicklungshilfe hat Bonn jedenfalls schon gestellt, wenn für das nächste Haushaltsjahr die Verpflichtungsermächtigungen im Bereich der Entwicklungshilfe um 11% gekürzt werden.

Ferner ist zu erwarten, daß die Vergabe von Entwicklungshilfe künftig an die Bedingung der „echten Blockfreiheit“ geknüpft wird, in H.D. Genschers Sprachgebrauch ein Synonym für antisowjetische Politik. Es wird deshalb einige Gradmesser geben, an denen die Solidaritätsbewegung ablesen kann, wohin der Kurs der neuen Regierung geht. Der erste ist **Moçambique**, mit dem die sozialliberale Bundesregierung kurz vor ihrem Sturz noch ein Hilfsabkommen über die Lieferung von Elektrokraftstationen im Wert von 10 Mio DM abgeschlossen hat. Die CDU/CSU hat dagegen bereits scharfen Protest eingelegt.

Ein zweiter Gradmesser ist die Entwicklung der Beziehungen zu **Nikaragua**, dem die Bundesrepublik seit der Revolution vom Juli 1979 insgesamt 137 Mio DM an Hilfe zugesagt hat. Die CDU/CSU hat bereits im März 1982, nach der Verhängung des Ausnahmezustandes in Nicaragua, vor einer weiteren Hilfe „eindeutige Beweise für eine demokratische Entwicklung“ verlangt.

Schließlich wird man die Politik der Koalition Kohl/Genscher gegenüber El Salvador mit besonderer Wachsamkeit verfolgen müssen. Bereits im Dezember 1981 hatte Außenminister H.D. Genscher vor, die Junta in San Salvador mit der Rücksendung des bundesdeutschen Botschafters, Joachim Neukirch, diplomatisch aufzuwerten, was damals nur durch Einspruch aus der SPD-Fraktion verhindert wurde (siehe AIB 10/1982, S.7). Es ist anzunehmen, daß H.D. Genscher in dieser Frage von seinem jetzigen Regierungspartner keinen Widerstand befürchten muß. Umso größer ist deshalb jetzt die Verantwortung der Solidaritätsbewegung, der neuen Regierung auf die Finger zu klopfen.

Israels Libanonkrieg im Juni-August 1982 und die Septembermassaker in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila verdeutlichen einmal mehr: Die Ölregion des Nahen und Mittleren Ostens bleibt einer der explosivsten Konfliktherde der Weltpolitik. Der vorgebliche „große Schritt“ hin zu einem „umfassenden Frieden in der Region“, den die Separatfriedensschließer USA-Israel-Ägypten im März 1979 in Washington vollbracht haben wollten, hat sich längst als Alibi zu neuen Kriegszügen herausgestellt. Zur spannungsgeladenen Lage in Nahost, dem Umfeld Palästinas, kam als neues Krisenzentrum der Persische Golf (Mittlerer Osten) und mit ihm sein Vorfeld Indischer Ozean hinzu. Der von Jimmy Carter zur Jahreswende 1979/80 verordnete Zugriff der Weltmacht USA auf das „lebenswichtige Interessengebiet“ am Persischen Golf aber hat die Entwicklungen in der Gesamtregion enger miteinander verknüpft.

Wolfram Brönner

Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagan-Administration (1)

Bewegung im Nahostkonflikt nach dem Libanonkrieg



Yassir Arafat (l.) Stunden vor dem Abzug der PLO-Führung aus Beirut: Trost für zurückbleibende Palästinenserin

Der von US-Sonderbotschafter Philip Habib ausgehandelte Abzug der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aus den Ruinenfeldern Westbeiruts war kaum abgeschlossen, da wartete Präsident Ronald Reagan schon mit einer Initiative zum Nahostkonflikt auf. Am 1. September 1982 forderte er, in der Pose des allein zuständigen Vermittlers und Friedensstifters, es gelte jetzt, die aus dem „tragischen“ Libanonkrieg erwachsene „neue Chance für den Frieden im Nahen Osten“ zu nutzen.¹

R. Reagan, der kein Wort der Kritik an der Kriegsführung Israels im Libanon erübrigte, hatte es offenbar eilig, die Mitverantwortlichkeit der USA an dem Völkermord vergessen zu machen. Er suchte obendrein noch politisches Kapital aus der Libanontragödie zu schlagen, denn sein Nahost-„Neubeginn“ soll sich wohl gemerkt im Rahmen des 1978 begonnenen Separatverhandlungsprozesses von Camp David bewegen, also alles beim Alten lassen. Durch eine Auffrischung des Separatgeschäfts USA-Israel-Ägypten, eine zusätzliche Beteiligung Jordaniens sowie durch das weitere Aussperren der PLO, Syriens und der Sowjetunion von Nahostfriedensverhandlungen hofft Washington, seine beherrschende Rolle in der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens ausbauen zu können.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen an, daß dies gleichbedeutend mit dem Anwachsen der Kriegsgefahr in der sog. Ölregion ist. Das veranschaulicht der seit September 1980 andauernde Krieg Irak-Iran. Das demonstrierte Israels Libanoninvasion vom 6. Juni 1982. Und das unterstrich das Massaker von Sabra und Shatila Mitte September d.J. (siehe Libanon-Beitrag in diesem Heft).

Der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat klagte die USA angesichts dieses Blutbades an, gegen das Evakuierungsabkommen (Habib-Plan; siehe AIB 10/1982, S.19) vom August d.J. verstoßen zu haben und eine „Komplizenschaft“ mit den Organisatoren des Massenmordes in den palästinensischen Flüchtlingslagern von Westbeirut eingegangen zu sein:

„Ich besitze ein Dokument, in dem uns der amerikanische Vermittler Philip Habib die ausdrückliche Garantie seiner Regierung gab, nach dem Abzug der Fedayin (bewaffnete PLO-Kämpfer; d. Red.) aus Beirut die Palästinenser, insbesondere jene in den Flüchtlingslagern, zu schützen... Ich kla-



US-Marines spielen die Schlüsselrolle in der multinationalen Streitmacht, die Anfang Oktober 1982 wieder in den Libanon zurückkehrte

ge Amerika und Israel an, die Liquidierung der Palästinenser und von Einheiten der libanesischen Linken geplant zu haben. Eben mit dieser Absicht haben sie den Rückzug der multinationalen Streitkräfte (2.000 Mann aus den USA, Italien und Frankreich; d. Red.) zehn Tage vor dem Ende ihres Mandats zuwege gebracht. Dabei war für dieses Mandat vorgesehen, daß es zu erneuern wäre, falls auch nur eine Partei gegenteiliger Ansicht als alle anderen interessierten Parteien sein sollte, die PLO inbegriffen.

Aber Herr Habib, Präsident Sarkis und der neugewählte Präsident Bechir Gemayel ... haben sich darüber hinter unserem Rücken ... abgestimmt, daß die Überwachungsstreitkräfte früher als vorgesehen abziehen sollten. Und das ist das Resultat!"

Auf die Frage, ob sich die Regierung Reagan dem Vorschlag des Arabischen Gipfels von Fes (9.9.1982) deshalb widersetze, weil sie die Sowjetunion von einer internationalen Nahostfriedenskonferenz ausschließen wolle, antwortete Y. Arafat: „Sie wollen die Verhandlungen noch mehr in die Länge ziehen, anders als ihre Verbündeten, die Europäer, oder als die UdSSR. Nein, ich erwarte nichts von Herrn Reagan und seinen angeblichen Lösungsvorschlägen. Amerika agiert nur zugunsten des Friedens unter starkem internationalen Druck, insbesondere jenem aus Europa.“²

Daß diese Komplizenschaft USA-Israel auf die Libanon-Kriegsführung der Regierung Begin insgesamt zutrifft, dafür sprechen eine Reihe von Indizien:

Unmittelbar vor dem 6. Juni 1982 weilte der israelische Verteidigungsminister, General Ariel Scharon, in Washington, um die Zustimmung des Weißen Hauses für den israelischen Kriegszug einzuholen. Und man hatte ihm grünes Licht gegeben. Bei hernach verschiedentlich aufgekommenen Differenzen zwischen Washington und Tel Aviv ging es lediglich um das Wie der sog. „Operation Frieden in Galiläa“, die prinzipielle Unterstützung seitens der USA stand nie in Frage.

A. Scharon selbst wartete am 16.6.1982 im israelischen Fernsehen mit der Enthüllung auf, daß es mehrere solcher Vorbereitungstreffs in Sachen Libanon zwischen Verantwortlichen beider Seiten gegeben habe: „Während meines letzten Besuches in den Vereinigten Staaten (gegen Ende

Mai) habe ich vornehmlich das Problem des palästinensischen Terrorismus dargestellt, und die Amerikaner haben begriffen, daß Israel keine andere Wahl hatte, als zuzuschlagen.“³

Washington beließ es nicht bei Absichtsbekundungen. Genau am 26. Mai d.J., also noch während des Aufenthaltes A. Scharons in den USA, hatte der Außenpolitische Ausschuß des US-Senats Sonderzuwendungen für Israel in Höhe von 300 Mio Dollar für Rüstungsgüter und von 125 Mio Dollar an Wirtschaftshilfe bewilligt (außerdem sagte man Israel die Lieferung weiterer 75 Kampfbomber des Typs F-16 zu, Kostenpunkt 2,5 Mrd Dollar). Dabei waren im ersten Quartal 1982, als Israels Vorbereitungen für seine Libanoninvasion bereits im Gange waren, ohnehin die US-Waffenlieferungen um 50% gegenüber demselben Vorjahreszeitraum und um beinahe das Zehnfache des ersten Quartals 1980 angehoben worden.

Mehr noch, es handelte sich dabei vorwiegend um solche Waffen, die dann auf den Schlachtfeldern im Libanon am intensivsten zum Einsatz kamen; darunter 10 F-15-Kampfbomber, 19 Horowitzzer des Kalibers 155mm, die bei der wochenlangen Belagerung Westbeiruts Hauptquelle des Artilleriebeschusses waren, 14 Panzerspähwagen sowie Bomben und Munition. Völlig aus dem Rahmen fällt ferner die Aushändigung von 40 Panzern des Typs M-60 gerade im Mai/Juni d.J.⁴

Mitte Juni d.J. vereinbarten Ronald Reagan und Menachim Begin bei dessen Besuch in Washington, daß der Libanonkrieg fortzusetzen und auszuweiten sei, um der Durchsetzung gemeinsamer Interessen willen: der Zerschlagung der PLO und ihrer libanesischen Verbündeten; der Austreibung der syrisch-arabischen Abschreckungsstreitmacht (30.000 Mann, seit 1976 mit dem Mandat der Arabischen Liga präsent); der „Neuordnung“ des Libanon, wobei man sich einig darin ist, daß dem ultrarechten, proamerikanischen Lager der christlichen Großbourgeoisie (Phalangepartei, Nationalliberale, Frangieh-Clan) und Militärs zur tonangebenden Position und diesen zu einem Separatfrieden mit Israel verholfen werden soll.

Die israelische Invasionsarmee konnte so bei ihrer Politik der „verbrannten Erde“ und des Bombenkrieges im Libanon

Ronald Reagan

Vorschläge für einen „Neubeginn“ im Nahen Osten



US-Präsident Ronald Reagan forderte am 1. September 1982 in einer Fernsehansprache an das amerikanische Volk einen „Neubeginn“ im Nahen Osten.

(...) Amerika hat sich seit langem verpflichtet, dieser geplagten Nahost Region den Frieden zu bringen. Seit mehr als einer Generation haben amerikanische Regierungen in der Folge sich bemüht, einen fairen und durchführbaren Prozeß zu entwickeln, der zu einem wahren und dauerhaften arabisch-israelischen Frieden führen könnte. Unser Engagement in der Suche nach dem Frieden im Nahen Osten ist keine Sache der freien Wahl, sondern ein moralisches Gebot. Die strategische Bedeutung der Region für die Vereinigten Staaten ist bekannt.

Aber unsere Politik wird durch mehr motiviert als nur strategische Interessen. Wir haben eine unumstößliche Verpflichtung für das Überleben und die territoriale Integrität befreundeter Staaten. Und wir können auch ebenso wenig die Tatsache außer acht lassen, daß das Wohlergehen eines großen Teiles der Weltwirtschaft mit der Stabilität des von Streit heimgesuchten Nahen Ostens verknüpft ist. Und schließlich verlangen unsere traditionellen humanitären Anliegen eine anhaltende Anstrengung zur friedlichen Lösung von Konflikten.

Als unsere Administration im Januar 1981 ihr Amt antrat, beschloß ich, daß der allgemeine Rahmen für unsere Mittelost- und Nahostpolitik im großen und ganzen den von meinen Vorgängern festgelegten Richtlinien folgen sollte.

Zwei grundlegende Probleme waren es, denen wir uns zuwenden mußten. Ersten gab es die strategische Bedrohung der Region durch die Sowjetunion und ihre Stellvertreter – wie sie am deutlichsten durch den brutalen Krieg in Afghanistan zum Ausdruck kommt – und zweitens den Friedensprozeß zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Was die Bedrohung durch die Sowjets angeht, so haben wir unsere Anstrengungen verstärkt, um zusammen mit unseren Freunden und Verbündeten eine gemeinsame Politik zu entwickeln, um die Sowjets und ihre Stellvertreter von einer weiteren Expansion in der Region abzuhalten und, wenn notwendig, uns dagegen zu verteidigen. Was den arabisch-israelischen Konflikt anbetrifft, so haben wir den Rahmen von Camp David als den einzigen Verfahrensweg benutzt. Wir haben jedoch erkannt, daß die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts allein nicht den Frieden in einer ganzen Region sichern kann, die so groß ist wie der Nahe und Mittlere Osten. (...)

Der Krieg im Libanon hat uns – so tragisch er war – eine neue Chance für den Frieden im Nahen Osten gebracht. Wir müssen diese Chance jetzt ergreifen... (...)

Daher rufe ich heute abend zu einem Neubeginn auf. Dies ist der Augenblick für all jene, die unmittelbar betroffen sind, sich an einer funktionierenden Grundlage für den Frieden zu beteiligen – oder ihr Unterstützung zu gewähren. Das Camp-David-Abkommen bleibt die Grundlage unserer Politik. Sein Text bietet allen Parteien die Bewegungsfreiheit, die sie für erfolgreiche Verhandlungen brauchen. (...)

Wenn ich andere zu all dem aufrufe, so tue ich das in der Erkenntnis, daß die Vereinigten Staaten eine besondere Verantwortung tra-

gen. Kein anderes Land ist in der Position, sich mit den entscheidenden Parteien des Konflikts auf der Grundlage von Vertrauen und Verlässlichkeit auseinanderzusetzen. Die Zeit für einen neuen Realismus seitens aller Völker im Nahen Osten ist gekommen. (...) Welche sind die speziellen, neuen amerikanischen Positionen und warum beziehen wir sie? (...)

Erstens. Wie in den Camp-David-Vereinbarungen dargelegt, muß es einen Zeitraum geben, innerhalb dessen die palästinensischen Einwohner des Westjordanlandes und des Gazastreifens volle Autonomie über ihre eigenen Angelegenheiten haben. Dabei müssen das Prinzip der Selbstverwaltung durch die Einwohner dieser Gebiete und die legitimen Sicherheitsanliegen der betroffenen Parteien in angemessener Weise berücksichtigt werden.

Zweck der fünfjährigen Übergangsperiode, die nach freien Wahlen zu einer autonomen palästinensischen Regierung einsetzen würde, ist es, den Palästinensern zu beweisen, daß sie sich um ihre Angelegenheiten selbst kümmern können und daß eine solche palästinensische Autonomie keine Bedrohung der Sicherheit Israels darstellt. Während der Übergangsperiode werden die Vereinigten Staaten die Verwendung weiterer Landstriche zum Zweck der Besiedlung nicht unterstützen. Ja, die unverzügliche Einstellung der Besiedlung durch Israel könnten – mehr als jede andere Maßnahme – das Vertrauen schaffen, das für eine breiter angelegte Beteiligung an diesen Gesprächen notwendig ist. Eine weitere Siedlungstätigkeit ist für die Sicherheit Israels in keinsten Weise notwendig und verringert nur das Vertrauen der Araber darauf, daß ein endgültiges Ergebnis frei und fair ausgehandelt werden kann.

Ich möchte, daß die amerikanische Position klar verstanden wird: Der Zweck dieser Übergangsperiode ist die friedliche und geordnete Übertragung der einheimischen Verwaltung von Israel auf die palästinensischen Einwohner des Westjordanlandes und des Gazastreifens. Gleichzeitig darf eine solche Übertragung nicht die Sicherheitserfordernisse Israels beeinträchtigen.

Beim Blick über die Übergangsperiode hinaus in die Zukunft des Westjordanlandes und des Gazastreifens scheint mit klar, daß es einen Frieden nicht durch die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf diesen Territorien geben kann. Es kann aber auch kein Frieden auf der Grundlage israelischer Souveränität oder permanenter Kontrolle über das Westjordanland und den Gazastreifen erreicht werden.

Daher werden die Vereinigten Staaten nicht die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates im Westjordanland und im Gazastreifen unterstützen – und wir werden nicht die Annexion oder die permanente Kontrolle durch Israel unterstützen.

Es gibt jedoch einen anderen Weg zum Frieden. Der letztendliche Status dieser Gebiete muß natürlich durch das Geben und Nehmen bei Verhandlungen erreicht werden. Es ist jedoch die feste Überzeugung der Vereinigten Staaten, daß Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen in Assoziation mit Jordanien die beste Möglichkeit für einen dauerhaften, gerechten und beständigen Frieden bildet.

Wir gründen unsere Haltung voll und ganz auf dem Prinzip, daß der arabisch-israelische Konflikt durch Verhandlungen gelöst werden sollte, die den Austausch von Territorium gegen Frieden beinhalten. Dieser Austausch ist in der Resolution 242 (von 1967; d. Red.) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen enthalten, die wiederum in allen ihren Bestandteilen Eingang in die Camp-David-Vereinbarungen gefunden hat. Die UN-Resolution 242 behält als Grundstein der amerikanischen Friedensbemühungen im Nahen Osten ihre volle Gültigkeit. (...)

Schließlich sind wir weiterhin davon überzeugt, daß Jerusalem ungeteilt bleiben muß, aber sein endgültiger Status sollte durch Verhandlungen entschieden werden.

Im Zuge der künftigen Verhandlungen werden die Vereinigten Staaten Positionen unterstützen, die uns als faire und vernünftige Kompromisse erscheinen und ein sinnvolles Abkommen fördern dürften.

Die Vereinigten Staaten werden mit voller Hingabe zu diesen Grundsätzen stehen. Sie stehen voll und ganz in Übereinstimmung mit den Sicherheitserfordernissen Israels und den Bestrebungen der Palästinenser. Wir werden hart daran arbeiten, die Beteiligung am Verhandlungstisch zu erweitern, wie dies in den Abkommen von Camp David vorgesehen ist. Und ich hoffe zutiefst, daß die Palästinenser und Jordanien, mit Unterstützung ihrer arabischen Kollegen, diese Chance aufgreifen werden. (...)

(Quelle: Amerika Dienst. Dokumentation, Bonn, Nr. 35/8.9.1982)

nicht nur auf militärischen Begleitschutz (VI. Flotte im östlichen Mittelmeer, Waffennachschub), sondern zugleich auf politische Rückendeckung durch Washington in den Vereinten Nationen bauen. U.a. legten die USA ihr Veto am 6.8.1982 gegen eine Entschließung des UN-Sicherheitsrates ein, in der Israel wegen des „Blutvergießens in Beirut“ entschieden verurteilt und ein Stopp jeder militärischen Hilfe für Israel bis zu dessen vollständigem Abzug aus dem Libanon verlangt wurde.⁵

Die Reagan-Administration blockierte auf diese Weise internationale und verneinte eigene Sanktionen gegen den Aggressor. Selbst nach Israels vertragsbrüchiger Besetzung Westbeiruts und dem anschließenden Massenmord in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila mochte R. Reagan keine „Strafmaßnahmen“ gegen die – seiner Meinung nach – eigentlich schuldige Regierung Begin verhängen. Eine regelrechte Ermunterung zum nächsten israelischen Völkermord...

In Washington sieht man darin, daß im Libanon heute Israel (es hält mit rund 80.000 Soldaten 65% des Territoriums besetzt) und die prowestlichen Rechtskräfte eindeutig das Sagen haben, erst einmal einen gravierenden Positionsgewinn gegenüber den Kontrahenten PLO, Syrien und Sowjetunion. Die PLO büßte mit der Präsenz im Südlibanon und Westbeirut ihre militärpolitische Bastion ein, Syrien dürfte sich so oder so zum Rückzug auch aus den nördlichen und östlichen Landesteilen genötigt sehen. Die Regierung Begin jedenfalls scheint, wie die anhaltenden syrisch-israelischen Zusammenstöße in der Bekaaregion signalisieren, zum nächsten Feldzug bereit.

„Die Plage des Terrorismus austilgen“

Die USA sind insofern Nutznießer der Schlacht um Beirut und des Septembermassakers, als sie die Rolle des Vermittlers im Libanonkonflikt an sich gerissen und der Stationierung von US-Marines auf Zeit freie Bahn verschafft haben. Die Kehrseite der Medaille: Die PLO hat mit ihrer dreimonatigen heroischen Verteidigung und vertraglichen Evakuierung Westbeiruts einen großen politischen Erfolg errungen. Der Widerstand der PLO-Kämpfer und die schockierenden Kriegsverbrechen Israels zusammengenommen, sorgten dafür, daß die Palästinafrage und das Erfordernis von umfassenden Nahostfriedensverhandlungen plötzlich wieder in

den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit rückten.

General Scharon hatte Anfang Juli d.J. vor dem israelischen Parlament sichtlich zu hoch gegriffen, als er erklärte: „Wir sind entschlossen dafür zu sorgen, daß die PLO nicht weiterexistieren wird.“ Und auch Ronald Reagan war noch im Juni d.J., in einer Rede vor dem britischen Parlament, von einem „Austilgen“ der PLO und damit der Palästinafrage bei den „Kämpfen im Libanon“ ausgegangen: „Wir alle müssen darauf hinarbeiten, die Plage des Terrorismus auszutilgen, die den Krieg im Nahen Osten zu einer stets präsenten Bedrohung macht.“⁶

Diese Rechnung der wirklichen Kriegsverursacher ging jedoch nicht auf. Stattdessen riefen die Völkermordpraktiken Israels und die Tathilfen seiner Schutzmacht USA einen vehementen internationalen Gegendruck, in der arabischen Welt heftige Ablehnung der „stets präsenten Bedrohung“ seitens Israels und eine Solidarisierung mit der PLO hervor.

„Beunruhigt über die Länge des Krieges“

Auch die gelegentlichen Schaukämpfe Ronald Reagans gegen Menachim Begin vermochten auf Dauer nicht darüber hinweg zu täuschen, daß ihre Differenzen lediglich taktischer Natur (das Motto Washingtons: „Macht es, aber macht es rasch“) waren.

Das bestätigte im übrigen Ariel Scharon, der die Frage, womit er sich „die feindselige Haltung“ der „Amerikaner in diesem Krieg Ihnen gegenüber“ erkläre, antwortete:

„Mit ihrer Angst, der Erfolg dieses eindrucksvollen Unternehmens könnte verlorengehen. Die Länge dieses Krieges hat die Amerikaner sehr beunruhigt. Sie wollten nicht verstehen, daß er deswegen so lange dauerte, weil ich davon absah, Beirut zu stürmen... (A. Scharon befahl in Wahrheit zahlreiche Sturmversuche, die allesamt scheiterten; d. Red.) Doch ich will die Verärgerung der Amerikaner nicht dramatisieren. Unser Bündnis mit den Amerikanern basiert auf gegenseitigen Interessen, und die Amerikaner wissen das. Israel hat zur Sicherheit der USA nicht weniger beigetragen als die USA zur Sicherheit Israels. Ein bißchen Streit heißt da nichts.“⁷

Reale Interessenwidersprüche USA-Israel treten derzeit über die Art der „Neuordnung“ im Libanon zutage. So beispielsweise, wenn das Begin-Regime sein expansionistisches An-



Vertragsbruch Mitte September d. J.: Israels Armee stürmt Westbeirut nach vorfristigem US-Abzug (l.); fliegende US-Überwachungsstation AWACS, seit 1980/81 im Nahen und Mittleren Osten präsent



12. Arabische Gipfelkonferenz Schlußerklärung

Auf der 12. Arabischen Gipfelkonferenz von Fes wurde im Rahmen der Abschlusserklärung, der Charta von Fes, am 9. September d.J. ein 8-Punkte-Friedensplan zum Nahostkonflikt verabschiedet. Er bringt die gemeinsame Position der arabischen Staatsoberhäupter (ausgenommen das nicht anwesende Libyen und das seit 1978 aus der Arabischen Liga ausgeschlossene Ägypten) und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zum Ausdruck.

1. Zum israelisch-arabischen Konflikt:

Der Gipfel würdigte den Widerstand der Kräfte der palästinensischen Revolution, des libanesischen und des palästinensischen Volkes sowie der syrischen arabischen Streitkräfte und bekräftigte seine Unterstützung des palästinensischen Volkes im Kampf um die Rückgewinnung seiner unveräußerlichen nationalen Rechte.

Überzeugt von der Kraft der arabischen Nation, ihre legitimen Ziele zu erreichen und der Aggression ein Ende zu bereiten, ausgehend von den grundlegenden Prinzipien, wie sie von den Arabischen Gipfelkonferenzen niedergelegt wurden, und in dem Bestreben der arabischen Länder, mit allen Mitteln für die Erzielung eines gerechten Friedens im Nahen Osten zu wirken, unter Berücksichtigung des Vorschlages von Präsident Habib Burgiba, in dem das Völkerrecht als Grundlage für die Lösung der Palästinafrage vorgesehen ist, und des Vorschlags von König Fahd Ben Abdul Aziz für einen Frieden im Nahen Osten, sowie im Lichte der Gespräche und Darlegungen der Könige, Präsidenten und Emire,

hat der Gipfel folgende Grundsätze gebilligt:

1. Rückzug Israels aus allen im Jahr 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich des arabischen El Kuds (Jerusalems).
2. Entfernung der von Israel nach 1967 errichteten Siedlungen.
3. Garantie der Freiheit des Gottesdienstes und der Ausübung religiöser Riten für alle Religionen an den heiligen Stätten.
4. Bekräftigung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Ausübung seiner unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte unter der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), seiner einzigen und rechtmäßigen Vertretung, und auf eine Entschädigung all jener, die nicht zurückkehren möchten.
5. Unterstellung des Westjordanlandes und des Gazastreifens unter die Kontrolle der Vereinten Nationen für eine Übergangszeit, die einige Monate nicht überschreitet.
6. Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit El Kuds (Jerusalem) als Hauptstadt.
7. Der UN-Sicherheitsrat garantiert den Frieden zwischen allen Staaten in der Region, einschließlich des unabhängigen palästinensischen Staates.
8. Der UN-Sicherheitsrat garantiert die Respektierung dieser Grundsätze. (...)

(Quelle: Le Monde, Paris, 11.9.1982)

sinnen, sich einen Teil des Südlibanon selbst einzuverleiben, offen zu halten sucht. Während Israel deshalb den Marionettenmajor Saad Haddad als „unabhängigen“ Vertragspartner in einen schnellstens angestrebten sog. Sicherheitspakt mit der libanesischen Regierung einbringen möchte, votieren die USA für einen simultanen Abzug Israels und Syriens.⁸ Ihnen geht eine Restabilisierung des Libanon unter rechten Vorzeichen und die Gelegenheit zur längeren US-Militärpräsenz, die mit der Rückkehr der multinationalen Streitmacht von jetzt 3.960 Mann in den Libanon verbunden ist, vor.

Gar zu gerne werden Mißklänge zwischen Washington und Tel Aviv jedoch hochgespielt – so die Ablehnung der Reagan'schen Initiative vom 1.9.1982 durch M. Begin/A. Scharon –, um davon abzulenken, daß die USA weiterhin in den Beziehungen zu den „befreundeten“ Nahoststaaten der allseitigen Unterstützung Israels (Verpflichtung, seine „Sicherheit“ über alles zu stellen) eine Vorzugsbehandlung einräumen. Andererseits fordert die US-Administration nachdrücklich, daß ihr regionales Anliegen, ein dauerhaftes Arrangement zwischen den „gemäßigten“ arabischen Regimes (Ägypten, Saudi Arabien, Jordanien) und Israel herbeizuführen, von letzterem verlässlicher mitgetragen wird. R. Reagan stellte dem – in besagter Initiative – noch die Aufgabe voran, der vermeintlichen „strategischen Bedrohung der Region durch die Sowjetunion und ihre Stellvertreter“ entgegenzutreten (sog. „strategischer Konsens“), und zwar im Mittleren und Nahen Osten. Es ist dies gleichbedeutend mit einer Verschiebung der US-Prioritäten für die Gesamtregion.

Hinter der stärkeren Gewichtung des Mittleren Ostens durch Washington verbergen sich einesteils gravierende Veränderungen am Persischen Golf seit Ende der 70er Jahre, speziell die Revolution im Iran und der Warnschuß einer ersten Volkserhebung in Saudi Arabien im Jahr 1979. Die bereits unter Jimmy Carter 1979/80 eingeleiteten strategischen Korrekturen beinhalteten u.a.: den nunmehr bevorzugten Ausbau der eigenen militärischen Präsenz in der Gesamtregion, aber vornehmlich rund um das neue Krisenzentrum Persischer Golf; ganz auf Einsätze am Persischen Golf zugeschnitten wurde auch die neu formierte US-Eingreiftruppe; der Überlebenshilfe für die prowestlichen Monarchien am Golf (Saudi Arabien!), denen im Kampf um Öl und Ölmilliarden eine Schlüsselrolle zufällt, wurde eine erhöhte Bedeutung zugemessen.

Andernteils wiesen die Verantwortlichen in Washington, als sie zeitgleich zu einem globalen Konfrontationskurs gegen die Sowjetunion übergingen, dem Raum Persischer Golf/Indik neben Westeuropa eine Schlüsselstellung als Aufmarschgebiet in der Kriegsplanung zu. Die ständige Plazie-



Camp David 1978: Separatpartner (v. l. n. r.): A. Sadat, J. Carter, M. Begin

rung auch von atomaren US-Trägerwaffen nahe der Südgrenze der UdSSR ist einer der globalstrategischen Aspekte des Zugriffs Washingtons am Golf.

Naturgemäß zeitigte diese eingangs der 80er Jahre vorrangige Ausrichtung der US-Strategie auf die Golfregion auch Konsequenzen für das Vorgehen im Nahostkonflikt.

Mit den Separatvereinbarungen der USA, Israels und Ägyptens von Camp David (September 1978) und dem israelisch-ägyptischen Separatfriedensschluß von Washington (März 1979) hatte J. Carter bereits den Versuch gestartet, ein Arrangement zwischen „gemäßigten“ Arabern und Israels zustande zu bringen.

Zwar gelang es, mit Ägypten den militärisch potentesten arabischen Staat aus der arabischen Front gegen Israel herauszubrechen und damit deren Möglichkeit, den Befreiungskrieg und das Ölembargo vom Oktober 1973 wiederaufzunehmen, zunichte zu machen. Aber das erhoffte Einschwenken Saudi Arabiens, Jordaniens (ihm wurde in den Separatverträgen eine Verhandlungsteilnahme namentlich offengehalten) oder anderer arabischer „Freunde“ auf Camp-David-Kurs mißlang.

Kein Einschwenken auf Camp-David-Kurs

Die Kernpunkte des Separathandels:

- für die Rückgabe der 1967 von Israel eroberten Sinai-Halbinsel innerhalb von drei Jahren verpflichtete sich Ägypten zum Gewaltverzicht;
- die Palästinafrage, von den Vereinten Nationen 1974 (als nationales Selbstbestimmungsrecht und Recht auf einen unabhängigen Palästinenserstaat) zum Kernproblem des Nahostkonflikts erklärt, wurde auf eine sog. Selbstverwaltung von „Einwohnern“ im okkupierten Westjordangebiet und Gazastreifen verkürzt;
- die noch in der sowjetisch-amerikanischen Erklärung vom 2.10.1977 geforderte Wiedereinberufung der Genfer Nahostkonferenz (eröffnet Ende 1973 unter Schirmherrschaft der UNO, mit den Kopräsidenten USA und UdSSR) unter Beteiligung aller Konfliktparteien wurde durch den Camp-David-Prozeß unterlaufen, die Hauptparteien PLO, Syrien und Sowjetunion vom Verhandlungsprozeß ausgesperrt.⁹ Ägypten hatte für eine jährliche US-Hilfszusage von ca. 3 Mrd Dollar und die Rückerlangung des Sinai darauf verzichtet, die UN-Forderungen nach Räumung aller von Israel 1967 besetzten arabischen Gebiete (Syriens Golan, Ostjerusalem, die Westbank und Gaza) und auf einen von der PLO geführten Palästinenserstaat aufrecht zu erhalten. Camp David machte zugleich Israel den Rücken frei für seine



Leonid I. Breshnew 6-Punkte-Vorschlag für einen Nahostfrieden

Anläßlich eines Staatsbesuchs des südjemenitischen Präsidenten Ali Nasser Mohammad in Moskau unterbreitete der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Iljitsch Breshnew, am 15. September 1982 Vorschläge der Sowjetregierung für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Die Vorlage dieser 6 Prinzipien ist zunächst einmal eine Antwort auf R. Reagans Nahost-Initiative vom 1.9.1982, an der sowjetischerseits insbesondere die Verneinung eines Palästinenserstaates und die Ausklammerung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) kritisiert wurde. L. Breshnews Vorschlag ist eine Antwort auch auf die Erklärung der Arabischen Gipfelkonferenz von Fes, die in Moskau positiv aufgenommen und als Gegengewicht zum Reagan'schen Separatkurs von Camp David gewürdigt wurde.

Erstens muß das Prinzip der Unzulässigkeit des Raubs fremder Gebiete durch Aggression strikt eingehalten werden. Das bedeutet, daß sämtliche seit 1967 von Israel okkupierten Gebiete den Arabern zurückgegeben werden müssen: die Golanhöhen, das Westjordangebiet, der Gazastreifen und die libanesischen Gebiete. Die Grenzen zwischen Israel und dessen arabischen Nachbarn müssen für unverletzlich erklärt werden.

Zweitens ist das unveräußerliche Recht des arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung und auf die Bildung eines eigenen unabhängigen Staates auf den palästinensischen Gebieten in der Praxis zu gewährleisten, die von der israelischen Okkupation befreit werden – im Westjordangebiet und im Gazastreifen. Den palästinensischen Flüchtlingen muß die durch UNO-Beschlüsse vorgesehene Möglichkeit gegeben werden, in ihre Heimat zurückzukehren oder einen entsprechenden Ausgleich für das von ihnen zurückgelassene Hab und Gut zu erhalten.

Drittens ist der östliche Teil Jerusalems, der 1967 von Israel okkupiert wurde und in dem eines der bedeutendsten islamischen Heiligtümer liegt, den Arabern zurückgegeben und muß untrennbarer Bestandteil des palästinensischen Staates werden. In ganz Jerusalem muß die Freiheit des Zugangs der Gläubigen zu den heiligen Stätten dreier Religionen garantiert werden.

Viertens muß das Recht aller Staaten der Region auf eine gesicherte und unabhängige Existenz und Entwicklung gewährleistet werden – selbstverständlich unter Wahrung der völligen Gegenseitigkeit, denn man kann die Sicherheit der einen nicht gewährleisten, indem man die Sicherheit der anderen mit Füßen tritt.

Fünftens müssen der Kriegszustand beendet und Frieden zwischen den arabischen Staaten und Israel hergestellt werden. Das aber bedeutet, daß alle am Konflikt beteiligten Seiten, darunter Israel und der palästinensische Staat, die Verpflichtung übernehmen müssen, Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität gegenseitig zu achten und entstehende Streitfälle mit friedlichen Mitteln, auf dem Verhandlungswege zu lösen.

Sechstens müssen internationale Garantien für die Regelung ausgearbeitet und angenommen werden. Die Rolle des Garanten könnten – würden wir sagen – die Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates oder der Sicherheitsrat als Ganzes übernehmen.

Eine solche umfassende, tatsächlich gerechte und wirklich dauerhafte Regelung kann nur auf dem Wege kollektiver Anstrengungen unter Beteiligung aller interessierten Seiten, unter denen natürlich unbedingt die PLO als die einzige legitime Vertreterin des arabischen Volkes von Palästina sein muß, ausgearbeitet und in die Tat umgesetzt werden.

(Quelle: Prawda, Moskau, 16.9.1982)



Sinai, April 1982: US-Kampftrouppen marschieren auf



August 1982: Visite C. Weinbergers in Israel und dem Libanon

Kriegsführung im Libanon, für die Annexion Ostjerusalems (Juli 1980) und der Golanhöhen (Dezember 1981), für eine Liquidierungspolitik gegen den palästinensischen Widerstand. Die USA sorgen weiterhin durch eine einmalige, stetig ansteigende Militärhilfe (2,2 Mrd Dollar für 1983) dafür, daß Israel seine militärische Überlegenheit ausbauen konnte.

Jeder dritte Dollar des israelischen Rüstungshaushaltes für 1983 (insgesamt 5,5 Mrd Dollar) kommt aus den Militärhilfeprogrammen der US-Regierung, von denen Israel der mit Abstand größte Einzelpfänger für den gesamten Zeitraum 1951-82 ist (Israels Anteil betrug über 50%). Als einzigartiges Privileg steht auch die Ausstaffierung Israels seitens Washingtons mit den jeweils allerneuesten US-Waffen und elektronischen Steuerungssystemen da. Selbst der Lizenzbau an Cruise Missiles soll schon an Israel vergeben sein.¹⁰

Militärstrategische Allianz USA – Israel

Im Gegenzug liefert die israelische Armee den Pentagon-spezialisten wertvolle Testerfahrten mit neuen Waffen unter Kriegsbedingungen. Mit dem im November 1981 von den Verteidigungsministern C.W. Weinberger und A. Scharon unterzeichneten „Memorandum der Verständigung“ wurden eine – „gegen die Sowjetunion und sowjetisch kontrollierte Kräfte“ ausgerichtete (Artikel 1) – kontinuierliche militärische Kooperation, gemeinsame Militärmanöver und die Bereitstellung von militärischen Einrichtungen für regionale Operationen der US-Streitkräfte vereinbart.¹¹

Darin ist eine künftig engere Anbindung des eigendynamischen Israel an die gesamtregionale Strategie Washingtons ebenso angelegt, wie weitreichende Einsatzhilfen für seine Schnelle Eingreiftruppe (RDF) von israelischen Operations- bzw. Versorgungsbasen aus. Dieses strategische Bündnis mit Blickrichtung Persischer Golf hat seit April 1982, mit der Stationierung einer multinationalen Streitmacht von insgesamt 2.500 Mann und 450 US-Überwachungskräften auf dem Sinai, bereits ein solides Kontingent vor Ort zur Verfügung. Der Truppe gehören 800 Elitekämpfer der 82. Luftlandedivision der US-Armee, einer Schlüsseleinheit der RDF, an. Diese mobile Truppe ist – laut Pentagoninformanten – dazu ausersehen, „im Krisenfall am Persischen Golf in Aktion zutreten, speziell dann einzugreifen, wenn sich ein Notfall nahe Saudi Arabien, der Hauptquelle des amerikanischen Importöls, ereignen sollte.“¹² Die RDF hat ferner schon im November 1980 und 1981 gemeinsame Manöver mit ägyptischen Armeeeinheiten auf dem Territorium Ägyptens absolviert. Camp David wird so für die US-Interventionsvorbereitungen am Persischen Golf funktio-

nalisiert.

Umgekehrt muß das Begin-Regime widerstrebend hinnehmen, daß Washington nunmehr auch seinem Hauptverbündeten am Golf, dem saudischen Königshaus, hypermodernes Militärgerät wie F-16-Kampfbomber oder AWACS-Überwachungsstationen liefert. Saudi Arabien bleibt dennoch, verglichen mit Israel, auf Dauer ein militärisch schwacher Faktor und auf Nothilfeaktionen der USA angewiesen. Auf politisch-diplomatischem Parkett aber wiegt heute das Gewicht der superreichen Sauds im Mittleren und Nahen Osten schwer.

Die Tatsache, daß sich Saudi Arabien nicht dem Camp-David-Prozeß anschloß und mit dem Fahd-Plan¹³ im Herbst 1981 eine Art Gegenplattform für umfassende Nahostverhandlungen vorlegte, brachte die Reagan-Administration in Zugzwang. Sie muß, will sie ihre Ambitionen am Persischen Golf nicht aufs Spiel setzen, wenigstens ansatzweise Kompromißbereitschaft in der Palästinafrage signalisieren. König Fahd sah im übrigen in der Komplizenrolle der USA im Libanonkrieg eine Gefährdung ihrer Position in Saudi Arabien und der arabischen Welt.¹⁴

Es ist dies ein Indiz mehr dafür, daß Israels Völkermord im Libanon und die breite Solidarisierung der Massen mit der PLO es auch konservativen arabischen Staaten ratsam erscheinen ließ, nicht die Nahost-Initiative R. Reagans, sondern die Gegenplattform des Arabischen Gipfels von Fes am 9. September d.J. (siehe Kasten) zu unterstützen. R. Reagans Vorschlag forderte zwar – über die Texte von Camp David hinaus – den Stopp jüdischer Siedlungen in den okkupierten Gebieten, gestand den Palästinensern auch legitime Rechte zu und brachte erstmals die Idee einer „Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen in Assoziation mit Jordanien“ ins Spiel. Er hielt aber ausdrücklich am engen Rahmen von Camp David und an der Ablehnung eines unabhängigen Palästinenserstaates fest.

Die Charta von Fes und der Vorschlag der sowjetischen Regierung vom 21. September d.J. (siehe Kasten) fordern demgegenüber einen unabhängigen Palästinenserstaat, die Respektierung der PLO als alleinige palästinensische Repräsentantin und unverzichtbare Verhandlungspartei, die Rückgabe Ostjerusalems und die Zuständigkeit nicht etwa Washingtons, sondern des UN-Sicherheitsrates als Garantiemacht. In der Charta von Fes sind im Unterschied zum Fahd-Plan explizit die PLO und die Zuständigkeit des UN-Sicherheitsrates verankert. Zudem wurde implizit die Anerkennung des Staates Israel (im Fahd-Plan hieß es noch „Länder der Region“) aufgenommen. Der Vorschlag Leonid Breschnews kommt dem der Arabischen Liga sehr nahe.

Das Aufgreifen dieser Vorschläge, nicht aber Ronald Reagans Neuaufguß von Camp David, brächten die Nahostregion einem „Neubeginn“, als umfassenden Friedensverhandlungen, näher. R. Reagans Make up des „Friedensstifters“ kann getrost abgeschminkt werden. *Wird fortgesetzt*

Anmerkungen:

- 1) Amerika Dienst, Dokumentation, Nr. 35/8.9.1982, S.5
- 2) Arafat-Interview in: Le Monde, Paris, 21.9.1982
- 3) Zit. nach: Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, Nr. 340/Juli 1982
- 4) Vgl. New Statesman, 20.8.1982
- 5) Wortlaut in: AIB 9/1982, S.5
- 6) Zit. nach: Newsweek, New York, 12.7.1982 und Amerika Dienst, Nr. 23/14.6.1982, S.11
- 7) Fallaci-Interview mit A. Scharon in: Stern, 9.9.1982
- 8) Laut International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 11.10.1982
- 9) Siehe ausführlich: AIB 5/1979, S. 20ff.
- 10) Daten nach: Washington Post, 21.6.1982
- 11) Wortlaut in: PLP Bulletin, Beirut, Nr. 58/Januar 1982, S.28
- 12) So: U.S. News & World Report, Washington, 12.4.1982
- 13) Wortlaut in: AIB 2/1982, S.5
- 14) Vgl. IHT, 4./5.9.1982

Ivesa Lübben-Pistofidis

Neue Tendenzen unter Amin Gemayel



Mitte September 1982: Israels-Armee stürmt unter Bruch des Habib-Plans Westbeirut; Amin Gemayel (r.) wird neuer Präsident des Libanon

Am 18. September 1982 gehen grauenvolle Bilder über die Satelliten der internationalen Nachrichtenagenturen. Faschistische Milizen haben in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila ein Massaker unter der Zivilbevölkerung angerichtet, dem 3.000, 4.000 vielleicht auch 5.000 palästinensische und libanesisische Zivilisten zum Opfer gefallen sind.

Als die ersten Journalisten nach dem Massaker das Lager betreten, bietet sich ihnen ein Bild des Grauens: Überall liegen Leichen mit zertrümmerten Köpfen, mit aufgeschlitzten Bäuchen, Leichen von Frauen, die ihren Körper schützend vor ihre Kinder zu werfen suchten — vergeblich. Ganze Familien wurden systematisch in ihren Häusern massakriert. Die Mörder scheuten sich nicht, die beiden Lagerkrankenhäuser zu überfallen und Ärzte, Schwestern, Patienten umzubringen.

Die Überlebenden wurden soweit sie Libanesen waren, in ein Fußballstadion zum Verhör gebracht, waren sie Palästinenser, so wurden sie mit unbekanntem Ziel verschleppt.

Israels Sturm Westbeiruts...

Dem Massaker vorausgegangen war der Mord an dem designierten Staatspräsidenten Bechir Gemayel. Am 14. September d.J. war während einer Zusammenkunft B. Gemayels mit Funktionären seiner Partei ein 300 kg schwerer Sprengsatz im Hauptgebäude der Phalangepartei in dem Ostbeiruter Stadtteil Aschrafieh explodiert.

Mit dem Mord an Bechir Gemayel war für die israelische Armeeführung der Vorwand geschaffen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen (zur Libanonentwicklung bis Anfang September d.J. siehe AIB 10/1982, S. 19-31 und 9/1982, S. 4-13). Noch bevor sein Tod offiziell bekanntgegeben worden war, rollten israelische Panzer in das durch den vorzeitigen Abzug der multinationalen Truppen (USA, Italien, Frankreich) geschaffene Machtvakuum Westbeiruts ein, um

ein „Blutvergießen, Gewalt und Anarchie zu verhindern“, wie es im Militärkommuniqué heißt.¹

Systematische Razzien und eine Verhaftungswelle folgten. Die Linksmilizen der Libanesischen Nationalbewegung wurden endgültig entwaffnet. 1.000-1.500 Libanesen wurden von den Israelis verschleppt, Häuser und Büros geplündert. Alles was nicht niet- und nagelfest war — Einrichtungsgegenstände, Kopiergeräte, Telexschreiber, ja sogar Krankenhauseinrichtungen — schleppten die zionistischen Besatzer mit. Die Besetzung Westbeiruts war die unmittelbare Vorbereitung der Massaker von Sabra und Shatila.

...bedingte die Massaker von Sabra, Shatila

Schon am 13. September d.J. mittags zogen die israelischen Truppen einen Ring um die beiden Lager und belegten sie mit Artilleriefeuer. Tags darauf, um die Mittagszeit, „verläßt eine fünfköpfige palästinensische Delegation die Lager in Richtung Stadion. Sie sollen die Israelis bitten, den Beschuß einzustellen und erklären, daß ihnen kein Widerstand geleistet wird, wenn sie die Lager betreten wollen. Die Fünf tauchen niemals wieder im Lager auf.“²

Die israelische Regierung beteuert nach den Massakern: „Soweit die israelischen Streitkräfte von den tragischen Ereignissen im Lager Shatila erfahren haben, haben sie dem Mord an unschuldigen Zivilisten ein Ende gesetzt.“³ Tatsächlich aber haben die Israelis das ganze Massaker geplant, vorbereitet und über Funk koordiniert.

Nachdem der für Beirut verantwortliche Kommandant der libanesischen Armee einen Einsatz seiner Truppen in den Palästinenserlagern abgelehnt hatte, waren am Nachmittag des 16. September d.J. christliche Milizen rund um die Lager in Stellung gegangen. Um 15 Uhr hatte General Eytan beim Kommandeur der israelischen Truppen in Beirut angefragt, wann die Milizen bereit seien, das Lager zu stürmen. Antwort: „Sofort.“⁴ Der Angriff wurde für abends verein-



Erich Fried Nach dem Massenmord in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila

Erich Fried, in London lebender jüdischer Schriftsteller, verfaßte zwei Tage nach dem Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila dieses Gedicht, das er am 25. September d.J. auf der Libanon/Palästina-Demonstration der 10.000 in Bonn vortrug. Es soll in Kürze in einer Neuausgabe seines Gedichtbandes „Höre, Israel“ veröffentlicht werden.

Es wird notwendig sein, den Schutt von den Herzen und Hirnen der Menschen in Europa und Amerika zu entfernen, so wie der Schutt und die Trümmer entfernt werden mußten von den Leichen der Frauen und Kinder und alten Männer in den beiden palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila in Beirut, die Israels Truppen – nach ihren eigenen Worten – in die Hand der christlichen Phalangisten gegeben hatten.

Aber vielleicht standen Phalangisten nur Wache, denn in die Lager zogen die christlichen Truppen Haddads, die Helfer Sharons, aus dem Süden heraufgekommen mit dem Zeichen der Zeder an ihren Uniformen.

Es waren kaum Phalangisten – es waren die Truppen Haddads. (Die Israelis halfen den Tatbestand nicht erhellen.) Doch wer immer sie waren – sie befahlen den Menschen im Lager, sich aufzustellen in Reihen, und dann erschossen sie sie in Zehnergruppen und auch in größeren Gruppen – Frauen, Kinder und Männer – sie waren nicht wählerisch. Manche verstümmelten sie auch noch, vor oder nach dem Tod. Und andere schossen sie nieder, als sie aus ihren Türen fliehen wollten, um ihr Leben zu retten.

Die Sprecher der Israelis behaupteten erst, sie hätten von nichts gewußt, und dann sagten sie, es waren die christlichen Phalangisten Bechir Gemayels – vielleicht um seinen Tod an den Palästinensern zu rächen. Von seinem Tod wissen wir noch zu wenig. Wir wissen nur, daß sein Vater, der Gründer der Phalangisten, jetzt sagt, für seinen Tod würden, hoffe er, noch die Köpfe Begin und Sharons, die er für schuldig hält, fallen. Denn man weiß, daß schon lange bevor jenes Haus in die Luft flog, 200 Israelis als Beschützer das Haus bewachten, und niemand hätte eine so große Bombe hinbringen können, ohne von ihnen gesehen zu werden. Und keiner von diesen 200 geschulten Beschützern wurde verletzt, als die Bombe dann doch explodierte.

Und man weiß auch, daß Israel von Gemayel enttäuscht war, denn Israel hat früher die Phalangisten gefördert, und nun wollte Gemayel nicht regieren nach Israels Willen, und wollte die Banden Haddads nicht aufnehmen, sondern entwaffnen, und wollte den Abzug der israelischen Truppen – und was immer er früher getan hatte gegen die Palästinenser, nun gab er den Israelis nicht nach bis zu seinem Tod. Darum glaubt man jetzt in Beirut nicht den Worten der Israelis, in den Lagern hätten Phalangisten gemordet. Die leben blieben, sagen, es waren die anderen christlichen Truppen, die Günstlinge General Sharons, die Leute Haddads.

An die 5.000 Menschen haben sie so ermordet und viele Leichen auf Lastkraftwagen verladen und verschleppt, und viele wurden an Ort und Stelle mit Bulldozern zugeschüttet und verscharrt unter Schutt und Trümmern ihres eigenen vernichteten Lagers. So haben sich vielleicht die christlichen Truppen Haddads ihrer Christenpflicht erinnert, die Toten zu begraben. Man kann nur sagen „vielleicht“, denn die Tat ist noch nicht lange her. Feststeht, daß die Bulldozer israelische Bulldozer waren und vielleicht waren die, die sie handhabten, auch Israelis. Feststeht, daß die Bulldozer kamen, sobald das Morden vorbei war und einen Teil der Ermordeten unsichtbar machten. Wer die Totengräber waren, das ist noch nicht sicher. Aber sicher ist, daß im Lager die christlichen Truppen Haddads, seit Jahren von Israel besoldet und ausgerüstet, und mitgebracht von Sharon bei seiner Besetzung Beiruts, gemordet haben mit ihren verlässlichen Waffen.

Das waren die Christen, von denen Menachem Begin gesprochen hat, als er den Papst kritisierte, weil er Yassir Arafat empfangen hatte. „Weiß denn der Papst nicht“, fragte Begin „daß seine Palästinenser auch schießen auf Christen?“

Nach dem Sprachgebrauch Begins hätte man auch auf Hitler und seine Mordkommandos nicht schießen dürfen, und auch nicht auf Pavelics kroatische Ustaschi, die ihren Opfern zuerst die Augen ausrissen und sie dann taufte und dann in den Abgrund warfen. Denn auch die sind solche Christen gewesen.



Israelische Truppen nahmen – so sagen sie – nicht Teil an diesen Massakern, sondern sahen nur teilnahmslos zu vom Rande der Lager, die sie zuvor den befreundeten Milizen überlassen hatten zur Wiederherstellung der Ordnung. Der Ordnung, die sie dann zum Teil wieder herstellen halfen mit ihren Bulldozern, die einen Teil der Toten versteckten.

Angenommen, es wäre auf allen Toten der Phosphor- und Kugelnbomben in Beirut und auf den Toten der beiden Flüchtlingslager und auch auf den toten Bauern im heutigen El Salvador und in Nikaragua zur Zeit Somozas und auf ihren Gräbern geschrieben, woher die Waffen kamen, die sie ermordeten – wie oft wäre dann zu lesen MADE IN ISRAEL oder MADE IN USA?

Auch anderer Länder Waffen tun Unrecht in dieser Welt, und arm ist jede Zeit, in welcher der Menschen Umgang nur hängt an Waffen oder beruht auf ihnen. Doch diese Waffen haben in dieser Zeit weit mehr Blut vergossen, und schuldloses Blut, oder doch schuldloseres. Denn aller Menschen Schuld ist längst bekannt und leider schon längst eine Phrase, und macht nicht die geringe Schuld der ungeheuren gleich. (So verteidigen sich nur Mörder.) Und nicht geizt es der Hand, die raucht von frischem oder kaum erst trockenem Blut, zu zeigen mit braun verkrustetem Finger auf andere Hände um zu sagen: „Auch die waren nicht rein“.

Es gibt heute Israelis, die alles leugnen oder sagen: „Unsere Truppen haben die Phalangisten doch nur ins Lager gerufen, um Terroristen, palästinensische und libanesische, zu entfernen, und haben ihnen nur einzig zu diesem Zweck Deckung gegeben von außen mit unseren Panzern, und haben die Lager selbst gar nicht betreten.“ Oder sie sagen: „Als wir dann nach zwei Stunden bemerkten, daß die Sache außer Kontrolle geraten könne, da haben wir ja versucht, sie zurückzurufen, sogar mit Lautsprechern, aber da hatten sie schon einige Hundert erschossen. Doch immerhin wurden auf diese Weise viel weniger getötet als wenn wir nicht nach Beirut gekommen wären.“ Solche Argumente geben sich selbst ihre Antwort und es ist schwer, die so reden, nicht zu vergleichen mit Menschen vor einiger Zeit in einem anderen Land, die ebenfalls Untaten leugnen oder beschönigen wollten.

Es wird notwendig sein, so wie man den Schutt und die Trümmer von den ermordeten Palästinensern wegfeigen muß, um sie freizulegen, in Sabra und Shatila, auch Schutt und Trümmer von den Hirnen und Herzen der Menschen in Europa und Amerika wegzuheben, den Schutt und die Trümmer alter Lügen und Vorurteile, die jetzt zerschmettert wurden von der unerträglichen Wahrheit, damit endlich auch die Mörder weggefegt werden können und auch ihre Hintermänner, gleichviel, wo sie heute sitzen und wie sie sich nennen, ob Christen oder ob Juden, und auch einzelne Muslims, die diesen Mördern helfen.

bart. Zur selben Zeit beobachteten libanesische Offiziere, wie zwei israelische Militärtransporter vom Typ C-130 Hercules auf dem Beirut Flughafen landeten. Ein UN-Beobachter: Es waren Haddad-Leute.

In Anwesenheit von Eytan waren gegen 17 Uhr 1.200-1.400 Phalangisten und Haddad-Milizionäre auf dem Flughafen zum Appell angetreten. Die Israelis hatten ihnen Karten und Luftaufnahmen von dem Lager besorgt.

Die israelische Kommandozone befindet sich in einem achtstöckigen Hochhaus direkt neben Shatila, von wo aus man das Geschehen genau einsehen kann. Gegen 19 Uhr konnte die „Aktion“ beginnen. Wie vereinbart schossen die Israelis Leuchtraketen in die Luft. Im Lager wurde es taghell.

Gegen 23 Uhr meldete der Anführer der Mordkommandos, Elias Hobaika, der Geheimdienstchef der Phalangisten, der sich schon beim Massaker von Tell Al-Zaatar (im Jahr 1976) durch seine Grausamkeit einen Namen gemacht hat: „300 Zivilisten und Terroristen sind bereits getötet.“

Am 15. September d.J., morgens, berichteten Geflohene von Massakern. Mehrere Journalisten unterrichteten die israelischen Militärs von dem, was sich in den Lagern abspielte.

Es erfolgte keine Reaktion. Der Libanon-Korrespondent von Reuter bekam von einem israelischen Oberst die Antwort: „Unsere Leute sind angewiesen sich nicht einzumischen, aber das Lager muß gesäubert werden.“

Es gibt auch Anhaltspunkte dafür, daß die 1975 mit dem



„Starker Mann“ im Libanon: Israels Ariel Scharon (r.)

Namen „Technische Hilfe an die Phalangisten“ gegründete Spezialeinheit, die direkt dem israelischen Verteidigungsministerium untersteht, sich an den Massenmorden beteiligt hat.⁵

Mit diesem Massaker will Israel eine Massenflucht der Palästinenser wie 1948 auslösen.

Um von der eigenen Verantwortung abzulenken, behauptete die israelische Regierung hinterher, bei dem Massaker hätte es sich um einen Racheakt der Phalangisten gehandelt, mit dem diese den Mord an Bechir Gemayel hätten sühnen wollen.

Tatsächlich scheint die Führung der Kataeb (Miliz der Phalangepartei) aber nichts von den Mordplänen gewußt zu haben, wenn auch Einheiten der Phalangisten, die besonders enge Beziehungen zu den Israelis unterhalten, in die Vorbereitung und Durchführung des Massakers mit einbezogen waren. Durch dieses Ablenkungsmanöver soll ein Klima des Bürgerkrieges geschaffen werden, mit dem sich die zionistische Führung auch in Zukunft die militärische Interven-

tion offenhalten möchte.

Eine besondere Verantwortung für das Massaker trifft die USA, die bei den Verhandlungen über den Abzug der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aus Beirut besondere Garantien zum Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung gegeben hatten. Diese Garantien waren für die PLO die wichtigste Bedingung für den Abzug. Die Hauptaufgabe der multinationalen Truppe, deren Mandat bis zum 26. September dauerte und noch hätte verlängert werden können, sollte gerade im Schutz der Zivilbevölkerung bestehen.

Im Nachhinein erwies sich, daß es den USA einzig und allein um den Abzug der PLO aus Beirut ging. Denn nachdem die letzten palästinensischen Kämpfer Beirut verlassen hatten, zog auch die US-Regierung ihre Kontingente zurück und übte solange Druck auf Italien und Frankreich aus, es ihnen gleichzutun, ohne daß die PLO als einer der Hauptbeteiligten an dem Konflikt überhaupt konsultiert worden wäre.

Wer die Hintermänner des Mordes an Bechir Gemayel waren, ist bisher noch nicht mit Sicherheit bewiesen. Genauso wenig, wie die PLO die Führung der Phalangisten für die Massaker in den Palästinenserlagern verantwortlich gemacht hat,⁶ sind auch die Phalangisten der israelischen Version nicht gefolgt, die PLO oder die Libanesischen Nationalbewegung habe die Bombe in Aschrafieh gelegt. Im Gegenteil herrscht im Libanon die Meinung vor, daß Israel für den Mord verantwortlich zu machen sei.

Wie war es möglich, unbemerkt 300 kg Sprengstoff in das schwerbewachte mehrstöckige Gebäude der Phalange zu bringen und im richtigen Moment zu zünden? Als mögliche Täter kommen nur Mitglieder der Kataeb selber infrage – was aber angesichts der unwidersprochenen Führungsrolle B. Gemayels sehr unwahrscheinlich sein dürfte – oder eben die Israelis.

200 israelische Soldaten waren zur Bewachung des Gebäudes abkommandiert, von denen seltsamerweise bei der heftigen Detonation des Sprengsatzes keiner verletzt wurde. Auch war der Auslöser der Bombe israelischer Herkunft.

So schwor denn auch Pierre Gemayel, der Vater des Ermordeten und Gründer der Kataeb, am Grab seines Sohnes, er werde ein Killerkommando entsenden, um Begin und Sharon als Rache für den Tod seines Sohnes umbringen zu lassen.⁷

Zwar waren die Phalangisten noch mit den ersten Kriegszielen Israels einverstanden gewesen (Zerschlagung der PLO und der Libanesischen Nationalbewegung, Abzug der Syrer



Der Mann Israels im Libanon: gekaufter libanesischer Exmajor Haddad (r.)



Beirut im Oktober 1982: libanesische Armeesoldaten bei der „Säuberung“ der Stadt von Palästinensern

aus dem Libanon), zwar war die Wahl B. Gemayels zum Staatspräsidenten erst durch die israelischen Bajonette und Panzer erzwungen worden und schienen die Phalangisten zunächst noch zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Israel bereit zu sein. Doch traten in der Zeit nach der Wahl B. Gemayels zum Präsidenten (23.8.1982), zunehmend Unstimmigkeiten zwischen ihm und seinen Gönnern auf.

Diesen Differenzen lagen grundsätzlich verschiedene Interessen bezüglich der Zukunft des Libanon zugrunde.

Den Israelis ist an der Schwächung und Zerstückelung des Libanon gelegen. Auf den Südlibanon meldete bereits Ben Gurion Anfang der 50er Jahre einen historischen jüdischen Anspruch an. Den Rest des Libanon möchte die zionistische Führung in konfessionelle Teilstaaten zerstückelt sehen, die politisch und wirtschaftlich von Israel abhängig wären und dessen Gendarmenrolle im Nahen Osten entgegenkommen würden.

Die Phalange, deren Führer zu 2/3 der libanesischen Finanz- und Handelsbourgeoisie zuzurechnen sind und in der diese Finanzbourgeoisie (insbesondere nach der Ausschaltung der potentiellen Konkurrenten der Kataeb⁸), auch ihre politische Vertretung sieht, hat demgegenüber ein Interesse an der Schaffung eines starken, einheitlichen und von ihr angeführten Libanon.

Die Errichtung ihres Ministaates nördlich von Beirut (im Krieg 1975/76) sollte eine Übergangslösung sein, das Sprungbrett zur Etablierung ihrer Herrschaft über das ganze Land. Die Phalangisten brauchten Israel zum Ausbau ihrer Enklave, zum Aufbau und zur Ausrüstung ihrer Milizen, um zu einem politischen Machtfaktor im Libanon zu werden.

Aber jetzt, wo diese Vertreter der Finanzbourgeoisie dabei sind, die Staatsmacht über den gesamten Libanon zu übernehmen, sind sie offenbar weder bereit, einen Teil des Landes an ihre ehemaligen Gönnern abzutreten, noch sich mit der Rolle einer Marionette zufriedenzugeben. Hier liegt übrigens auch ein qualitativer Unterschied zum Separatistenmajor Saad Haddad, der ein bloßer Emporkömmling von Israels Gnaden ist.

Das Bekenntnis B. Gemayels nach seiner Wahl zur Einheit des Libanon und die Forderung nach Rückzug der israelischen Truppen, in dem Moment, wo seinem Machtantritt nichts mehr im Wege stand, entsprach genau diesem Klasseninteresse.

Damit der Libanon seine alte Funktion als Mittler des Finanz- und Geschäftsverkehrs zwischen den westlichen Ländern und der arabischen Welt wiedergewinnen kann und um ihre politische Vorherrschaft im Lande selber zu stabilisieren, sind die Phalangisten dringend auf die Unterstützung von Teilen der moslemischen Bourgeoisie innerhalb und

außerhalb des Landes angewiesen. Diese Unterstützung können sie aber nur durch einen Verzicht auf den von der Regierung Begin geforderten Friedensvertrag mit Israel gewinnen.

Ein Friedensvertrag mit Israel zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde zum einen den Libanon von den anderen arabischen Ländern isolieren und damit der libanesischen Finanzbourgeoisie den ökonomischen Boden entziehen. Er würde zum anderen eine innenpolitische Konfrontation zur Folge haben, die die Staatsmacht der Phalangisten wieder in Frage stellen könnte.

So machte Bechir Gemayel denn auch der israelischen Staatsführung bei einem Treffen am 1. September 1982 in der nordisraelischen Stadt Naharija deutlich, daß sie sich mit dem Abschluß eines Friedensvertrages zwischen beiden Ländern noch gedulden müsse. Die darauf erfolgte Drohung Ariel Scharons, Israel würde entlang eines 40 km breiten „Sicherheitsstreifens“ im Südlibanon einen „besonderen Status“ einführen (sprich: den Südlibanon annektieren), vertiefte die Differenzen nur noch.

Tatsächlich begann sich nach der Wahl Bechir Gemayels zum Staatspräsidenten die Mehrheit der politischen Kräfte des Libanon mit der neuen Situation abzufinden. Es kam zu ersten Unterredungen zwischen B. Gemayel, Saeb Salam, dem Sprecher des moslemischen Establishments und Walid Djoumblatt, dem Präsidenten der Libanesischen Nationalbewegung.

Diese Tendenzen zu einer nationalen Übereinkunft scheinen sich nach der Wahl von Amin Gemayel am 23. September d.J., der innerhalb der Kataeb als gemäßigt gilt noch zu verstärken. Die Kandidatur des älteren Gemayel-Bruders wurde von der sunnitischen Bourgeoisie von vornherein unterstützt und auch die Linken – so der Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei (PCL), Georges Chaoui – sehen in der Wahl Amin Gemayels „eine gute Basis für eine Verständigung“.⁹

Auch Syrien hat nach der Amtseinführung des neuen libanesischen Staatspräsidenten angedeutet, daß es dessen Forderung nach Abzug seiner Truppenkontingente bei einem gleichzeitigen israelischen Rückzug nachkommen würde.

Die Linke hat angesichts der äußersten Bedrohung der Souveränität und Integrität des Landes für eine breite nationale Front folgende Grundsätze formuliert: Absage an einen Friedensvertrag mit Israel, Forderung nach einem sofortigen und bedingungslosen Rückzug der israelischen Truppen, Wahrung der Einheit des Landes, Bekenntnis zur arabischen Identität und zum demokratischen Charakter des Libanon.¹⁰

Amin Gemayel hat sich in seiner Einführungsrede zu all die-

sen Forderungen positiv verhalten. Auch stellte er, nachdem die linken Milizen bereits durch die Israelis und die libanesische Armee entwapfnet wurden, ebenfalls die Entwapfung seiner eigenen Milizen in Aussicht.

Nichtsdestotrotz hat sich die Linke, die durch den israelischen Vernichtungsfeldzug, aber auch durch vorangegangene eigene Fehler (die die Libanesische Nationalbewegung zum Teil von ihrer Massenbasis entfernt hat)¹¹ geschwächt ist, diese noch auf wackeligen Füßen stehende nationale Einheit durch viele Zugeständnisse erkaufen müssen.

Die Linken müssen sich mit einem Präsidenten arrangieren, der neben dem Abzug der israelischen, auch den Abzug der syrischen und palästinensischen Einheiten, also den der Verbündeten der Linken, erzwingen will. Auch sind Forderungen nach sozialen Reformen und nach dem laizistischen Staat, immerhin Forderungen die die verschiedenen fortschrittlichen Organisationen in der Libanesischen Nationalbewegung zusammengeführt haben, momentan nicht mehr zu hören.

Die Zukunft des Libanon ist heute voller Fragezeichen. Das Schicksal der Palästinenser unter einem Präsidenten A. Gemayel ist vollkommen ungewiß. Es gibt Absichtserklärungen der neuen Regierung, die Zahl der Palästinenser im Libanon von derzeit 500.000 auf 300.000 zu verringern. Die Lager, in denen die Palästinenser ihr Leben gemeinsam organisieren konnten, sollen nach diesen Vorstellungen aufgelöst werden.¹² Vollkommen ungeklärt ist bisher, ob die PLO oder ihre Massenorganisationen in Zukunft wieder legal im Libanon werden arbeiten können. A. Gemayel hat dazu bisher noch keine Stellung bezogen.

Säuberung „im Detail“

Was wird aus den bewapfneten Organen? Soll die Armee tatsächlich auf demokratischer Basis umstrukturiert werden und ausschließlich zur nationalen Verteidigung eingesetzt werden oder wird sie weiterhin als Repressionsinstrument gegen die Linke in den Händen der libanesischen Finanzbourgeoisie fungieren?

Als die libanesische Regierung Ende 1978 mit dem Neuaufbau der regulären Armee begann, wurden in erster Linie diejenigen Einheiten zusammengefaßt, die während des Bürgerkrieges auf Seiten der Phalangisten gekämpft hatten. Vor allem der militärische Geheimdienst, das sog. „2. Büro“, unterhielt immer sehr enge Kontakte zu den Phalangisten. Während des ganzen Krieges hat diese Armee nicht einmal versucht, dem israelischen Vormarsch Einhalt zu gebieten. Nachdem sich aber die Israelis aufgrund des internationalen Drucks wieder aus Westbeirut zurückziehen mußten und ihre Stellungen an die libanesische Armee und die wieder zurückbeordnete multinationale Truppe übergaben, machte sich erstere daran, das Werk der Israelis fortzusetzen.

„Die Israelis haben grob gesäubert, wir gehen jetzt ins Detail“, bemerkte ein Offizier.¹³ Bei systematischen Razzien in Beirut wurden die letzten Waffen der Linken eingesammelt. Das „2. Büro“ verfügt über lange Listen von politisch aktiven Palästinensern. Allein in dem Lager Bursch El-Braschneh verhafteten libanesische Militärs Hunderte von palästinensischen Zivilisten und verschleppte sie – keiner weiß wohin.

Den unbewapfneten Linken stehen nach wie vor 25.000 bewapfnete Phalangisten gegenüber. Ob diese sich tatsächlich entwapfnen lassen werden, ist vollkommen ungewiß, da Amin Gemayel über die Phalangisten längst nicht soviel Einfluß hat wie sein Bruder Bechir.

Von einem Flügel innerhalb seiner Milizen dem auch Hobeika, einer der Anführer des Massakers in Sabra und Shatila angehört, wird A. Gemayel wegen seiner Verhandlungsbe-

reitschaft gegenüber den Moslems und progressiven Organisationen, und wegen seiner Kontakte zur PLO, die er nie hat abreißen lassen, als Verräter betrachtet. Vor allem die in Israel ausgebildeten Milizionäre stehen in ihrer Mehrzahl loyaler zu Israel als zu dem neugewählten Präsidenten.

Schon jetzt läßt sich absehen, daß sich das neue Regime sehr eng an den US-Imperialismus anzulehnen versucht. Auch wenn Israel selbst seine politischen Ziele im Libanon nicht erreicht hat, so können die USA ihrem Verbündeten dankbar sein, daß er ihnen das Tor zur verstärkten Einflußnahme im Libanon geöffnet hat.

Anmerkungen:

- 1) Time, New York, 27.9.1982
- 2) Tageszeitung (TAZ), 10.11.1982
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 20.9.1982
- 4) Die Chronologie der Ereignisse, nach: Stern, 30.9.1982
- 5) TAZ, 11.10.1982
- 6) Siehe Interview mit Yassir Arafat in: Le Monde, Paris, 21.9.1982
- 7) FAZ, 25.9.1982
- 8) 1980 liquidierten die Kataeb die Tigermilizen des Konkurrenten und gleichzeitigen Partners in der Libanesischen Front, des Führers der Nationalliberalen Camille Chamoun.
- 9) Le Monde, 26./27.9.1982
- 10) Laut: PCL, Le Parti Communiste Libanais dans la guerre de 90 jours, Paris, 1982
- 11) PCL-Generalsekretär G. Chaoui bemerkt dazu in einem Interview in Le Monde vom 14.8.1982: „Wir haben es versäumt, genügend Augenmerk auf den libanesischen Aspekt unseres Kampfes zu legen. Es hat uns an Einfühlungsvermögen und Flexibilität in unseren Beziehungen zur (schiiitischen; d. Red.) AMAL-Bewegung, zur islamischen Sammlungsbewegung und zu den demokratischen christlichen Kräften gefehlt, deren Interesse objektiv im Widerspruch zur Reaktion steht. Vor allem haben wir es versäumt, noch engeren Kontakt zu den Massen herzustellen, und wir haben manche Exzesse seitens der Palästinenser oder anderer bewapfneten Gruppen, wie auch der syrischen arabischen Abschreckungstruppe, nicht genügend kritisiert.“
- 12) TAZ, 1.10.1982
- 13) Le Monde, 8.10.1982



Hans Lebrecht, Die Palästinenser. Geschichte und Gegenwart, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1982, ca. 288 S., 17,80 DM

In dem Buch werden die wechselvolle geschichtliche Entwicklung Palästinas, die 30jährige Unterdrückungspolitik durch die britische „Mandatsmacht“, die zionistische Kolonialisierung und die von Lebrecht selbst erlebte und erlittene Geschichte des Staates Israel bis in die grausame Wirklichkeit dieser Tage in eindrucksvoller Weise nachgezeichnet.

Der Autor beschäftigt sich mit dem Entstehen der Arbeiterbewegung in Palästina, mit dem Verhältnis von jüdischen und arabischen Arbeitern. Repräsentanten der arabischen Befreiungsbewegung, die Lebrecht durch seine journalistische Tätigkeit kennenlernte, kommen häufig zu Wort.

Das Buch ist populärwissenschaftlich geschrieben. Deutlich treten das persönliche politische Engagement seines Verfassers, dessen prägnante journalistische Beobachtungsgabe hervor.

Joe Stork/Judith Tucker

Mubarak in den Fußstapfen Sadats

Israel überfiel den Libanon am 6. Juni 1982, dem 15. Jahrestag des Junikrieges von 1967. Damals war Ägypten der arabische Hauptgegner in einem Krieg, der die geopolitische Landkarte des Nahen Ostens neu gestaltete. Heute verändert Israel, mit palästinensischem und libanesischem Blut, erneut die Landkarte.

Dieses Mal hat Ägypten durch seinen Botschafter in Tel Aviv diplomatisch-formell Protest erhoben – der erste Protest dieser Art seit dem Friedensvertrag (März 1979).

Nur sechs Wochen vor der Libanoninvasion, am 25. April 1982, beendete Israel seinen Rückzug aus dem Sinaigebiet, das es 1967 erobert hatte. In den Wochen und Monaten vor der Rückgabe der Halbinsel war Ägyptens Präsident Hosni Mubarak bemüht, sich von seinem Vorgänger Anwar al-Sadat in Fragen des Stils abzugrenzen, nicht aber von den inhaltlichen Kernpunkten.

Er lehnte alles ab, was Israels Rückzug vom Sinai hätte gefährden können, gleichzeitig widersetzte er sich jedoch den israelischen Ultimaten über „Autonomie“-verhandlungen (sog. Selbstverwaltungsprojekt im israelisch besetzten Westjordan- und Gazagebiet; d. Red.). Unter den Ägyptern, Palästinensern und anderen Arabern ermutigte er diejenigen, die in ihm einen Führer mit dem Format und den nationalistisch-arabischen Neigungen Nassers (Führer der revolutionären Freien Offiziere 1952 und Ägyptens Präsident 1954-70; d. Red.) sehen wollen.

Auch die israelischen Führer sahen diese Möglichkeit und werteten H. Mubaraks Reaktion auf ihr blutiges Vorgehen im Libanon als einen Hinweis auf die Dauerhaftigkeit des mit Anwar al-Sadat ausgehandelten „Normalisierungs“-prozesses.

Libanonkrieg – ein „Test“ für Mubarak

H. Mubarak hat die „israelische Aggression“ und „schamlose Verletzung internationalen Rechts“ verurteilt, aber seine Regierung hat jegliche weiteren Schritte als „nicht den Interessen Ägyptens dienlich“ abgelehnt. Ägyptens wichtigste Handelsbeziehung mit Israel, der Verkauf von 40.000 Barrel Öl pro Tag, besteht trotz der öffentlichen Forderungen ihn zu beenden bzw. zu reduzieren unbeeinträchtigt weiter. Einige ägyptische Firmen haben anscheinend Bestellungen für israelische Waren storniert, und die in naher Zukunft geplante Aufnahme von Handelsbeziehungen zwischen dem öffentlichen Sektor Ägyptens und Israel wird wohl sicherlich verschoben werden.

Aber die Regierung hat offensichtlich ihren Einfluß gegenüber Israel in keiner Weise geltend gemacht, um dem Wüten im Libanon Einhalt zu gebieten. „Hier sind immer noch praktische Interessen vorherrschend“, vernahm man aus Präsident Mubaraks enger Umgebung. „Der Friedensvertrag zwischen uns und Ägypten hielt stand“, schlußfolgerte Menachim Begin. „Dies war ein wichtiger Test.“

Die Invasion entzündete eine heiße Debatte in der Volksversammlung. Die offizielle Opposition, geführt von Ibrahim Schukri von der Sozialistischen Arbeiterpartei, forderte ein

Einfrieren der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Für die Regierung, die mit 370 Sitzen von 390 in der Versammlung vertreten ist, war es leicht, diesen Antrag abzulehnen. Die Schlußresolution bittet schüchtern die USA, „ihre Vereinbarungen über Waffenlieferungen mit Israel zu überdenken“. Die regierende Nationaldemokratische Partei verwies auf die „Passivität und Gleichgültigkeit“ der anderen arabischen Staaten, um ihre Handlungsweise zu rechtfertigen.

Die ägyptischen Massenmedien haben der Invasion und dem mit ihr einhergehenden Terror breiten Raum gegeben, stellen aber zugleich auch besonders die diplomatischen Bemühungen des Regimes als einen Hauptfaktor zur Lösung der Krise dar. Nach Berichten von Personen, die vor kurzem in Ägypten waren, haben sowohl die offizielle Opposition, die Sozialistische Arbeiterpartei, als auch Tagamu (Nationalprogressive Unionistische Sammlungsbewegung, Vorsitz Khaled Moheddi, siehe AIB 5/1979 und 11-12/1981; d. Red.), die linke Gruppierung der Opposition, Sammelstellen für Blutspenden, Geld und Freiwillige eingerichtet.

Diesen Quellen zufolge haben sich Tausende von Männern mit militärischer Erfahrung freiwillig gemeldet, um an der Seite der Palästinenser und Libanesen zu kämpfen. Die Regierung aber verweigerte ihnen die Genehmigung zur Ausbildung oder Erleichterungen zur Ausreise.

Die Polizei hat die israelische Botschaft abgeschirmt. Die Regierung verbot öffentliche Demonstrationen gegen Israel oder die USA und wies die Opposition an, ihre Proteste schriftlich an den Präsidentenpalast zu richten. Trotzdem kam es am 18. und 19. Juni 1982 in Kairo und Alexandria zu Demonstrationen, an denen sich mehrere Tausend Menschen beteiligten; sie wurden mit brutaler Polizeigewalt niedergeschlagen (so u.a. auch Demonstrationen Mitte August d.J. in Kairo; d. Red.).

Wie vor ihm schon A. Sadat, so hat H. Mubarak seine diplomatische Denkweise an den USA ausgerichtet. Schon in der zweiten Woche der Invasion hatte die ägyptische Regierung Alexander Haigs Kurs als ihren eigenen übernommen, unter besonderer Betonung der Chance für „gemäßigte“ arabische Staaten, das Palästina-Problem durch eine Ausweitung des „Camp-David-Prozesses“, ohne die lästige Anwesenheit der militanten PLO, zu lösen.

H. Mubarak nahm den Tod König Khaleds (im Juni 1982; d. Red.) zum Anlaß, Saudi Arabien seinen ersten Besuch als Präsident abzustatten. Dort prüfte er diese Möglichkeiten mit König Fahd. Der ägyptische Außenminister Kamal Hassan Ali traf zur selben Zeit in Washington ein, wo er öffentlich die Positionen der USA und Ägyptens als „nahezu identisch“ kennzeichnete. K.H. Ali teilte den Reportern in Washington mit, daß an einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Israel aufgrund der Invasion „nie gedacht worden“ sei. Derweilen bot H. Mubarak öffentlich an, die PLO-Führung in Kairo aufzunehmen, unter der Bedingung, daß sie sich ausschließlich politisch betätigen und bei zukünftigen „Autonomie“-verhandlungen kooperativ zeigen würde.

Die Saudis haben weniger Vertrauen in die Weisheit der Poli-

tik der USA erkennen lassen als die Ägypter. Berichten zufolge haben sie Washington hinter den Kulissen gedrängt, Israel am Zügel zu halten. Diese Manöver, und die „gemischten Signale“ die sie hervorriefen, waren ein unmittelbarer Faktor für den Rücktritt Alexander Haigs als Außenminister. H. Mubarak wurde vom Lauf der Ereignisse gezwungen, seine öffentlich erklärte Ergebenheit zu den Positionen der USA zu ändern. In einem Brief vom 26. Juni 1982 an die Führer der Europäischen Gemeinschaft (EG) beklagte er „den Mangel an Entschlossenheit seitens der USA“.

Das ägyptische Verhalten in dieser Krise wurde hauptsächlich von H. Mubaraks Ehrgeiz bestimmt, das saudisch-ägyptische Bündnis wiederherzustellen. Es hatte sich in den 70er Jahren herausgebildet, war aber als Reaktion auf Ägyptens Separatfrieden offiziell beendet worden.

Der Prozeß der politischen Aussöhnung begann sofort nach Anwar al-Sadats Beerdigung (10.10.1981; d. Red.). Hosni



Partner H. Mubarak (l.) und M. Begin

Mubarak forderte die ägyptische Presse auf, ihre Angriffe auf die anderen arabischen Staaten und die UdSSR einzustellen. In den darauffolgenden Wochen drängte der saudische Rundfunk die arabischen Staaten, ihre Kritik an dem Friedensvertrag abzuschwächen. Syrien, Libyen und der Irak bezeichnen H. Mubarak auch weiterhin als Verräter.

Aber die Abhängigkeit des Irak von militärischen Nachschublieferungen Ägyptens für seinen Krieg mit dem Iran führten dazu, daß Anfang Februar 1982 offizielle Kreise im Irak erklärten, H. Mubarak „habe eine reine Weste“. Kontakte mit Libyen führten sogar zu einer kurzen Öffnung seiner Grenzen Anfang Februar 1982. Ägyptische Delegationen begannen an verschiedenen wichtigen arabischen Konferenzen teilzunehmen. Am 25. April 1982, dem Tag der Übergabe des Sinai, war der Weg für einen politischen „Wiedereintritt“ frei.

Jordanien und Marokko haben Ägyptens Wiedereingliederung in die Reihen der arabischen Staaten aktiv unterstützt. Die Monarchen beider Länder haben Hosni Mubarak anlässlich der Rückgabe des Sinai öffentlich gratuliert, und der marokkanische Außenminister war der erste Vertreter höchster arabischer Regierungskreise, der Kairo seit dem Friedensvertrag besuchte — er kam zwei Tage nach Beginn der israelischen Libanoninvasion.

Der Ursprung dieser Bemühungen liegt jedoch am Golf. Unauffällig begannen die Saudis sofort nach dem Machtantritt

H. Mubaraks mit der personellen Wiederbesetzung ihrer Botschaft in Kairo. Mitte Mai 1982 erreichte das Personal bereits die Stärke aus der Zeit vor Vertragsabschluß. Nur ein Botschafter fehlte, was ein Beobachter als eine „de-facto-Normalisierung“ beschrieb.

Im April 1982 nutzten die Saudis den Besuch von Sultan Quabous von Oman in Kairo, um Ägypten die militärische und politische Kooperation mit dem neuen Golf-Kooperationsrat (gegründet im Mai 1981 von den sechs Golfmonarchen, Sitz Riad; d. Red.) vorzuschlagen. „Von ganzem Herzen“, sagte Bahreins Scheich Isa im Mai 1982, „suchen wir nach einer Basis für die Rückkehr Ägyptens, damit es seine Rolle in der arabischen Welt wieder einnehmen kann“.

Die Herrscher am Golf erwarten von Ägypten potentiellen militärischen Schutz gegen den Iran. Der Irak wandte sich an Ägypten wegen Waffenlieferungen, kurz nachdem er im September 1980 in den Iran einmarschiert war. A. Sadat offenbarte diese Beziehung im März 1981. Die irakischen Bestellungen sorgten dafür, daß die Waffenfabriken in Heluan und Heliopolis laufend Minen, Munition und Ersatzteile produzierten. Es gilt als sicher, daß das Geld für die an den Irak gelieferten ägyptischen Militärgüter in Höhe von schätzungsweise 1,5 Mrd Dollar aus Saudi Arabien und Kuwait stammt.

Ausrichtung weiterhin an den USA

Offizielle ägyptische Kreise förderten Spekulationen über ein direktes Eingreifen ihres Landes in den Golfkrieg: „Die arabische Halbinsel stellt den strategischen Interessenbereich Ägyptens nach Osten dar“, sagte Außenminister Ali im April 1982. Osama al-Baz, einer der wichtigsten Berater H. Mubaraks, erklärte, daß „wir ein direktes Interesse an der Aufrechterhaltung der Sicherheit in diesen (Golf-)Staaten haben“. (...)

Hosni Mubarak wies von Beginn seiner Herrschaft an darauf hin, daß, im Gegensatz zu Anwar al-Sadats Auftreten als Führer mit weltpolitischem Format, das Hauptanliegen seiner Regierung die ägyptische Wirtschafts- und Sozialpolitik sein würde. Er trat die Präsidentschaft an, hauptsächlich bekannt für all das, was er nicht wollte. Im Unterschied zu anderen A. Sadat nahestehenden Mitarbeitern war Hosni Mubarak nie in korrupte Geschäftspraktiken, Einflußhascherei oder irgendwelche gesetzwidrigen Handlungen verwickelt. Die sechs Jahre als A. Sadats Vizepräsident und seine frühere Karriere in der Luftwaffe haben ihm weder einen besonderen Ruf noch Anrühigkeit eingebracht.

Abgesehen von seinen Reisen als A. Sadats Vertreter in die USA und andere Länder, blieb H. Mubarak stets im Hintergrund, allem Anschein nach der gehorsame Diener des Präsidenten: Sein gleichgültig leerer Gesichtsausdruck brachte ihm den Spitznamen „La vache qui rit“ ein, nach der lächelnden Kuh auf dem Markenschild einer importierten Käsesorte gleichen Namens. Seine enge Verbindung zum Regime führte dazu, daß die Volksmassen während der Erhebung im Januar 1977 seine luxuriöse Sommerresidenz angriffen.

Als Präsident pflegt er jedoch das Image des einfachen und hart arbeitenden Führers, der konservativ-dunkle Anzüge trägt, in einem bescheidenen Büro arbeitet und seine Familie aus dem öffentlichen Blickfeld hält. A. Sadats kosmopolitische Ansprüche und Jihan Sadats Interviews mit „Playgirl“ sind aus der politischen Landschaft verschwunden. So wurde auch die Villa nahe den Pyramiden, in der A. Sadat seine Soirées abhielt, auf Befehl H. Mubaraks dem Erdboden gleichgemacht.

In seiner ersten Rede vor der Volksversammlung am 14. Oktober 1981 forderte der neue Präsident einen Wechsel

von einer „Konsumptions“- zu einer „Produktions“-Infitah (Wirtschaftspolitik der „offenen Tür“). Einige der berühmtesten Nutznießer der Infithah wurden vor Gericht gestellt. Raschad Osman zum Beispiel, der aus dem Nichts zu Reichtum kam und die Korruption auf höchster Ebene verkörperte, wurde seiner Stellung in der Volksversammlung enthoben und aus der Parteipolitik ausgeschlossen.

Viele Ägypter hofften, daß das Regime nun einen Schwerpunkt auf die gänzliche Ausrottung von Korruption, auf solide Wirtschaftsplanung und auf die Förderung der produktiven Sektoren der Wirtschaft legen würde.

Die Anklagen wegen Korruption beunruhigten die Gruppe der Kapitalisten, die durch Spekulationen im Zusammenhang mit Infithah zu ihrem Reichtum gekommen waren. Kapitalflucht in Höhe von über 1 Mrd Dollar war der anschauliche Beweis für ihre Besorgnis. Diese Elemente, deren berühmtester Vertreter Osman Ahmed Osman (größter Bauunternehmer Ägyptens, unter A. Sadat Wohnungsminister; d. Red.) ist, verfügen über wirtschaftliche Macht im Land und über direkte Kontrolle großer Kapitalmengen. Hosni Mubarak, von dem man weiß, daß er der Überzeugung ist, daß Korruption in hohen Gesellschaftskreisen der Hauptgrund für die Ermordung Anwar al-Sadats war, hat sein Regime absichtlich auf Distanz zu den schlimmsten Missetätern gebracht.

Aber die Scheinverfahren offenbarten, daß praktisch der gesamte Verwaltungs- und Beamtenapparat angeklagt ist. Die Größe der Aufgabe, die Korruption wirklich auszurotten, hat es nach Meinung einiger ägyptischer Beobachter dieser Regierung unmöglich gemacht, definitive Schritte zu unternehmen.

Leichte Distanz zu bourgeoisen Missetätern

Während Anwar al-Sadat sich offen mit den größten Ausbeutern der Infithah identifiziert hatte, hat H. Mubarak versucht, sich über diese und andere Fraktionen der ägyptischen Bourgeoisie zu stellen. Abdel-Aziz Hegazi, A. Sadats erster Premierminister der Infithah-Periode (ab Mitte der 70er Jahre; d. Red.), repräsentiert die Kreise, die den festen Willen haben, Ägyptens Wirtschaft in die der konservativen arabischen Ölstaaten zu integrieren. Mustafa Khalil (vormaliger Premierminister; d. Red.) orientiert sich wie O.A. Osman mehr an den Interessen der USA und Israels. Er hebt aber die Notwendigkeit rationaler Planung hervor und steht der Industriemagnaten-Mentalität der Fraktion O.A. Osmans kritisch gegenüber.

In seinen Anstrengungen, seine Unabhängigkeit von diesen Fraktionen zu erlangen, unterstützte H. Mubarak im Februar d.J. eine Konferenz, zu der er Wirtschaftsfachleute aller Richtungen einlud, einschließlich derjenigen, die sich der Infithah aktiv widersetzen. Aber die Kritiker der gegenwärtigen Politik haben noch keinen Wandel angekündigt: Gesetze, die ausländische Investitionen anspornen sollen, Gesetzesvorlagen, die die Landreform schwächen, und eine allgemeine Förderung des privaten Sektors unterminieren weiterhin die Wirtschaftspolitik. Zahlreiche Erkenntnisse der Grenzen der Infithah als Entwicklungsstrategie haben zu keinerlei ernsthafter Korrektur ihrer grundlegenden Bestandteile geführt. (...)

A. Sadats Anspruch, einen Staat mit demokratischen Einrichtungen errichtet zu haben, wurde durch seine autoritäre Unterdrückung aller abweichenden Stimmen Lügen gestraft. Das Mubarak-Regime versucht, sich einen Ruf als demokratisches Regime zu schaffen. Diesen Bemühungen nach Legitimität sind jedoch sehr klare Grenzen gesetzt. So wurden einige politische Gefangene freigelassen, während noch viele andere im Gefängnis schmachten.

Innenminister Abu Hassan Basha sagte Anfang Juni d.J. gegenüber al-Ahram, daß die Zahl der Personen, die unter dem Ausnahmezustand verhaftet wurden, „3.000 nicht überschreitet, wobei die al-Jihad-Angeklagten nicht eingeschlossen sind“. Oppositionelle Quellen berichten, daß die tatsächliche Zahl der Verhafteten näher bei 7.000 liegt, von denen die große Mehrheit islamischen Oppositionsgruppen zuzuzählen ist. (...)

Die Kontinuität der Mubarak'schen Wirtschaftspolitik spiegelt den inneren Zusammenhang der politischen Strukturen wider. Im Januar 1982 berief er zwar ein neues Kabinett, die wichtigsten Ministerien aber blieben in den selben Händen. Nur neun der 32 Posten wurden an Neulinge verteilt, von denen keiner irgendeine Art von politischer Abweichung repräsentiert.

Ein bißchen Freiraum für die Opposition

In seiner ersten wichtigen Rede forderte H. Mubarak eine nationale Aussöhnung und öffnete der Opposition, die unter A. Sadat verfolgt und zum Schweigen gebracht worden war, ein wenig die Tür.

Er rief die wichtigsten Oppositionsführer, die damals nicht im Gefängnis saßen, zu Beratungen zusammen. Später, am 15. November 1981, diskutierte er mit etwa 30 prominenten politischen Gefangenen direkt in seinem Büro. Anschließend entließ er sie aus der Haft und gestattete vielen von ihnen, ihre Stellungen bei den Medien und den legalen Oppositionsparteien wieder einzunehmen.

Als Gegenleistung für die Freilassung einiger Gefangener und die teilweise Aufhebung der der Presse auferlegten Beschränkungen enthielt sich die legale Opposition bis nach der Rückgabe des Sinai durch Israel der scharfen Kritik an der Regierung. Sie hoffte auf mehr demokratische Freiheiten, die es ihr möglich machen könnten, ihre Organisationen auszuweiten.

Die linke Gruppierung Tagamu setzte ihre öffentliche Opposition gegen die Camp-David-Vereinbarungen fort, wobei sie den Verlust der ägyptischen Souveränität und den Betrug der „Autonomie“-Vereinbarungen hervorhob. Es war ihr möglich, ungefähr sechs Ausgaben ihrer Zeitschrift al-Ahali zu veröffentlichen, die gegenwärtig eine Auflagenhöhe von 120.000 erreicht. Ägyptischen Quellen zufolge mißtrauen viele Anhänger von Tagamu den wirklichen Absichten des Regimes und sehen die augenblickliche liberale Politik H. Mubaraks als Teil der Bemühungen, die islamische Opposition und den Druck seitens des korruptesten Flügels der Bourgeoisie auszubalancieren. (...)

H. Mubarak hat bisher in fast allen Bereichen – politische Unterdrückung, Wirtschaftsfragen und Außenpolitik – A. Sadats Maßlosigkeit vermieden. Aber er hat Substanz und Struktur der Politik seines Vorgängers beibehalten, mit all den Problemen und Krisen, die sie beinhaltet. Darüber hinaus scheint Hosni Mubarak dort, wo Präsident Sadat impulsiv war, zu Unentschlossenheit zu neigen. Dies zeigt seine Reaktion auf den Einmarsch Israels und seine ziemlich eindeutige Verpflichtung auf das Erbe A. Sadats.

Diejenigen Ägypter und ausländischen Mächte – hauptsächlich Israel und die USA –, die aus A. Sadats Herrschaft Vorteile zogen, können diese Zeit der Beruhigung genießen. Für diejenigen, die von H. Mubarak wichtige Initiativen und Reformen erwartet hatten, die den Kurs Anwar al-Sadats grundlegend verändern würden, dürften die Flitterwochen wohl vorbei sein. Nur das schmachvolle Versagen der anderen arabischen Regimes in der gegenwärtigen Krise läßt H. Mubarak noch Zeit und Raum zum Handeln.

(Quelle: MERIP Reports, Washington, Juli-August 1982, S. 3-6)

Lateinamerika und Afrika



W. Bröner/H.-J. Nieth
Der Kampf um El Salvador
Volkserhebung und Intervention.
prv.-aktuell. Kleine Bibliothek, Band 256
180 Seiten, 10,- DM

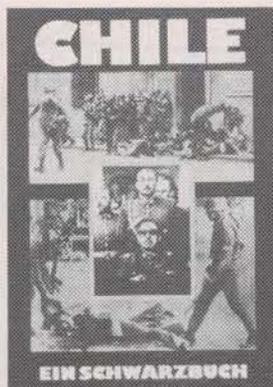
D. Boris/Renate Rausch (Hrsg.)
Zentralamerika
El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica.
Kleine Bibliothek, Band 269
220 Seiten, 14,80 DM

S. Arce-Martinez
Lateinamerika
Hinterhof des US-Imperialismus.
86 Seiten, 7,80 DM



Dieter Boris Peter Hiedl
Argentinien
Geschichte und politische Gegenwart.
Kleine Bibliothek, Band 133
210 Seiten, 14,80 DM

O. Puccio
Ein Vierteljahrhundert mit Allende
Erinnerungen seines Privatsekretärs.
432 Seiten mit 48 Fotos, Leinen mit Schutzumschlag, 19,80 DM



Chile. Ein Schwarzbuch
Hrsg.: H.-W. Bartsch, G. Stuby, M. Buschmann, E. Wulff
3., unveränderte Auflage
228 Seiten mit 200 teilw. ganzseitigen Abb., Großformat, 16,80 DM



K. Schnelle
José Martí
Apostel und Märtyrer der Freiheit.
124 Seiten mit 70 Abb., Leinen mit Schutzumschlag, 14,80 DM

J. Lawretzky
Simón Bolívar
Eine Biographie
494 Seiten mit zahlreichen Illustrationen, Leinen mit Schutzumschlag, 19,80 DM

N. Guillén
Cuba, Lyrik, Revolution
Eine Auswahl seiner Gedichte.
Hochschulschriften, Band 43
342 Seiten, 35,- DM

M. von der Heydt-Coca
Die Bolivianische Revolution von 1952
Hochschulschriften, Band 108
ca. 300 Seiten, ca. 40,- DM

U. Krüger
Erwachsenenbildung in Kuba
Beispiel einer integrierten Bildungspolitik.
Hochschulschriften, Band III
ca. 300 Seiten, ca. 35,- DM

Jürgen Ostrowsky
Wolff Geisler
Südafrika
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf



J. Ostrowsky/W. Geisler
Südafrika
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf.
Kleine Bibliothek, Band 125
161 Seiten, 12,80 DM

A. Babing H.-D. Bräuer
NAMIBIA
Kolonialzeit
Widerstand
Befreiungskampf heute



Prosper Kivouvou
Angola
Vom Königreich zur Volksrepublik.
Kleine Bibliothek, Band 196
272 Seiten, 14,80 DM

A. Babing/H.-D. Bräuer
Namibia
Kolonialzeit, Widerstand, Befreiungskampf heute.
Ein Report.
Kleine Bibliothek, Band 186
221 Seiten, 12,80 DM



B. Benzing/K. Wolde-Giorgis
Das neue Äthiopien
Vom Kaiserreich zur Revolution.
Kleine Bibliothek, Band 205
272 Seiten, 14,80 DM



Prosper Kivouvou
ANGOLA
Vom Königreich Kongo zur Volksrepublik

R. Falk/P. Wahl (Hrsg.)
Befreiungsbewegung in Afrika
Politische Programme, Grundsätze und Ziele von 1945 bis zur Gegenwart.
Kleine Bibliothek, Band 204
532 Seiten, 14,80 DM

Afrika: Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart

Band 1: Afrika von den Anfängen zur territorialen Aufteilung durch die Kolonialmächte
Kleine Bibliothek, Band 155
372 Seiten, 14,80 DM



Band 2: Afrika unter Kolonialherrschaft und die Formierung der anticolonialen Kräfte (1884-1945)
Kleine Bibliothek, Band 156
297 Seiten, 14,80 DM

Band 3: Vom zweiten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems
42 Abb., zwei Karten und Zeittafel
Kleine Bibliothek, Band 157
320 Seiten, 14,80 DM

Band 4 erscheint 1984

Pahl-Rugenstein Verlag

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

Alem Mezgebe

Westliche „Besorgnis“ nach dem Triumph der Linken



MMM-Demonstration während des Wahlkampfes

Nachdem am 11. Juni 1982 bei den Wahlen auf der Inselgruppe Mauritius im Indischen Ozean eine linke Allianz die absolute Parlamentsmehrheit erhalten hatte, galt es für westliche Kreise wieder einmal, „das Schlimmste zu verhindern“. Der Internationale Währungsfond (IMF) diktierte dem hochverschuldeten Staat sogleich eine drastische öffentliche Sparpolitik.

Gleichwohl setzte die Regierung nivellierende Lohnerhöhungen, eine Senkung der Mieten und größere Sozialausgaben durch. All dies sind Bestandteile eines Programms zur wirtschaftlichen Wiederbelebung. Danach sind noch die Verstaatlichung zweier Zuckerrohrplantagen, der öffentlichen Verkehrsmittel, der Häfen und der Luftfahrtgesellschaft sowie eine Erhöhung der staatlichen Anteile im profitablen Hotelgewerbe auf 51% vorgesehen.

Größeres Aufsehen erregte die neue Außenpolitik: Anerkennung der Befreiungsbewegung Frente POLISARIO und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), eine aktivere Rolle in der Nichtpaktgebundenenbewegung, die nachdrückliche Forderung nach Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean, nach der Auflösung des US-Stützpunktes auf Diego Garcia und Rückgabe der Insel an Mauritius. Prompt äußerte das Washingtoner Außenministerium seine „ernsthafte Besorgnis“.

Es war eine Revolution mit dem Stimmzettel. Der alternde mauritianische Premierminister Seewoosagur Ramgoolam wurde buchstäblich in Pension gewählt. Eine Ansammlung von 31 Parteien, einschließlich seiner eigenen Arbeiterpartei,

wurde aus dem Parlament gekippt. Und die Linke des Landes errang einen spektakulären Sieg.

Man hatte mit einem knappen Wahlergebnis gerechnet. Stattdessen gab es einen großen Verlierer: den 82jährigen S. Ramgoolam. Die Wahl fetzte einen Führer hinweg, der wie seinesgleichen im übrigen Afrika entschlossen war, „bis zum letzten Atemzug“ an der Macht festzuhalten. Was noch bedeutsamer ist: Das Wahlergebnis gab der neuen Regierung den eindeutigen Auftrag, ohne Opposition zu regieren.

Die triumphierende Linke ist eine Koalition von Paul Berengers Militanter Bewegung von Mauritius (MMM) und Harish Boodhoos Mauritanischer Sozialistischer Partei (PSM). Sie ergatterte alle 60 Sitze in den 20 Wahlbezirken. Zwei Sitze gingen an eine weitere progressive Partei, an Serge Clairjs Organisation des Volkes von Rodrigues (OPR).

Rodrigues ist eine 650 km südwestlich von Mauritius gelegene Insel, die von „population générale“, Menschen europäischer oder afrikanischer Abstammung (sonst als Kreolen bekannt), bewohnt wird. Der frühere Außenminister und Führer der rechten Sozialdemokratischen Partei von Mauritius (PSDM), Gaetan Duval, der Rodrigues als sein Leben betrachtet, hatte gedroht, die Insel in die Sezession zu führen, falls „Kommunisten“ an die Macht kämen. Die zukünftige Entwicklung wird zeigen, ob G. Duval ein weiterer M. Tshombe (kongolesischer Separatist, der 1961-63 die Provinz Katanga von der Republik Kongo/Zaire abspaltete; d. Red.) im Indischen Ozean werden wird.

Mit dem MMM-Vorsitzenden Aneerood Jugnauth als Premierminister, Harish Boodhoo von der PSM als stellvertre-

tendem Premierminister und als Minister für Informations- und Genossenschaftswesen und Paul Berenger als Finanzminister wurde ein 19köpfiges Kabinett gebildet. Außer A. Jugnauth, der 52 ist, besteht die gesamte Regierung aus Männern unter 40.

Die Wahl in Mauritius hatte nichts mit Persönlichkeiten zu tun, obwohl, wie P. Berenger einem Journalisten im Dezember 1981 mitteilte, „in seinem (Ramgoolams) politischen Abtreten eine gewisse Unvermeidlichkeit lag“.

Es ging in diesem Fall um Wandel oder Status quo. Der durchgefallene Premier regierte im Auftrag der Zuckerbarone für die Zuckerbarone. Das war eine Regierung von alten Männern – fast alle Ende 60 oder Anfang 70 –, die sich wie Mafia-Paten aufführten. Bestechung, Korruption und Vetternwirtschaft kennzeichneten die ganzen 16 Jahre des Regierungsbündnisses der Arbeiterpartei. (...)

Der abgehalfterte Premierminister machte sich für ein schon bekanntes Märchen stark, daß nämlich libysches Geld an die MMM geschleust werde, um sein Regime zu destabilisieren, obgleich er im April letzten Jahres einen Platz in der Hauptstadt Port Louis nach M. el-Ghaddafi benannt hatte. Ehrgeizig und gerissen, war er bereit, seine politischen Freunde auf der Rechten zu verraten, indem er sich vergeblich um ein Wahlbündnis mit der linksgerichteten MMM für die Juni-Wahlen 1982 bemühte. (...)

Wahlsieg über Zuckerbarone und Mafia-Paten

Die Militante Bewegung von Mauritius (MMM) wurde 1969 von Paul Berenger, einem Veteranen der „Pariser Barrikaden“ vom Mai 1968, gebildet und ist die einzige Partei, deren Profil nicht ausgesprochen regionalistisch geprägt ist. Sie war auch die einzige Partei im Parlament mit einer Mehrheit von 37 Abgeordneten.

Mit ihrer Verwurzelung in der Arbeiterbewegung und bei der Jugend des Landes hat die MMM eine solide politische Basis. 54% der Mauritianer, wie auch das Heer der Arbeitslosen, sind unter 21. Und die vorhandenen Arbeitsplätze – vom Büroboten bis zur Hausangestellten – sind mit jungen Leuten besetzt, einige davon mit A- und O-Schulabschlüssen (entspricht in etwa der Mittleren Reife bzw. dem Abitur; d. Red.). Die MMM, wohl wissend, wo ihre Chance liegt, drängte stets auf die Senkung des Wahlalters auf 18.

Doch auch ohne die „Jugendlichkeit“ der Bevölkerung ist die Stimmung in Mauritius als „politisch interessiert“ zu bezeichnen. „Die Wählerschaft“, kommentiert ein britischer Journalist, „zeigt ein tiefgehendes Interesse an Politik; demgegenüber wirkt die in Europa verbreitete Apathie beschämend.“

Der Koalitionspartner der MMM, die Mauritanische Sozialistische Partei (PSM), ist eine Abspaltung von S. Ramgoolams Arbeiterpartei. Ihr Führer Harish Boodhoo führte 1978 über einen Zeitraum von drei Monaten mehr als 300 öffentliche Versammlungen durch, um die Korruption der Regierung anzuprangern, ehe er sich zu einem Alleingang entschloß und seine Partei gründete. 15 Labour-Abgeordnete, einschließlich dreier Minister, wechselten in sein Lager über. Daß die Regierung Ramgoolam über kein Instrumentarium verfügte, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen und der damit verbundene Wunsch der Wählerschaft nach einem Wandel, das sind die Ursachen, die ihrem Niedergang zugrunde liegen.

Beobachter sind sich darin einig, daß abgesehen von fallenden Zuckerpreisen das Land ausländischen Interessen zur Ausbeutung seiner billigen Arbeitskräfte und Ressourcen preisgegeben wurde. Der Industrialisierungsplan mit seinen Steuerfreiheiten und anderen Privilegien für ausländische

Investoren konnte die Insel nicht aus dem wirtschaftlichen Sumpf ziehen. (...)

Die Inflation liegt bei 50%, und die zweifache Abwertung der Rupie in einem Zeitraum von zwei Jahren muß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch verschärfen.

1981 war das Zahlungsbilanzdefizit der Insel um 36% gestiegen, von 550 Mio Rupien 1980 auf 750 Mio Rupien im letzten Jahr. Und die Zuckerernte, das Rückgrat der Wirtschaft, sackte 1980 infolge eines verheerenden Wirbelsturms um 30,9% auf 475.000 t. Eine Massenabwanderung von Arbeitskräften nach Europa, besonders von Krankenschwestern, gibt auch schon seit Jahren Anlaß zur Sorge.

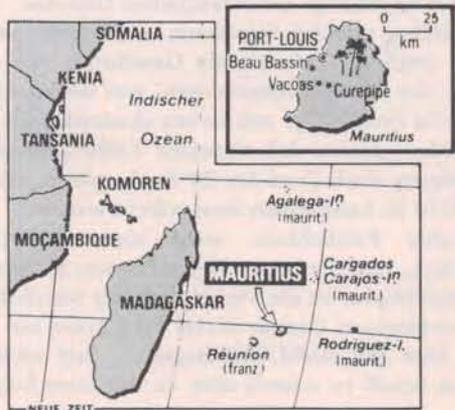
Die erste Regierungshandlung der siegreichen Koalition bestand darin, vor den Obersten Gerichtshof zu gehen, um eine Verfassungsfrage zu klären. Die mauritanische Verfassung sieht für die acht „besten Verlierer“ Sitze vor, die auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts an die Minderheitsgruppen fallen.

Die Klausel wird nur dann angewandt, wenn mehr als eine Partei in die 70köpfige Nationalversammlung gewählt wird. In dem Fall werden die acht bestplatzierten Verlierer ernannt. In der vergangenen Legislaturperiode hatten die MMM und die Arbeiterpartei je vier ernannte Parlamentsabgeordnete.

Weitere Verfassungsänderungen sind auch schon angekündigt worden. Die MMM/PSM-Regierung will das unpopuläre Arbeitsgesetz (IRA) und das Gesetz über öffentliche Ordnung (POA) aus dem Gesetzbuch gestrichen wissen – zwei Bestandteile der Gesetzgebung, die das politische Leben auf der Insel stark beeinträchtigt hatten.

Das Arbeitsgesetz war S. Ramgoolams legaler Muskel zur Niederknüpfung der kämpferischen Gewerkschaften. Das

Mauritius-Daten



Territorium: 2.045 qkm (etwa die Größe des Saarlands)

Hauptstadt: Port Louis

Bevölkerung: 940.000, davon ca. 60% Inder, 20% Kreolen, 17% Araber, chinesische und europäische Minderheiten

Religion: 50% Hindus, 26% Katholiken, 16% Moslems

Sprache: Neben der Amtssprache Englisch sind ein kreolisches Französisch und indische Sprachen gebräuchlich

Währung: Mauritius-Rupie (MR); 1 MR = 0,2 DM (Stand Juni 1982)

Wirtschaft: Zuckerrohrmonokultur auf 90% der kultivierten Fläche; ein großer Teil des Nahrungsmittelbedarfs muß importiert werden. Zweitwichtigster Devisenbringer ist der Tourismus.

Geschichte:

- 1507 Portugiesen landen auf der unbewohnten Hauptinsel
- 1598 Besetzung durch Niederländer
- 1715 Besetzung durch Franzosen; Zwangsansiedlung ostafrikanischer Sklaven
- 1810 Britische Kolonie; Zwangsansiedlung ostindischer Kontraktarbeiter
- 1968 Verkündung der Unabhängigkeit (12. März)



In der Hauptstadt Port Louis

Gesetz über öffentliche Ordnung half, Gegner und Regimekritiker ins Gefängnis zu werfen. Auch Paul Berenger und seine MMM-Kollegen bekamen das Gesetz über öffentliche Ordnung zu spüren — eines der widerwärtigen, von der Kolonialverwaltung geerbten Gesetze. Es ist zu erwarten, daß Mauritius in Kürze zur Republik erklärt wird.

Die Reformen schließen die Wiedereinführung der 1972 abgeschafften Nachwahlen sowie die Durchführung allgemeiner Wahlen alle fünf Jahre ein. Die neue Regierung verpflichtete sich, Privilegien und Sondervergünstigungen abzuschaffen, einschließlich des zollfreien Imports von Autos und Whisky durch die Elite, Mahlzeiten auf Regierungskosten und Pensionen für Parlamentarier, die ausgeschieden sind, nachdem sie zwei Legislaturperioden gedient haben. Eingeführt werden soll ein leistungsorientiertes Beförderungssystem für Angehörige des öffentlichen Dienstes.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist zur obersten Priorität erhoben worden, wie auch die Gewährung von Unterstützung für die 70.000 Arbeitslosen, von denen die meisten Jugendliche sind, einige mit hohen akademischen Qualifikationen. Man glaubt, daß ungefähr 3.000 Graduierte ohne Beschäftigung sind. Zwei der 20 Zuckerplantagen und etwa weitere 810 ha Land sollen verstaatlicht werden.

Eine wahre Peinlichkeit, wenn nicht ein regelrechter Schandfleck, den die neuen Herrscher von Mauritius zu tilgen beabsichtigen, ist die Verbindung mit Südafrika, die von ihrem Architekten Gaetan Duval über Jahre hin aufgebaut wurde. Aber die MMM/PSM-Regierung hat nicht die Absicht, das Schiff zu schnell oder zu früh zum Schaukeln zu bringen.

Behutsame Loslösung von Südafrika

P. Berenger sagte im Wahlkampf, daß man mit Südafrika die üblichen Geschäftsverbindungen pflegen werde. Diese Nabelschnur ist in diesem Stadium noch zu lebenswichtig, als daß man sie zerschneiden könnte. Die Fluggesellschaft Air Mauritius wird weiterhin Südafrika anfliegen, und man wird keinen Versuch unternehmen, der Fluggesellschaft South African Airways (SAA) die Landungsrechte auf ihrer gewinnträchtigen Route nach und von Australien zu entziehen.

Südafrika ist der Haupthandelspartner von Mauritius. Pretoria ist gleichfalls ein wichtiger Investor und Kreditgeber. Es kauft fast jedes Gramm mauritianischen Tees zu einem Vorzugspreis. Nahezu 20% der Touristen, die sich auf dem „Inselparadies“ sonnen, sind Südafrikaner.

Laut Radio Ghana war davon die Rede, daß „Südafrika in den Bau der Ölraffinerie von Mauritius investieren wird, um eine Ölquelle zu haben, die die Schwierigkeiten der Apartheidrepublik bei der Beschaffung von einigermaßen billigem und sanktionsfreiem Öl lösen soll“.

S. Ramgoolams Wohnungsbau- und Planungsminister Eliezer François erhielt für Mauritius ein Darlehen von 2,6 Mio Dollar aus Pretoria als Spritze für die Teeindustrie — und ein Darlehen von 34 Mio Dollar zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für mittlere Einkommensklassen stand vor dem Abschluß, als die Arbeiterpartei und ihre Bündnispartner aus der Regierung flogen. (...)

Das Wahlfieber in Mauritius spürte man auch in einflußreichen Kreisen im Westen. Das Wallstreet Journal vom 4. August 1981 enthüllte, daß der US-Geheimdienst CIA Geld in S. Ramgoolams Arbeiterpartei geschleust hatte, um ihr die Wahlen gewinnen zu helfen, die damals für Dezember 1981 anberaumt waren.

Die MMM hatte immer den Verdacht gehegt, daß dies eintreten würde, wenn die Hoffnungen der Arbeiterpartei auf einen Wahlsieg verblaßten. Ob mit oder ohne CIA, der Arbeiterpartei gelang es nicht, wieder in den Sattel zu kommen. Aber von der MMM erwartete man, daß sie die Außenpolitik der Insel radikal ändern würde.

Eine Friedenszone im Indischen Ozean!

Die Partei hatte stets zu den benachbarten Seychellen, Tansania und Madagaskar Kontakte gesucht und auch gefunden. Sie alle, besonders aber Mauritius und die Seychellen, haben ein gemeinsames Anliegen: den Frieden im Indischen Ozean. Und für Mauritius ist das ein Problem von äußerst heikler Natur.

Als Teil des Abkommens über die Unabhängigkeit von Mauritius wurde Diego Garcia — ein Atoll, das zum Chagos-Archipel gehört — von S. Ramgoolam für lächerliche 3 Mio Pfund an Großbritannien verpachtet. Die Pacht, die auf 50 Jahre läuft, wurde im März 1971 an die Vereinigten Staaten zur Errichtung einer Marinebasis unterverpachtet. Die gesamte Inselbevölkerung — insgesamt 1.500 Familien — wurde 1965 ausgewiesen und nach Mauritius verfrachtet, ob sie das wollten oder nicht. Und die meisten von ihnen wollten nicht.

Alle Anrainerstaaten des Indischen Ozeans außer Südafrika und den Komoren haben die Militarisierung dieser potentiellen „Zone des Friedens“ verurteilt. Madagaskar ordnete 1975 die Schließung der US-amerikanischen Satellitenortungsstation auf seinem Territorium an. Dies führte zu einer beiderseitigen Ausweisung von Diplomaten aus Washington und Antananarivo, der Hauptstadt Madagaskars.

Im Dezember 1971 erklärte die UN-Vollversammlung den Indischen Ozean zu einer „Zone des Friedens“ und gründete ein Jahr später sogar ein Sonderkomitee mit 15 Mitgliedern, einschließlich Mauritius. (...)

P. Berenger scheint die Absichten der neuen Regierung sehr klar zu benennen. Am Vorabend der Wahlen vom 11. Juni 1982 kündigte er an, daß er Indien, die Organisation für Afrikanische Einheit, die UNO und den Internationalen Gerichtshof bitten werde, die Präsenz der Vereinigten Staaten auf Diego Garcia zu beenden. Er sagte: „Wir betrachten Diego Garcia als unser Territorium, das uns gestohlen wurde.“ (...)

(Quelle: New African, London, August 1982)

**Adressenänderungen bitte
rechtzeitig bekanntgeben!**

Jürgen Ostrowsky

Inselrepublik Seychellen – das umkämpfte Paradies

Der Plan sah die Wiederaufführung eines erfolgreichen Stückes vor: Handstreichartige Beseitigung einer mißliebigen Regierung durch einen entschlossenen Trupp von Söldnern und (Wieder-)Einsetzung eines nekolonialen Regimes – wie am 13. Mai 1978 auf der Inselgruppe der Komoren geschehen.

Doch diesmal, im November 1981, rund 1.500 km nordöstlich, endete der Versuch in einem Debakel. Enttarnt und nach einer Schießerei auf dem Flugplatz der Seychellen-Hauptstadt Victoria bemächtigte sich der Kommandotrupp eines zwischengelandeten indischen Verkehrsflugzeugs. Als erbärmliche Luftpiraten kehrten die „weißen Riesen“, als die sie Afrika in Schrecken zu halten pflegten, dorthin zurück, woher sie gekommen waren: nach Südafrika.

Die bundesdeutsche Presse kümmerte zunächst vor allem eins: „1.000 deutsche Urlauber sitzen fest! Chaos!“, kreischte BILD.

Es war nicht das erste Mal, daß der Friede des Tropenparadieses durch Versuche gestört wurde, die früheren Machthaber wieder ans Ruder zu bringen. Seit ihrer Unabhängigkeit stand die Inselrepublik vor dem Problem, in einer strategisch brisanten Lage, mit einem geringen Wirtschaftspotential und der Bevölkerung einer Kleinstadt wie Marburg ihre Souveränität zu erhalten. Die Voraussetzungen schienen wenig ermutigend.

Tummelplatz für neureiche Touristen

Industrie war bis auf wenige Kleinstbetriebe nicht vorhanden. Nicht einmal eine Verarbeitungsindustrie für Fisch hatte die britische Kolonialmacht aufgebaut – obwohl die Seychellen die reichsten Fischgründe des Indischen Ozeans besitzen. Die Besitzer der Plantagen hatten ebensowenig unternommen, ja, sogar Land brachgelegt. So war die Zahl der Landarbeiter von 1947 bis 1974 von rund 10.000 auf unter 3.000 gefallen.¹

Ohnehin macht bebaubares Land nur 5% der Landfläche aus. Auf diesem dominierten die beiden Exportpflanzen Kokospalmen (aus denen Kopra gewonnen wird) und Zimt, die 1975 noch 85% des Nationaleinkommens erbrachten. Nahrungsmittel wie Reis müssen dagegen importiert werden, vor allem aber Maschinen und Öl zu rasant steigenden Preisen. Das Ergebnis: chronisch hohe Defizite im Außenhandel. Sie wären noch höher, hätte nicht der Aufschwung des Tourismus seit Eröffnung des internationalen Flughafens bei Victoria Devisen eingebracht. Zugleich aber verstärken die Bedürfnisse dieses Wirtschaftszweiges den Importzwang. Immerhin: 1976 kam bereits 1/3 des Bruttosozialprodukts aus diesem Sektor.

Mit der starken äußeren wirtschaftlichen Abhängigkeit korrespondierte die Besitzverteilung. Etwa 22% des Ackerlandes befanden sich in ausländischem Besitz, von den „ein-

heimischen“ Eigentümern weilte ein Großteil im Ausland und betrieb Landspekulation. Hier stiegen vor allem Neureiche aus der Bundesrepublik ein. Zweitreichster Grundeigentümer war 1976 eine Gruppe Hamburger Kaufleute, angeführt von dem Teehändler Darboven.²

Ihre politische Heimat hatten die Besitzenden in der 1964 gegründeten konservativen Demokratischen Partei der Seychellen (SDP) James Manchams, die noch 1974 gegen die Unabhängigkeit votierte. Allein schon deshalb fanden die antibritischen frankophonen Bürger sich in der gleichfalls 1964 entstandenen Vereinigten Volkspartei (SPUP) Albert René vertreten.



Seychellen-Präsident A. René (r.) und Vorgänger J. Mancham

Von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) als Befreiungsbewegung anerkannt, führte die SPUP den Kampf für die Unabhängigkeit, für eine Bodenreform, staatliche Wirtschaftskontrolle und soziale Verbesserungen. Sie stützte sich von vornherein auf die kreolisch sprechende afrikanische Bevölkerungsmehrheit, insbesondere die Jugend (über 40% der Bewohner waren 1977 unter 15 Jahren).

Kurz vor der Unabhängigkeit errang die SPUP 47,4% der Wählerstimmen. Eine Koalitionsregierung unter J. Mancham, in der A. René Premierminister wurde, proklamierte 1976 die Unabhängigkeit.

Die Koalition war von Anbeginn brüchig. „Playboy-Präsident“ Mancham (so der Londoner Daily Mirror) beabsichtigte die Verwandlung der Seychellen in eine Art Bahamas des

Seychellen-Daten



Territorium: 92 Inseln mit zusammen 444 qkm Landfläche; durch Deklaration einer 200-Meilen-Zone insgesamt ein Seegebiet von über 400.000 qkm.

Hauptstadt: Victoria

Bevölkerung: 65.000, mehrheitlich afrikanischer Abstammung, desweiteren europäischer, indischer und chinesischer Herkunft.

Religion: mehrheitlich römisch-katholisch

Sprachen: Kreolisch als Umgangssprache (ein aus dem Französischen entstandenes Sprachgemisch) der Mehrheit; Englisch und Französisch

Währung: Seychellen-Rupie (SR); 1 SR = 0,37 DM (Stand: Juni 1982)

Wirtschaft: Fischfang, Kopra-, Zimt-, Tee-, Vanille- und Kaffeexport. Hohe Importabhängigkeit von Großbritannien, Bahrein (Öl), Südafrika, Singapur, Japan bei Konsumgütern, Investitionsgütern und Nahrungsmitteln. Entwicklung des Prokopfeinkommens von 580 Dollar (1975) auf ca. 1.000 Dollar (1981).

Geschichte:

- 11./12. Jhd. Entdeckung durch arabische Seefahrer
- 15. Jhd. Landung von Portugiesen
- 18. Jhd. Kolonisierung durch Frankreich; Ansiedlung afrikanischer Sklaven
- 1814 Britische Kolonie infolge der Pariser Verträge
- 1976 Proklamation der Unabhängigkeit (26. Juni)

Indischen Ozeans – ein Refugium für Steuerflüchtlinge, ausgeflaggte Flotten, Briefkastenfirmen und Spieler.

Per Inserat wurde die Inselgruppe verhökert: Der Schah erstand die Daros-Insel, der saudiarabische Waffenhändler Kaschoggi ausgedehnten Grundbesitz, Figuren vom Schlage des Münchner „Schwabylon“-Pleitiers Schnitzenbaumer flogen ein.³

Der wachsende Unmut gipfelte am 5. Juni 1977 im Sturz J. Manchams durch eine Gruppe bewaffneter junger Männer mit Unterstützung der Polizeimannschaften, als dieser sich wieder einmal im Ausland aufhielt. A. René wurde von den Aufständischen als Präsident akzeptiert, einige ihrer Führer nahmen Ministerposten ein.

Die Erhebung, die sogleich einen sozialistischen Kurs proklamierte, konnte auf breite Unterstützung rechnen. In einer nach ausführlichen Diskussionen in der Bevölkerung im März 1979 verabschiedeten neuen Verfassung wurden diese Option und die Bildung eines Einparteiensystems fixiert. Ende Mai 1979 wurde auf einem Parteitag die Fortschrittliche Volksfront der Seychellen (SPPF) ins Leben gerufen. Ihr sozialistisches Programm versucht die Regierung René im Rahmen eines Vierjahresplanes (1978-82) anzugehen. Mit einigem Erfolg, obwohl z.B. hohe Jugendarbeitslosigkeit angesichts stagnierender Arbeitsplatzzahlen eine schwere Hypothek bildet.

Das Übergewicht des Tourismus-Sektors versuchte die neue Regierung durch Entwicklung der Sektoren, die der wirt-

schaftlichen Selbständigkeit dienen, abzubauen. Dennoch: Von 1976 bis 1980 stiegen die Besucherzahlen von rund 45.000 auf über 60.000 und sorgten so für den Hauptteil des Nationaleinkommens.

Allgemeine wirtschaftliche Schwierigkeiten und ein Rückgang der Besucherzahlen seit Anfang 1980 machten es zudem notwendig, diesen wichtigen Devisensektor wieder überproportionale Aufmerksamkeit zu widmen. Im Bewußtsein der verheerenden Auswirkungen des Massentourismus hat die Regierung allerdings ein Maximum von 100.000 Gästen pro Jahr festgelegt und strenge Naturschutzbestimmungen erlassen.

Fischerei und Landwirtschaft gilt der Hauptteil des geplanten Investitionsvolumens. Über Kooperationsabkommen (u.a. mit Großbritannien, Frankreich und der UdSSR) ist die Regierung bemüht, eine moderne Fangflotte, Hafenanlagen und Kühleinrichtungen zur Verwertung des immensen (und bisher vorwiegend von Japan, Südkorea und Taiwan geplünderten) Fischreichtums für Eigenbedarf und Export aufzubauen. Der Kauf mehrerer Thunfischfangboote rentierte sich: Zwischen 1979 und 1981 verdoppelten sich die Fänge; der größte Teil konnte nach Réunion exportiert werden.

Söldnerinfälle – keine „Operettenverschwörung“

Im Agrarbereich wurden erfolgreiche Versuche unternommen, u.a. durch den Anbau hervorragender Teesorten (ohne Chemikalienbehandlung) eine Diversifizierung zu erreichen; eine effektivere Nutzung der Kokospalmen- und Edelholzbestände wird angestrebt; landwirtschaftliche Ausbildungszentren nahmen die Arbeit auf.

Soweit ließ sich vieles ohne Konfrontation mit den Gruppen der Besitzenden durchführen. An ihren Lebensnerv ging es indessen mit der Enteignung von brachliegendem Land oder Plantagen von „absentees“ (ständig im Ausland Lebenden) – mehrere 100 ha – und ihre Umwandlung in Staatsfarmen, mit der Verstaatlichung des Außenhandels und großer Teile des Binnenhandels sowie der Einführung von Preiskontrollen.

Staatliche Mittel wurden verstärkt für soziale und Bildungszwecke eingesetzt, und dort sind die Erfolge am eindrucksvollsten. Ein System kleiner Polikliniken entsteht; die Wohnungssituation wird durch Zuschüsse verbessert, die Elektrifizierung auch der armen Wohnviertel vorangetrieben; ein billiges Busverkehrssystem existiert; die Pensionszahlungen wurden angehoben.

Im Bildungsbereich steht ein Programm vor dem Abschluß, das die Einführung der kostenlosen Schulpflicht für alle Kinder bis zur Absolvierung einer neunklassigen Grundstufe vorsieht. Der klassenlose und „antirassistische“ Charakter der Reform wurde dadurch betont, daß alle Eltern ihre Kinder auf die nächstliegende Schule zu schicken haben. Das bedeutete das Ende der Eliteschulen, auf welche die (zumeist weißen) Wohlhabenden ihre Sprößlinge oft von weither zu schicken pflegten. Entsprechend war deren Empörung; die internationale rechte Presse assistierte: „Gleichmacherei“.⁴

Nicht genug damit: 1981 wurde das Kreolische zur Pflichtunterrichtssprache erklärt – die Sprache der armen Massen des Landes also. Erstmals in der 200jährigen Geschichte der buntgemischten Bevölkerung der Seychellen geschah etwas für deren Mehrheit.

Und so nahm sich das in der reaktionären Presse aus: Vom „verordneten“ Sozialismus sprach z.B. G. Krabbe in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der auch dort seine Duftmarke hinterließ, und davon, daß „René und seine Leute

Klassenkampf, Neid und Haß (gepredigt)“, den Inseln „den sozialistischen Grauton aufgetragen“ hätten.⁵

Da war es nicht mehr weit zur „sowjetischen Verschwörung“, die hinter seinem Sturz gestanden habe, wie J. Mancham aus dem Londoner Exil verlauten ließ. Und überhaupt: „Auf sich selbst gestellt, hätten die Bewohner der Seychellen 'in Frieden, Harmonie und Brüderlichkeit gelebt'.“⁶

Das regelmäßig wiederholte Gerücht von sowjetischer Präsenz ließ sich leicht als Chiffre für das enträtseln, was gemeint war: Propaganda für die US-Militarisierung des Indischen Ozeans und gegen die Regierung René, die als Störenfried westlicher strategischer Interessen angesehen wird. Mit Recht.

Wiederholt hatten die SPPF und A. René die Militarisierung der Region verurteilt – ein Vorwurf, der eindeutig an die Adresse der USA ging, wie eine gemeinsame entsprechende Erklärung der seychellischen und indischen Regierung im März 1979 zeigte. Die Seychellen widersetzten sich dem Olympia-Boycott der USA im Jahre 1980 und nahmen insgesamt eine Position auf dem linken Flügel der Bewegung der Nichtpaktgebundenen ein, entwickelten gute Beziehungen zu den sozialistischen Ländern.

Namentlich in der Region spielten die Seychellen seit 1977 eine politisch vorwärtstreibende Rolle. So veranstaltete die SPPF 1979 eine Konferenz progressiver Parteien und Organisationen des südwestlichen Indischen Ozeans. Teilnehmer waren u.a.: die Militante Bewegung von Mauritius (MMM; inzwischen Wahlsieger der Inselrepublik; siehe Beitrag von A. Mezgebe in diesem Heft), die Kommunistische Partei des französischen „Übersee-Departements“ Réunion und die Front zur Verteidigung der Madegassischen Revolution.



Demonstration gegen die inflationären Auswirkungen des Tourismus

Die sozialistische Orientierung und die klare Position gegen das Apartheidregime Südafrikas (trotz fortbestehender wirtschaftlicher Bindungen) genügten, um A. René's Regierung zum Ziel mehrerer Putschversuche zu machen.

Der erste wurde bereits Ende 1977 vereitelt; mehrere französische Söldner wurden rechtzeitig des Landes verwiesen. Im April 1978 flog ein Plan auf, in den nach Auffassung der Regierung René James Mancham verwickelt gewesen war. Mehrere Personen wurden verhaftet, später größtenteils freigelassen. Bezeichnend war, daß zur selben Zeit das Kommandounternehmen gegen die Regierung der Komoren abließ. Zudem meldete sich erstmals eine „Bewegung des Widerstands“ zu Wort, die später verkündete, ihr Ziel sei die Wiedereinsetzung J. Manchams.

Im April 1979 wurde ein französischer Söldner namens Lefèvre verhaftet, als er Spionage betrieb – er war auf den Komoren dabei gewesen. Kurz darauf bekannte J. Mancham in einem Interview, er habe aus Südafrika finanzielle Unterstützung erhalten.⁷ Im November 1979 schließlich wurden Invasionspläne einer in Südafrika in Warteposition ausharrenden Söldnertruppe aufgedeckt.

Im Herbst 1979 war es zu Demonstrationen von Schülern auf den Seychellen gekommen – gegen einen angeblichen Plan der Regierung, „den Eltern die fünfzehn Jahre alten Kinder fortzunehmen und für ein Jahr zur politischen Indoktrinierung in Gemeinschaftslager – viele fürchten: nach Kuba – zu stecken“.⁸

Die Falschinformation wurde gezielt ausgestreut (sie machte sich, die VR Kongo, die VR Angola sowie das sozialistische Äthiopien einbeziehend, quer durch die westlichen Medien breit). Der damit diffamierte „Jugenddienst“ ist freiwillig.⁹ Ihre Wirkung verfehlte die Kampagne nicht. Putschversuche und -gerüchte sowie die besagten „Unruhen“ ließen die Zahl der Urlaubsbuchungen auf den Seychellen schlagartig sinken.

Umso weniger hat der Umsturzversuch vom November 1981 den Charakter einer „Operettenverschwörung“, wie die bürgerliche Presse weithin glauben machen wollte. Die Söldnertruppe, die am 25. November 1981 in Victoria einfiel, war international zusammengesetzt. Nach Enttarnung der (in Südafrika) gefälschten Pässe ergab sich, daß sie rhodesischer, portugiesischer, britischer, US-amerikanischer, südafrikanischer sowie westdeutscher Zusammensetzung war. Ihr Anführer, „Mad“ Mike Hoare, hatte sich als Chefberater für das Söldner-Heldenepos „Die Wildgänse“ verdingt, bevor er mit Expräsident J. Mancham übereingekommen war, für ein Erfolgshonorar von insgesamt ca. 25.000 DM pro Mann seine Truppe zusammenzustellen.¹⁰

J. Mancham selber hatte bereits seine Ansprache ans Volk auf Band gesprochen, nur, es kam anders. Weitere Geldgeber des Unternehmens: Kashoggi sowie der Autor des Vietnamkriegsbestsellers über die US-Killertruppe „Green Berets“ (so der gleichnamige Film mit John Wayne in der Hauptrolle), Robin Moore.¹¹

Vor allem aber war Südafrika stärker in den Putschversuch verwickelt, als es die Regierung Botha offen zugeben mochte. Nicht nur, daß die Söldnertruppe von Südafrika aufbrach (Zwischenstation war das von südafrikanischen Agenten durchsetzte Swaziland), sondern: Hohe Offiziere des militärischen Geheimdienstes und des Nationalen Nachrichtendienstes (NIS), der CIA-ähnlichen Geheimdienstorganisation Südafrikas, organisierten Ausrüstung und Transport, Training und Finanzierung (insgesamt runde 11 Mio DM) – und dies stets mit Verweis auf Absegnung durch höchste Stellen.¹²

Im August 1982 erschütterte die Geiselnahme durch Teile der seit 1978 aufgebauten eigenen Armee erneut die Inselrepublik. Die Annahme liegt nahe, daß erneut Unwissenheit und Unzufriedenheit ausgenutzt wurden, denn die Hintermänner blieben verborgen. Bekannt wurde freilich: Über eine Telefonschaltung forderten die Geiselnahmer aus Südafrika dringend Verstärkung an. Ihr Ziel war es u.a., die verurteilten Söldner zu befreien, und – die Fahrzeuge der Geiselnahmer waren an einer US-amerikanischen „Satellitenüberwachungsstation“ (über deren konkrete Aufgaben sich die USA ausschweigen) aufgetankt worden.¹³

Anmerkungen:

- 1) Africa Guide 1978, London 1978, S.271
- 2) Der Spiegel, Nr. 36/1976
- 3) Ebenda; Africa Guide 1977, London 1977, S.236
- 4) So die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31.3.1978
- 5) FAZ, 24.11.1978 und 20.11.1979
- 6) FAZ, 6.6.1977
- 7) Asia and Africa today, Moskau, Nr. 6/1981, S.59
- 8) FAZ, 20.11.1979
- 9) Vgl. Neue Zeit, Moskau, Nr. 19/1982, S. 28/29, und Tricontinental, Havanna, Nr. 80/1982, S.62
- 10) Sechaba, London, Nr. 8/1982, S.24
- 11) New African, London, März 1982, S.12
- 12) Sechaba, a.a.O., S.24; FAZ, 5.5.1982
- 13) Le Monde, Paris, 19.8.1982; Afrique Asie, Paris, Nr. 276/30.8.1982

Die Position der SWAPO zum UN-Plan für Namibia

Trotz einiger anderslautender Meldungen im Sommer dieses Jahres treten die Verhandlungen über die Namibiafrage seit Monaten auf der Stelle (siehe auch: AIB 10/1982, S. 34-35). Obwohl nunmehr seit Jahren mit der UN-Sicherheitsratsresolution Nr. 435 ein praktikabler Plan zur Entkolonialisierung Namibias vorliegt, erheben die fünf Westmächte der sog. Kontaktgruppe (USA, BRD, Frankreich, Großbritannien und Kanada) im Wechselspiel mit Südafrika immer wieder Einwände gegen einzelne Punkte dieses Plans. Diese Einwände beziehen sich auf das Wahlsystem, die Frage der Anerkennung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) als einzig legitime Vertretung des namibischen Volkes, die Zusammensetzung der UN-Überwachungstruppe und die Bildung einer entmilitarisierten Zone während der Übergangsperiode. Zuletzt wurde mit der Koppelung der Namibiafrage an die Bedingung des Abzugs der kubanischen Truppen aus Angola seitens der USA und Südafrikas versucht, die Unabhängigkeit Namibias hinauszuzögern. Die Frontstaaten haben dies auf einer Gipfelkonferenz in Lusaka am 4. September 1982 schärfstens zurückgewiesen.

Um Licht in das nicht immer leicht zu durchschauende diplomatische Verwirrspiel zu bringen, veröffentlichen wir im folgenden ein Positionspapier, welches die SWAPO den fünf Westmächten zu Beginn der letzten Verhandlungsrunde vorgelegt hat.

Was die Verhandlungen über die Anwendung des UN-Planes für die Unabhängigkeit Namibias betrifft, so glaubt die SWAPO, wie sie es öfteren dargelegt hat, daß ein Weg gefunden werden muß, alle anstehenden Streitfragen gleichzeitig zu lösen. Wir sind davon überzeugt, daß jeder Versuch, weiterhin scheinbar- oder phasenweise an die Verhandlungen heranzugehen, nur dazu dienen kann, die Anwendung des UN-Planes zu verzögern. Daher ziehen wir weiterhin direkte Gespräche vor, in denen alle Streitfragen der drei Phasen (des Übergangs zur Unabhängigkeit; d. Red.) insgesamt diskutiert und gelöst werden können. Aus dieser Perspektive heraus haben wir unsere nachstehende Position formuliert.

Das Wahlsystem

Diese Streitfrage hatte der UN-Plan dem Generalsekretär zur Entscheidung überlassen. Aber die Fünf (Westmächte; d. Red.) erachteten es für notwendig, daß eine spezielle und definitive Übereinkunft darüber zwischen der SWAPO und Südafrika vor dem Beginn der Anwendung des Planes erzielt werden müsse. Wir haben daher in den letzten sechs Monaten viel Zeit damit verbracht, diese Frage zu diskutieren. Diese Diskussion hat zu der allgemein bekannten Kontroverse über das kombinierte Wahlsystem oder das Prinzip „Ein Mann – zwei Stimmen“ geführt.

Vor diesem Hintergrund betont die SWAPO deutlich, daß nach diesen verbitterten öffentlichen Meinungsverschiedenheiten, wie sie zwischen uns und den Fünf über die Auswahl

des Wahlsystems entstanden sind, dieser Punkt nicht einfach zurückgestellt werden kann, um zu einem späteren Zeitpunkt gelöst zu werden. (...)

Unsere Position in Bezug auf das Wahlsystem bleibt die unwiderrufliche Verpflichtung auf das altehrwürdige Prinzip „Ein Mann – eine Stimme“; und obwohl wir gesagt haben, daß wir sowohl ein Verhältniswahl- als auch ein Persönlichkeitswahlrecht akzeptieren können, haben wir gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Entscheidung für das Persönlichkeitswahlrecht sicher weitere Probleme bringen würde. Wir haben in diesem Zusammenhang mehrfach darauf hingewiesen, daß die Entscheidung für dieses besondere Verfahren die Durchführung einer neuen Volkszählung, die Abgrenzung von Wahlkreisen und die Registrierung der Wähler erfordert, alles extrem zeitaufwendige Prozeduren. Wir haben immer wieder betont, daß die SWAPO mit Sicherheit keine der existierenden Bevölkerungszahlen, Wahlkreisgrenzen, Wählerlisten usw. als Basis für die Durchführung von UN-überwachten Wahlen akzeptieren wird.

Daher möchte die SWAPO – um die damit verbundenen Schwierigkeiten zu umgehen – im Interesse einer Beschleunigung der Verhandlungen förmlich zu beantragen, das Verhältniswahlrecht als dasjenige Wahlsystem anzunehmen, mit dessen Hilfe die Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt werden.

Die Einfachheit und die demokratische Bedeutung dieses Verfahrens ist für jedermann deutlich, und nur wer nicht wirklich ehrliche und faire Wahlen anstrebt, kann sich seiner Einführung widersetzen.

Die Frage der „Unparteilichkeit“

Soweit es die SWAPO betrifft, so ist dies kein Streitpunkt. Wir alle wissen zu gut, daß es Südafrika war, das diese Streitfrage im Rahmen seiner Verzögerungstaktik aufgebracht hat. Die Klage über die mangelnde Unparteilichkeit der UNO ist von Pretoria ausgeheckt worden, um den Versuch Südafrikas zu verschleiern, die UNO von der Anwendung der Resolution 435 auszuschließen. Südafrika strebt das Zugeständnis an, die Wahlen in Namibia durch eigene Truppen anstatt von der UNO zu überwachen.

Sowohl Südafrika wie die Fünf wissen ganz genau, daß es keine Möglichkeit für die Vollversammlung gibt, die Resolution 3111 (1973) zu widerrufen, nur um die Rassisten in Pretoria zu beruhigen. Für die Mehrheit der UN-Mitglieder, die für diese Resolution gestimmt haben, stellt sich nicht die Frage, ob man unparteilich sein soll, wenn es darum geht, entweder den gerechten Kampf der SWAPO für nationale Befreiung oder die illegale Eroberung und koloniale Unterdrückung Namibias durch Südafrika zu unterstützen.

Es ist daher vollkommen absurd, wenn Südafrika die Idee hochhält, die Mehrheit der UN-Mitglieder, die für die Resolution 3111 gestimmt hat, könnte dazu genötigt werden, ihre Ansicht darüber, wer der einzige und authentische Ver-

treter des namibischen Volkes ist, zu ändern. Ebenso absurd wäre es, wenn die SWAPO von Südafrika erwartete, daß es ihr gegenüber unparteilich sei (...)

Die Größe dieser UNTAG-Einheiten (UN-Überwachungsgruppe für die Übergangsperiode; d. Red.) ist vom Generalsekretär in seinem Bericht an den Sicherheitsrat vom 29. August 1978 festgelegt worden (Dokument S/12827). Abschnitt A, § 26, dieses Berichts setzt die UNTAG-Truppen auf 7.500 Mann fest. Abschnitt B, § 30, bestimmt, daß 360 UN-Polizeioffiziere notwendig sind, während § 32 desselben Abschnitts einen Stab von 1.500 UNTAG-Zivilisten fordert. Die SWAPO akzeptierte und akzeptiert nach wie vor diese Zahl des UNTAG-Personals. Wir akzeptieren diese Zahl in der Annahme, daß unser Vorschlag zur Anwendung des Verhältniswahlrechts als Wahlsystem ebenfalls akzeptiert wird. Andernfalls müßte die Zahl des Zivilpersonals erhöht werden, um sicherzustellen, daß die Aufgaben der Durchführung einer neuen Volkszählung, der Abgrenzung der Wahlkreise und der Registrierung der Wähler zufriedenstellend erfüllt werden und innerhalb der für die UNTAG-Operation vereinbarten sieben Monate beendet sind (...)

Einsatz der militärischen Einheiten

Die Frage des Einsatzes des militärischen Kontingents der UNTAG war eine der am meisten verwirrenden Streitfragen der Verhandlungen. Diese Verwirrung ist auf den Versuch Südafrikas zurückzuführen, die Fünf und die Mitglieder der UNTAG glauben zu machen, daß es das vorrangige Ziel der militärischen Präsenz der UNO in Namibia allein sein müsse, eine angenommene Verletzung des Waffenstillstandsabkommens durch die Infiltration bewaffneter Guerilleros der SWAPO aus den benachbarten Territorien Angolas und Sambias nach Namibia zu verhindern. Und es ist Pretoria weitgehend gelungen, einige Leute in dieser Hinsicht zu verwirren; insbesondere trifft dies auf einige Militärberater um den Sonderbeauftragten zu. Nicht wenige Dokumente sind gefüllt mit Details, wie die Nordgrenze Namibias zu beobachten und zu kontrollieren ist. Aber die gleichen Dokumente sagen nichts über den Einsatz der UNTAG-Truppen in anderen Teilen des Landes aus.

Dennoch haben die militärischen Einheiten außer der Vorbeugung gegen Infiltration und der Grenzüberwachung andere wichtige Aufgaben zu erfüllen. Diese schließen ein: die Begrenzung der südafrikanischen und der SWAPO-Streitkräfte, die Wachsamkeit darüber, daß sich alle Parteien feindseliger Akte enthalten, die Überwachung der Demobilisierung

von Bürgerwehren, Kommandos und Stammestruppen sowie des Rückzugs der südafrikanischen Truppen aus Namibia.

Die UNTAG-Truppen haben eine wichtigere und bedeutendere Rolle zu spielen als allein die Überwachung der nördlichen Grenzen. Ihre eigentliche Aufgabe ist es, den zivilen Bestandteil der UNTAG bei seiner Aufgabe zu unterstützen, das Volk Namibias dazu zu befähigen, sich in allen Teilen des Landes ohne Einschüchterung von irgendeiner Seite frei am politischen Prozeß zu beteiligen. Dies bedeutet, daß die Truppen sich gleichmäßig über das ganze Land verteilen müssen, anstatt an der nördlichen Grenze konzentriert zu werden. Überdies bedarf die Südgrenze des Landes ebenso sehr der militärischen Überwachung wie die Nordgrenze.

Damit die UNTAG-Truppen ihre beabsichtigte Mission erfüllen können, muß Namibia deshalb in wenigstens drei militärische Hauptregionen der UNTAG geteilt werden: Süd, Zentral und Nord.

DMZ und Beschränkung der SWAPO-Truppen

In Bezug auf den Gedanken einer entmilitarisierten Zone (DMZ) ist die SWAPO der Überzeugung, daß es für beide Seiten, Südafrika und die SWAPO, entscheidend ist, daß sie gewissenhaft das Waffenstillstandsabkommen respektieren und beachten, sobald es in Kraft getreten ist. In diesem Zusammenhang wiederholen wir noch einmal unseren früheren Standpunkt, daß eine formelle und bindende Urkunde von der SWAPO und Südafrika unterzeichnet werden sollte. Eine solche bindende Übereinkunft ist sowohl logisch wie notwendig, um weitere bewaffnete Zusammenstöße zu vermeiden. Wir möchten vorschlagen, daß diese Übereinkunft vom Generalsekretär bestätigt wird. Dies ist eine weitere Demonstration unseres guten Willens und unserer Entschlossenheit, die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens zu achten und an ihnen festzuhalten.

Die SWAPO wird mit aller Bestimmtheit alle notwendigen Schritte einleiten, um sicherzustellen, daß ihre Truppen nicht die ersten sind, die das Waffenstillstandsabkommen brechen. Daher sieht die SWAPO keine Notwendigkeit für eine DMZ, wenn auf beiden Seiten die Entschlossenheit besteht, das Waffenstillstandsabkommen zu achten.

Die SWAPO ist der Ansicht, daß die Behauptung Pretorias, wir wollten den Waffenstillstand brechen, ein weiteres Ablenkungsmanöver Südafrikas war, um die Anwendung des Planes zu verhindern. Nach dieser Behauptung wurde die SWAPO schon schuldig gesprochen, bevor sie überhaupt die Gelegenheit hatte, das angebliche Verbrechen zu begehen oder nicht.

Auf jeden Fall ist die Frage der Grenzüberwachung keine Einbahnstraße. Eine Infiltration kann ebenfalls über den Oranje-Fluß erfolgen, wenn von seiten Südafrikas nicht die aufrichtige Absicht besteht, das Waffenstillstandsabkommen zu respektieren und strikt zu beachten.

Im Hinblick auf die Beschränkung der Streitkräfte der SWAPO besteht die SWAPO darauf, daß unseren bewaffneten Kadern, soweit sie sich zum Zeitpunkt des Waffenstillstands in Namibia befinden, Sammelplätze innerhalb Namibias gewährt werden und daß sie dort von den UNTAG-Truppen mit all den Waffen und der Munition, die sich zum Zeitpunkt des Waffenstillstands in ihrem Besitz befinden, überwacht werden (...)

Die SWAPO möchte für ihre Seite die Bereitschaft zur Kooperation auf allen Gebieten versichern, um eine allumfassende Übereinkunft über alle oben genannten Streitfragen zu erzielen, damit die Anwendung des UN-Planes beginnen kann.

(Quelle: ICOSA-Bulletin, London, Nr. 20/August 1982, S. 5-7)



Diamantenausbeutung in Namibia

Jean-Pierre Richard

Der Neuaufschwung der Gewerkschaftsbewegung

Ausgedehnte Streikaktionen in der südafrikanischen Minen- und Automobilindustrie (siehe AIB 9/1982, S.46) signalisierten im Sommer dieses Jahres einen neuen Aufschwung der südafrikanischen Arbeiterbewegung. Parallel zu der anwachsenden bewaffneten Kampftätigkeit der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) wurde hier ein Widerstandspotential sichtbar, das zweifellos eine gewichtige Rolle in der zukünftigen Befreiung Südafrikas spielen wird. Jean-Pierre Richard, Präsident der französischen Anti-Apartheid-Bewegung, bilanziert den Entwicklungsstand der neuen nicht-rassistischen Gewerkschaftsbewegung Südafrikas.

Nachdem sie fünf Jahre lang kaum in Erscheinung getreten war (1975-79), nimmt die schwarze Arbeiterbewegung eine aufsehenerregende Entwicklung, sowohl durch eine entschlossene gewerkschaftliche Reorganisation – wenn dies auch noch auf etwa 6% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung begrenzt ist – als auch als Träger neuer Forderungen sowie durch die Zunahme der Arbeitskämpfe.

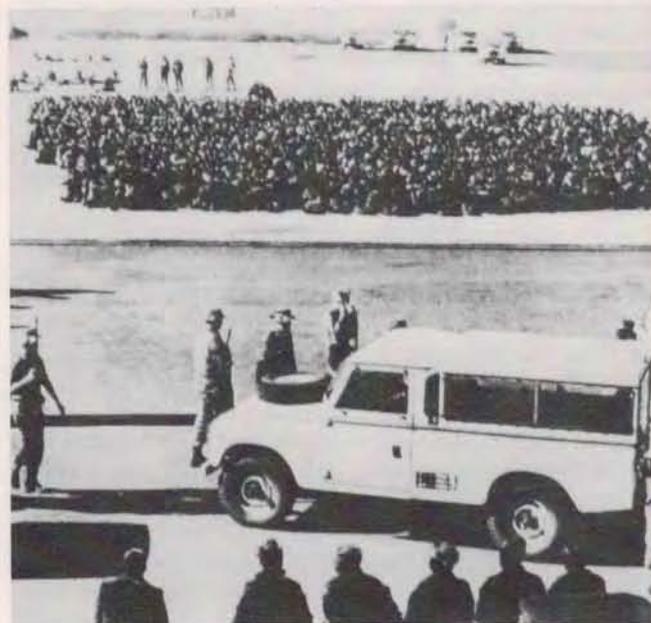
1980 vervierfachte sich plötzlich die Zahl der Arbeiter, die sich an Streiks beteiligten. Die Tendenz setzte sich im folgenden Jahr mit einer Steigerung der registrierten Konflikte um 65% fort. Die Zahlen des ersten Halbjahrs 1982 zeigen eine weitere Steigerung.

Insgesamt sind gegenwärtig mindestens 350.000 Schwarze gewerkschaftlich organisiert; das sind 1/3 aller Gewerkschaftsmitglieder. 1/3 der Schwarzen ist in der sehr kämpferischen und fortschrittlichen Allianz der Südafrikanischen Arbeiter (SAAWU) organisiert, ein weiteres Drittel in der Südafrikanischen Gewerkschaftsföderation (FOSATU), die unabhängig und nicht-rassistisch ist. Das letzte Drittel gehört zu den unabhängigen Gewerkschaften (der Vereinigung Afrikanischer Nahrungsmittel- und Konservenarbeiter – AFCWU, dem Rat der Gewerkschaften Südafrikas – CUSA usw.) oder zum regierungsfreundlichen Gewerkschaftsrat Südafrikas (TUCSA).

Klima antigewerkschaftlicher Repression

Die Spaltung war schon immer eine Schwäche der schwarzen Gewerkschaftsbewegung. Das Apartheidsystem hat in der Tat unüberwindbare Barrieren zwischen den verschiedenen Teilen des Landes errichtet, die Industrie ist auf einige weiße Schwerpunkte konzentriert: die Kapregion (die Westprovinz der Kapregion), das Gebiet um Port-Elizabeth und East-London (Ostprovinz der Kapregion), Natal, die Gebiete um Durban und Richard's Bay, sowie das Dreieck Pretoria-Johannesburg-Vereeniging.

Zu dieser politisch-geographischen Aufteilung kommt die Spaltung, die auf die unterschiedlichen Befreiungsstrategien der schwarzen Gewerkschaften selbst zurückzuführen ist. Wenn die schwarze Arbeiterbewegung auf diesem Gebiet einen Riesenschritt in Richtung Einheit getan hat, so ist dies gewiß nicht mit irgendeiner Art von Liberalisierung des



Juli 1982: Streikende Bergleute in Transvaal

Apartheidsystems zu begründen, an dessen Spitze seit 1979 die Mannschaft des Premierministers P.W. Botha steht.

Entgegen den offiziellen Thesen entwickelt sich der neue Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung in einem Klima der verstärkten antigewerkschaftlichen Unterdrückung auf institutioneller Ebene. Vor einigen Jahren wurden die Berichte der Wiehahn- und der Riekert-Kommission¹ von manchen als Signal grundlegender Veränderungen der industriellen Beziehungen begrüßt. Diese seien innerhalb des Rahmens der Apartheid von den südafrikanischen Großkapitalisten selbst – unter Führung von H. Oppenheimer, dem Magnaten des Anglo-American-Konzerns, dem zweitgrößten Unternehmen des Landes, vorangetrieben worden.

Die Wiehahn-Kommission war indessen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Arbeitsgesetzgebung und die Arbeitsbeziehungen in Südafrika im Prinzip gesund seien und das System keiner Änderung bedürfe.² Das Ministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (Ex-Bantu-Ministerium) brachte seinerseits die Überzeugung zum Ausdruck, daß das System der „Homelands“ (Heimatländer bzw. Bantustans; d. Red.) weiterhin eine Lösung für die Rassenfrage darstelle.³

Die Regierung übernahm die reaktionärsten Vorschläge der Kommission: Beibehaltung der Kontrolle über die Gewerkschaften durch die Registrierpflicht; Erweiterung dieser Kontrollen über die nichtregistrierten Gewerkschaften, die nunmehr der Überprüfung durch die Behörden unterliegen und deren interne Wahlrechte ebenfalls begrenzt sind.

Zurückgewiesen wurden jedoch Anregungen wie die Zulassung geheimer Abstimmungen über Streiks und Streikposten, Forderungen nach Schwangerschaftsurlaub und Kündigungsschutz für Schwangere usw. Die Regierung beschloß sogar, daß das Nachtarbeitsverbot ab 18 Uhr für

Frauen gemäß den Gesetzen aus den Jahren 1941 und 1964 aufzuheben sei, um eine optimale Nutzung der Arbeitskräfte zu erreichen.

Zwar wurden in die Gesetzgebung die Prinzipien der Koalitionsfreiheit und der Unabhängigkeit der Gewerkschaften aufgenommen. Jeder Lohnabhängige⁴ hat das Recht, sich einer registrierten Gewerkschaft seiner Wahl anzuschließen; jede registrierte Gewerkschaft kann Mitglieder verschiedener Rassen aufnehmen. Gewerkschaftsversammlungen und -gliederungen dürfen nunmehr gemischtrassig sein.

Aber diese rein formalen Zugeständnisse können die Verstärkung der Apartheid nicht verschleiern. Sie wurde mehr und mehr ausgebaut als „rationales“ und „modernes“ System zur Ausbeutung der schwarzen Arbeitskraft, zum ausschließlichen Nutzen der weißen Wirtschaft.

Die Veränderungen des Arbeitsrechts durch die 1981 erfolgte Verabschiedung von drei wichtigen Gesetzen im Parlament machen Schluß mit dem Mythos vom „Reformismus“ des P.W. Botha:

● Das Gesetz über die Arbeitsbeziehungen von 1981 modifiziert die Bestimmungen von 1956 und sieht eine neue Verschärfung vor: die Weiterzahlung von Löhnen während illegaler Streiks – alle Streiks im Jahre 1981 und alle bis auf einen in den letzten 10 Jahren wurden für illegal erklärt⁵ – wird mit einer Geldstrafe von 1.000 Rand (1 Rand $\hat{=}$ 2,15 DM; d. Red.) belegt. Die Streikenden können zu einem Jahr Gefängnis oder 1.000 Rand Strafe oder zu beidem verurteilt werden. Wenn nicht eine Sondergenehmigung des Ministeriums vorliegt, ist auch die direkte Einbehaltung von Gewerkschaftsbeiträgen vom Lohn durch nichtregistrierte Gewerkschaften strafbar.

● Das Gesetz über die Berufsausbildung von 1981 enthält keine explizit rassistischen Bestimmungen, aber es behält die Apartheid in der Berufsausbildung „nach Möglichkeit“ bei.

● Das Gesetz über die Lenkung und den Einsatz von Arbeitskräften von 1981 beauftragt die Behörden, die bereits im Auftrag der Regierung den Zuzug von Schwarzen in weiße Gebiete kontrollieren, den Einsatz der Arbeitskräfte zu regulieren. Diese Beamten können schwarzen Arbeitern eine Arbeit zuweisen oder sie ausweisen.⁶

Streiks in allen Industriebranchen

Die schwarzen Arbeiter sind aufgeteilt in zwei Kategorien: diejenigen, die das Recht haben, sich in weißen Zonen aufzuhalten (in Ghettos wie z.B. Soweto⁷) und diejenigen, die ihr „Heimatland“ nur verlassen dürfen, um für ein Jahr als Kontraktarbeiter in den Bergwerken, Fabriken oder auf den weißen Farmen zu arbeiten. Diese Kontraktarbeiter werden in „ihren“ Bantustans angeheuert, sie haben nicht das Recht, ihre Familie mitzunehmen. (...)

Die Anzahl der Streiks von 1980/1981 ist vergleichbar mit den Zahlen von 1973/74; der Vergleich bezieht sich jedoch nur auf die Zahl. In den 70er Jahren waren die Streiks in der Hauptsache auf die Provinz Natal sowie die Ostprovinz der Kapregion begrenzt, während jetzt alle Industriezentren betroffen sind. 1973-74 fanden Streiks nur in der Textilindustrie und angrenzenden Bereichen statt, während heute in allen Industriebranchen gestreikt wird: in der chemischen Industrie, der Auto-, Lebensmittel- und Stahlindustrie.

Während es in der Vergangenheit um Lohnforderungen ging, werden jetzt wesentlich weitergehende Forderungen gestellt: Rentengesetzgebung, Anerkennung der Gewerkschaften, Kündigungsschutz, Arbeitsbedingungen, Kampf gegen Unternehmerwillkür, sowie staatliche Unterdrückung und das Abhalten von Solidaritätskundgebungen.

Der gewerkschaftliche Kampf gegen das regierungsamtliche Rentenprojekt hat die schwarzen Arbeiter während des gan-

zen Jahres 1981 mobilisiert. Die Mehrheit der Schwarzen, die in den Bantustans für ein Jahr unter Vertrag genommen werden, lassen sich nach Ablauf des Vertrages die Rentenversicherung ganz oder teilweise ausbezahlen, um mit diesem Geld bis zum nächsten Vertrag überleben zu können.

Die Regierung beabsichtigte, die Rentenbeiträge bis zum Rentenalter zu blockieren. Die Kontraktarbeiter forderten jedoch, daß ihnen diese Gelder bis zur Entscheidung im Parlament ausgezahlt werden; sie unterstrichen diese Forderung durch Streiks.

Die Unternehmer reagierten unterschiedlich, einige akzeptierten die Forderung, andere weigerten sich, wieder andere forderten die Regierung auf, das Projekt zu überprüfen. Diese weigerte sich zunächst; schließlich wurde das Projekt in zwei Punkten geändert und bis 1986 aufgeschoben, bis es (wie es scheint) in der Versenkung verschwand. Dies war der erste Sieg der neuen nichtrassistischen Gewerkschaftsbewegung gegen die Behörden und die Unternehmer auf nationaler Ebene.

Im ersten Halbjahr 1982 stand die doppelte Forderung nach Lohnerhöhung und Anerkennung der Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene im Vordergrund. Es begann ein landesweiter Kampf zwischen der Allianz der südafrikanischen Metallarbeiter (MAWU, gefördert mit der FOSATU) und dem sehr mächtigen Arbeitgeberverband Metall (SEIFSA) um einen Mindeststundenlohn von 2 Rand und gegen die Industrieräte, die die Behörden den Arbeitern als einzigen Verhandlungsrahmen aufzwingen und die einzig den registrierten und vom Unternehmer anerkannten Gewerkschaften Zutritt gewähren.

Bergarbeiteraufstand in Transvaal

Regierung und Unternehmer erkannten: Die unabhängigen Gewerkschaften, registriert oder nicht, hatten einen Generalangriff ausgelöst, um das System der Industrieräte durch neue Strukturen auf Betriebsebene zu ersetzen. Nach den Präzedenzfällen von Palmoliv und Unilever, die 1981 durch Streiks gezwungen wurden, die unabhängigen Gewerkschaften auf Betriebsebene anzuerkennen, hat sich die Bewegung ständig vergrößert, während die SEIFSA mal auf-, mal abwiegelt, mal lautstark die Unternehmer aufruft, um keinen Preis nachzugeben, um gleichzeitig versteckt zu Verhandlungen mit der MAWU aufzufordern.

Die im Südlichen Afrika herrschende katastrophale Dürre trägt zur Verschärfung der Lohnkämpfe bei. Die Einwohner der Bantustans sind von den Folgen der Dürre am stärksten betroffen. Da sie nicht mehr auf die mageren Erträge ihrer dürrtigen Böden zurückgreifen können, hängt das Überleben der schwarzen Familien in den Bantustans vollständig von den Löhnen derer ab, die als Kontraktarbeiter in den weißen Zonen arbeiten.

Die Mehrheit der 430.000 schwarzen Bergarbeiter (gegenüber knapp 30.000 weißen) ist unter Vertrag und mußte die Familie in den unfruchtbaren Bantustans zurücklassen. Für alle wurde die Lohnerhöhung dieses Jahres zu einer Frage von Leben oder Tod. Der sinkende Goldpreis auf den Finanzmärkten hat zur Folge, daß einige 100.000 Schwarze von Arbeitslosigkeit bedroht sind, wenn – wie vorgesehen – 15 Goldminen geschlossen werden.

Es ist empörend zu sehen, daß den weißen Bergarbeitern die besten Stellen vorbehalten sind, ihr Lohn mindestens siebenmal höher ist und sie mit ihrer Familie im Luxus zusammenleben. So kam es am 1. Juli 1982 zu einem Streik, ausgelöst von 13.150 Bergarbeitern aus Transvaal, der in einen Aufstand mündete. Es mußten Hubschrauber eingesetzt werden. Die Polizei tötete elf Bergarbeiter, verletzte 150 und verhaf-

tete 300. 5.000 „Rädelsführer“ wurden sofort entlassen und in „ihren“ Bantustan zurückgeschickt. (...)

Am 5. Februar 1982 gaben die Behörden den Tod von Dr. Neil Aggett im Gefängnis bekannt. Er war Regionalsekretär der Afrikanischen Gewerkschaft der Nahrungsmittel- und Konservenarbeiter (AFCWU) in Transvaal und starb nach grausamen Folterungen.⁸

Er ist der erste weiße Gewerkschafter, der unter den Händen der Sicherheitspolizei starb (46 schwarze Gewerkschafter starben seit 1963 unter gleichen Umständen). Das Verschwinden von Neil Aggett ist weder ein Zufall noch ein Versehen: Als er festgenommen wurde, bereitete er eine zweite gewerkschaftliche Einheitskonferenz vor, die im April 1982 in Transvaal stattfinden sollte.

Nicht nur er, sondern die ganze neue Gewerkschaftsbewegung sollte getroffen werden, deren für die weiße Minderheit gefährlichster Aspekt ihr Marsch zur Einheit ist.

Der Anfang war im August 1981 am Kap gemacht worden, als 100 Delegierte, die 29 Gewerkschaften und 100.000 Arbeiter vertraten, an der ersten Einheitskonferenz in der Geschichte der Gewerkschaften Südafrikas teilnahmen. Die Delegierten verwarfen einstimmig die Industrieräte, verurteilten die Behörden der Ciskei wegen der grausamen Verfolgungen der SAAWU, verurteilten die Aufenthaltsverweigerungen und beriefen drei regionale Solidaritätskomitees:

„Wir werden das Verbot, Streikende finanziell zu unterstützen, nicht hinnehmen“, erklärten sie und widersetzten sich so dem neuen Gesetz. Der Tod von Neil Aggett hatte keine Schwächung, sondern im Gegenteil eine Verstärkung der Einheitsbewegung zur Folge: Es gab die größten Arbeitsniederlegungen seit Jahrzehnten von mehr als 100.000 Arbeitern im ganzen Land; zum ersten Mal seit mehr als 20 Jahren riefen die Gewerkschaften zum Streik aus sozialen und politischen Gründen auf.

Am 24. und 25. April 1982 fand die zweite Einheitskonferenz der Gewerkschaften mit 200 Delegierten in Johannesburg statt. Trotz der Abwesenheit der CUSA und des vorzeitigen Auszuges der Gewerkschaft der Montagearbeiter in der Motoren- und Zubehöerteilindustrie (MACWUSA), die die Registrierung der Gewerkschaften vollständig ablehnt, während neun der zehn verbündeten Gewerkschaften registriert sind, wurde der Weg der ersten Konferenz zur Einheit fortgesetzt. Es wurde insbesondere beschlossen, eine Kommission zu schaffen, deren Aufgabe es ist, die Einheit „nach Anhörung der Mitglieder“ herzustellen. (...)

Weg zur Gewerkschaftseinheit

Im Oktober 1981 fand in Durban eine Versammlung der nicht-rassistischen Demokraten statt, laut Star „die breiteste Vertretung von sozialen und politischen Gruppen seit 1973“: 109 Organisationen mit 300.000 Mitgliedern, Arbeitergewerkschaften (SAAWU, GAWU), Sportverbände (Südafrikanisches Sportkomitee – SACOS), Studentenorganisationen (Komitee südafrikanischer Studenten – COSAS, Studentenorganisation Azanias – AZASO), Community-Organisationen (das indische Komitee gegen den Südafrikanischen Rat der Inder – SAIC, die weiße Frauenorganisation Black Sash – Schwarze Schärpe), Bürgerinitiativen (für Wohnungen, zur Verteidigung der Elendsquartiere). Sie alle hatten sich um Frau Luthuli und Frau Sisulu gruppiert, deren Männer Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) sind (zur führenden Rolle des ANC siehe: AIB 1/1982, S. 47-49 und AIB-Sonderheft 2/1981, S. 11-13; d. Red.).

Die Versammlung nicht-rassistischer Demokraten sprach sich einstimmig für die Errichtung einer demokratischen, nicht-rassistischen Gesellschaft in Südafrika aus, wie dies die Frei-

heitscharta fordert, die vom ANC 1955 verabschiedet wurde und von ihm noch heute als „Grundstein der Einheit“ betrachtet wird.⁹

Weitere Anzeichen für die Tendenz der Erweiterung und Vereinigung der Front sind insbesondere die Vielzahl der Solidaritätsstreiks seit Mai 1981, als die Arbeiter von Ford und General Motors in Port-Elizabeth die Arbeit einstellten, um ihre Kollegen des Firestone-Konzerns zu unterstützen – der Konzern mußte die Forderungen der Arbeiter erfüllen.

Gleichzeitig werden auf kommunaler, regionaler, nationaler und selbst auf internationaler Ebene Produkte boykottiert, um Streiks in Südafrika zu unterstützen. Die erste Initiative dieser Art wurde gegen die Süßwarenfabrik Wilson Rowntree in East-London organisiert, die im Februar 1981 500 Streikende entlassen hatte. (...)

Vom ANC wurde das Jahr 1982 zum „Jahr der Aktionseinheit“ erklärt, das den bewaffneten Kampf des Umkhonto we Sizwe („Speer der Nation“, bewaffneter Flügel des ANC) mit der Sammlung der neuen gewerkschaftlichen und politischen Kräfte verbinden soll: „Wir wollen eine koordinierte Aktion sehen: daß z.B. Umkhonto we Sizwe Betriebe angreift, wenn die Arbeiter streiken.“¹⁰

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Verfolgung der neuen Gewerkschaftsbewegung seit zwei Jahren dieser eher Kraft gab als sie zu zerbrechen. Die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung mit den politisch-militärischen Aktionen ist inzwischen in den Bereich des Möglichen gerückt. (...)

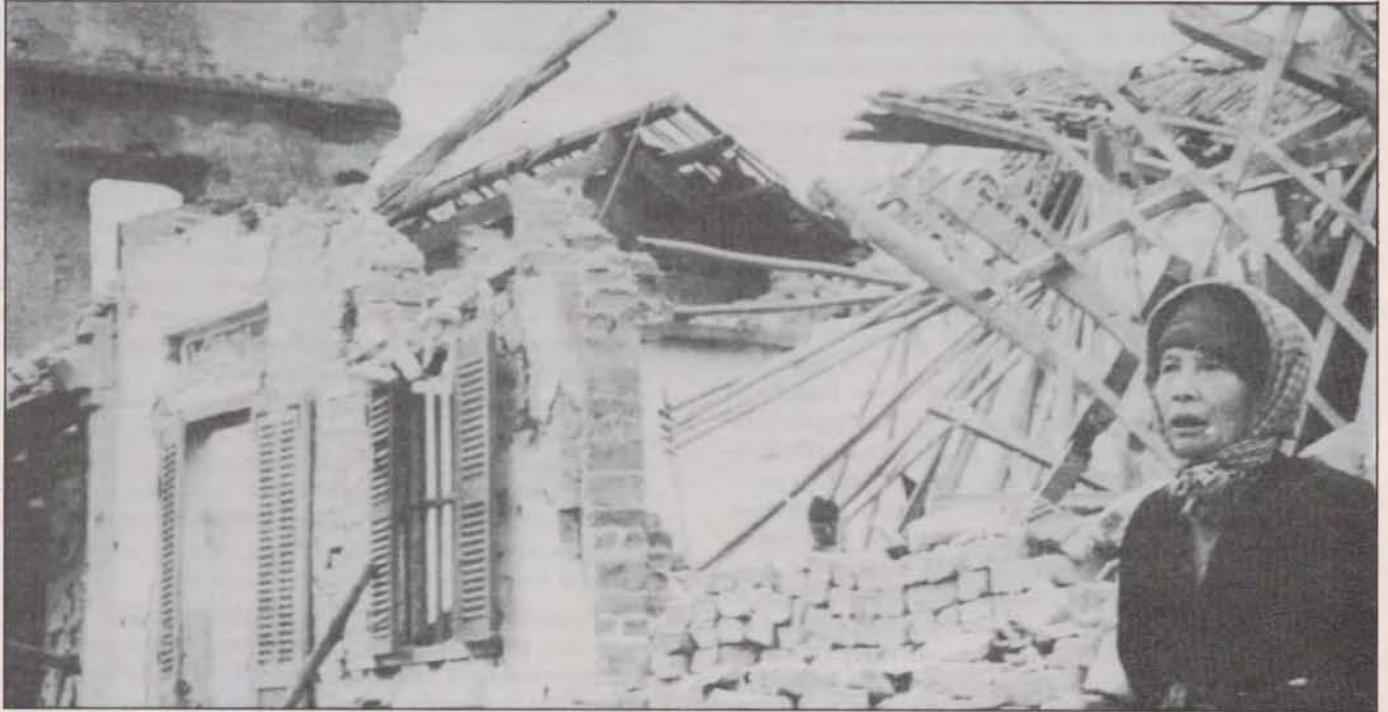
(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, August 1982)

Anmerkungen:

- 1) Vgl. C. Meillassoux, *Entre la dictature et la révolution*, in: *Le Monde Diplomatique*, Paris, September 1977, sowie die Artikel von R. Lefort, B. Lachartre, Howard Schissel, B. Cohen und J. Bloch, in: *Le Monde Diplomatique*, Oktober 1979
- 2) Bureau international du travail (BIT), *Rapport spécial 1982*, Genf 1982, S.5
- 3) *South African Digest*, Pretoria, 8.1.1982, S.3
- 4) Ausgenommen die 700.000 Hausangestellten, die 1,2 Mio Landarbeiter und die Beamten.
- 5) Vgl. H. Suzman, in: *House of Assembly Debates (Hansard)*, 1. Sitzung, 7. Sitzungsperiode; Nr. 2, Pretoria, 10.-14.8.1981, Spalte 574
- 6) Allein in der Westprovinz des Kapgebietes verhaftet das Verwaltungskomitee bis zu 70 Personen pro Tag wegen Vergehen gegen die Paßgesetze; hinzu kommen die von der Polizei vorgenommenen Verhaftungen. Im Laufe des ersten Halbjahres 1981 wurden 10.704 Schwarze vor Gericht gestellt und 10.250 wegen Vergehen gegen die Paßgesetze verurteilt. Die Gerichte verhandelten durchschnittlich 87 Fälle dieser Art pro Tag. Allein im August 1981 wurden 2.017 Schwarze aus Langa, einer Vorstadt im Kapgebiet aufgrund des Gesetzes von 1972 in die Transkei ausgewiesen. Dieses Gesetz erlaubt es, Personen ohne Prozeß zu deportieren, die keine Aufenthaltsberechtigung in der Republik haben. Die Transkei wurde von den weißen Behörden in Pretoria 1976 zum „unabhängigen schwarzen Staat“ erklärt. Jeder Schwarze, der von den Behörden zum „Staatsbürger der Transkei“ erklärt wurde, ist dadurch bekanntlich Ausländer in der Republik Südafrika.
- 7) Laut dem Internationalen Arbeitsamt ist es seit 1968 praktisch unmöglich, eine Aufenthaltsgenehmigung für die weißen Zonen außerhalb der Bantustans zu erhalten. Der Star vom 21.5.1982 schrieb, daß zur Erlangung einer Aufenthaltsgenehmigung folgende Bedingungen erfüllt sein müssen: Man muß 15 Jahre ununterbrochen in der weißen Zone gewohnt oder 10 Jahre für den gleichen Arbeitgeber gearbeitet bzw. 15 Jahre für mehrere Arbeitgeber gearbeitet oder einen Ehepartner haben bzw. sich in Abhängigkeit von einer Person befinden, auf die diese Bedingungen zutreffen.
- 8) Dr. Aggett hat diese Folterungen in einem Brief einige Stunden vor seinem Tod beschrieben. Der Polizeiminister versuchte vergeblich, die Veröffentlichung zu verhindern.
- 9) Erklärung von Neo Mnumzana, Vertreter des ANC in Frankreich, in: *Apartheid Non!*, Paris, Nr. 46/Juni-Juli 1982; Wortlaut der Freiheitscharta in: AIB-Sonderheft 1/1977, S. 4-5
- 10) Erklärung von Neo Mnumzana, a.a.O.

Richard Ward

Die revanchistische Allianz China-USA (1)



Zerstörungswerk der chinesischen Invasoren in der vietnamesischen Provinzhauptstadt Lang Son 1979

Im August 1982 vereinbarten die Regierungen der USA und der VR China eine Verbesserung ihrer Beziehungen, die wegen fortgesetzter US-Waffenlieferungen an Taiwan zwischenzeitlich gespannt waren. Die Reagan-Administration versprach nun, ihre Militärhilfe an Taiwan allmählich zu drosseln. Peking sagte zu, eine Wiedervereinigung mit Taiwan nur mit friedlichen Mitteln anzustreben.

Anders als in der Taiwanfrage ist das Verhältnis Washington-Peking in Sachen Indochina seit 1975 ungetrübt. Im Juni 1982 brachte man nach zweijährigen gemeinsamen Anstrengungen nun endgültig eine „Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea“ zustande, in der die für den Völkermord an 3 Mio Kampucheanern verantwortliche Pol-Pot-Clique („Rote Khmer“) mit Prinz Norodom Sihanouk und dem ehemaligen Premierminister Son Sann („Weiße Khmer“) vereint ist. Den Werdegang der dahinterstehenden antivietnamesischen Allianz USA-China beschreibt der US-amerikanische Journalist Richard Ward.

Es ist in den letzten Monaten offensichtlich geworden, daß die Reagan-Administration in Einvernehmen mit China den systematischen Versuch der Destabilisierung Vietnams unternimmt. Ihr gemeinsames Ziel ist es, in den drei Ländern Indochinas neue Regimes zu etablieren, die sich mit Washington und Peking verbünden würden.

Die amerikanischen Bemühungen zur Destabilisierung dieser Region begannen in Wirklichkeit bereits 1975 mit dem Wirtschaftsembargo Henry Kissingers (US-Außenminister bis 1977; d. Red.) gegen Vietnam im Augenblick seiner Befrei-

ung. Später war es die Carter-Administration (1977-81), die Druck auf die internationalen Organisationen und die amerikanischen Verbündeten ausübte, damit sie Vietnam weder materielle noch finanzielle Hilfe leisteten. Zur gleichen Zeit begann man mit Hilfe der VII. Flotte die Massenauswanderung von Flüchtlingen zu begünstigen und setzte Washington eine Kampagne in Gang, mit der man Vietnam als Instrument der Sowjetunion darzustellen suchte, um damit die eigene aggressive Politik zu rechtfertigen.

Indem sie das Arsenal der grausamen Maßnahmen noch ausweitete, hat die Reagan-Administration zum ersten Mal dem chinesischen Programm der „Erdröschung“ Vietnams die offene amerikanische Unterstützung gegeben. Damit hat man, was die Propaganda gegen dieses Land anbelangt, eine neue Stufe erreicht, die von nun an den Charakter eines „totalen Krieges“ trägt, wie Aussagen der höchsten amerikanischen Regierungsbeamten zur Unterstützung der plumpen Pressekampagne, nach der Vietnam in einen chemischen Krieg in Laos und Kampuchea verwickelt gewesen sei, zeigen.

Die Regierung Reagan ermuntert (und unterstützt sehr wahrscheinlich materiell, einschließlich der Lieferung von Waffen) ferner das, was Washington die „Widerstandsbewegungen“ der Länder Indochinas nennt. Damit sucht man den Eindruck zu erwecken, die von den USA selbst und von Peking abhängigen konterrevolutionären und reaktionären Elemente repräsentierten die patriotischen Kräfte, d.h. jene, die so lange und mit so viel Mut gegen die amerikanische Intervention (1964-75; d. Red.) gekämpft haben.

Ein Klima der Revanche regiert in Washington, eindrucksvoll illustriert durch einige Bemerkungen von John Gunther Dean, der vor kurzem zum amerikanischen Botschafter in Thailand ernannt wurde und der als letzter US-Botschafter beim kambodschanischen Regime Lon Nols fungierte. Vielen ist er besser bekannt durch Pressefotos, die ihn zeigen, als er, die Fahne der Botschaft in der Hand, in Panik in einen der Hubschrauber klettert, die 1975 die amerikanischen Beamten aus Kambodscha evakuierten.

Während einer privaten Zusammenkunft im State Department (US-Außenministerium; d. Red.) zur Feier seiner Ernennung in Bangkok durch den Senat, hat John G. Dean daran erinnert, wie erniedrigend es für die Vereinigten Staaten gewesen war, als sie 1975 die amerikanische Flagge wieder einpacken mußten. Es sei, so sagte er, nun sein Ziel, die Flagge der USA wieder zurückzubringen, damit sie erneut über Kambodscha wehe. (...)

Seit dem Einzug Ronald Reagans in das Weiße Haus ist die chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit in der diese Region betreffenden Politik enger denn je geworden, trotz sehr deutlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Peking in anderen Fragen.

Diese Entwicklung war von Außenminister Alexander Haig (zur Jahresmitte 1982 von George Shultz abgelöst; d. Red.) vorausgesehen worden, bevor er diese Funktion offiziell übernahm. Der alte Vietnam-Offizier ... hatte vor dem Senatsausschuß, der seine Befähigung für diesen Posten untersuchte, erklärt, daß die „Straffaktion“ Chinas gegen Vietnam (d.h. seine Invasion im Jahre 1979) „einen stabilisierenden Einfluß auf die Region (d.h. Südostasien) ausgeübt habe. Dies ist, folgt man den Erklärungen John Holdridges, des für asiatische Angelegenheiten zuständigen Staatssekretärs, der A. Haig begleitete, die offizielle Position der Reagan-Administration, wie sie anlässlich des Besuchs Haigs in China im Juni 1981 ausgedrückt wurde: „Wir werden, soweit wir es können, jedes Mittel nutzen, um den politischen, ökonomischen sowie – auch das – den militärischen Druck zu verstärken, und um Änderungen in der Haltung Hanois, die wir uns erhoffen, möglich zu machen.“ J. Holdridge, ein alter „China-Experte“ im Nationalen Sicherheitsrat zur Zeit H. Kissingers, sagte dies zu einer Gruppe amerikanischer Geschäftsleute in Peking.

Letzten Endes läuft seine Erklärung in Peking auf eine unausgesprochene Bestätigung der amerikanischen Absicht hinaus, Vietnam zu destabilisieren, im Einverständnis mit China, dessen Führung jetzt offen den Sturz der vietnamesischen Regierung verlangt. (...)

Vereint Hanoi destabilisieren

Die Wurzeln dieser „chinesischen Bindung“ in den Beziehungen der USA zu Vietnam gehen auf die ersten Kontakte H. Kissingers mit den chinesischen Führern im Jahre 1971 zurück. Zu diesem Zeitpunkt war sich dieser bewußt, daß China danach trachtete, eine Großmacht zu werden und daran dachte, möglicherweise den amerikanischen Einfluß in Südostasien, insbesondere in Indochina, zu ersetzen.

Henry Kissinger bezog sich direkt auf diese Bestrebungen der chinesischen Führer, die Indochina als ihre natürliche Einflußsphäre betrachteten. In der Tat versuchte er, im Verlauf des Sommers 1971 Premierminister Zhou Enlai davon zu überzeugen, daß Peking auf Hanoi Druck ausüben müsse, um den Indochina-Konflikt zu beenden – im wesentlichen auf der Basis der amerikanischen Vorstellungen –, denn „das Ziel der USA war es, Vietnam daran zu hindern, die gesamte Halbinsel in Besitz zu nehmen und sie zu einer potentiell prosovietischen Basis und Festung vor der Tür Chinas zu machen“.



US-Kriegsverbrechen in Vietnam (L.); demoliertes Emblem der US-Botschaft in Saigon

Der Vorschlag Kissingers wurde zu diesem Zeitpunkt mit viel Skepsis aufgenommen, denn er kam von einer Regierung, die so häufig und so nachdrücklich ihre enormen militärischen Anstrengungen in Vietnam als ein Mittel gerechtfertigt hatte, die Ausbreitung des chinesischen Einflusses zu verhindern. Darüber hinaus bedeutete die Tatsache, daß sich China zu dieser Zeit als eifrigster Unterstützer der Freiheitskämpfe ausgab, ein weiteres Hindernis für eine chinesisch-amerikanische Allianz in Indochina. (...)

Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen kühlten ab, als China sich darüber klar wurde, daß es durch die demütigende und überstürzte Flucht der Amerikaner (vollständige Befreiung Südvietnams im April/Mai 1975; d. Red.) nichts erreicht hatte – eine Entwicklung, die ebensowenig von den Chinesen vorhergesehen worden war, wie sie zuvor für bestimmte Amerikaner undenkbar gewesen war.

Die Ereignisse im Frühjahr 1975 bedeuteten, daß Vietnam stark und geeint aus dem Krieg hervorgehen würde, fähig, sich zu verteidigen und entschlossen seinen eigenen Weg zu gehen. Das bedeutete einen unabhängigen Weg und nicht den Chinas, das immer betont hatte, daß die USA bei weitem zu mächtig wären, um eine Befreiung Südvietnams zuzulassen.

Zwischen 1975 und 1977 und mit der Machtübernahme der Carter-Administration entwickelte sich die chinesische Politik rasch, und näherte sich den traditionellen Zielen der Amerikaner in Südostasien an. Diese Entwicklung war eng verknüpft mit der Verschlechterung der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen und mit dem Sichtbarwerden einer chinesisch-amerikanischen Politik gegenüber Vietnam.

Sogleich nachdem Kambodscha 1975 befreit war, begann Peking, die Ansprüche Pol Pots auf vietnamesisches Territorium zu unterstützen, indem es seine Versorgung mit Waffen sicherte sowie Militärberater schickte. In der Tat verfolgte China wie die Amerikaner zuvor – aber mit anderen Mitteln – eine Politik, die darauf abzielte, von einem Konflikt zwischen Kambodscha und Vietnam zu profitieren.

Während China seine Hilfe für Kambodscha reichlich fließen ließ, begann es sofort 1975 diejenige für Vietnam zu vermindern, ungeachtet seiner gegebenen Versprechungen. Dies war ein besonders harter Schlag – und China war sich dessen wohl bewußt –, denn diese Entscheidung fiel zeitlich mit dem Beginn des amerikanischen Embargos zusammen: Der eindeutige Versuch, ein ökonomisches Chaos in Vietnam zu schaffen, da die Wirtschaft des Südens auf eine amerikanische „Hilfe“ von 2 oder 3 Mrd Dollar jährlich angewiesen war.

Nach dem Debakel der USA in Indochina entschloß sich Peking bald, seine Beziehungen zu Thailand und zu anderen prowestlichen Ländern Südostasiens zu verbessern. Am 1. Juli 1975 nahm Peking diplomatische Beziehungen zu



Thailand auf, dessen Zusammenarbeit mit den USA früher dazu diente, „China aufzuhalten“ und „einen Brückenkopf der amerikanischen Aggression gegen Indochina“ zu bilden. Vier Tage später, am 5. Juli 1975, erklärte der thailändische Premierminister Kukrit Promoj in einer von Kanton ausgestrahlten Radiosendung, daß „China und Thailand den gleichen Standpunkt in der Indochina-Frage einnehmen“. Nach seiner Rückkehr nach Thailand vervollständigte Kukrit Promoj diese Bemerkung. Die chinesischen Führer hätten ihm gesagt, so bekräftigte er, daß die „regionale Hegemonie“ – sprich: Vietnam – „eine zusätzliche Gefahr“ für Südostasien darstelle. „Von jetzt an“, setzte er hinzu, „wird Thailand China und die Vereinigten Staaten als zwei gleiche Freunde betrachten.“

Im März 1976 wurde eine Gruppe thailändischer Journalisten von einer hochgestellten, offiziellen chinesischen Persönlichkeit darüber informiert, daß „China die Anstrengungen Thailands unterstützt, seine eigene Verteidigung sicherzustellen und Verständnis für dessen Bedarf an amerikanischen Beratern zeigt.“ (Vgl. auch: AIB 10/1980 und 2/1982; d. Red.)

Auf diese Weise bereitete China schon zwischen 1975 und 1976 den Weg für eine antivietnamesische Allianz mit den USA in Südostasien vor.

Die Carter-Administration hatte anfangs den Plan, den H. Kissinger den Chinesen nahegebracht hatte, beiseite gelegt. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war es, die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Hanoi vorzuschlagen. Aber mit diesem Angebot war die Bedingung verknüpft, daß Vietnam auf jede Forderung nach Wiederaufbauhilfe, zu der sich die Vereinigten Staaten im Vertrag von Paris 1973 verpflichtet hatten, zu verzichten habe. Darüber hinaus wurde das amerikanische Embargo aufrechterhalten. (...)

Ende November 1977 setzten die USA Vietnam davon in Kenntnis, daß es keine diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten geben würde.

Man kann es kaum als zufälliges zeitliches Zusammentreffen ansehen, daß Washington zwei Wochen, nachdem es die Tür für Vietnam zugeschlagen hatte, bekanntgab, daß eine Vereinbarung mit Peking über die Herstellung voller diplomatischer Beziehungen getroffen worden sei. Dieser Entwicklung waren schwierige Verhandlungen vorausgegangen, um eine Formel zu finden, die auf eine für beide Seiten annehmbare Weise die Fortsetzung der amerikanischen Beziehungen zu Taiwan erlaubte.

Peking nahm offensichtlich ohne allzu großen Widerstand den Plan hin, der darauf beruhte, die Botschaften der Vereinigten Staaten und Taiwans in fiktive private Einrichtungen zu verwandeln. Dagegen akzeptierten die chinesischen Machthaber nur widerwillig, daß die Amerikaner Taiwan

weiterhin auf unbestimmte Zeit mit „Defensivwaffen“ versorgen. In Wirklichkeit setzten die Amerikaner aber ihre Waffenverkäufe an Taiwan fort, ohne daß Peking – jedenfalls bis zum Jahr 1981 – protestiert hätte.

Nichtsdestoweniger bedeutet dies für Peking ein großes Zugeständnis und China hätte nicht hingegenommen, was es so lange kategorisch zurückgewiesen hatte, d.h. die amerikanische Politik der „zwei Chinas“, ohne daß es dafür etwas anderes gewonnen hätte. Die augenfälligste Gegenleistung war die Zusicherung der amerikanischen Unterstützung für die chinesische Politik gegenüber Vietnam, die nun offen kriegerisch geworden war. Zbigniew Brzezinski, der Berater Carters für Fragen der nationalen Sicherheit, behandelte diese Sache ohne Skrupel. Genau wie H. Kissinger war Z. Brzezinski vom Konzept einer strategischen Allianz mit China besessen, und auch er betrachtete Indochina als die legitime, dem chinesischen Großmachtstreben entsprechende Einflusssphäre, wenigstens seit dem amerikanischen Rückzug von der Halbinsel.

Gegen Ende 1977 festigte sich die Position Z. Brzezinskis was die Bestimmung der amerikanischen China-Politik anbetrifft, und alle seine Verlautbarungen, die sich mit dieser Frage beschäftigten, gaben seine Vorstellungen von den „Rechten“ Chinas in dieser Region wieder – im Rahmen einer, wenn auch noch ungeschriebenen, chinesisch-amerikanischen Allianz.

Im Januar 1978, als er behauptete, daß Vietnam einen „Stellvertreter-Krieg für die UdSSR in Kambodscha“ führen würde, war die Mehrzahl der Beobachter überrascht von der Absurdität einer solchen Behauptung. Dies war natürlich eine Erfindung, die dazu diente, Peking wissen zu lassen, daß Washington den Standpunkt H. Kissingers in der Frage der chinesisch-amerikanischen Beziehungen wieder bezogen hatte.

Dies wurde am 20. Mai 1978 unterstrichen, als Z. Brzezinski in Peking zu seinem ersten offiziellen Besuch eintraf. (...)

Die „Lektion“ Pekings für Vietnam (1979)

Die erfolgreichste Umsetzung der Ergebnisse der Verhandlungen über die Normalisierung mit China vorwegnehmend, zeigte Washington schon um 1978 eine außerordentliche Toleranz für das chinesische Eingreifen in Kampuchea. Obgleich China die wahn sinnigen Absichten Pol Pots durch Hilfeleistungen und Militär, „berater“ unterstützte, versuchte Washington dem chinesischen Märchen Glaubwürdigkeit zu verleihen, demzufolge die „nichtprovozierte Aggression Vietnams gegen Kambodscha“ offenkundig sei und Vietnam zum Agenten für die sowjetischen Absichten gegenüber Südostasien geworden sei.

Washington behauptete, daß Vietnam kein Recht auf Selbstverteidigung hätte, trotz der Tatsache, daß die Truppen Pol Pots schon Tausende von Zivilisten innerhalb des vietnamesischen Territoriums massakriert hatten. Dies sollte das Vorspiel sein zu seinem wahnwitzigen Vorhaben, ein „Groß-Kambodscha“ durch die Wiedergewinnung der „verlorenen Territorien“ zu errichten – die fruchtbarste Hälfte Südviets – die unbestreitbar schon seit Jahrhunderten Teil Vietnams sind.

Bezeichnend für die amerikanischen Versuche, die Vietnam betreffenden Ereignisse zu entstellen, ist die Warnung des Sprechers des US-Außenministeriums am 5. Dezember 1978, daß die „wachsenden Bindungen“ Vietnams zur UdSSR die Möglichkeit der Herstellung von Beziehungen mit den Vereinigten Staaten gefährdeten. (...)

Nach der Logik Washingtons (und Pekings) besäße China Sonderrechte in Bezug auf seine Sicherheit in Indochina, wenn auch nicht anerkannt von den drei am direktesten

betroffenen Ländern, während Vietnam, eines dieser Länder, keine Rechte hätte, nicht einmal das, seine eigenen Grenzen zu verteidigen.

Daß die Regierung Carter Hand in Hand mit China daran arbeitete, eine Verurteilung der Invasion Chinas in Vietnam (Februar 1979; d. Red.) durch die Vereinten Nationen zu verhindern, ist heute für niemanden mehr ein Geheimnis. Um die Übereinkunft mit Peking zu honorieren, trieb Washington sein Spiel sehr weit. Obgleich das Weiße Haus die Ansicht betonte, daß Vietnam selbst diese militärische „Lektion“ Chinas herausgefordert hätte, lehnte es sehr sorgfältig eine Solidarisierung mit der chinesischen Invasion ab, da man anerkannte, daß sie der zur Schau getragenen Moral Jimmy Carters über das „gute Verhalten“ in den internationalen Beziehungen widersprach.

Wiederbelebung des Son Sann

Die Reagan-Administration ist allerdings sehr weit über die einfache Billigung des chinesischen militärischen Drucks auf Vietnam hinausgegangen. Trotz der Dementis des für den Fernen Osten und den Pazifik zuständigen Staatssekretärs John H. Holdridge, spielten seine Ausführungen in Peking vom Juni 1981 auf amerikanische Aktionen militärischer Art an, d.h. auf die Verstärkung der amerikanischen Präsenz – in erster Linie durch die Marine – in den Indochina umgebenden Gewässern, auf gemeinsame amerikanisch-thailändische Militärübungen, auf die Erhöhung der zinsgünstigen Militärkredite an Thailand, dessen gegenwärtige Militärmächhaber die chinesisch-amerikanischen Bemühungen zur Destabilisierung Vietnams unterstützen, und auf die heimliche Hilfe für die sog. „Widerstandsgruppen“ in Indochina. Gut unterrichteten Beobachtern in Thailand zufolge haben die Amerikaner schon damit begonnen, den früheren kambodschanischen Premierminister Son Sann, heute Führer einer Bande, die sich der Regierung in Phnom Penh entgegenstellt, militärisch zu unterstützen. Bezeichnend für das wieder wachsende Engagement der Vereinigten Staaten in Indochina seit Beginn des Jahres 1981 ist der mit großem Pomp durchgeführte Empfang Son Sanns in Washington, wo er mit Außenminister Haig und anderen führenden Persönlichkeiten zusammentraf, während ihm die Regierung Carter noch vor Jahresfrist das Visum verweigert hatte, weil man wußte, daß er militärische Hilfe beanspruchen würde. Das Resultat seiner Verhandlungen mit der Reagan-Administration war eine formelle Diskussion im Nationalen Sicherheitsrat über die Frage einer Hilfe an Son Sann, wobei – so heißt es – deutliche Meinungsverschiedenheiten auftauchten.

Dies ist nicht überraschend, denn Son Sann kann selbst von den Beamten einer rückwärtsgewandten Administration schwerlich als der kommende Mann für Kampuchea angesehen werden. Son Sann ist der letzte Überrest der opportunistischen „Führer“, die nach dem Sturz des Pol-Pot-Regimes im Januar 1979 an der thailändisch-kampucheanischen Grenze auftauchten.

Er verdankt sein Überleben als „Führer des Widerstandes“ der Hilfe Thailands, das jemanden brauchte, der von Bangkok abhängig ist und der außerhalb des Lagers Pol Pots Prinz Sihanouk Konkurrenz machen kann, der behauptet, der Hauptgegner der Regierung in Phnom Penh zu sein. Politisch gesehen repräsentiert Son Sann nicht mehr als die anachronistischen Hegemonie-Bestrebungen Thailands gegenüber Kampuchea.

Er hat etwa 3.000 Bewaffnete hinter sich, stationiert in Thailand nahe der kampucheanischen Grenze. Sie sind in der Region für ihre Konterbande bekannt, als Schmuggler, die gerne als „Widerstandskämpfer“ gelten möchten. Dar-

über hinaus besitzt Son Sann weder irgendeine Basis im kampucheanischen Volk noch die Möglichkeit, eine zu erlangen. Diejenigen, die er für sich hätte gewinnen können, wie die Beamten und das Militärpersonal des Regimes der Zeit vor 1975, sind praktisch alle von Pol Pot getötet worden.

Heute entfernt ihn seine Zusammenarbeit mit der Pol-Pot-Clique noch mehr vom kampucheanischen Volk. Wenn er auch derzeit amerikanische Hilfe erhält, so ist doch auch offensichtlich, daß die Regierung Reagan wenig Illusionen über seine Zukunft hegt. Dies geht aus der Erklärung H. Holdridges vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses vom 22. Oktober 1981 hervor, in der er unterstrich, daß „die Entwicklung nichtkommunistischer Khmer-Widerstandsgruppen ein langer Prozeß ist, der viel Geduld verlangen wird...“.

Der Sinn der halbherzigen Unterstützung Washingtons für Son Sann wird klar, wenn man sie im Lichte der Verhandlungen für die Einigung des „Widerstandes“ der Khmer betrachtet, die – von den Amerikanern angeregt – zu September-Beginn 1981 in Singapur mit einer kurzen Zusammenkunft zwischen Prinz Sihanouk, Son Sann und Khieu Samphan (gegenwärtig der wichtigste Wortführer der Pol-Pot-Gruppe) begannen. Der Zusammenkunft folgte eine Reihe von Unterredungen zwischen deren Vertretern in Bangkok. Für Washington stellen diese Gespräche einen Versuch dar, die Illusion zu wecken, eine breite Volksfront widersetze sich der Regierung in Phnom Penh und der Anwesenheit der Vietnamesen in Kampuchea.

Indirekt wurde dies von H. Holdridge in seiner Erklärung vom 22. Oktober 1981 zugegeben, als er bestätigte, daß „die Fortschritte bei der Bildung eines Bündnisses der Widerstandsgruppen“ in Kampuchea – er bezog sich dabei auf die Treffen in Singapur und Bangkok – einer der wichtigsten Faktoren sei, die geeignet sind, die Feindschaft der internationalen Gemeinschaft gegenüber Vietnam aufrechtzuerhalten.

Die wahren Nutznießer der „Einigungsgespräche“

In Wirklichkeit war die erste Demonstration der Einheit in Singapur – der Zusammenkunft waren lange politische Manöver zwischen Washington, Peking und Bangkok vorausgegangen – diktiert von der Sorge, den Stuhl der Pol-Pot-Clique bei den Vereinten Nationen zu retten. Die Delegierten, die dem Druck Washingtons und Pekings nachgaben, konnten sich so rechtfertigen, indem sie versicherten, Prinz Sihanouk oder Son Sann zu unterstützen, selbst wenn das Abstimmungsergebnis bedeutete, daß die Diener Pol Pots die einzigen Repräsentanten Kampuchreas bei der Weltorganisation blieben.

So ist die Pol-Pot-Gruppe der einzige Nutznießer der „Einigungsgespräche“. In der Tat waren die Abhaltung dieser Gespräche und die Entscheidung Washingtons, Son Sann zu unterstützen, Teil eines Manövers, um künstlich die politische Bedeutung der nicht zu Pol Pot gehörenden Elemente des Widerstandes zu erhöhen, um glauben zu machen, daß die USA sich gegen Pol Pot wenden, obwohl sie das Gegenteil tun, indem sie dessen diskreditierter Clique den Anschein der Legitimität geben, um die Fortdauer ihrer internationalen Anerkennung zu sichern.

Der Kern des Problems ist, daß die einzige bedeutsame militärische Kraft, die gegen die Regierung in Phnom Penh kämpft, unter der Kontrolle Pol Pots bleibt – dank der Militärhilfe Chinas, der Unterstützung durch Nachschub aus Thailand und der in Thailand gelegenen Basen, die vor jedem Angriff geschützt sind.

Fortsetzung folgt
(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 256 und 257/1982)



- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 3/1982 zu El Salvador (2,50 DM zuzügl. Porto)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1982 zum Mittelamerika-Antiinterventionskongreß (2 DM)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1982 zu Reagan (2 DM)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1981 zu Südafrika (2 DM)
- ... Exemplar(e) Sonderbroschüre zum Reagan-Besuch (5 DM)
- Ich abonniere das AIB ab Nr. bis auf Widerruf*
- Ich bestelle AIB Nr. ...
- Ich möchte Probeexemplare, Register (Jahr:)

Vorname, Name

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.

BLZ

*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost: Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos (50,- DM oder mehr): ... DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr. Kündigungsfrist 2 Monate

Zu Weihnachten:



Verschenken Sie ein AIB-Abonnement

Es ist wieder so weit: Weihnachten steht vor der Tür. Haben Sie schon einmal daran gedacht, daß Ihre Freunde, Verwandten und Bekannten eigentlich auch wissen sollten, was los ist in der Welt?

Wenn ja, dann verschenken Sie doch zum diesjährigen Weihnachtsfest einmal das AIB! Füllen Sie einfach diese Postkarte aus, und die von Ihnen genannte Person erhält von uns rechtzeitig zu den Festtagen eine Nachricht, daß sie das ganze nächste Jahr über unsere Zeitschrift zugeschickt bekommt, auf Ihre Kosten, für 25 DM.

☞ Schicken Sie bitte auf meine Rechnung ein
Geschenkabo '83 an:

Name:

Adresse:

Mein Name:

Meine Adresse:

Datum/Unterschrift:

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten geworben

Mein Name:

Meine Adresse:

Mein Prämierwunsch:

.....

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Umweltschutzkalender



**LANG
IST
ES
HER**

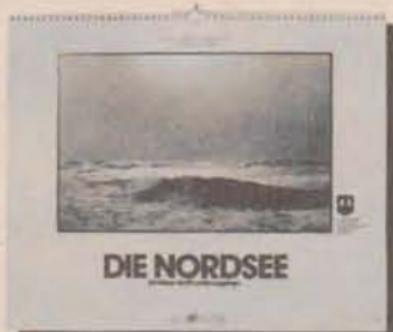


... daß die Zukunft der Nordsee golden war wie die Schuppen des Rotbarsch. Einstmals Lebensraum unzähliger Fische, Krebse, Muscheln, Algen, Nahrungsgrundlage für Generationen von Menschen, sind die Tage des großen Wassers zwischen Emden und Husum gezählt. Die Nordsee – leergefischt, verpestet vom Öl, mißbraucht als riesige Giftmüllhalde, droht ihr der Tod durch Höchstprofit. Erdölmultis, Chemiegiganten, Lebensmittelkonzerne lassen grüßen.

DIE NORDSEE MUSS LEBEN!

Umweltschutzkalender

Engagierte Texte und Fotografen, Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen haben maßgeblich an diesem Kalender mitgearbeitet. Neben den 12 farbigen Monatsblättern und einem Einleitungsblatt ist dem Kalender ein Blatt mit 8 Umweltschutzpostkarten beigeheftet. Das zusätzliche Jahreskalendarium erhöht seinen praktischen Wert.



Unser Umweltschutzkalender

DIE NORDSEE Ein Meer droht unterzugehen.

ist ein Appell, für die Zukunft der Nordsee, für unsere Zukunft, zu kämpfen.

Erhältlich in jeder
Buchhandlung
Der Preis:

29.80

Darin ist eine Spende für das Internationale Wassertribunal enthalten, das im April 1983 in Rotterdam stattfindet.

EDITION  für Umweltschutz
PLAMBECK
Im Verlag Plambeck & Co, Neuss



UZ Seite für Seite Arbeiter-Zeitung

Bestellschein bitte ausschneiden
und einsenden an:
Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH
Postfach 920
4040 Neuss 13

Hiermit bestelle ich die UZ

– Unsere Zeit – Zeitung der DKP,

Wochenendausgabe

zum Preis von DM 10,- vierteljährlich,
Mindestbezugszeit 1 Jahr

Hiermit bestelle ich die UZ

– Unsere Zeit – Zeitung der DKP,

Tageszeitung

zum Preis von DM 10,- monatlich,
Mindestbezugszeit 3 Monate

Hiermit bestelle ich die UZ

– Unsere Zeit – Zeitung der DKP, als

Probeflieferung

Schicken Sie mir bitte kostenlos
und ohne jede weitere Verpflichtung
einige Ausgaben der UZ.

Kündigungen müssen dem Verlag 6 Wochen vor Quartalsbeginn vorliegen

Name:

Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

Datum:

Unterschrift:

Der Kalender zum Marx-Jahr

Karl Marx 1818-1883

12 farbige Monatsblätter: Gedanken
und Notizen zu ausgesuchten Ereignis-
nissen aus Marx' Leben in Wort-
und Bildmontagen – vom Kom-
munistischen Manifest bis zur
Oktoberrevolution!

Mit separater
Zeittafel

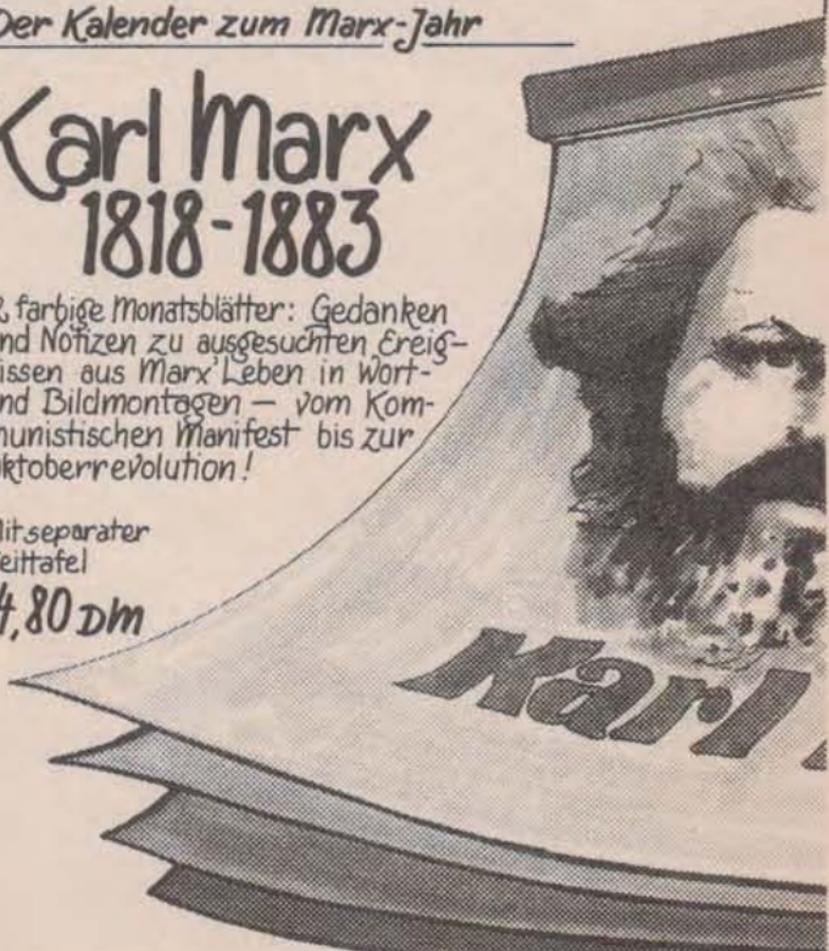
14,80 DM

Zu beziehen über:

collectiv-Versand
Postfach 1928
4000 Düsseldorf

Vorauskasse beim Postscheckamt
Essen 361-672 (BLZ 360 100 43)
14,80 DM + 5,- DM Versandkostenanteil

oder über alle DKP-Bezirks- und Kreisvorstände



AIB-Prämienangebot

Abonnenten werben Abonnenten

Wir bitten unsere Leser um Unterstützung bei der Werbung neuer Abonnenten. Jeder AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, bekommt von uns eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl aus dem unten aufgeführten Titelangebot. Erfolgreiche Werber erhalten die gewünschte Prämie umgehend zugesandt, wenn sie selbst Abonnenten sind und der neue Abonnent das Abo bezahlt oder die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt hat.

Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Brönner/Heinz-Jürgen Nieth
Der Kampf um El Salvador.
Volkserhebung und Intervention
260 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

Guatemala.
Der lange Weg zur Freiheit
255 Seiten, Peter Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzing
Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)
Der Reagan Report.
Weltmacht USA in Nöten
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei — Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt
Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld
Land der Reisfelder.
Vietnam, Laos, Kampuchea
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Autorenkollektiv
Länder der Erde.
Politisch-ökonomisches Handbuch
7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Sergio Ramirez
Vom Vergnügen des Präsidenten.
Erzählungen aus Nicaragua
141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)
Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik.
Aktionshandbuch 3
192 Seiten, Lamuv 1982

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.
Erinnerungen seines Privatsekretärs
429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
Befreiungsbewegungen in Afrika.
Politische Programme . . .
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Plácido Erdozain
San Romero de America.
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Frederik Vahle
Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt
240 Seiten, Lamuv 1981

Horst-Eckart Gross/Klaus-Peter Wolf
CHE. Meine Träume kennen keine Grenzen
218 Seiten, Weltkreis 1982

Prämien für 2 geworbene Abonnenten:

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
157 Seiten, Peter Hammer 1981

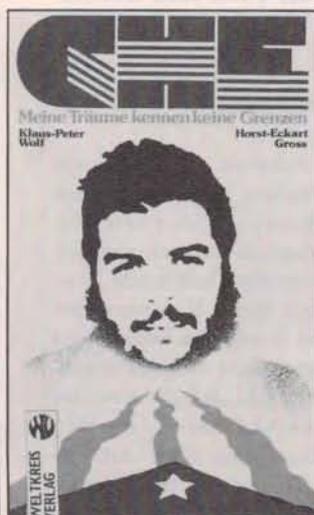
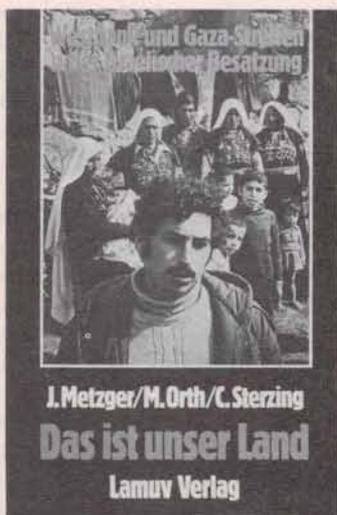
Peter Krieg
Der Mensch stirbt nicht am Brot allein.
Lesebuch zum Film „Septemberweizen“
192 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1981

Ernesto Cardenal
Unser Land mit den Menschen die wir lieben
Gedichte. Mit Bildern aus Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Quillapayun
UMBRAL
30-cm-LP, Verlag Pläne

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die Zeitgenossen, Bongsi Makeba, Jabula
Konzert für Soweto
30-cm-Doppel-LP
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Miriam Makeba
Country Girl
30-cm-LP, Verlag Pläne





Mehmet Karaca

Die Einheit der demokratischen Kräfte

Während die jetzt über zwei Jahre amtierende türkische Militärjunta im November 1982 ein fragwürdiges Verfassungsprojekt zur Abstimmung stellt (siehe Kasten), läßt sie zeitgleich eine neue Prozeßwelle gegen die Demokraten des Landes vorbereiten: Für November d.J. steht ein neues Massentribunal gegen 52 Führer der Konföderation Progressiver Gewerkschafter (DISK) bevor, denen die Todesstrafe droht; 30 führende Persönlichkeiten des türkischen Friedenskomitees erwartet ein Schauprozeß, in dem der staatliche Ankläger Gefängnisstrafen zwischen 30 und 36 Jahren fordern wird.

In dem nachfolgenden Interview erläutert Mehmet Karaca, Präsident der türkischen Metallarbeitergewerkschaft und Mitglied des Exekutivkomitees der DISK, den Charakter des Militärregimes in Ankara, die aktuelle innenpolitische Situation und die Situation der türkischen Gewerkschaftsbewegung.

FRAGE: Wie ist die Lage der Arbeiter und der Gewerkschaften seit dem 12. September 1980, dem Zeitpunkt der Machtübernahme der Militärs in der Türkei?

M. KARACA: Am 12. September 1980 wurde die Tätigkeit der Konföderation Revolutionärer Arbeitergewerkschaften (DISK) durch die Junta unterbunden. Die in den DISK-Gewerkschaften organisierten Arbeiter wurden so ihrer Klassengewerkschaft beraubt.

Die Junta hat jedoch nicht die Konföderation der Arbeitergewerkschaften der Türkei (Türk-Is) suspendiert, ein anderer Gewerkschaftsbund, der mit ihr einen Kompromiß eingegangen ist und sogar einen Minister stellte. Seine Tätigkeit wurde lediglich einigen Einschränkungen unterworfen. Neueintritte wurden durch ein Dekret verboten, was dazu führt, daß momentan 600.000 Mitglieder der DISK einer Gewerkschaft beraubt sind.

Widersprüchlichkeiten der Evren-Junta

Nach dem Staatsstreich wurden Arbeiter und Gewerkschaftsaktivisten zu Tausenden verhaftet. Andere wurden entlassen. Trotz der Unterdrückung haben wir aber beschlossen, unsere Organisation am Arbeitsplatz aufrechtzuerhalten, und zu diesem Zweck haben wir dort halblegale bzw. halbilligale Komitees gegründet. Dank dieser Komitees bleiben die Arbeiter organisiert. Dieses Verfahren wurde uns durch die konkreten aktuellen Bedingungen aufgezwungen. Auf der anderen Seite ist es offensichtlich, daß die Arbeiter bestrebt sind, ihre gewerkschaftlichen Aktionen für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer Arbeitsbedingungen innerhalb der legalen Gewerkschaften fortzusetzen.

Kürzlich hat der Kongreß der Türk-Is-Konföderation statt-

gefunden. Aber auf dem Kongreß hatten die Arbeiter nicht die Möglichkeit, sich frei zu äußern. Die Türk-Is hat unter dem Druck der Junta eine noch reaktionärere Haltung eingenommen und sich offen kompromittiert.

FRAGE: Wie definieren Sie den Charakter der Junta, die in der Türkei an der Macht ist?

M. KARACA: Die Junta der Generäle hat die Macht übernommen und die hierarchische Struktur innerhalb der Streitkräfte beibehalten. Heute zählt die türkische Armee ungefähr 700.000 Soldaten. Es ist offensichtlich, daß die Offiziere, die Unteroffiziere und die Soldaten im politischen Spektrum des Landes unterschiedliche Positionen einnehmen.

Die Junta hat die Macht unter Berücksichtigung des politischen Spektrums in der Armee und unter Beibehaltung ihrer hierarchischen Struktur übernommen. Dies stellt ein sehr heikles Problem für die Armee dar. Bis jetzt hat ein gewisser Konsens bestanden, aber wenn es für die Militärs darum geht, Lösungen für soziale und wirtschaftliche Probleme zu finden, werden unvermeidlich unterschiedliche Standpunkte auftauchen.

Übrigens zeigen sich bereits einige Widersprüche, besonders bezüglich der Veränderung von Gesetzen, die die Interessen der Monopole betreffen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind so offensichtlich, daß sich General Evren dazu gezwungen sah, sie öffentlich in einer Rede in Bursa zu dementieren. Wir wissen, daß es in der Armee Militärs mit offen faschistischen Tendenzen gibt, andere sind liberal und andere schließlich sind Anhänger einer wirklichen Demokratie. Um den Charakter der Junta zu definieren, muß man meiner Ansicht nach diese unterschiedlichen Tendenzen erkennen und sehen, auf welche Basis sich die Junta stützt. Die Junta hat die Macht mit dem Versprechen übernommen, den Terrorismus zu stoppen, und konnte sogar mit einer gewissen Unterstützung durch das Volk und die Intellektuellen rechnen. Aber in der Praxis hat man gemerkt, daß die Junta nicht angetreten war, um den Terror aufzuhalten, sondern um den Interessen der Monopole zu dienen und die lebendigen Kräfte der Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte zu zerstören.

Die wirtschaftliche Lage, die sie angeblich wiederherstellen wollte, ist wahrhaft katastrophal: 6 Mio Arbeitslose, eine Inflation von 48%, eine Abwertung des türkischen Pfundes gegenüber dem Dollar um 40%, ein Defizit von mehr als 5,5 Mrd Dollar und eine Auslandsverschuldung von 23 Mrd Dollar! Diese Zahlen erläutern gut die Tatsache, daß die Junta unfähig ist ihre Versprechen zu halten.

Dennoch ist es nicht angebracht, die Junta als gänzlich faschistisch zu definieren, da sie darauf bestanden hat, die hierarchische Struktur in der Armee zu erhalten. Innerhalb der Armee existieren mit Sicherheit faschistische Tendenzen.

Allerdings muß ich betonen, daß innerhalb der Militärjunta Kräfte, die man als proamerikanisch bezeichnen kann und die reaktionärer sind als die anderen, mehr und mehr Gewicht bekommen und die demokratischen Kräfte der Türkei mit ständig steigender Aggressivität angreifen.

Es ist natürlich, daß es unterschiedliche Standpunkte zur Definition der Militärjunta gibt; aber in der Türkei ist heute das dringendste Problem der demokratischen Kräfte, ihre Aktionseinheit herzustellen.

Im Februar 1982 wurde in dieser Richtung ein wichtiger Schritt vorwärts gemacht: Die Führer der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) und der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP) haben einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht (Wortlaut in: AIB 4/1982, S.26).

Es kommt darauf an, diese Bewegung zu verbreitern, sozialdemokratische Kreise, das kurdische Volk unseres Landes mit seinen Demokraten an ihr zu beteiligen. Mit einer solchen Front, die eine konkrete Aktionseinheit darstellen und alle demokratischen Kräfte des Landes umfassen würde, ist es möglich, die Junta zu stürzen.

FRAGE: General Evren behauptet, einen Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie vorgelegt zu haben und läßt eine neue Verfassung ausarbeiten. Was halten Sie davon?

M. KARACA: Nachdem die Junta die Macht übernommen hatte, löste sie das Parlament sowie die politischen Parteien auf. Sie schaffte die Verfassung ab, und sie läßt momentan durch eine beratende Versammlung, die sie selbst eingesetzt hat, eine neue Verfassung vorbereiten, die sie einer Abstimmungsparodie zu unterwerfen wünscht.

Unserer Ansicht nach kann ein Verfassungsgesetz, das in einer Atmosphäre der Unterdrückung vorbereitet wird, in der alle demokratischen Institutionen abgeschafft sind und die demokratischen Kräfte unterdrückt werden, keine Verfassung sein, die die Demokratie bringt. Diese Verfassung wird einer anderen Form der Diktatur dienen, einer scheinbar zivilen Diktatur, bestehend aus einer Handvoll Repräsentanten der Monopole und einer Gruppe von Armeegenerälen.

FRAGE: Die türkische und ausländische Presse hat über die Installierung der US-amerikanischen Schnellen Eingreiftruppe auf türkischem Territorium berichtet...

M. KARACA: Seit dem Besuch des US-amerikanischen Außenministers, Alexander Haig, in der Türkei im Mai 1982 ist dieses Problem auf der Tagesordnung.

Obwohl die Militärjunta bis heute den amerikanischen Vorschlag nicht offen akzeptiert hat, deutet alles darauf hin, daß bereits eine prinzipielle Übereinkunft getroffen wurde. Die Junta glaubt meiner Ansicht nach, als Austausch für die Stützpunkte, die den Amerikanern für die Installierung ihrer Schnellen Eingreiftruppe gewährt würden, ihre Ausrüstung modernisieren und neue, sehr leistungsfähige Waffen kaufen zu können. All dies ist Feilschobjekt zwischen den Führern beider Länder.

Gleichwohl sind bereits jetzt Vergrößerungsarbeiten an den Flughäfen bestimmter Städte im Osten des Landes – wie Van, Erzurum, Kars und Diyarbakir – sowie der Bau neuer militärischer Einrichtungen im Gange. Sie erinnern sich vielleicht, daß im April 1982 ein Flugzeug der US-amerikanischen Luftwaffe in der Türkei abstürzte und 28 Offiziere dabei den Tod fanden. Die internationalen Presseorgane haben Dokumente veröffentlicht, die klar beweisen, daß es sich dabei um eine Geheimmission im Rahmen der Installierung dieser Schnellen Eingreiftruppe in der Türkei handelte, ein Vorgang, der nicht nur für die demokratischen Kräfte des Landes, sondern für die Zukunft der Völker dieser Region und für den Frieden im Nahen Osten eine ernste Gefahr darstellt.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 275/16.8.1982, S. 45-46)

Der Verfassungscoup

Am 18. Juli d.J. wurde ein von der türkischen Evren-Junta in Auftrag gegebener Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt, die vor allem dazu dienen soll, dem Militärregime ein demokratisches Mäntelchen umzulegen.

Die im Verfassungsentwurf formulierten Bestimmungen, die das Außerkraftsetzen aller Grundrechte ermöglichen, sind so zahlreich, daß – wie ein bürgerlicher Kommentator in der Türkei schrieb – die Ausübung der Grundrechte als Ausnahme und ihre Aufhebung als die Regel erscheint. Sie können „zum Schutz des Bestandes von Staatsgebiet und Staatsvolk..., der nationalen Sicherheit..., des öffentlichen Wohls..., der Grundrechte und -freiheiten anderer..., eingeschränkt werden (Artikel 12)“.

Die Formulierung „des Bestandes von Staatsgebiet und Staatsvolk“ besagt, daß die Junta – wie alle vorherigen Regierungen auch – die Existenz des kurdischen Volkes leugnet. Sie gibt damit dem Regime Handhabe für das Verbot aller Aktivitäten, die die politisch-kulturelle Gleichberechtigung bzw. Autonomie des kurdischen Volkes zum Ziel haben. Alle in dem Entwurf enthaltenen Freiheitsrechte hat man ohnehin mit soviel Ausnahmeregeln versehen, daß sie praktisch aufgehoben sind.

In Artikel 13 des Verfassungsentwurfs heißt es beispielsweise: „Grundrechte und -freiheiten dürfen nicht dazu benutzt werden..., die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen...“. Diese Formulierung dient dazu alle Parteien und Gewerkschaften zu verbieten, die die Herrschaft der Monopole zurückdrängen oder beenden wollen. Ein ähnlicher Paragraph war in der Vergangenheit die Grundlage für das Verbot der Kommunistischen Partei und findet heute bei den Prozessen gegen Gewerkschafter und Oppositionelle Anwendung.

Ähnliche Einschränkungen wie in Artikel 12 gelten für alle Paragraphen, in denen die Grundrechte näher beschrieben werden. Dies gilt für die Pressefreiheit und insbesondere für die Koalitionsfreiheit, das Streik- und das Tarifrecht. Arbeiter und Unternehmer(!) haben das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, Angestellte und Beamte nicht.

Die Gewerkschaften dürfen keine politischen Ziele verfolgen und werden vom Staat kontrolliert. Erstmals wird in einer türkischen Verfassung das Recht auf Aussperrung verankert. Das Streikrecht und das Recht auf Aussperrung „dürfen nicht in einer Weise ausgeübt werden, daß sie den Regeln der guten Sitten widerspricht und dem nationalen Reichtum schadet... Produktionsdrosselung und Widerstand sind untersagt“. Abgesehen davon, daß der Streik in bestimmten Bereichen (so z.B. in Betrieben mit unter 10 Beschäftigten) explizit verboten ist, kommen diese Formulierungen einem Verbot in allen Bereichen gleich.

Für den Staatspräsidenten sind fast diktatorische Vollmachten vorgesehen: Er überwacht die Anwendung der Verfassung, kann jederzeit Neuwahlen durchführen und kann mit der von ihm ernannten Regierung den Ausnahmezustand verhängen. Insgesamt scheint also die Bemerkung des Faschistenführers A. Türkes: „Unsere Ideen sind heute an der Macht“ angebracht.

Wahl zwischen Pest und Cholera

In der Öffentlichkeit und in den bürgerlichen Medien der Türkei stieß der Verfassungsentwurf auf starke Kritik. Selbst regimetreue Zeitungen wie Hürriyet ließen profilierte Kritiker zu Wort kommen oder mußten feststellen, daß der Verfassungsentwurf – so die ultrarechte Tercuman – „weder die Zustimmung der Arbeiter noch der Presse oder der Universität und erst recht nicht der früheren politischen Parteien erhalten hat“.

Selbst 14 der 16 Mitglieder der Kommission, die von der Junta mit der Ausarbeitung der Verfassung beauftragt worden war, lehnten den Entwurf ab. Mittlerweile ist er nach einigen unwesentlichen Änderungen durch die von der Junta ausgewählte Beratende Versammlung akzeptiert worden. Nach der Zustimmung durch den Nationalen Sicherheitsrat, dem 5 Generäle angehören, soll der Entwurf im November d.J. durch ein Referendum abgesegnet werden. Die Abstimmung kommt einer Wahl zwischen Pest und Cholera gleich, denn wenn der Verfassungsentwurf abgelehnt wird, „dann wird die Militärregierung weitermachen. Denn wenn das Volk sie ablehnt, heißt es, daß das Volk mit uns und unserer Regierung einverstanden ist“, erklärte Juntachef General Evren.

Um auch die bürgerlichen Kritiker mundtot zu machen, rief der General vor kurzem alle „loyalen Bürger“ auf, jeden zu denunzieren, der den Verfassungsentwurf ablehnt, da die Kommunistische Partei eine Kampagne gegen den Verfassungsentwurf gestartet habe...

Andreas Krajczek

Die Grenzen der Bumiputra-Politik



Premierminister Mahathir Mohamad

Zum siebten Mal seit der Unabhängigkeit der malaiischen Föderation im August 1957 konnte die regierende Nationale Front in den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 22. bis 26. April d.J. einen Wahlsieg erringen. Die von 11 bürgerlichen Parteien gebildete Nationale Front erreichte unter der Führung von Premierminister Datuk Seri Mahathir Mohamad 132 von 154 Sitzen im Repräsentantenhaus; auch in den Parlamenten der an der Wahl beteiligten 11 (von insgesamt 13) Bundesstaaten erzielte sie mit 90% der Sitze die unumstrittene absolute Mehrheit.

Die bislang stärkste Oppositionskraft, die von Chinesen dominierte Demokratische Aktionspartei (DAP), verzeichnete große Stimmenverluste und verfügt jetzt über neun (statt bisher 13) Sitze im Repräsentantenhaus. Die in die Nationale Front integrierte Malaiische Chinesische Vereinigung (MCA), welche die Interessen der ökonomisch starken, aber politisch unterprivilegierten chinesischen Bourgeoisie vertritt, konnte hingegen die Anzahl ihrer Mandate von 17 auf 24 erhöhen. Die Pan-Malaiische Islampartei (PI), die von der Regierung aufgrund eines erwarteten überwältigenden Stimmenzuwachses gefürchtet wurde, konnte ihre Position mit fünf Mandaten halten.¹

Von einer endgültigen Konsolidierung der Politik der Nationalen Front kann aber trotz des großen Wahlerfolges nicht ausgegangen werden. Die beiden Oppositionsparteien DAP und PI sehen die Ursachen ihrer Stimmeneinbußen vor allem in den Wahlbehinderungen der Regierung. Der auf zwei Wochen begrenzte Wahlkampf hätte ihnen kaum Zeit gelassen, ihre Wahlprogramme zu propagieren. Außerdem blieb auch während des Wahlkampfes der Regierungserlaß bestehen, der jegliche öffentliche Kundgebungen untersagt. Dieser Erlaß wird offiziell damit begründet, blutige Auseinandersetzungen zwischen den malaiischen, chinesischen und indischen Bevölkerungsgruppen zu vermeiden.

Zum anderen war die Vorziehung der Wahlen vor allem taktisch motiviert: Premierminister Mahathir Mohammad, der

das Amt im Juli 1981 von seinem aus Gesundheitsgründen ausgeschiedenen Vorgänger Hussein Bin Onn übernahm, wurde offensichtlich durch die wirtschaftliche Krisenentwicklung dazu bewogen, das Mandat der Bevölkerung für die von ihm und Vizepremier Datuk Musa Hitam vertretene Politik schon früher als vorgesehen einzuholen. So wird z.B. ein weiterer Rückgang der wirtschaftlichen Wachstumsraten erwartet. Auch der Preisverfall für die Hauptexportgüter Malaysias, Zinn und Kautschuk, dürfte sich fortsetzen; er hatte in den letzten Monaten zum erstenmal seit vielen Jahren zu einem Defizit in der Handelsbilanz geführt.

In einem 29 Punkte umfassenden Wahlmanifest wurden die Ziele des Regierungskurses Mahathir Mohamads und seines Stellvertreters Musa Hitam festgehalten. Danach will Malaysia in der Außenpolitik weiterhin für die Errichtung einer Neutralitätszone in Südostasien eintreten. In der Innenpolitik verspricht die Regierung, die Armut zu beseitigen, Arbeitsplätze zu schaffen und die mit durchschnittlich 7,3% immerhin zweitniedrigste Inflationsrate (nach Singapur) innerhalb der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN)² zu verringern.

Derartige Forderungen sind seit 1966 fester Bestandteil der malaiischen Entwicklungspläne, konnten aber bis heute nicht voll realisiert werden. Die weitere Stärkung des „freien Unternehmertums“ gehört dagegen – ebenso wie die seit Jahren in kleinen Schritten betriebene Eindämmung des Auslandskapitals zugunsten der malaiischen Bourgeoisie („Bumiputra“) – weiterhin zu den eigentlichen Schwerpunkten der Regierungstätigkeit.

Daß der mit Hilfe der Wahlen betriebene politische Konsolidierungsakt angesichts der sozialen Realität in Malaysia nicht überbewertet werden darf, soll im folgenden veranschaulicht werden.

Wachstum mit sozialen Widersprüchen

Am 16. September 1963 wurde die Föderation Malaysia als Zusammenschluß des 1957 unabhängig gewordenen Malaya mit Sarawak, Sabah und (dem 1965 wieder ausgetretenen) Singapur gegründet. Sie ist das Produkt von Verhandlungen der einheimischen Bourgeoisie mit der damaligen Kolonialmacht Großbritannien. Das Interesse Großbritanniens ging dabei dahin, die aufgrund der erstarkten Unabhängigkeitsbewegungen nicht mehr zu haltenden Gebiete Sarawak, Sabah und Singapur unter bürgerlicher Führung mit Malaya vereinigt zu sehen. Als Mitglied im Commonwealth sollte die Föderation neuen Formen der Abhängigkeit von Großbritannien unterworfen und alte Wirtschaftspositionen gesichert werden. So blieben viele malaiische Ressourcen unter britischer Kontrolle bzw. unter der Kontrolle ausländischer Kapitalgesellschaften.

Die Führungskräfte des Landes, die sich aus Elementen der malaiischen, chinesischen und indischen Bourgeoisie sowie der feudalkapitalistischen Landoligarchie zusammensetzen, haben seit der Gründung der Föderation eine Politik ver-

folgt, die sowohl Momente der neokolonialen Unterordnung als auch der eigenständigen Interessenartikulation gegenüber dem Auslandskapital beinhaltet.

Seit 1966 wird die kapitalistische Entwicklung Malaysias mit Hilfe von Entwicklungsplänen vorangetrieben. Orientierten die ersten beiden Entwicklungspläne (1966-70; 1971-75) noch schwerpunktmäßig auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für eine kapitalistische Entwicklung, auf Infrastrukturmaßnahmen und Anreize für Investitionen des ausländischen Kapitals, so wird im dritten Entwicklungsplan (1976-80) der Schwerpunkt auf den Ausbau der industriellen Produktion gesetzt. Außerdem wird eine vorsichtige Begrenzung des Auslandskapitals zugunsten der nationalen Bourgeoisie angestrebt. Schwerpunkt des vierten Entwicklungsplans (1981-85) ist der Ausbau der Schwerindustrie. Im Rahmen der Bumiputra-Politik (= Malaisierung) soll der Eigentumsanteil der malaiischen Bourgeoisie an den Produktionsmitteln von 10,3% auf 30% erhöht werden.³

Bei der Durchführung dieser Politik der kapitalistischen Entwicklung hatten die herrschenden Kreise Malaysias durchaus gewisse Erfolge aufzuweisen. So erzielte das Land in den 70er Jahren Wachstumsraten von fast 10% in der Industrieproduktion. Die Exporte wuchsen zwischen 1970 und 1979 jahresdurchschnittlich um 6,5%. Das Wachstum der Landwirtschaft belief sich allerdings auf lediglich 5,6% und blieb somit hinter der Industrie zurück.⁴

Im Rahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik genießt die Landwirtschaft verbal zwar Vorrang. Gefördert werden jedoch vor allem die technologieintensiv betriebenen, exportorientierten Plantagenkulturen (vornehmlich Kautschuk und Palmöl), während die für den Binnenmarkt produzierenden und damit für die Selbstversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln wichtigen Betriebe der Rückständigkeit überlassen bleiben.

Daß das kapitalistische Wachstum der letzten Jahre vornehmlich den ohnehin schon Privilegierten zugute gekom-

men ist, zeigt sich an der Situation der Werktätigen. 4 Mio Menschen, das sind 31% der Gesamtbevölkerung, leben unterhalb des Existenzminimums. Die Arbeitslosenquote liegt nach inoffiziellen Schätzungen bei über 12%. 40% der erwachsenen Bevölkerung sind Analphabeten. Kinderarbeit und Überschreitung des 8-Stunden-Arbeitstages sind, obwohl offiziell verboten, aufgrund der Macht des in- und ausländischen Kapitals soziale Wirklichkeit.⁵

Reglementierte Gewerkschaften

Über 1/2 Mio Arbeiter sind in den über 300 Einzelgewerkschaften Malaysias organisiert. Über 100 davon sind im Malaiischen Gewerkschaftskongreß (MTUC) zusammengeschlossen, der dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (BFG) angehört und eine am Prinzip der Sozialpartnerschaft ausgerichtete Politik betreibt.

Dennoch sind die Möglichkeiten zur legalen Interessenvertretung stark eingeschränkt. So unterliegen die Gewerkschaften einem Registrationszwang, d.h. staatlich nicht registrierte Gewerkschaften sind illegal. Die Registration einer Gewerkschaft kann im Konfliktfall von der Regierung aufgehoben werden, so daß jederzeit die Möglichkeit besteht, eine Gewerkschaft in die Illegalität zu drängen bzw. aufzulösen. Außerdem kann der Arbeitsminister einen Streik verbieten lassen, was in der Regel bei allen größeren Streiks der Fall ist.

Die sozialen und ökonomischen Gegensätze in Malaysia sind mit Rassengegensätzen eng verflochten. Historisch gesehen ist der Rassenkonflikt (zwischen Malaien einerseits und Chinesen und Indern andererseits) das Erbe der britischen Kolonialpolitik. Da Großbritannien seinen Bedarf an Arbeitskräften nicht mit Malaien allein decken konnte, warb es Inder und Chinesen an, die bis in die 30er Jahre dieses Jahrhunderts die Masse der lohnabhängig Beschäftigten stellten.

Malaysia-Daten



Territorium: 330.434 qkm (rund 1/3 mehr als die BRD)
Bevölkerung: 13,7 Mio (1981); davon 46,8% Malaien, 34% Chinesen, 9% Inder sowie ethnische Minderheiten; jährliches Bevölkerungswachstum (1970-79) : 2,2%
Hauptstadt: Kuala Lumpur mit 750.000 Einwohnern (1978)
Währung: Malaysischer Ringgit (M\$); 1 M\$ = 0,97 DM (Stand Mai 1982)
Religion: Staatsreligion ist der Islam, dem 44-50% der Bevölkerung angehören; ferner gibt es Hindus (Inder), Konfuzianer und Buddhisten (Chinesen), rund 3% Katholiken und Protestanten sowie 800 Juden und Anhänger von Naturreligionen.
Staatsform: konstitutionelle Wahlmonarchie mit Zweikammern-Parlament. Das Staatsoberhaupt wird von den neun Sultanen Malaysias für jeweils fünf Jahre gewählt. Seit 1980 bekleidet Sultan Abu

Baker dieses Amt. Premierminister ist seit 1981 Datuk Seri Mahathir Mohamad.

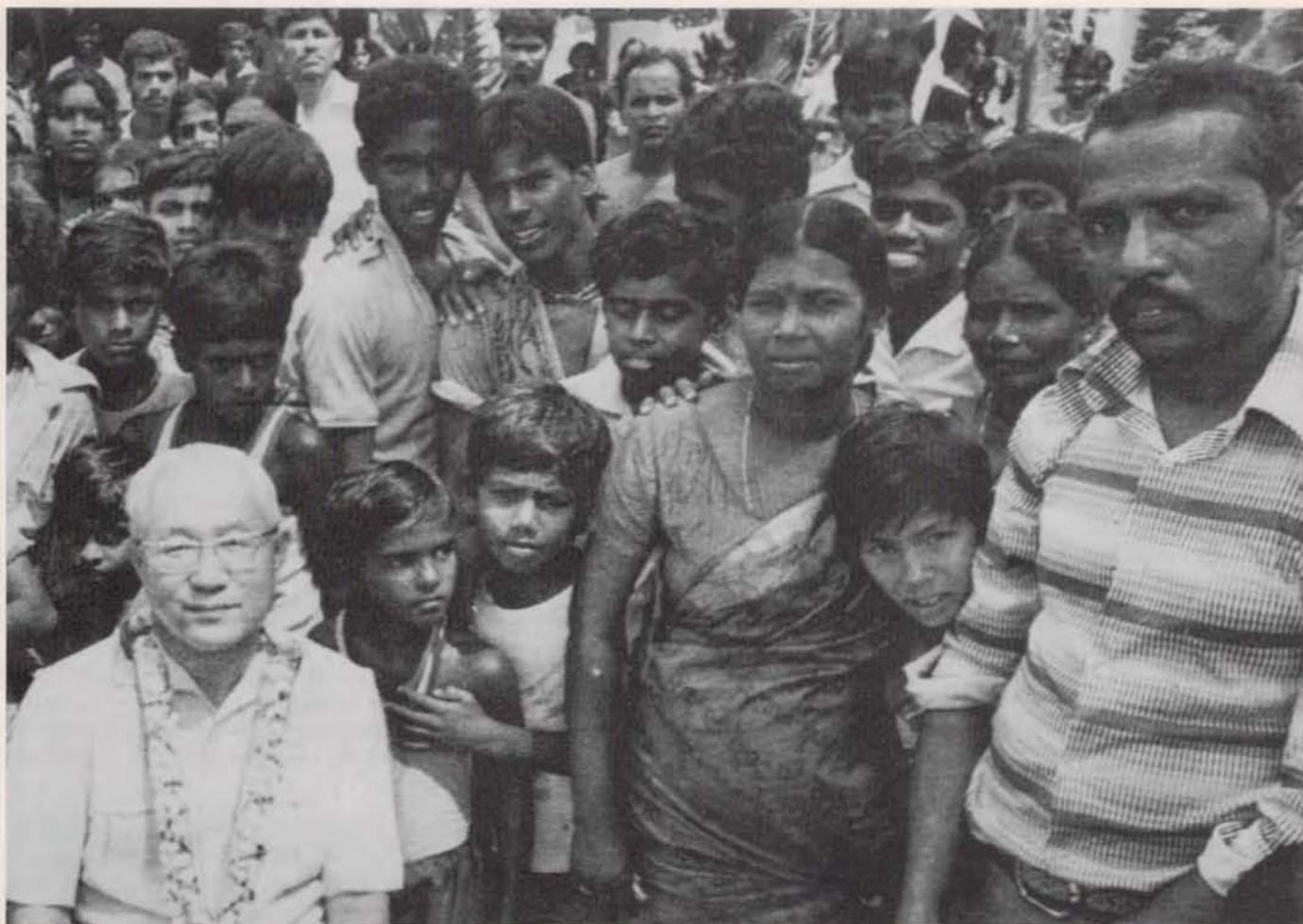
Wirtschaft/Soziales: kapitalistisches Entwicklungsland. 51% der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, 16% in der Industrie und 33% im Dienstleistungssektor (1979). Die Landwirtschaft trägt 24%, die Industrie 33% zum Bruttosozialprodukt (BSP) bei (1979). Malaysia bestreitet 50% des Kautschuk-, 68% des Palmöl- und 36% des Zinn-Weltexportes. Der Kapitalanteil ausländischer Konzerne an der malaysischen Wirtschaft, vor allem am Zinnbergbau, an der Kautschukproduktion und der verarbeitenden Industrie, beträgt 50%. Hauptquellen der ausländischen Kapitalinvestitionen sind insbesondere Japan, die USA, und die Europäische Gemeinschaft (hier hauptsächlich die BRD).

Das BSP stieg real im Jahresdurchschnitt (1970-79) um 4,8%. Außenhandelspartner Nr. 1 ist Japan mit 23,4% Exportanteil, gefolgt von den USA mit 20% und der EG mit 19,8%.

Das Prokopf-Einkommen beträgt 1.370 Dollar und ist nach Singapur das zweithöchste innerhalb der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Die Analphabetenrate liegt bei 40% (1976), die Lebenserwartung bei 68 Jahren (1979). Die Arbeitslosenquote beträgt offiziell 6,3% und nach inoffiziellen Schätzungen 12%.

Geschichte:

- | | |
|-----------|--|
| 6.-8. Jhd | Teil des indomalaiischen Königreiches Sriwijaya |
| 1826 | Errichtung der britischen Kolonialherrschaft |
| 1941 | Beginn der japanischen Okkupation |
| 1948 | Befreiung von der japanischen Okkupation; Einführung einer neuen Verfassung; Gründung der malaiischen Föderation |
| 1957 | Proklamation der Unabhängigkeit der malaiischen Föderation; Aufnahme in die UNO |
| 1963 | Gründung der Föderation Malaysia |
| 1965 | Austritt Singapurs aus der Föderation |



Tan Siew Sin, Großplantagenbesitzer chinesischer Herkunft, dessen 50 000 Arbeiter vornehmlich Inder sind

Parallel dazu entwickelte sich eine einflußreiche indische und chinesische Handelsbourgeoisie. Die Proletarisierung der malaiischen Massen hingegen erreichte erst Anfang dieses Jahrhunderts ein beachtenswertes Ausmaß, ebenso die Herausbildung der malaiischen Bourgeoisie.

Die überwiegend sozial bedingten Ressentiments der malaiischen Massen gegen die wohlhabende indische und chinesische Bourgeoisie wurden von der malaiischen Bourgeoisie geschürt und genutzt, um ihren politischen Führungsanspruch in der Föderation zu legitimieren.

So ist die malaiische Bourgeoisie heute zweifellos die dominierende Kraft innerhalb der ethnisch uneinheitlichen herrschenden Klasse Malaysias. Gleichwohl stützen die anderen rassischen und regionalen Gruppen der Bourgeoisie weiterhin das Bündnis der Nationalen Front. Die von der malaiischen Bourgeoisie propagierte Bumiputra-Politik ist bei weiterer Expansion der industriellen Produktion mit den Interessen der anderen Gruppen der Bourgeoisie durchaus vereinbar, während sie für die nichtmalaiischen Lohnabhängigen zunehmend diskriminierend wird.

Verwirrendes Parteienspektrum

Malaien werden seit langem im Staatsdienst und beim Militär bevorzugt. Um auch die bildungspolitische Benachteiligung der Malaien auszugleichen – sie stellen z.B. nur 10% der Ingenieure, 8% der Ärzte und 9% der Architekten⁶ – wird ihnen bei der Aufnahme in Schulen und Hochschulen der Vorzug gewährt.

Die Demokratische Aktionspartei (DAP), welche ihrem Selbstverständnis nach alle Rassen umfaßt, aber von der chinesischen Stadtbevölkerung dominiert wird, griff die Be-

nachteiligung der chinesischen Bevölkerung im Wahlprogramm auf. Die daraus entwickelten Forderungspunkte wurden aber ebenso von der zum Regierungsblock gehörenden MCA vertreten, die ihre Ziele besser propagieren konnte.

Ebenso erging es der DAP mit ihren Forderungen nach härteren Vorgehen gegen die Korruption, nach Freilassung aller unter der Sicherheitsakte Verhafteten und der Aufrechterhaltung der chinesisch- und Tamil-sprachigen Grundschulen. Diese Forderungen wurden von der Regierungsadministration kurz vor der Wahl in wesentlichen Punkten verwirklicht. Die DAP sieht ihre Profilierungschance vor allem darin, aus der Opposition heraus Druck auf die Regierung auszuüben und diese so zur Einhaltung ihrer Wahlversprechen zu zwingen.⁷

Der im wesentlichen reformistische Kurs der DAP läßt kaum einen Gegenpol zur herrschenden Politik erkennen. Da aber die Bevölkerungsmehrheit aller Rassen vom sozialen Elend, von Arbeitslosigkeit und Ausbeutung gleichermaßen betroffen ist, erhalten oppositionelle außerparlamentarische Bewegungen vornehmlich durch arbeitslose Jugendliche großen Zulauf.

Eine der bedeutendsten Bewegungen ist die Moslemische Bewegung der Malaien. Die Dakwah-Bewegungen sind die radikalsten. Sie verfolgen recht unterschiedliche Ziele. Während die einen für eine gerechtere Verteilung des Volkvermögens bei Ausschluß von Chinesen und Ausländern von jeglicher bedeutenden wirtschaftlichen Betätigung eintreten, fordern andere ein konsequentes Leben nach schiitischer Koranauslegung.

Die Moslemische Jugendbewegung, mit etwa 40.000 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste Moslembewegung, verfolgt ähnlich wie die im Parlament vertretene PI einen islamischen Staat, allerdings nach sunnitischer Vorstellung (die malai-

ischen Moslems sind Sunniten), die nicht so sehr auf den Korantext fixiert ist.⁸ Die theozentrische PI vertritt unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die nichtmalaische Bevölkerung, die von einer Duldung bis hin zu strikter Ablehnung und der Forderung nach Ausweisung reichen.

Gemeinsam haben alle moslemischen politischen Bewegungen und Parteien die Zielsetzung, einen islamischen Staat mit islamischem Recht aufzubauen, wenn auch die Vorstellungen bezüglich der Koranauslegung auseinandergehen.

Problematisch ist die Einschätzung der verbotenen Kommunistischen Partei Malayas (CPM), was die Unterstützung seitens der Bevölkerung betrifft. Die am 26.4.1930 gegründete Partei hatte im Kampf gegen die britische Fremdherrschaft von 1948-60 eine breite Massenbasis. Anfang der 60er Jahre orientierte sich die CPM ähnlich wie die Kommunistischen Parteien Burmas und Thailands unter dem Eindruck der chinesischen Revolution an Mao Zedong. Hinzu kam, daß die CPM nach ihrem Verbot (1948) und ihrem Rückzug in Dschungelgebiete im wesentlichen nur noch in ihrem chinesischen Kern bestand.

Seither beschränkt sich ihre Tätigkeit auf Guerillaaktionen, d.h. auf Überfälle und Anschläge vornehmlich auf staatliche Einrichtungen. Diese Aktionen werden als Stoßtrupppartien hauptsächlich von ihrem Hauptquartier auf der thailändischen Seite der Grenzregion von Betong geführt. Größere Aktionen unternahm die CPM 1975, als sie bis 100 km an die Hauptstadt Kuala Lumpur heranrückte. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre begann eine Großoffensive malaischer und thailändischer Streit- und Sicherheitskräfte gegen die CPM, in deren Verlauf ihre Operationsbasen in Malaysia vernichtet wurden.

Der Kurswechsel der chinesischen Außenpolitik, die chinesische Annäherung an die USA sowie die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zu den ASEAN-Staaten führten Anfang der 70er Jahre zu einer Spaltung der CPM. Die größte Gruppe mit über 2.000 Mann orientierte sich weiterhin nach Peking. Der aus dem Exil in Peking zurückgekehrte Musa Ahmad, einer der wenigen Malaien in der CPM-Führung, beruhigte die Mitglieder dieser Gruppe mit der Feststellung, daß die gegenwärtige Außenpolitik der VR China gegenüber der ASEAN nur ein taktisches Manöver sei, das Endziel aber weiterhin die Förderung der Revolution unter Führung Chinas bleibe.

Eine etwa 600 Mann starke Gruppe soll marxistisch-leninistisch orientiert sein. Sie will die Revolution in die Städte tragen. Über Stoßtrupppartien ist sie dabei noch nicht hinaus gekommen.

Gespanntes Verhältnis zu Peking

Seit etwa 1973 bemüht sich die CPM wieder verstärkt um die Anwerbung von Malaien. Noch im selben Jahr konnte ein nur aus Malaien bestehendes, 500 Mann starkes Regiment aufgestellt werden. Wie allerdings die Situation der CPM nach der Großoffensive der Regierungstruppen ist, bleibt unklar. Nach regierungsoffizieller Darstellung sind die städtischen Organisationen der CPM zerschlagen worden.⁹

Das Verhältnis zwischen Kuala Lumpur und Peking ist heute weniger wegen der chinesischen Unterstützung für die CPM gespannt. Vielmehr befürchtet die malaysische Regierung, daß die regionalen Hegemoniebestrebungen der VR China in Malaysia alte Rassenkonflikte neu beleben könnten. Vor diesem Hintergrund muß auch die sich von der ASEAN-Mehrheit abhebende Einschätzung der strategischen Lage in der Region gesehen werden: Für Kuala Lumpur sind nicht Vietnam und die Sowjetunion, sondern die VR China langfristig die größte Gefahr für die südostasiatische Sicher-

heit.¹⁰

Folglich lehnt Malaysia die vor allem von den USA und der VR China propagierte Militarisierung der ASEAN mit anti-vietnamesischer und antisowjetischer Stoßrichtung ab und fordert ein schrittweises militärisches Auseinanderrücken der Großmächte sowie einen Abbau der ausländischen Militärstützpunkte in der Region. Skeptisch steht man in Kuala Lumpur auch der Unterstützung der Roten Khmer gegenüber. Erst kürzlich hat Premierminister Mahathir Mohamad die Pol-Pot-Clique als „völlig widerwärtig“ bezeichnet und hinzugefügt, daß ob der in jungen Jahren bereits erlangten Killermentalität ihrer Anhänger nur eine geringe Wahrscheinlichkeit bestände, sie zu bessern.¹¹

Anmerkungen:

- 1) Vgl. zum Wahlergebnis: Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 30.4.1982; Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Fernausgabe, Zürich, 26.4.1982; Horizont, Berlin Nr. 19/1982
- 2) Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1981, Washington 1981; der ASEAN gehören neben Malaysia noch Thailand, Singapur, Indonesien und die Philippinen an; vgl. dazu: AIB 11-12/1981, S. 26-30
- 3) Vgl. hierzu: Südostasiengruppe der Evangelischen Studentengemeinde Bochum, BRD-Interessen in Südostasien, Frankfurt/M. 1979, S. 77ff.; H. Fessen, Die wirtschaftliche Entwicklung Malaysias, in: Asien Afrika Lateinamerika, Berlin, Nr. 4/1974, S. 533ff.
- 4) Zahlen nach: Weltbank, a.a.O.
- 5) Zahlen nach: Neues Deutschland, Berlin, 8.1.1981; Horizont, Nr. 19/1982
- 6) Vgl. R. Sielaff, Malaysia. Gewerkschaften. Wandlungen im Selbstverständnis einer gesellschaftlichen Gruppe, Arbeiten aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 37, Bonn-Bad Godesberg 1976
- 7) Vgl. FEER, 30.4.1982
- 8) Vgl. NZZ, 8.4.1981
- 9) Zur CPM siehe: Asia Yearbook 1981, Hongkong 1981, S.191
- 10) Vgl. NZZ, 8.4. und 26.8.1982
- 11) Vgl. FEER, 26.2.1982

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Schwerpunktthema:

Nr. 103 · August 1982

Außerdem:

Tschad
Das Ende des Krieges

Guatemala
Völkermord wird fortgesetzt

US-Indianer
Campingplatz oder Kultstätte?

Eskimos
Keiner lebt mehr im Iglu

Rüstung
Bremen – Waffenhandel in alle Welt

Landkauf in Paraguay

Einzelpreis: DM 4,-; Jahresabo: DM 35,- (DM 25,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postf. 5328, 7800 Freiburg

Nico Biver

Der verspätete Regierungsantritt H. Siles Suazos

Am 5. Oktober d.J. wurde auf einer gemeinsamen Sitzung des bolivianischen Abgeordnetenhauses und des Senats mit zweijähriger Verspätung ein Zivilist zum Staatsoberhaupt gewählt. Der Gewählte ist Hernan Siles Suazo, der Führer der Linken Nationalistischen Revolutionären Bewegung (MNRI), der sich mit 113 von 146 Stimmen durchsetzte. Der Führer der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), Jaime Paz Zamora, wurde zum Vizepräsidenten Boliviens gewählt. Die beiden Kandidaten des linken Bündnisses Demokratische Volksunion (UDP) wurden lediglich von den Abgeordneten der ultrerechten Parteien Nationalistische Demokratische Allianz (ADN) und Bolivianische Sozialistische Phalange (FSB) abgelehnt. Von den 15 Ministern der am 10. Oktober d.J. gebildeten Regierung, gehören 7 der MNRI, 6 der MIR und 2 der Kommunistischen Partei Boliviens (PCB) an.

Mit diesem Ereignis gingen in Bolivien 2 Jahre Herrschaft des Militärs zu Ende. Die Generale sahen sich gezwungen, das bereits am 29.6.1980 gewählte Parlament einzuberufen. Damals war es beim dritten Wahlgang in Folge zu einem Wahlsieg der 1978 gegründeten UDP gekommen, die jedesmal durch das Militär an der Regierungsübernahme gehindert wurde.

Der Putsch vom 17.7.1980 unter General Garcia Meza, der mit Unterstützung des argentinischen Militärs durchgeführt wurde, war einer der blutigsten der bolivianischen Geschichte.¹ Der General, der versprochen hatte, 20 Jahre an der Macht zu bleiben, um das Land vom marxistischen Krebs zu heilen, mußte bereits nach 13 Monaten abtreten.

Wirtschaftliches Debakel seit dem Juliputsch 1980

Ein Grund war die außenpolitische Isolation, zu der es vor allem durch den Terror der Generale und der paramilitärischen Banden sowie durch ihre Beteiligung am Kokain-Schmuggel gekommen war. Desweiteren führten die Korruption des herrschenden Teils der Militärs, ihre Unfähigkeit, der katastrophalen wirtschaftlichen Lage Herr zu werden und der wachsende Volkswiderstand zu Auseinandersetzungen innerhalb der Streitkräfte. Diese endeten am 3.9.1982 mit der Ernennung des wenig exponierten Generals Celso Torrelío Villa zum Präsidenten.²

Dieser bekam sogleich den Widerstand der Arbeiter und Bauern zu spüren, die in ihrer großen Mehrheit in der Bolivianischen Arbeiterzentrale (COB) organisiert sind. Die Zinnminenarbeiter führten im November 1981 erfolgreiche Streiks für Lohnerhöhungen und die Legalisierung ihrer Gewerkschaften durch. In der Folge kam es vor allem zu Streiks, Straßenbesetzungen und Demonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung.

1981 war es zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts

um 2% gekommen. Die Auslandsverschuldung erreichte die Rekordhöhe von 3,8 Mrd. Dollar. Diese war vor allem während der Amtszeit General Banzers (1971-78) gewachsen, der aufgrund seiner „marktwirtschaftlichen“ Politik von Privatbanken und vom Internationalen Währungsfond (IMF) mit Krediten überschüttet wurde. Diese nutzte man aber nur zu einem geringen Teil für produktive Investitionen, sondern sie dienten vor allem der Bereicherung der herrschenden Militärspitze und Oligarchie. Der Schuldendienst wird von Oktober 1982 bis Ende 1983 die Exporterlöse übertreffen.

Die Ursachen der Wirtschaftsmisere sind einerseits in der Wirtschaftskrise der entwickelten kapitalistischen Länder zu suchen, die zu einer geringeren Nachfrage und zu sinkenden Weltmarktpreisen für Zinn, dem bolivianischen Hauptexportartikel, geführt hat. Die hohen internationalen Zinsraten lassen die Zinszahlungen in die Höhe schießen. Die multinationalen Konzerne, die den Export von Erzen kontrollieren, deponieren ihre Erlöse nicht mehr bei der bolivianischen Zentralbank, sondern bei ihren ausländischen Zentralen.³

Andererseits gibt es innere Ursachen. Diese sind die Veralterung der Produktionsanlagen im Bergbau, die weit verbreit-



Neuer Präsident H. Siles Suazo (L.); Vizepräsident J. Paz Zamora

tete Korruption, die fehlende Kontrolle über den Devisenfluß und die politische Labilität des Regimes. In dieser Situation waren neue Kredite vom IMF notwendig, um die Exporte und den Schuldendienst finanzieren zu können. Dieser knüpfte die Kreditgewährung an die Abwertung des Peso, die Streichung von Subventionen, besonders für Nahrungsmittel, und die Verringerung der Staatsausgaben.

Am 5.2.1982 wurde der Peso um 76% abgewertet (44 Pesos = 1 Dollar) und wurden Preiserhöhungen für die öffentlichen Dienstleistungen, für die Energieversorgung (zwischen 25 und 60%) und für Brot durchgesetzt. Die Preise für Mie-

ten und fünf Grundnahrungsmittel wurden eingefroren, die Löhne im staatlichen Sektor um 17-130% erhöht.⁴

Da diese Maßnahmen den IMF nicht zufriedenstellten, wurde der Wechselkurs außer für die Finanzierung der Auslandsschulden, des Weizenimports und der Käufe des öffentlichen Sektors freigegeben. Damit legalisierte man den Schwarzmarktkurs von 115 Pesos für einen Dollar im März 1982, was einer Durchschnittsabwertung von 65% gleichkam. Die Subventionen für Reis, Zucker und Milch wurden gestrichen und eine Prämie, die den Kaufkraftverlust nicht deckte, an die Beschäftigten des öffentlichen Sektors ausgezahlt.⁵

Diese Politik hat zur Folge:

- Eine Verteuerung der Importe besonders für die Privatunternehmer. Daraus ergeben sich Preissteigerungen ihrer

Steigerung der Inflation und der Importe bei. Den Bauern, die die Coca-Pflanze anbauen, bleibt gerade genug zum Überleben.

Es ist also wenig erstaunlich, daß sich an der Wirtschaftspolitik der Militärs der breite Protest der Massen und selbst der nationalen Bourgeoisie entzündete.

Im März 1982 rief die COB zu Demonstrationen für die Erhöhung der Löhne auf, und forderte sie den Rücktritt der Militärs. Verhaftungen von Gewerkschaftern und Morde an Demonstranten führten Ende März und Mitte April d.J. zu zwei Generalstreiks. Die Studenten erkämpften sich die Hochschulautonomie zurück.

Am 27. Mai d.J. wurde dann das Verbot der Parteien und Gewerkschaften aufgehoben sowie eine Generalamnestie



Bolivians Minenarbeiter und ihre Gewerkschaft COB erzwangen den Rückzug der Militärs

Produkte, die sie bei sinkender Kaufkraft immer schlechter absetzen können, was wiederum zu Produktionsrückgängen, Bankrotten und damit zu Arbeitslosigkeit führt. Heute erreicht die Quote der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten 44%. Angesichts der Krisensituation auf den Weltmärkten ist eine vom IMF beabsichtigte Exportsteigerung der nicht konkurrenzfähigen bolivianischen Industrie illusorisch. Die kleinen Transport- und Busunternehmer wollten ihre Preise um 200% heraufsetzen, da sich die Benzinpreise erhöht hatten und sie die Raten für ihre im Ausland gekauften Fahrzeuge nicht mehr aufbringen konnten.

- Den Rückgang des Lebensstandards der Bauern, da die Abnehmerpreise für landwirtschaftliche Güter eingefroren wurden (mit Ausnahme von Mehl, das zu 85% importiert wird), die Preise für andere Konsumgüter aber steigen.
- Das Absinken des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten, da die Lohnsteigerungen hinter der Inflationsrate von mittlerweile 500% (bei einem Wechselkurs von 280 Pesos = 1 Dollar im September d.J.) zurückbleiben.
- Profitsteigerungen für die Rohstoffexporteure, da sie ihre Erlöse in Dollars erzielen und niedrigere Reallöhne zu zahlen haben.⁶
- Eine weitere Bereicherung der Kokainhändler. Sie schmuggeln jährlich Kokain im Wert von 1,5 Mrd Dollar in die USA⁷ und tragen mit diesem Geld zu einer weiteren

verkündet. Im Juni 1982 versprach C. Torrelío Villa, im April 1983 Wahlen abhalten zu lassen.

Diese weitgehenden Zugeständnisse sowie die Unmöglichkeit, die Wirtschaftspolitik des IMF vollständig durchzusetzen, führten zu weiteren Spannungen innerhalb der Streitkräfte. Nachdem ein Putschversuch der reaktionärsten, mit der Kokain-Mafia verflochtenen Teile des Militärs scheiterte, einigte man sich darauf, C. Torrelío Villa am 21.7.1982 durch den Kompromißkandidaten Guido Vildoso Calderon zu ersetzen.

Die COB rief am Tag seiner Vereidigung zu einem einstündigen Generalstreik auf, da ihm trotz seines Versprechens, die Wahlen im April 1983 abzuhalten, kein Vertrauen geschenkt werden könne. Die COB forderte außerdem Neuwahlen zu einem früheren Zeitpunkt und die Auflösung der paramilitärischen Banden, die sich auf die FSB und die Kokain-Maffia stützen. Da sie weiterhin Anschläge auf progressive Politiker verübten, wechselten diese täglich den Aufenthaltsort und Siles Suazo zog es vor, bis zu seinem Amtsantritt am 10. Oktober 1982 im Exil in Peru zu bleiben.

In der Frage der Wahlen, wurde die COB lediglich von der MNRI und der Kommunistischen Partei Boliviens (PCB), die beide Teil der UDP sind, unterstützt, während die anderen großen Parteien und der Unternehmerverein die sofortige Einberufung des Kongresses von 1980 forderten. Die mei-

sten Parteien hofften wegen der unklaren Mehrheitsverhältnisse im Parlament, Einfluß auf die Regierung nehmen zu können, während es bei Neuwahlen möglicherweise zu einer absoluten Mehrheit der UDP gekommen wäre, wovon sowohl Siles Suazo als auch Paz Zamora ausgingen.⁸

Neuwahlen hätten allerdings den Nachteil gehabt, daß das Militär noch länger an der Macht geblieben wäre und die Gefahr eines Putsches sich erhöht hätte. Zudem wären sie schwer zu finanzieren gewesen. Unter dem Druck der Volksbewegung sah sich das Militärregime gezwungen zu manövrieren. Es setzte das undemokratische Wahlgesetz von 1965 wieder in Kraft, das den Sieg der rechten Kandidaten sichern sollte.

Die Hinhaltepolitik der Generale, die sich verschlechternde ökonomische Situation und ein neuer Wirtschaftsnotstandsplan der Regierung führten zu immer neuen Streiks und Demonstrationen. Ein Streik der Busunternehmer für höhere Fahrpreise, nachdem eine weitere Subventionskürzung für Benzin drohte, wurde daraufhin mit einer Demonstration von 10.000 Menschen beantwortet, die eine Erhöhung der Löhne forderten. Bauern besetzten die Überlandstraßen, um gegen das Einfrieren der Abnehmerpreise für Agrarprodukte zu protestieren.

Diesen Aktionen folgte ein unbegrenzter Streik der Bergarbeiter für höhere Löhne und Neuwahlen. Am 7.9.1982 fand eine Demonstration der MIR mit 50.000 Demonstranten statt, begleitet von Generalstreiks in mehreren Provinzen. Auf einer Demonstration in der Hauptstadt La Paz am 15.9.1982, an der 80.000 teilnahmen, rief die COB zu einem unbegrenzten Generalstreik für Neuwahlen im November 1982 auf, der das ganze Land lahmlegte. Am 17. September d.J. erklärte G. Vildoso Calderon sich in einer Fernsehansprache bereit, die Macht in kürzester Frist an einen vom Parlament gewählten Präsidenten abzugeben, wobei er sechsmal betonte, daß dies nicht auf Druck hin erfolgt sei. Die COB setzte daraufhin den Generalstreik aus. Die Bergarbeiter allerdings setzten ihren Ausstand bis zum 7.10.1982 fort, bis ihnen eine Prämie zugestanden wurde.

Auch wenn die Volksbewegung der Hauptfaktor für den Rückzug der Militärs war, war sie nicht der einzige. Die Bourgeoisie, die früher die Macht der Militärs eher schätzte, hatte selbst unter der Wirtschaftspolitik zu leiden und entfernte sich mehr und mehr von jenem Teil der machthabenden Militärs, der weniger ihre Interessen vertrat, als durch



Symbolik in La Paz: Soldaten in Wartestellung

Korruption und Kokainschmuggel in die eigenen Taschen wirtschaftete.

Die USA konnten ihrerseits ein Regime, das das Land mehr und mehr auf eine Revolution zusteuerte, das international diskreditiert und als hauptverantwortlich für den Kokainexport in die USA enttarnt war, nicht mehr stützen.

Die Alternative zur Militärregierung ist allerdings eine Linkregierung mit einem antiimperialistischen, antifaschistischen Programm. Dieses UDP-Programm⁹ aus dem Jahr 1979 sieht vor, die Wirtschaft des Landes an den Bedürfnissen der Arbeiter, Bauern, Akademiker, Studenten und anderen Schichten auszurichten. Der staatliche Wirtschaftssektor soll ausgebaut, der Außenhandel kontrolliert werden. Vorgeesehen ist außerdem die Förderung von Genossenschaften und nichtmonopolistischen Betrieben in der Landwirtschaft sowie eine nichtpaktgebundene Außenpolitik.

Allerdings bestehen zwischen der sozialdemokratischen MNR, der linkspopulistischen MNRI und der PCB in weitergehenden Fragen Differenzen. Die UDP verfügt außerdem nur über 47 von 130 Sitzen im Abgeordnetenhaus und kann mit der Unterstützung anderer linker Parteien auf knapp 60 Sitze kommen, obwohl sie bei den Wahlen zusammen die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht hatten.¹⁰ Außerdem muß die Regierung einer auf den ersten Blick ausweglosen wirtschaftlichen Situation begegnen.

Kampfansage an Korruption und Spekulation

Noch in Lima kündigte H. Siles Suazo am 7. Oktober d.J. eine „Kriegswirtschaft“ an, „einen totalen Krieg gegen die Korruption, den Hunger, die Spekulation und das institutionalisierte Verbrechen“. Der staatliche Wirtschaftssektor solle effizienter und die Privatindustrie in die Lage versetzt werden, mehr zu investieren.

Bei den Verhandlungen mit dem IMF solle „die Souveränität des Landes nicht aufs Spiel gesetzt“ werden. Laut H. Siles Suazo haben bereits Länder der EG und des Andenpakts dem Land Hilfe zugesagt. 129 US-Banken sind bereit in Umschuldungsverhandlungen einzutreten.

Bereits vor dem Machtantritt des neuen Präsidenten hatte u.a. die COB gefordert, die Banken zu verstaatlichen, um die Devisengeschäfte zu kontrollieren. H. Siles Suazo erklärte weiter, daß er zusammen mit den USA den Kokainschmuggel bekämpfen wolle und sich um Kredite für eine Umstellung des Coca-Anbaus bemühen werde. Damit würde der reaktionärste Teil des Militärs seiner Existenzgrundlage beraubt.

Weiterhin kündigte H. Siles Suazo an, daß er die Armee von korrupten und inkompetenten Führern befreien wolle. Bereits am 10. Oktober d.J. hat H. Siles Suazo das Oberkommando der Armee und der Teilstreitkräfte mit demokratischen Offizieren besetzt, obwohl die militärischen Führer ihn mehrfach vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Armee gewarnt hatten. Auf außenpolitischem Gebiet werde Bolivien die Mitgliedschaft in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen beantragen. Außerdem forderte er eine Organisation der amerikanischen Staaten unter Ausschluß der USA.¹¹

Die Durchsetzung dieser Forderungen und des Programms der UDP stößt allerdings auf große Widerstände und Probleme.

Die USA haben mehrere Möglichkeiten um auf die Politik der Regierung Einfluß zu nehmen. Die wirtschaftliche Zukunft des Landes hängt zum Teil von den Umschuldungsverhandlungen mit US-Banken und mit dem IMF ab, der wiederum unter der Kontrolle der USA steht. Erfüllt die Regierung die Bedingungen des IMF, wird sie auf kurz oder lang

die Unterstützung des Volkes verlieren.

Bereits im August d.J. soll nach Angaben des gewöhnlich gut informierten Latin American Weekly Report der US-Botschafter in La Paz, Edwin Corr, dem jetzigen Präsidenten ein Hilfspaket in Höhe von 100 Mio Dollar angeboten haben, falls die Kommunistische Partei von der Regierung ausgeschlossen bleibe.¹²

Als weiteres Druckmittel können die USA ihre strategischen Zinnreserven einsetzen. Wenn sie diese auf dem Weltmarkt anböten, würde der Preisverfall der bolivianischen Wirtschaft den Todesstoß versetzen. Als letzte Möglichkeit bliebe außerdem noch die Organisierung eines neuen Militärputsches. Kommt es dennoch zu progressiven Veränderungen unter H. Siles Suazo? Günstig für die Durchsetzung sozialer, politischer und ökonomischer Reformen wirken sich vor allem zwei Faktoren aus: 70% der Wirtschaft stehen bereits heute unter staatlicher Kontrolle, was eine Modernisierung dieses Sektors vereinfacht. „Im Unterschied zu dem was sich in Allendes Chile ereignete, ... wird in Bolivien der, der an der Regierung ist, auch an der Macht sein, weil er 70% der Devisen besitzt“, erklärte J. Paz Zamora im Juli d.J.¹³

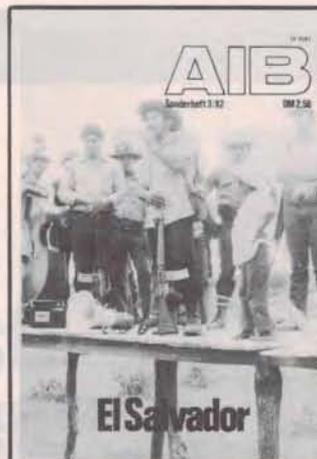
Der zweite Faktor, der eine progressive Entwicklung begünstigt, ist der hohe Organisations- und Bewußtseinsstand der Massenbewegung. In keinem kapitalistischen Land Südamerikas ist ein gleich hoher Anteil der Bevölkerung organisiert. Wenn sich die Regierung auf diese Massenbewegung stützt, wird es ihr auch möglich sein, ohne die „Hilfe“ des IMF auszukommen.

Nikaragua ist es gelungen, bei wesentlich ungünstigeren wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen (höhere Verschuldung, zerstörtes Land) ein hohes Wirtschaftswachstum zu erzielen und innerhalb von gut zwei Jahren mehr als 1,2 Mrd Dollar an Krediten zu erhalten, ohne auf den IMF zurückgreifen zu müssen.¹⁴ Freilich gelang dies dort einem Volk unter Waffen – eine Machtgrundlage, an der es Boliviens Linksregierung vorerst fehlt.

Diese ist dennoch zuversichtlich: „Das gleiche Volk, das die Oligarchie im April 1952 besiegt hat und das heute – ohne einen Schuß abzufeuern – die Demokratie zurückgewonnen hat, wird mir helfen voranzukommen“,¹⁵ erklärte der neue Präsident H. Siles Suazo, der einer der Führer der Revolution von 1952 war. Daß es notwendig ist, das Volk zu bewaffnen, um die Volksregierung zu verteidigen, haben seine Führer erkannt: „Ich glaube, daß man in Bolivien nicht durch eine militärische Strategie des Volkes an die Regierung gelangt, sondern daß die bolivianische Besonderheit dazu führt, daß das Volk seine Regierung durch eine militärische Strategie verteidigen muß“,¹⁶ erklärte der jetzige Vizepräsident J. Paz Zamora bereits im Juli 1982.

Anmerkungen:

- 1) Siehe AIB 9/1980, S. 8-9
- 2) Siehe AIB 9/1981, S. 4-5
- 3) Vgl. Granma. Weekly Review, Havanna, 25.7.1982
- 4) Daten nach: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 21./22.2.1982
- 5) Nach: Latin American Weekly Report (LAWR), London, 2.4.1982
- 6) Vgl. Lateinamerika Nachrichten, Berlin-West, Nr. 102/April 1982, S. 24-26
- 7) Laut Newsweek, New York, 2.8.1982, S.20
- 8) Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 29.9.1982 und Dialogo Social (DS), Panama, Nr. 8/1982, S.46
- 9) Wortlaut in: AIB 9/1979, S. 15-16
- 10) ILA-Info, September 1980, S.2
- 11) Zit. und Daten nach: Süddeutsche Zeitung (SZ), 8.10.1982; FAZ, 8.10.1982; Die Tageszeitung, 8.10.1982 und International Herald Tribune, Zürich, 8.10.1982
- 12) LAWR, 10.9.1982
- 13) DS, a.a.O., S.46
- 14) Nach: Barricada Internacional, Managua, 27.9.1982
- 15) SZ, 8.10.1982
- 16) DS, a.a.O., S.46



AIB-Sonderheft 3/1982:

- V. Sieglin: Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie
 - A. I. Bresche: Wo liegen die Ursachen des El-Salvador-Konflikts?
 - W. Bröner/H.-J. Nieth: Von der „Reform“-junta zum Krieg gegen das Volk
 - W. Bröner/H.-J. Nieth: Die salvadorianische Befreiungsbewegung – Erben Farabundo Martis
 - A. I. Barrios: Die Intervention der USA in El Salvador – von Carter zu Reagan
- 40 Seiten 2,50 DM

AIB-Sonderheft 1/1982:

- W. Bröner: Ein Jahr Reagan – Die neue globale Konfrontation
 - A. I. Barrios: Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen Hinterhof
 - R. Falk: Der Kurs der Bundesrepublik – Mit Reagan in den Abgrund?
- 24 Seiten 2,— DM

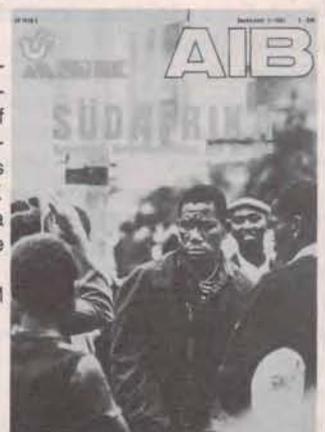


AIB-Sonderheft 2/1982:

- Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“
 - Beiträge der Veranstaltung „Die Zentralamerikapolitik des Westens“ von Luis de Sebastian, Roger Wurbach, José Pasos, James Wall, Heintz Dieterich, Wolf-Michael Catenhusen, Dieter Boris, Bernd Paeschke und Mario Rodriguez
 - Eduardo Galeano: Die Revolution – Antwort auf den Krieg gegen das Volk
- 20 Seiten 2,— DM

AIB-Sonderheft 2/1981:

- R. Brückner: Das Apartheidssystem ist und bleibt unmenschlich
 - J. Ostrowsky: Der Kampf des ANC Südafrikas
 - H. Mayer: Pretorias Aggressionskurs gegen seine Nachbarn
 - W. Geisler/J. Ostrowsky: Südafrika und die NATO
 - R. Falk: Die Bundesrepublik und Südafrika
- 32 Seiten 2,— DM



AIB-Antiimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB ist die meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt im deutschen Sprachraum. Ein Einzelheft kostet 2,50 DM (Sonderhefte 2,— DM), ein Jahresabonnement nur 25,— DM. Bestellungen an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg



Willi Huismann

Das neue Gesicht der Opposition (2)

Seit einigen Monaten ist der in Lateinamerika-Angelegenheiten erfahrene Experte Sassenfeld als Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) im Lande, um politische und Gewerkschaftsführer zu beraten. Aber schon in den vorangegangenen Jahren war die FES präsent, inoffiziell vertreten durch einen chilenischen Rechtsanwalt.

Ab März 1982 will die Stiftung Seminare finanzieren, in denen über die sozialdemokratische Strategie für Chile beraten wird. Dazu werden Persönlichkeiten der Radikalen Partei, der Gewerkschaften, aller Volksparteien, außer der Kommunistischen Partei Chiles (PCC), und Unabhängige eingeladen.

Die „alten“ Sozialdemokraten Chiles sehen ihre Aufgabe darin, einen politischen Dialog zu beginnen, der zur Bildung einer neuen linkssozialdemokratischen Bewegung führen könnte. Eine der Schlüsselfiguren dieses Dialoges ist Manuel Zanhuesa.

Neue Größe: die Sozialistische Konvergenz

Auch er hat ein bewegtes politisches Leben hinter sich. Als Mitglied der sozialdemokratischen PIR war er Minister unter Salvador Allende (1970-73). Jetzt ist er Vorsitzender der „Gruppe der 24“, die gegen A. Pinochets Verfassung (im September 1980 per Referendum verankert; d. Red.) einen alternativen Entwurf ausarbeiten wollte, damit aber nie fertig wurde. Heute hat die Gruppe ein bißchen die Funktion eines „kleinen Parlaments“ der gemäßigten Opposition, das sich über den demokratischen Ausweg Gedanken macht. Außerdem ist M. Zanhuesa Leiter des Zentrums für sozialdemokratische Studien.

Jetzt glauben M. Zanhuesa und seine Leute, daß die Sozialdemokratie neuen Schwung in die Opposition bringen kann. „Sagen Sie besser nicht Sozialdemokratie“, wendet er ein, „sondern demokratischer Sozialismus. Das ist nicht dasselbe wie die Sozialdemokratie in Europa. Die ist für ein unterentwickeltes Land nicht einfach übertragbar. Aber in der politischen Philosophie ist der demokratische Sozialismus mit ihr identisch.“

M. Zanhuesa wird konkreter, als es um das „wie“ der Sozialdemokratie geht: „In der gegenwärtigen Etappe geht es um die Ausarbeitung einer sozialdemokratischen Strategie. Danach kann es zu einem Abkommen der verschiedenen Tendenzen oder gar zu einer Konföderation kommen.“

In dieser Konföderation können die Bewegung der Einheitlichen Volksaktion (MAPU), die MAPU-Arbeiter und Bauern (MAPU-OC), die Christliche Linke und Teile der Sozialistischen Partei, einschließlich des Almeyda-Flügels, eingeschlossen werden.

„Aber das ist Zukunftsmusik. Wenn morgen die Freiheit käme, würde sich diese Alternative herausbilden.“ M. Zanhuesa spinnt seinen Faden weiter: „Es wird in Chile keinen Ausweg geben, der nicht christdemokratisch-sozialdemokratisch ist.“ Und im nächsten Atemzug weist er den Kommunisten die Rolle der konstruktiven Opposition zu: „Um Chile wieder aufzubauen, müssen alle an der Macht beteiligt werden. Die Kommunisten in der Opposition. Vielleicht geht es so wie in Spanien mit dem Pakt von Moncloa.“

Bleibt die Frage, ob die Sozialisten und die „neue Linke“ bereit sind, sich einem sozialdemokratischen Projekt zu öffnen. Nach vielen persönlichen Gesprächen mit Mitgliedern und Funktionären dieser Parteien würde ich das bejahen.

Auch die kleinen linken Parteien MAPU, MAPU-OC und Christliche Linke, alle aus dem linken Flügel der Christdemokratie hervorgegangen, orientieren auf neue politische Allianzen ohne die PCC. Gemeinsam mit dem Altamirano-Flügel der Sozialistischen Partei schlossen sie sich in der Sozialistischen Konvergenz, der sozialistischen Übereinkunft, zusammen.

Die Konvergenz will den „demokratischen, selbstverwalteten Sozialismus“. Sie geht davon aus, daß die chilenische Linke in einer tiefen Krise ist, die sich darin ausdrückt, daß die Volksbewegung keine politische Führung hat. Weitere Aussagen der Konvergenz sind:

- Die Unidad Popular ist historisch überholt.
- Die Konvergenz wird im wechselseitigen Prozeß von Basis und Führung wachsen.
- Die chilenische Gesellschaft ist durch das Wirtschaftsmodell so „komplex“ geworden, daß sie mit dem einfachen Klassenmodell nicht mehr zu erklären ist.
- Der chilenische Sozialismus muß sich von „Revolutionsmustern“ aus anderen Ländern trennen und sich auf die eigenen historischen Werte wie Humanismus und Demokratie besinnen.
- Sozialismus bedeutet vor allem Sozialisierung der politischen Macht.
- Terrorismus, Guerillataktik und Konspiration sind abzulehnen.

Die Mitglieder der Konvergenz-Parteien haben ein Hauptproblem. Als Intellektuelle und Studenten leben sie in einem gesellschaftlichen Getto, das mit den sozialen Bewegungen in den Betrieben und Elendsvierteln nur vereinzelte Verbindungen hat. Die Masse kennt die Konvergenz nicht. Aber in der öffentlichen Diskussion, in der Kulturarbeit und an den Universitäten spielt sie eine wichtige Rolle.

Die kleinen chilenischen Linksparteien haben ihren alten Ehrgeiz, linker und marxistischer sein zu wollen als die Kommunisten, längst abgelegt und sind in ideologischer Hinsicht ein Stück des Weges zurückgegangen, der sie in den Zeiten des revolutionären Aufschwungs von ihrer gemeinsamen Mutter, der Christokratie, wegführte. Unterwegs trafen sie die Sozialdemokratie, die in Lateinamerika frisch und unverbraucht wie eine Jungfrau aus dem Atlantik stieg. Natürlich gibt es zwischen den „alten“ und den „neuen“ demokratischen Sozialisten Chiles Unterschiede (z.B. was die Basisdemokratie betrifft), aber das gemeinsame ideologische Grundgepäck reicht für eine politische Zusammenarbeit aus.

Aber dann ist da noch die Christdemokratische Partei (PDC), die in den letzten 20 Jahren das Gesicht Chiles mitprägte. Auch heute noch ist sie neben der PCC die stärkste Kraft in der Opposition. Vor allem in den Berufsgremien der Selbständigen und in der Gewerkschaftsbewegung haben christdemokratische Führer starke Positionen.

Auch die Christdemokratie wird für die Zeit „danach“ Anspruch auf die politische Macht anmelden. Aber sie kann nie wieder so stark werden wie „vorher“. Denn unter den Bedingungen der Diktatur und auch angesichts der Erosionserscheinungen der Christdemokratie in ganz Lateinamerika treten alle ihre Schwächen und der Mangel an innerer Konsistenz deutlich hervor.

Gelähmter Koloß Christdemokratie

Führungspersönlichkeiten wie Eduardo Frei (im Januar 1982 verstorbener PDC-Vorsitzender und Ex-Präsident Chiles; d. Red.) und Gabriel Valdes Zaldívar (im März 1982 zum PDC-Vorsitzenden gewählt; d. Red.) gelang es nur mühselig, die auseinanderstrebenden Flügel zusammenzuhalten. Nach dem Tod des einen und der Ausbürgerung des anderen sind verbindliche politische Richtlinien gar nicht mehr durchzusetzen. Die einen arbeiten mit der Junta zusammen und verdienen gut am ökonomischen Modell; die anderen arbeiten mit den Kommunisten zusammen.

Eine neue und wichtige Tendenz, die von der „sozialen Mobilisierung“ mit dem Ziel eines „selbstverwalteten Sozialismus“ ausgeht und starke Positionen in der christdemokratischen Jugend hat, orientiert auf das Projekt der Konvergenz. Ihre Abspaltung von der PDC ist nicht auszuschließen, wird aber nicht angestrebt. Die Christdemokratie insgesamt, mit starken ideologischen Wurzeln im Volk, ist wie ein gelähmter Koloß; jeder Körperteil bewegt sich in eine andere Richtung.

Aber wenn ihr natürliches Umfeld, d.h. die parlamentarische Demokratie, wiederhergestellt sein wird, wird sie quicklebendig werden und ungeahnte Kräfte freisetzen. Sicher ist, daß an ihrer Basis der antifaschistische Einfluß gewachsen ist, daß also eine Neuauflage der offenen Kollaboration, z.B. in einem militär-zivilen Kabinett, kaum eine Chance hat.

Insofern ist die Christdemokratie auf einen Bündnispartner angewiesen, um ein demokratisches und friedliches Übergangprojekt durchsetzen zu können. Dieser Bündnispartner könnte die Sozialdemokratie sein.

Was aber ist mit der sozialen Basis der Sozialdemokratie in diesem Land, in dem die Arbeiterbewegung zwar immer mit den Mittelschichten Bündnisse suchte, aber stets ihre unab-

hängige und revolutionäre Politik verfolgte?

Ich glaube, daß zumindest zeitweise eine soziale Basis für ein linkes sozialdemokratisches Projekt zu mobilisieren ist, und zwar aus folgenden Gründen:

● Das ökonomische Bewußtsein der Arbeiter – schon während der UP-Zeit (1970-73) eine gefährliche Fußangel für die Volksbewegung – hat sich durch das Modell eher noch verstärkt. Außerdem führte das Modell zur Verkleinerung der industriellen Arbeiterschaft, verschärfte es das Einkommensgefälle zwischen den verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse ebenso wie die Konkurrenz unter den Arbeitern. Auf diesem Boden können sich die spontan wirkenden Elemente sozialdemokratischer Ideologie leichter durchsetzen als die anstrengende und von jedem Opfer fordernde Strategie der revolutionären Kräfte.

● Die Mittelschichten als natürliche Basis sozialdemokratischer Ideologie sind nach einer längeren Phase der Diktatur entgegen vieler Unkenrufe nicht verschwunden oder auch nur kleiner geworden, auch wenn es in ihnen schmerzhaft Umstrukturierungen gab. Die kleinen und mittleren Unternehmer z.B., die vom Modell ruiniert wurden, verwandelten sich nicht in Proletarier, sondern blieben Bourgeois – Handelsbourgeois. Statt Schreibmaschinen zu produzieren, importieren sie sie jetzt.

Auch die Privatisierung der staatlichen Sozialpolitik – die zuerst die Zahl der Staatsangestellten halbierte – bringt eine Schicht von neuen Weiße-Kragen-Arbeitern hervor, z.B. die Tausenden von Agenten der neuen privaten Rentenversicherungen, die der Sozialdemokratie aufgeschlossen gegenüberstehen. Nicht zufällig sind die Vorsitzenden der beiden Angestelltengewerkschaften Chiles, ANEF und CEPCH, Sozialdemokraten.

● Auch die Arbeitslosigkeit – in einigen Elendsvierteln Santiagos bei 60% – schafft ein Heer von „Arbeitern auf eigene Rechnung“, von verarmten Kleinproduzenten und Händlern der Subsistenzproduktion. Auch die könnten nach der neuen Ideologie wie nach einem Strohalm greifen, genauso wie sie es 1964 nach der „Revolution in Freiheit“ Eduardo Freis taten.

Soziale und politische Bedingungen für eine Sozialdemokratisierung Chiles sind vorhanden. Sie wurden zum Teil durch das wirtschaftliche Modell der Diktatur selbst geschaffen. Sollten sich die Krisentendenzen des Regimes katastrophentypisch verstärken, sich damit die Notwendigkeit einer demokratischen Öffnung ergeben, sollten die alten und neuen Sozialdemokraten die notwendige Geschicklichkeit und vor allem Entschlossenheit aufbringen, ihre Stunde zu nutzen, und sollte die revolutionäre Alternative des Volksaufstandes weiterhin eine ferne Projektion ohne aktuelle Anziehungskraft auf die Massen bleiben, dann kann es sein, daß die Sozialdemokratie in der „Nach-Pinochet-Ära“ eine Rolle in der chilenischen Politik spielen wird.

Die Kommunisten jedenfalls kalkulieren die Möglichkeit einer Übergangslösung ein, weil sie wissen, daß die Bedingungen für die revolutionäre Lösung noch nicht herangereift, andererseits aber schnelle Änderungen wegen der Krise der Herrschenden nicht auszuschließen sind.

Aber jede Reformregierung nach A.P. Pinochet sähe sich nach einer kurzen Anfangseuphorie einem unlösbaren Dilemma gegenüber: Im Chile der Finanzclans, das eine langjährige monopolkapitalistische Radikalkur durchlebte, sind Reformen ohne Revolution nicht möglich.

Denn wer soll die Reformen bezahlen? Wer soll die (jetzt schon) 15 Mrd Dollar Auslandsschulden der chilenischen Wirtschaft zurückzahlen? Wie sollen die enormen Zerstörungen des Landes in der Wirtschaft, in der Kultur, im Erziehungswesen wieder repariert werden, ohne die Herrschaft der Finanzgruppen radikal zu brechen?

Viña del Mar, luxuriöser Badeort an der Küste des pazifischen Ozeans. Das 23. Schlagerfestival wird eröffnet. Eine 33-Mio-Peso-Schow. Tage des großen Geschäfts und der seichten, einschläfernden Folklore.

Aber nichts läuft so, wie es sich die Veranstalter vorgestellt haben: An vielen Stellen der Stadt wird der Verkehr mit Miguelitos (Reifentörern) und brennenden Barrikaden zum Stillstand gebracht. Den Neugierigen werden Flugblätter der Linken in die Hand gedrückt. Behörden und Journalisten erhalten Tag für Tag Anrufe mit Bombendrohungen. An verschiedenen Stellen werden Scheinbomben gelegt, die den Sicherheitsapparat viel Kraft und Nerven kosten. An den Häuserwänden erscheinen Parolen gegen den Tyrannen, und von Hochhäusern segeln Tausende von Flugblättern in die Menge.

Die Polizeikontrollen müssen verstärkt werden. Unruhe verbreitet sich. Die Beschaulichkeit des Festivals ist dahin. Dann fällt für Stunden der Strom aus, weil das Kommando „Manuel Rodriguez“ drei Hochspannungsmasten in die Luft gejagt hat. Danach verteilt das Kommando 100 Kassetten an die Journalisten, auf denen der Sinn der Aktion erklärt wird.

Rebellion – z.B. in Viña del Mar

Zeichen der Rebellion. Viña ist eine der bisher größten Aktionen verschiedener Gruppen der Linken und der Bewegung der revolutionären Linken (MIR). Die „traditionelle“ Linke, vor allem die PCC, geht die ersten Schritte einer neuen Taktik der Konfrontation, der Sabotage, der Destabilisierung des Regimes, der Einschüchterung des Sicherheitsapparates und der Bestrafung von „sapos“ (Spitzeln). Aktionen wie die in Viña del Mar gibt es in den letzten Monaten in ganz Chile.

Ein Teil der Linken ist dabei, den lähmenden Ring der Angst, der Apathie und der Resignation großer Teile des Volkes zu durchbrechen. Der Zeitpunkt dafür ist günstig. Denn die Junta hat ihre letzten Anhänger im Volk verloren und ihre Hauptstützen sind untereinander in einen heftigen Kampf um die Hegemonie eingetreten. Die Junta hat die politische Initiative und die Selbstsicherheit verloren, mit der sie noch vor zwei Jahren bei einem „Plebizit“ die Verfassung durchpeitschte, die ihren Terror institutionalisieren und verewigen sollte.

Der Weg einer langsamen, schrittweise Öffnung wie in Brasilien oder Spanien, auf den die Christdemokraten, aber auch Teile der Linken gehofft hatten, erwies sich als Illusion. Die revolutionäre Gewalt ist unvermeidlich.

Die Kommunistische Partei Chiles ist die stärkste und bestorganisierte Kraft der chilenischen Linken mit der größten Verankerung in der sozialen Basis.

Sie hat sich den Bedingungen der Illegalität nach großen Opfern und Rückschlägen angepaßt. Ihre innere Leitung funktioniert und arbeitet seit einigen Jahren unentdeckt. Hunderte von neuen und jungen Kadern leiten die Arbeit der Partei in den Gemeinden und in den Massenorganisationen.

In der Arbeiterbewegung hat die Partei ihre führende Position zurückerobert. Sie ist die erste Linkspartei, die den Weg der Radikalisierung der Kampfformen einschlug. Am 3. September 1982 erklärte Luis Corvalán über Radio Moskau nach Chile: „Es ist der Faschismus, der eine Situation schafft, in der das Volk keine andere Möglichkeit hat, als auf alle Mittel zurückzugreifen, die es hat, einschließlich der Mittel der zugespitzten Gewalt. So wird es sein Recht auf Brot, Freiheit und Leben verteidigen.“¹

Die meisten Kommunisten nehmen die Erklärung mit Begeisterung auf, vor allem die jungen. Gerade in der Jugend



Frauen von Verschwundenen (r. Ana Gonzales, die 5 verschleppte Angehörige zu beklagen hat) haben

hat die PCC seit der Verkündung der Rebellion viele Mitglieder gewinnen können. Die Neuorientierung der Partei hat der ganzen Linken einen Prozeß der Diskussion, der Neubewertung und auch der politischen Polarisierung bewirkt.

Die Durchsetzung der Linie der Rebellion mit der Perspektive des Volksaufstandes ist nicht einfach. Denn trotz neun Jahren Faschismus ist die parlamentarische und legalistische Tradition der chilenischen Linken und des ganzen Volkes noch sehr stark.

Dabei ist zu bedenken, daß die legale Opposition mit ihren Gremien, ihren alternativen Instituten und ihren Zeitschriften einen bestimmten, wenn auch kontrollierten und begrenzten Spierraum unter dem Faschismus hat. Das gibt die Chance, den faschistischen Informationszirkel zu durchbrechen, verführt aber auch zu Illusionen.

Zwar haben sich im September 1981 alle Linksparteien in dem Aufruf von Mexiko (siehe AIB 1/1982, S.13) zum ersten Mal öffentlich zur Rebellion und zur Entwicklung eines selbständigen Linksblocks innerhalb der Opposition bekannt, aber die Umsetzung solcher Erklärungen in die politische Praxis ist schwierig und langwierig. Nur vier Parteien – die Radikale Partei, die PCC, die Sozialistische Partei (C. Almeyda) und der MIR – streben eine politische Front der Linken an. Die anderen wollen nur eine lockere Koordination und orientieren, einschließlich des Altamirano-Flügels der Sozialistischen Partei, auf die sozialdemokratische Sozialistische Konvergenz. Auch in der Radikalen Partei ist es nur eine Fraktion, die wirklich hinter der Unterschrift ihres Generalsekretärs Anselmo Sule unter die Abkommen der Linken steht.

Die PCC jedenfalls ist entschlossen, den Prozeß der programmatischen Einigung der Linken nicht abzuwarten. Sie stellt ihre Aktionsfähigkeit vor die Einheit. Sie beginnt mit den Aktionen der Rebellion, um die Zaudernden zu überzeugen.



gekettet

Dabei bleibt ihre politische Linie, der Aufbau einer breitestmöglichen antifaschistischen Front unter Einschluß der Christdemokratie, erhalten.

Aber sie will den politischen Stillstand und unfruchtbare, abstrakte Diskussionen durch praktisches Handeln beenden: „Die Opposition ist nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben. Obwohl sie die Mehrheit vertritt, ist sie schwach. Sie bietet dem Volk keine Alternative an... Das Sektierertum, die Streiterei, die kleinen Rivalitäten widersprechen dem allgemeinen Interesse. Diese Haltungen gegen die Einheit der Opposition sind ein Geschenk für den Tyrannen und deshalb ein politisches Verbrechen gegen das Volk.“²

Zur Entwicklung der Rebellion heißt es in einem weiteren Dokument der PCC: „Der Aufstand in Chile wird kommen, wenn die Rebellion die Bedingung dafür geschaffen hat, die Machtfrage zu stellen. Bis zu dieser Situation müssen Etappen durchschritten werden, wie die der Sammlung von Kräften, der Schaffung der Bereitschaft zum Aufstand unter den Massen und die Beherrschung der Techniken des Aufstandes.“³

Was mir immer wieder aufgefallen ist: Die politischen Auffassungen von Kommunisten und Miristen nähern sich an. Der Generalsekretär des MIR, Pascal Allende – ein Neffe Salvador Allendes –, definiert die revolutionär-demokratische Linie des MIR mit ähnlichen Worten wie die PCC den Weg der Rebellion: „Der Weg des Volkskrieges besteht in der Mobilisierung aller sozialen, politischen und militärischen Ressourcen unseres Volkes, um der Diktatur direkt, offensiv und mit Gewalt zu begegnen. Das Ziel ist der Sturz der Diktatur und die Errichtung einer demokratischen, volksnahen und revolutionären Regierung.“⁴

In der Strategie bleiben allerdings wichtige Unterschiede bestehen, vor allem was das Verhältnis zum militärischen

Aspekt betrifft. Für den MIR ist der bewaffnete Kampf nicht eine unter anderen Formen der Rebellion, sondern das **strategische Rückgrat** der Volksbewegung. Am Ende steht die bewaffnete Konfrontation mit dem Regime auf breiter Ebene. Das unmittelbare Ziel des MIR ist die Ausdehnung der Aktionen der paramilitärischen Volksmilizen in die Provinzstädte und der Aufbau regulärer Guerillaverbände.

Politisch strebt der MIR die Bildung einer „politischen Front“ der Linken an, die als Avantgarde der Revolution später auch ein gemeinsames militärisches Kommando bilden soll. Der MIR weiß, daß er allein nicht viel ausrichten kann, ist aber davon überzeugt, daß seine Guerillaaktionen der letzten drei Jahre den Diskussionsprozeß in der „traditionellen“ Linken beeinflußt haben.

Auch wenn strategische Unterschiede weiterbestehen, das Feld der taktischen Zusammenarbeit zwischen MIR, PCC und dem Almeyda-Flügel der PS ist größer geworden. Zwischen den Parteien werden die bilateralen Beziehungen ausgebaut und ein gemeinsames Aktionsprogramm dürfte in absehbarer Zukunft zu erwarten sein.

Die MIR begann nach einer langen Phase der Schwächung, der Infiltration und der Atomisierung im Jahre 1978 mit der Durchführung paramilitärischer Aktionen und bewaffneter Propagandaaktionen. 1980 war das Jahr der meisten erfolgreichen Aktionen. Unter anderem wurde der stellvertretende Chef des Geheimdienstes, Vergara, getötet. Auch 1981 führten die Volksmilizen und die Propagandabrigaden 180 Aktionen durch.

Diese Aktionen haben nicht immer einen positiven Effekt in der Bevölkerung. Noch hat die Mehrheit des Volkes die Position des Rechtes auf revolutionäre Gewalt nicht eingenommen. Noch reagiert die Mehrheit auf den Krieg zwischen Apparat und Volksmilizen mit Verängstigung. Aber eine wachsende Minderheit fühlt sich durch die Tatsache ermutigt, daß es Leute gibt, die sich dem allmächtig erscheinenden Regime mutig und frontal entgegenstellen.

1981 ist aber auch das Jahr der Niederlagen für den MIR. In Neltume endete der erste Versuch, eine Landguerilla aufzubauen, in einem Blutbad. Insgesamt fielen in diesem Jahr 29 zum Teil führende Kader des MIR. In der Diskussion über die Ursachen dieser Schläge werden nicht nur sicherheitspolitische Fehler kritisiert, sondern auch politische Defekte analysiert: Die militärischen Aktionen sind oft von der sozialen Massenbewegung isoliert, der MIR ist in den Massenfronten nur schwach vertreten. Der militärische Aspekt in der Organisation droht sich zu verselbständigen.

Eine Konsequenz dieser anhaltenden inneren Diskussion ist schon jetzt die stärkere Mitarbeit in den sozialen Organisationen der Elendsviertel, der Schüler und Studenten, in den Gewerkschaften und die Orientierung auf eine enge Zusammenarbeit mit den anderen Linksparteien.

Angesichts der Tatsache, daß eine strategische Einheit der Linken heute noch nicht zu erreichen ist, schlägt der MIR die Bildung einer „Front der nationalen Rettung“ vor, die eine unmittelbare Antwort der Linken und aller sozialen Schichten des Volkes auf die schweren wirtschaftlichen Zerstörungen des Landes sein soll. Der MIR ist dabei, sich vom alten Dogmatismus in der Bündnispolitik zu trennen.

Die Rebellion, neue Perspektiven in der Zusammenarbeit der Linksparteien und die tiefe Krise der herrschenden Gruppierungen sind der Ausgangspunkt für eine neue Etappe im Kampf des chilenischen Volkes.

Anmerkungen:

- 1) L. Corvalán, Tres periodos en nuestra linea revolucionaria, Berlin 1982, S. 239
- 2) Manifiesto del PCC, Al Pueblo de Chile y a los demas fuerzas democraticas, Santiago 1981, S. 15 und 19
- 3) PC de Chile, Boletin del exterior, o.O., Nr. 49/1981
- 4) MIR, El Rebelde, Nr. 189/August 1982

Anmerkungen der Redaktion zu den Chile-Thesen

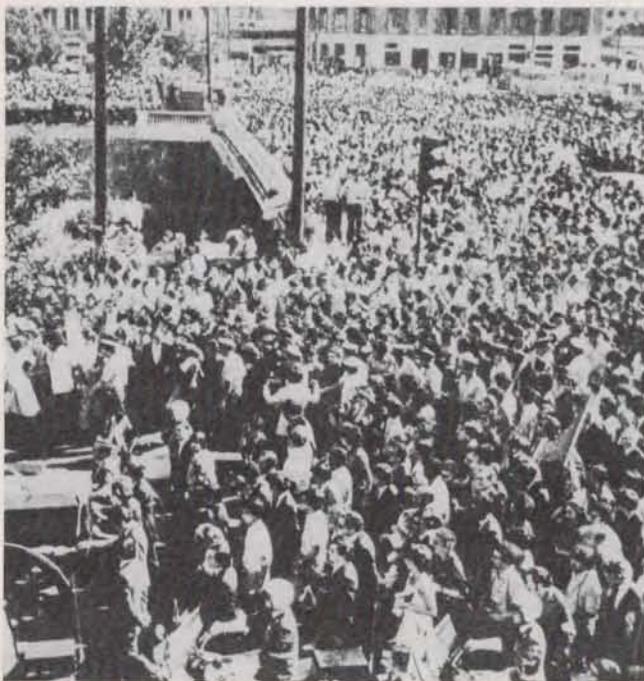
Die in AIB 9/1982 vorgestellten sieben Thesen zum generellen Zustand der chilenischen Opposition und die begleitende Reportage in AIB 10 und 11-12/1982, beide verfaßt von Willi Huismann, sind auf Widerspruch gestoßen, der sich in Leserzuschriften und mündlicher Kritik äußerte. Die nachstehenden kritischen Anmerkungen von K. Maurer (Redakteurin der Tat) und P. Wahl (Sekretariatsmitglied des Antimperialistischen Solidaritätskomitees) artikulieren die Einwände, die aus den Reihen der Chile-Solidaritätsbewegung vorgebracht wurden.

Die AIB-Redaktion legt Wert auf den Verweis, daß „namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben“ (so unser Impressum), was für den Fall der Chile-Thesen von W. Huismann in einigen Punkten zutrifft. Unser Standort: Thesen und Reportage W. Huismanns tragen zwar zusammengenommen dazu bei, die veränderte Ausgangslage, Umgruppierung und strategische Neuorientierung des chilenischen Widerstands zu erhellen. Doch sind verschiedentlich die Gewichte falsch gesetzt oder ist die Argumentation des Verfassers in sich selbst widersprüchlich. So beispielsweise, wenn er die Möglichkeit einer „sozialdemokratischen Lösung“ als Alternative zur Diktatur überstrapaziert, um gleichen Schritts das Gegenteil festzustellen: „Aber diese Sozialpartnerschaft kann doch nur in einem hochentwickelten Land funktionieren, das die Länder der Dritten Welt ausbeutet. Hier in Chile gäbe es doch gar nichts zu verteilen, keinen Spielraum für Zugeständnisse an die Arbeiter...“ Auch versäumt er es unseres Erachtens, die Risiken und Gefahren herauszuarbeiten, welche ein spalterisches Hineinwirken der internationalen Rechtssozialdemokratie für das Streben der Linken nach Einheit und Rebellion in sich birgt. Der bei K. Maurer/P. Wahl in Punkt 5 kritisierte Umgang W. Huismanns mit der „Jungfrau Sozialdemokratie“ legt nahe, daß eine fundierte Diskussion über die zwiespältige Rolle der internationalen Sozialdemokratie, gerade in Lateinamerika, Not tate (siehe AIB 7-8/1981, S. 61-65).

Darüber hinaus hält die Redaktion mehrere Thesen W. Huismanns für überspitzt oder unzutreffend. So etwa die Aussagen zur vermeintlichen Führungs-, Konzeptions- und Handlungsunfähigkeit des antifaschistischen Widerstands, so die Überbewertung von Gegensätzlichkeiten zwischen Basisbewegungen und Parteien, zwischen Auslands- und Inlandsführungen von Linksparteien. Wir verweisen in diesem Zusammenhang nachdrücklich auf die Erklärung von vier chilenischen Linksparteien vom Juni 1982 (voller Wortlaut in: AIB 9/1982, S. 20-27), belegt sie doch, daß es seitens der stärksten Linkskräfte Chiles Klarheit sowohl über den noch unzureichenden Grad an Schlagkraft und antidiktatorischer Einheit als auch über das strategische Konzept zum Sturz des Regimes gibt.

Katja Maurer/Peter Wahl

Kritische Anmerkungen zu W. Huismanns Thesen



Das letzte Geleit für den am 26. 2. 1982 ermordeten Gewerkschaftsführer Tucapel Jimenez wurde zur großen Protestmanifestation

Man spürt bei den Thesen Willi Huismanns sehr deutlich, daß es dem Autor darauf ankommt, sich scharf abzugrenzen von unrealistischen, rosaroten Einschätzungen der Lage in Chile, insbesondere der des Widerstands. Ein realistisches, ungeschminktes Bild der chilenischen Opposition zu zeichnen, ist nicht nur legitim, sondern sollte die normale Herangehensweise für jeden sein, der sich ernsthaft mit dem Thema Chile – ja überhaupt mit Politik – befaßt.

Daß diese Herangehensweise in der Chile-Solidaritätsbewegung mitunter nicht genügend beachtet wurde, ist sicherlich eine Tatsache. Positive Momente in der komplexen und widersprüchlichen Wirklichkeit Chiles wurden überbewertet und verallgemeinert, nicht immer waren unsere Einschätzungen differenziert genug, nicht alle verfügbaren Informationen gingen in unsere Analysen ein.

Manch einen gar verleitete der Schmerz über die Niederlage dazu, seine Wünsche und Hoffnungen in die Wirklichkeit zu projizieren. Auch unsere chilenischen Freunde hier, auf deren sachverständiges Urteil wir uns natürlich zuallererst zu stützen haben, sind von solchen Irrtümern nicht verschont geblieben. Wer sich in die Bitternis des Exils etwas hinein-fühlen kann, wird dafür Verständnis haben.

Nützlich wäre in diesem Zusammenhang auch die Beschäftigung mit unserer eigenen Geschichte, insbesondere der der deutschen Emigration zur Zeit des Faschismus; zeigt sie

doch nicht nur, daß solche Probleme allgemeine Probleme eines jeden Exils sind, sondern sie kann uns darüber hinaus auch vor Überheblichkeit bewahren.

In dem Bemühen, die Lage in Chile nicht durch eine rosa-rote Brille zu schildern, verfällt Willi Huismann in den genteiligen Fehler:

- Er überzieht und verabsolutiert existierende Probleme und Widersprüche. Z.B. werden die Schwierigkeiten des antifaschistischen Kampfes bei W. Huismann zur „Hilflosigkeit der Opposition“.
- Er übersieht wichtige Tatsachen, die nicht in sein Interpretationsraster passen, z.B. die große Rolle, die die in der Gewerkschaftsbewegung organisierte Arbeiterklasse im antifaschistischen Kampf hat.
- Er übernimmt über weite Strecken unkritisch Analysen, manchmal auch platte Klischees, von einer Strömung innerhalb des Widerstandes – vor allem von der Sozialistischen Konvergenz (neue Allianz der Bewegung der Einheitlichen Volksaktion (MAPU), der MAPU der Arbeiter und Bauern (MAPU-OC), des Altamirano-Flügels der Sozialistischen Partei und der Christlichen Linken; d. Red.) – oder von einzelnen Personen, mit denen er während seines Aufenthaltes in Chile Kontakt hatte.
- Er differenziert ungenügend und neigt zu Generalisierungen. Z.B. stellt er „strategische Ratlosigkeit“ bei der Opposition fest, ohne zu sehen, daß das, was möglicherweise für die Christdemokraten oder für Teile von ihnen gelten mag, auf die Kräfte der Kommunistischen Partei Chiles (PCC) oder auch anderer nicht zutrifft.

Das Resultat: Ein schiefes, analytisch unausgewogenes Bild von der Lage der chilenischen Opposition. Das Ganze durchsetzt mit gleichermaßen oberflächlichen wie ungerechtfertigten Werturteilen, die – sicher ohne daß der Autor dies wollte – arrogant und unsolidarisch wirken. Durch den gesamten Text zieht sich ein gewisses Unverständnis für die objektiven Bedingungen und Schwierigkeiten politischer Arbeit unter faschistischen Bedingungen.

Unsere Kritik bezieht sich nicht auf seine Analyse der derzeitigen Wirtschaftskrise. Gleiches gilt auch für die Beschreibung der Stimmung unter der Bevölkerung (2. Teil der These 5) und anderes mehr.

Und noch etwas: Die Kritik an den Thesen Willi Huismanns heißt nicht, daß wir der Auffassung wären, der chilenische Widerstand sei ohne Schwächen und Widersprüche. Die Erklärung der chilenischen Linksparteien, die im September 1981 in Mexiko verabschiedet wurde, formuliert mit selbstkritischer Offenheit: „Der heute in der chilenischen Linken anzutreffende Grad der Einheit reicht noch nicht aus, um der Tyrannei eine breite Massenbewegung entgegenzustellen und alle Gegner zu vereinen.“

Noch deutlicher formulierte dies hinsichtlich einzelner Parteien innerhalb des Widerstandes PCC-Generalsekretär Luis Corvalán: „Die als Unidad Popular bekannt gewordene Koalition der Linksparteien wurde von keinem ihrer Mitglieder aufkündigt. Aber sie funktioniert als solche, offen gesagt, seit einiger Zeit nicht mehr. In den Reihen einiger ihrer Mitgliedsparteien aufgetretene Divergenzen lähmte ihre Tätigkeit, begünstigten zeitweilig zentrifugale Tendenzen und wurden zu einem Hemmnis bei der vielversprechenden kollektiven Diskussion, die im Hinblick auf die Erfassung der vom Faschismus durchgesetzten neuen Wirklichkeit, die Aufarbeitung der gestrigen und heutigen Erfahrungen und vor allem im Hinblick auf die Förderung und Leitung des Volkskampfes begonnen worden war. Die Situation beginnt sich aufgrund der Tatsache zu ändern, daß alle Parteien der Linken zur Politik der Volksrebellion stehen.“ (Revista internacional, Nr. 287)



1. Handlungsunfähigkeit der Opposition?

Willi Huismann behauptet in seinen Thesen, die chilenische Opposition sei handlungsunfähig. Handlungsunfähigkeit – das heißt, wenn man den Begriff richtig versteht, daß die Opposition schlechthin nicht in der Lage ist, antifaschistische Aktionen durchzuführen.

Ohne hier die detaillierte Geschichte des chilenischen Widerstandskampfes darstellen zu wollen, muß jedoch jedem, der sich mit der Thematik beschäftigt, klar sein, daß vom 11. September 1973 an bis heute die chilenische Opposition sehr wohl ein hohes Maß an Handlungsfähigkeit besaß. Sicherlich sehr eingeschränkt durch die Repression, sicherlich reduziert durch Zehntausende von Todesopfern, durch die vielen politischen Gefangenen, durch die unendlichen Schwierigkeiten des illegalen Kampfes.

Aber ist es Handlungsunfähigkeit, wenn Zehntausende von Chilenen aufgrund des Widerstandskampfes aus den KZs entlassen werden mußten, und wenn er die Rückkehrmöglichkeit für zahlreiche Chilenen erzwang? Ist es Handlungsunfähigkeit, wenn es der PCC, der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), Teilen der Sozialistischen Partei und auch einigen der kleineren Parteien gelungen ist, Organisationsstrukturen in der Illegalität zu erhalten und aufzubauen?

Ist es Handlungsunfähigkeit, wenn in der Mitte der 70er Jahre die Komitees der Angehörigen der Verschwundenen, wenn kirchliche Organisationen, kulturelle, Jugend- und Studentenorganisationen sich gebildet haben, um jeweils spezifische Anliegen gegenüber der Diktatur zu vertreten? Ist es Handlungsunfähigkeit, wenn die chilenische Arbeiterklasse 1979, 1980 und 1981 in großen Streikwellen für ihre Interessen eintrat? Massenstreiks fanden statt in den Kupferminen, im Kohlebergbau, bei den Seeleuten, in den Textilfabriken.

In der Studentenbewegung gab es große Aktionen gegen die Reprivatisierung der Ausbildung, Streiks wurden an den Universitäten durchgeführt, Märsche von Santiago nach Valparaiso organisiert usw.

Die letzten beiden Jahre waren gekennzeichnet von einer breiten Entwicklung des Widerstandes an der Basis, in Wohngebieten, unter Obdachlosen, in Form von Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftsorganisationen (die einzigen, die eine positive Würdigung bei W. Huismann finden). Hinzu kommt eine wachsende Zahl von Sabotageaktionen, an denen vor allem der MIR und die PCC beteiligt sind.

Sicherlich, Augusto Pinochet konnte noch nicht gestürzt werden. Doch wenn man daraus Handlungsunfähigkeit ableitet, dann sind nach Huismann'scher Logik überall in der Welt oppositionelle Bewegungen, Organisationen, Parteien usw. handlungsunfähig, denen es noch nicht gelungen ist, ihr jeweiliges Maximalziel zu erreichen.

Nicht unwidersprochen hingenommen werden kann auch die Begründung, die W. Huismann für die angebliche Handlungsunfähigkeit der Opposition anführt. Seine These 4 leitet er ein mit der Bemerkung: „Ein weiterer Grund für die Handlungsunfähigkeit der Oppositionsparteien ist die erfolgreiche Repressions- und Sozialpolitik der Junta.“

Die Repressionspolitik, der Terror des Regimes ist nicht ein weiterer Grund, sondern der entscheidende und hauptsächlichste Grund für die Schwierigkeiten der Oppositionsparteien. Daß subjektive Fehler und Mängel antifaschistischer Kräfte fast immer auch dazu beitragen, daß Diktaturen sich etablieren und an der Macht bleiben können, ist nicht zu bezweifeln. Daß es aber der Faschismus und seine Mittel der Machtausübung sind, die in erster Linie die Niederlage demokratischer und fortschrittlicher Kräfte bewirken, gehört spätestens seit den Diskussionen über den Faschismus in den 30er Jahren zu den gesicherten Erkenntnissen der politischen Theorie.

Es ist ja gerade ein Wesensmerkmal des Faschismus, daß er den Vormarsch fortschrittlicher Bewegungen bremsen und diese Bewegungen zerschlagen soll. Dies ist sozusagen seine historische Funktion. Diese Tatsache als Rahmen für seine gesamte Untersuchung vernachlässigt zu haben, ist eine der Hauptschwächen von W. Huismanns Thesen.

2. Sind die alten Kampfformen überholt?

Willi Huismann behauptet, „die alten Kampfformen der chilenischen Linken greifen oft nicht mehr“. Um seine These zu belegen, greift er ausgerechnet das Beispiel des Streiks heraus. Zum Kriterium für Erfolg bzw. Nichterfolg von Streiks wird von W. Huismann die Durchsetzung der ökonomischen Forderungen der Arbeiter gemacht.

Selbst wenn es zuträfe, daß die Durchführung von Streiks in einzelnen Fällen in Chile sogar dazu geführt hat, daß die ökonomische Situation der Arbeiter sich dadurch verschlechterte, so hieße es dem Defätismus das Wort reden, nun den Streik, die unter den gegenwärtigen Bedingungen stärkste und wirksamste Waffe der Arbeiterbewegung, für überholt zu erklären.

W. Huismann macht hier gleich zwei Fehler: Erstens isoliert er einzelne Streikaktionen aus dem Gesamtprozeß des Kampfes der Arbeiterbewegung in Chile. Es ist eine alte Tatsache, daß nicht nur in Chile, sondern überall auf der Welt Streiks manchmal mit einem Mißerfolg enden; es ist eine Binsenweisheit, daß man im politischen Kampf auch Niederlagen einstecken muß. Deswegen gibt man nicht gleich die Kampfform des Streiks auf.

Zweitens macht der Autor auch den Fehler, die Streiks nur unter ihrem ökonomischen Aspekt zu sehen. Streiks haben aber auch eine eminent politische Funktion – und dies erst recht unter faschistischen Bedingungen. Sie haben Einfluß auf das Bewußtsein, auf die Organisiertheit der Arbeiter, sie wirken sich auf die gesamte politisch-psychologische Situation aus, sie beeinflussen insgesamt das politische Kräfteverhältnis in der Gesellschaft u.a.m. Die aktuelle Entwicklung in Bolivien unterstreicht dies nachdrücklich.

Das, was für die Streiks gilt, trifft auch auf andere „traditionelle Kampfformen“ wie Demonstrationen, Boykottaktionen, Hungerstreiks usw. zu. Sie alle finden heute ihre Anwendung in Chile und haben nach wie vor ihre politische Berechtigung.

Richtig ist allerdings, daß sie alleine heute nicht mehr ausreichen. Luis Corvalán formuliert es in dem oben genannten Artikel folgendermaßen: „Es ist jedoch die Feststellung notwendig gewesen, daß jene – nennen wir sie 'traditionelle' – Kampfmethoden, die in den genannten Jahren zur Anwen-

dung kamen, nicht ausreichen, um sich erfolgreich mit der faschistischen Tyrannei auseinanderzusetzen, die unser Volk unterdrückt, und destoweniger, um ihr ein Ende zu setzen. Diese Methoden sind unverzichtbar und unersetzlich. Es geht also nicht darum, diese Methoden durch andere zu ersetzen, sondern ihnen andere Kampfformen hinzuzufügen, die zur Entwicklung einer Massenbewegung beitragen, die imstande sind, die Diktatur zu stürzen.“

Neue Kampfformen der „Rebellion und des gewaltsamen Widerstands unterhalb der Schwelle bewaffneter Aktionen“ schreibt W. Huismann vor allem Jugendlichen zu, „die das Trauma von 1973 nicht so bewußt in Erinnerung haben und deswegen angstfreier handeln können“. (These 7) Er verschweigt, daß dieser Widerstand natürlich nicht losgelöst von den Linksparteien stattfindet. Und er ignoriert, daß seit fast zwei Jahren in den Reihen der chilenischen Linken eine intensive Diskussion um neue Kampfformen im Gang ist, wobei es sich vor allem um die Diskussion über bewaffnete Aktionen handelt.

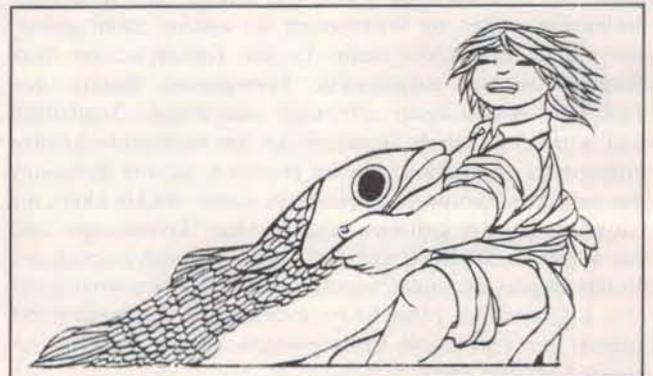
3. Strategische Ratlosigkeit?

Willi Huismann wirft der chilenischen Opposition strategische Ratlosigkeit vor. Nun ist es zutreffend, daß die Christdemokraten, nachdem sich ihre Hoffnungen auf eine demokratische Öffnung des Regimes zerschlagen haben, nicht mehr so recht wissen, wie es weitergehen soll. Auf Teile einiger Linksparteien mag dies in ähnlicher Weise zutreffen. Doch daraus das Pauschalurteil abzuleiten, die Opposition sei von strategischer Ratlosigkeit befallen, entspricht nicht den Tatsachen.

In seiner These 5 gibt W. Huismann den Chilenen dann ein Rezept, wie sie „innerhalb kurzer Zeit bedeutende Mobilisierungen zu nationalen Schicksalsfragen“ organisieren könnte. Er empfiehlt, die Opposition müsse sich erstens einen und zweitens auf einige Hauptfragen des Kampfes konzentrieren.

Selbstverständlich sind diese Gedanken nicht neu für die chilenische Linke. Der Kampf um die Einheit ist ein Kernstück des Widerstandes von Anfang an. Aus den vielen Erklärungen, die sich mit diesem Problem befassen, sei nur eine aus letzter Zeit erwähnt, die Mexiko-Erklärung der chilenischen Linksparteien vom September 1981. Dort heißt es: „Es ist dringend geboten, sich zu vereinen und die Notwendigkeit eines offensiven, auf die Destabilisierung der Diktatur gerichteten Kampfes zu begreifen.“

Selbstverständlich ist der chilenischen Linken auch bekannt, daß es darauf ankommt, ihre Kräfte auf wenige Fragen zu konzentrieren. Hinzu kommt, wie oben bereits ausgeführt, daß die Frage der neuen Kampfformen, speziell der bewaffneten Aktionen, ein weiteres Kernstück der strategischen Überlegungen der Opposition darstellt. Wer die Erklärungen der chilenischen Linken – seien es nun gemeinsame oder Publikationen der einzelnen Parteien – zur Kenntnis nimmt,



muß feststellen, daß keineswegs strategische Ratlosigkeit herrscht.

Vielmehr sind sehr differenzierte, theoretisch außerordentlich fundierte und politisch sehr kluge Analysen darunter. Ihr aufmerksames Studium ist nicht nur für die Einschätzung der Situation in Chile und für die Probleme des antifaschistischen Kampfes unumgänglich, man kann aus ihnen auch sehr viel lernen.

4. Hegemonialkämpfe und Sektierertum der Parteiführungen?

Willi Huismann wirft den Parteiführungen der Linken Sektierertum vor, während es an der Basis „wenig Sektierertum und eine praktische Einheit im Handeln“ gäbe. Gleichzeitig behauptet er, die Parteiführungen trügen Hegemonialkämpfe aus. Dies ist ein außerordentlich schwerer Vorwurf.

Nun ist auch prinzipiell natürlich nicht auszuschließen, daß linke Parteiführungen solche Fehler begehen. Allerdings: Bei solch schwerwiegendem Versagen politischer Führungen hätte eine seriöse Untersuchung zumindest den Versuch zu machen, dies auch empirisch zu belegen. Dies gilt umso mehr, als sich W. Huismann auch hier ohne Differenzierung auf alle Linksparteien bezieht.

Was es zweifellos innerhalb der chilenischen Linken gibt, sind leidenschaftliche Auseinandersetzungen um die richtige Strategie unter veränderten Kampfbedingungen. Angesichts der politischen Differenziertheit des chilenischen Widerstandes ist es nicht verwunderlich, daß dieses Ringen kompliziert, langwierig und mitunter sogar schmerzhaft ist. Gerade wenn eine Hegemonie z.B. sozialdemokratischer Konzepte vermieden werden soll, wenn ein echter politischer Klärungsprozeß stattfinden soll, über den alle Partner gleichberechtigt zu einer gemeinsamen Linie finden sollen, dann sind politische Diskussionen um diese Linie notwendig.

Eine schnelle Einheit – so wünschenswert sie ist –, die nicht auf der solidarischen Diskussion von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der einzelnen Strömungen innerhalb des Widerstandes getragen ist, würde in der Praxis nicht funktionieren. Daß in diesem Prozeß der einen oder anderen Partei Fehler unterlaufen, sektiererische Haltungen auftreten, ist eine Erscheinung, gegen die Bündnisbewegungen in aller Welt nicht ganz gefeit sind; also nichts gar so Außergewöhnliches.

Der Diskussionsprozeß um die politische Strategie der chilenischen Linken erfaßt überdies die Parteien auf all ihren Ebenen. Und dies muß auch so sein, denn würden solche Diskussionen nur in Führungsgremien geführt, wie sollten sie dann in der politischen Praxis Chancen auf Umsetzung haben? Insofern ist die Gegenüberstellung von politischen Führungen, ja von Parteien insgesamt und von der Basis, die außerhalb der Parteien oder losgelöst von ihren Parteiführungen operiert, eine Fiktion. Dies gilt zumindest für all jene Parteien, die wie die PCC, der MIR und der Mehrheitsflügel der Sozialistischen Partei (um Clodomiro Almeyda) und andere über funktionierende illegale Strukturen verfügen.

Überdies ist es so, daß die sozialen Bewegungen an der Basis keineswegs losgelöst von den Parteien operieren. Es gehört im Gegenteil gerade zur Strategie der chilenischen Linksparteien, daß ihre Mitglieder, wo immer sich Ansatzpunkte für sozialen Protest ergeben, diese aufgreifen und aktiv in den Protestbewegungen wirken.

Daß W. Huismann dabei ein „direktes Anleitungsverhältnis“ nicht ausmachen kann, ist Indiz für die Funktionstüchtigkeit der illegalen Arbeitsstrukturen der Parteien, die ja in der Tat unsichtbar bleiben sollen und müssen, nicht aber dafür, daß die sozialen Basisbewegungen sich von den Parteien distanzieren.

Das hier für die sozialen Basisbewegungen Gesagte gilt in noch weitaus größerem Maße für die bedeutendste chilenische Basisbewegung, nämlich die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften.

Am Rande sei hier noch vermerkt, daß der Eindruck, die Selbsthilfeorganisationen in den Elendsvierteln, die Häuserkomitees, Gesundheitsgruppen usw. seien neue Kampfformen, die die überholten, alten Kampfmethoden ablösen, falsch ist. Wer die Geschichte der chilenischen Arbeiterbewegung kennt, weiß, daß sie seit Jahrzehnten zum Arsenal der chilenischen Linken gehören und auch immer wieder sehr wirksam angewandt wurden, u.a. zur Zeit der Unidad Popular, aber auch danach. Denn was sonst sind z.B. die Komitees der Angehörigen Verschwundener, die vielen Kulturvereinigungen, die Studentengruppen usw., die seit 1973 in Chile entstanden sind?

Insgesamt kann man sich bei diesem Punkt des Eindrucks nicht erwehren, daß Willi Huismann hier unkritisch einige Klischees übernommen hat, die sehr typisch sind für eine Strömung in der chilenischen Linken, der sozialistischen Konvergenz. Offensichtlich war die Auswahl seiner Gesprächspartner in Chile in dieser Hinsicht etwas einseitig, was dazu geführt hat, daß W. Huismanns Thesen insgesamt sehr stark auf der Argumentation der Sozialistischen Konvergenz beruhen.

5. Die Sozialdemokratie – Hoffnung für Chile?

Im ersten Teil seiner Reportage räumt Willi Huismann der Selbstdarstellung sozialdemokratischer Positionen in Chile einen sehr breiten Raum ein. Dort, wo die Vertreter der Sozialdemokratie zu Wort kommen, ist dies sehr interessant und informativ.

Allerdings ist es etwas verwunderlich, daß W. Huismann, der in seinen Thesen mit Kritik nicht zurückhaltend ist, in seinen Kommentaren und in der gesamten Darstellungsweise der sozialdemokratischen Position kaum kritische Distanz spüren läßt. In dem Glasperlenspiel über die mögliche Zukunft eines demokratischen Chile unter sozialdemokratischer Führung hätten einige deutliche Worte über die historische Rolle des Sozialdemokratismus nicht geschadet.

Stattdessen behauptet der Autor, es sei der Sozialdemokratie gelungen, „die ökonomischen Interessen der Arbeiter mit der weltweiten Eroberungspolitik der Multis“ zu vereinen (so im 1. Teil der Reportage in: AIB 10/1982, S.17). Darüber hinaus hält er das sozialdemokratische Konzept der Sozialpartnerschaft in hochentwickelten kapitalistischen Ländern für funktionsfähig.

Die Sozialpartnerschaft ist ein ideologisches Konzept, mit dem die in der Wirklichkeit unaufhebbaren Widersprüche zwischen den Interessen der Arbeiter und denen des Kapitals (und damit auch der Multis) verschleiert werden sollen. Daß diese „Partnerschaft“ funktioniert, wird sicher jeder Gewerkschafter, der konsequent die Interessen der Arbeiter vertritt, entschieden zurückweisen. Unserer Kenntnis nach ist es noch nirgendwo der Sozialdemokratie gelungen, die ökonomischen Interessen der Arbeiter mit denen der Multis zu vereinen. Was der Sozialdemokratie nirgendwo gelang, wird ihr auch in Chile schwerlich gelingen.

Um auch hier Mißverständnissen vorzubeugen: Zweifellos sind die chilenischen Sozialdemokraten Antifaschisten, zweifellos gehören sie, wie alle anderen Antifaschisten auch, in eine gemeinsame Front zum Sturz der Diktatur. Es ist aber eine Illusion zu glauben, daß unter ihrer Führung der Weg zum Sturz der Diktatur schneller oder besser geebnet werden könnte. Nur das gleichberechtigte Miteinander aller antifaschistischen Kräfte wird Pinochet stürzen können.

Alfonso Gonzales

Das Wirtschaftsmodell der Militärdiktatur – der Niedergang

Die im Juni 1973 installierte Militärdiktatur hat sich neuerdings die Formel von der „demokratischen Öffnung“ zueigen gemacht. Der Grund: Im November 1980 hatten sich rund 2/3 der wahlberechtigten Uruguayer (Gesamtbevölkerung 2,9 Mio) bei einem Volksreferendum gegen die Institutionalisierung bzw. Verewigung des Diktaturregimes ausgesprochen. Also beauftragte im September 1981 die Militärspitze den neuen Staatspräsidenten, Generalleutnant Gregorio Alvarez, mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs bis 1983, dem Nationalwahlen im Jahr 1984 und eine neuerliche „verfassungsgemäße“ Regierung im Jahr 1985 folgen sollen. Die faschistischen Militärs bleiben demnach auf Zeit im Amt, während die komplette Linke (Frente Amplio) und die oppositionellen Kräfte innerhalb der bürgerlichen Parteien weiterhin illegalisiert – so ein Gesetzesentwurf zur Wiedezulassung politischer Parteien – und vom „demokratischen Öffnungs“prozeß ausgeschlossen bleiben sollen. Die Frente Amplio („Breite Front“) hat dem unlängst ihre alternativen Forderungen für eine echte Demokratisierung entgegengehalten (siehe Kasten), einschließlich derer zur Veränderung der desolaten wirtschaftlich-sozialen Krisensituation. Wie die Bilanz Alfonso Gonzalez' zur wirtschaftlichen Entwicklung Uruguays unter der Diktatur zeigt, weist diese viele Ähnlichkeiten zum Niedergang des Modells Chile (vgl. Hugo Fazios Studie in: AIB 9/1981, S. 10-13) auf. Eine Einschätzung zum uruguayischen Unterdrückungssystem und zur Widerstandsbewegung folgt in AIB 1/1983.

Uruguay – 9 Jahre unter der Militärdiktatur...

...das ist der tiefste Fall Südamerikas. Nicht, weil die Armut dort größer wäre als in Brasilien, nicht weil die Unterdrückung dort stärker wäre als in Chile, sondern weil – wo man die Schweiz Lateinamerikas vermutete – der Fall von jenen besungenen Alpenhöhen der Prosperität und der Freiheit in die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Talsohle so besonders unerwartet und abgrundtief war.

Der große bürgerliche Staatsmann, Präsident José Batlle y Ordóñez hatte zu Jahrhundertbeginn zwar den verheerenden Bürgerkriegen zwischen Colorados („Rote“, liberaler Flügel der Oligarchie; d. Red.) und Blancos („Weiße“, konservativer Flügel der Oligarchie, inklusive hoher Klerus; d. Red.) ein Ende bereitet. Er hatte eine Demokratie etabliert, die sich auf den Mittelstand stützte, der mit der Industrialisierung des Landes und der Verstaatlichung der öffentlichen Dienstleistungsunternehmen herangewachsen war.

Er hatte die für Lateinamerika damals fortgeschrittensten Sozialreformen eingeführt, jedoch auf dem Lande den extensiven Großgrundbesitz unangetastet gelassen und damit die Abhängigkeit des nur Fleisch, Leder, Wolle produzierenden Landes von den imperialistischen Großmächten beibehalten. Dies obgleich ab seiner Regierungszeit die USA England immer mehr verdrängen und schließlich ablösen sollten.

Die Radikalisierung der Volksbewegung...

Die Inflation kletterte auf 135% im Jahre 1967, und mit der Inflation, die die damals gängige spontane Überrundung der Reallöhne brachte, spitzte sich auch der Klassenkampf zu. Es ist kein Zufall, daß 1964 die Einigung so gut wie aller Gewerkschaften, einschließlich der des Handels, der Banken sowie der staatlichen Angestellten, zur Gründung der Gewerkschaftszentrale Nationale Konvention der Arbeit (CNT) mit ca. 400.000 Mitgliedern führte. Sie wurde stark mittels einer Strategie, die die ökonomischen, unmittelbaren Forderungen mit denen nach politischen und sozialen Veränderungen verband. Ende der 60er Jahre war die CNT eine reale

Macht im Lande, die Unternehmer wie Staat in Rechnung stellen mußten.

Gleichzeitig fand eine Radikalisierung der Arbeiterklasse und des Mittelstandes statt. Die Enttäuschung über den „demokratischen“ Staat, die Ungeduld und Kampfbereitschaft der radikalisierten Mittelschichten – besonders der studentischen und akademischen – sowie auch der extrem ausgebeuteten Landarbeiter der Zuckerrohrplantagen des Nordens kanalisierte sich in der Stadtguerilla, die als Tupamaros durch ihre kühnen Robin-Hood-Aktionen Weltberühmtheit erlangten. Doch Mitte 1972 war die Episode – Ausdruck der revolutionären Gärung, die jedoch in einer Sackgasse verblutete – zu Ende. Die Tupamaros, die nicht von der Polizei oder der Armee erschossen oder zu Tode gefoltert worden waren, saßen im Gefängnis.

...mit dem Putsch vom Juni 1973 gekontert

Aber der verstärkte gewerkschaftliche Kampf der Arbeiterklasse hatte parallel zu einem Prozeß der politischen Reifung und Einigung der Volksmassen geführt, die im Anwachsen der linken Parteien und ihrem Zusammenschluß zu einer Breiten Front (Frente Amplio), die von Christdemokraten über Sozialisten und linke Colorado- und Blanco-Fraktionen sowie unabhängige Gruppen bis zu den Kommunisten ging, ihren Niederschlag fand.

Bei ihrem ersten Wahlauftritt 1971 erhielt die Frente Amplio 19,6% aller Stimmen im Lande, in Montevideo gar 30%. Ihr Präsidentschaftskandidat, General Liber Seregni – heute im Gefängnis der Diktatur – war der meistgewählte Kandidat in jenen letzten Wahlen unter demokratischer Verfassung. Auch innerhalb der Nationalpartei (Blancos) fand eine merkliche Linkstendenz ihren Ausdruck in der überwiegenden Stimmabgabe für die Liste Por la Patria („für das Vaterland“) und Movimiento de Rocha („Bewegung von Rocha“) und ihrem Präsidentschaftskandidaten Wilson Ferreira Aldunate, heute mit dem politischen Bann der Diktatur belegt und im Exil gemeinsam mit der Frente Amplio in der Demokratischen Konvergenz Uruguays (gegründet 1980) gegen die

Diktatur kämpfend.

Unter diesen Umständen war der oligarchische Ausweg aus der Krise – Konsumeinschränkung, Stärkung des Exports und der Unternehmerrentabilität auf Kosten der Löhne und Gehälter – in demokratischen Verhältnissen, mit einem Parlament, das nach der Straße hin offen war, nicht gangbar. Selbst der Ausnahmezustand, erlassen von Präsident Jorge Pacheco Areco (1967-72) im August 1968 zum Einfrieren der Preise und Löhne, bei Streichung der fälligen inflationsbegleichenden Lohnerhöhung von 63%, war unzureichend.

Trotz Verhaftung von Gewerkschaftern und militärischer Unterdrückung der Streiks in Staatsbetrieben scheiterte seine Politik. Der Kampf wurde nur verschärft, und Löhne wie Preise waren nicht einzudämmen.

Zudem fürchteten die uruguayische Oligarchie wie das State Department in Washington eine nahende zweite Auflage Chiles, wo noch der Sozialist Salvador Allende und die Unidad Popular regierten.

So starteten am 27. Juni 1973 die Militärs, die nach ihrem Sieg über die Tupamaros schon nicht mehr in die Kasernen zurück wollten, einen Putsch mit Beihilfe des Präsidenten Juan Maria Bordaberry (1972-76). Sie lösten das Parlament auf, verboten Gewerkschaften und Parteien und errichteten eine Diktatur, die zu den totalitärsten in Südamerika zählt. Der 15tägige Generalstreik mit Fabrikbesetzungen, von der CNT ausgerufen, sowie eine hunderttausendköpfige Demonstration auf Montevideos Hauptstraße am 9. Juli 1973 konnten die Diktatur zwar nicht stürzen, isolierten jedoch das neue Regime fast völlig. Die zivile Kollaboration blieb auf einige reaktionäre Kreise und ein kleines Grüppchen Faschisten beschränkt.

Das Hauptmittel der Herrschaft der Armee war und blieb der Terror.

„Marktwirtschaft“ im Sinne des Fremdkapitals

Jetzt waren die Bedingungen geschaffen, das langgeplante Wirtschaftsprogramm zur reaktionären Krisenlösung in die Praxis umzusetzen. Es waren vor allem die Köpfe der uruguayischen Finanzwelt gemeinsam mit dem State Department und dem Internationalen Währungsfonds, die den Plan ausarbeiteten, den die Armee durchsetzen sollte.

Seine Richtlinien wurden erstmals in der „Konklave von San Miguel“ (September 1973) festgelegt: Minderung der Inflation, Produktionssteigerung, Sanierung des Staatshaushaltes. Die Mittel dazu waren drakonisch:

- Steigerung der Rentabilität und Expansion, vor allem der für den Export arbeitenden Industrie durch eine drastische Senkung der Reallöhne und der Sozialleistungen;
- Subventionen bis zu 35% des Wertes der Exportmanufaktur;
- ein jährlich im voraus festgesetzter Wechselkurs, der bis 1978 mit der Inflation Schritt hielt;
- Investitionsboom durch Anlocken ausländischer Kapitale, die fast freien Gewinntransfer, Steuererleichterungen, Zollfreiheit für einzuführende Maschinen, billige zusätzliche Staatskredite und von der öffentlichen Hand die nötige Infrastruktur praktisch gratis erhielten;
- die Steuern wurden immer mehr von den besitzenden Klassen auf die arbeitenden Massen abgewälzt. Die Mehrwert-, die Erbschafts- und Eigentumssteuer wurden abgeschafft, stattdessen fast alle Konsumwaren der Umsatzsteuer (IVA = 18%) unterworfen. Alle Subventionen für Lebensmittel wurden nach und nach aufgehoben.

Der unmittelbare Erfolg dieser Wirtschaftspolitik war auf der einen Seite ein Produktionszuwachs von 2,3% jährlich in den Jahren 1973-78, bei der industriellen Produktion sogar

von 5%. Gleichzeitig fand der ersehnte Zustrom des internationalen Kapitals statt, angezogen von der Perspektive einer geknebelten Arbeiterschaft, Niedriglöhnen, hohen Profiten und von all den Privilegien, die das neue Regime gewährte.

Die erweiterte Reproduktion konnte bei einer Auswanderung von ca. 0,5 Mio Uruguayern im letzten Jahrzehnt vielerorts nur durch eine Ausdehnung der Arbeitszeit erreicht werden. Dem kam die Situation der Arbeiter entgegen, für die die einzige Möglichkeit, einen minimalen Lebensstandard zu halten, darin bestand, Überstunden zu machen oder einem Nebenberuf nachzugehen. Eine Umfrage im Jahre 1979 ergab, daß 57% aller Befragten mehr als 12 Stunden täglich arbeiteten und 17% sogar mehr als 15 Stunden.

Die Handelsbilanz blieb trotz der volumenmäßigen Expansion der Ausfuhr weiterhin negativ, denn einerseits fielen auf dem Weltmarkt die Preise für Fleisch und Wolle, andererseits verschlangen in Uruguay, das ja keine Erdölvorkommen hat, die Rohölimporte fast ein Drittel aller Einfuhrdevisen. Andererseits brachten die erhöhten Auslandsinvestitionen eine massive Einfuhr von Maschinen und anderen Investitionsgütern mit sich. Ein nicht unbedeutender Teil dieses Kapitalzuflusses diente jedoch lediglich der Verdrängung der nationalen Industrie.

Damit einher ging eine enorme Auslandsverschuldung. Sie eskalierte innerhalb von 8 Jahren auf das Sechsfache, auf 3 Mrd Dollar. Der jährliche Schuldendienst beläuft sich, je nach Fälligkeiten, bereits auf 30% bis 46% der gesamten Jahresausfuhr Uruguays.

Innerhalb des Staatshaushalts verlagerte sich seit 1973 der Schwerpunkt immer mehr nach der Seite des Verteidigungs- und Innenministeriums, auf die heute 55% der Gesamtausgaben entfallen während der Anteil für das Unterrichts- und Gesundheitswesen ständig sinkt. Die 1973 angekündigte Eindämmung der Staatsausgaben ist so auf dem geduldigen Papier geblieben.

Die Partner des Regimes, die Finanzoligarchen, haben verschiedentlich gegen dies tote Gewicht am Wirtschaftskörper ihre Stimmen erhoben, mußten sich letztlich aber der Logik der Diktatur fügen. Schließlich ist es ja der Unterdrückungsapparat, der ihnen den hohen Profit erhält.

Der rettende Gedanke, irgendwie Geld zu machen, auf den sich schließlich die Faschisten in Uniform wie die im Frack einigten, war: Staatsbetriebe zu privatisieren. Der Anfang ist bereits gemacht worden bei einigen Sektoren von Staatsunternehmen, die in Uruguay etwa 30% der Gesamtindustrieanlagen ausmachen; so bei Fabriken von Portlandzement, von petrochemischen, den Gaswerken, bei der Fluggesellschaft PLUNA und bald bei der Telefongesellschaft ANTEL.



Der Widerstand gegen die Verschleuderung von Volkseigentum an die internationalen Konzerne war jedoch derart stark und spiegelte sich auch in Fraktionen der Armee wider, daß es bisher nur zu Ansätzen kam.

Die Etappe der Industrieförderung und des Produktionsanstieges ist nun längst vorüber. Solange die Konjunktur der industriellen Großmächte anhält, durfte auch Uruguay seine Manufaktur ausbauen. Als aber die Krise an die Türen der imperialistischen Staaten klopfte, mußte Uruguay wie ganz Lateinamerika seinen Produktionsmodus ändern. Denn die Türen der USA wie der EG-Länder waren nun seiner Ausfuhr versperrt, mit Quoten und Schutzzöllen zugenagelt. Es war aber das Verdienst der uruguayischen Großbourgeoisie und der herrschenden Militärs auf diese Aggression ... mit Unterwerfung und Anpassung geantwortet zu haben.

Alle Maßnahmen, die die Regierung ab 1978 ergriff, waren gegen die eben erst entstandene Manufaktur gerichtet, erschwerten den Export ihrer Produkte und subventionierten dazu noch den Import aus dem Ausland. Die Exportsubventionen wurden gestrichen, die Einfuhrzölle herabgesetzt, der Dollar künstlich hinter der inneren Inflation zurückgehalten, unterbewertet. Während in den drei Jahren von 1978-81 die Inflation um 240% anstieg, stieg der Dollar in Pesos gerechnet nur um 70% an.

Da die industriellen Kosten annähernd mit der Inflation steigen – abzüglich der Reallohnsenkung allerdings –, die Preise auf dem Weltmarkt aber in Dollar zu berechnen sind, wurde die Exportmanufaktur unrentabel. Um weiter konkurrenzfähig zu bleiben, hätte man die Kosten auf die Hälfte senken müssen, und sogar noch tiefer, da ja die Exportprämien abgebaut worden waren.

Das Anwachsen der Blechhütten

Der durch die Verarmung der Arbeiter und des Mittelstandes geschwächte Binnenmarkt konnte den Ausfall nicht ausgleichen. Der Absatz war um 30% zurückgegangen; in den 60er Jahren kaufte z.B. noch jeder Uruguayer im Jahre drei Paar Schuhe, 1978 aber nicht einmal ein Paar. Zudem strömten nun durch freie Einfuhr und verbilligten Dollar begünstigt, alle ausländischen Waren ins Land. Mit ihnen konnten die mit teuren Pesos hergestellten uruguayischen Waren nicht mehr konkurrieren.

Die Produktion mußte eingeschränkt werden. Wo vordem Überstunden gemacht worden waren, wurden diese gestrichen. Kurzarbeit stand auf dem Stundenplan vieler Fabriken. Die Autoreifen und Gummifabrik FUNSA arbeitet nur noch bis Donnerstag. Viele Fabriken mußten zeitweise oder endgültig schließen. Die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an. Man schätzt sie zur Zeit auf 13%.

Die Werkstätigen stehen nun vor der baren Not. Diejenigen die noch Arbeit haben, können mit weniger Stundeneinkommen nun nicht mehr einen Teil ihres gesunkenen Lohnes (seit 1968 fast auf die Hälfte!) ausgleichen. Die die Arbeitslosenunterstützung erhalten, müssen mit 14 Tagelöhnen pro Monat auskommen, und auch das nur für 6 Monate ... dann stehen sie vor dem Nichts.

Viele Familien essen jetzt nur noch einmal am Tage. Die Cantegriles, die Elendshütten aus Blechabfällen, schießen wie Pilze nach dem Regen allerorts aus dem Boden. Denn viele können die hohen, jetzt freigegebenen Mieten nicht mehr bezahlen.

Die Unternehmer hungern zwar nicht, doch stehen viele vor dem Bankrott. Die Gerichte kommen nicht mehr nach, die angemeldeten Konkurse durchzuführen. Da bei vielen die Konkursmasse schon zu hoch und bei dreiviertel aller Fälle es für einen Vergleich zu spät ist, lösen sie neue Kettenreaktionen aus.

Frente Amplio Wir fordern eine echte Demokratisierung

(...) Natürlich veränderte die durch den Volksentscheid (vom 30.11.1980; d. Red.) geäußerte überwältigende Ablehnung die politische Szene Uruguays radikal und zwang die Diktatur, bestimmte Zugeständnisse zu machen und sich mit gewissen Veränderungen abzufinden. Wegen ihrer unheilbaren Angst vor dem Volk hat es sich das Regime zur Taktik gemacht, so wenig Zugeständnisse wie möglich zu machen und dafür zu sorgen, daß es so lange wie möglich dauert, bis es zu einer Veränderung kommt. (...)

An diesem historischen Scheideweg fordert die Frente Amplio zum wiederholten Male die sofortige Anwendung eines Programms für eine reale demokratische Alternative mit folgendem Inhalt: die völlige und uneingeschränkte Amnestie, die sofortige Freiheit unseres Präsidenten und Generals des Volkes, Liber Seregni, und aller politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen, die völlige Wiederherstellung aller demokratischen Rechte und Freiheiten, die Rückgabe der Unabhängigkeit und Würde an die richterliche Gewalt und die Wahl einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung durch Volksabstimmung unter uneingeschränkter Teilnahme aller politischen Parteien. (...)

Es ist die unabdingbare Pflicht aller Demokraten, dieses Gesetz über die politischen Parteien zu verurteilen und zu bekämpfen und schließlich zu vernichten. Wir Mitglieder der Frente Amplio verpflichten uns, entschlossen und unermüdlich an diesem Kampf teilzunehmen, der ein notwendiger Abschnitt in einem echten Übergangsprogramm zur politischen Demokratie ist.

Für diesen Übergang ist es ebenfalls unerlässlich, ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, das es erlaubt, die Nation zu erlösen.

Die Frente Amplio schätzt ein, daß alle, die einen echten demokratischen Ausweg verteidigen, einen gemeinsamen ökonomischen und sozialen Maßnahmekomplex beschließen müssen, der auf folgendes hinausläuft:

1. Wesentliche Erhöhung der Reallöhne der Lohnempfänger, Mittelschichten, Handwerker, Pensionierten und Rentner, wodurch der heute von der Krise belastete Handel wieder aktiviert wird.
2. Sanierung der kritischen Situation der landwirtschaftlichen Produzenten, indem ihre finanzielle Lage verbessert und die Produktion und ihre Vermarktung angekurbelt wird. Die Verteidigung des nationalen Eigentums an Boden muß vorrangig sein.
3. Verteidigung unserer Industrie durch die Abschaffung der staatsfeindlichen Politik des freien Imports und die Unterstützung für ihre Sanierung mit den geeigneten finanziellen Mitteln.

Unter Mitwirkung aller patriotischen Kräfte werden wir der Diktatur einen weiteren entscheidenden Schlag versetzen und die ersehnte Wiederherstellung der Demokratie in Uruguay erreichen. (...)

Koordinierungskomitee der Frente Amplio im Ausland,

Paris, 19.-21. März 1982

(Quelle: Desde Uruguay, o.O., Nr. 5/Mai 1982, S. 1-2)

Nicht wenige Fabrikanten haben sich zwar auf Einfuhr umgestellt. Was sie früher selbst herstellten, importieren sie jetzt als Agenten, Repräsentanten oder Sozjusse transnationaler Firmen. Die Arbeiter mögen sehen, wo sie bleiben. Doch selbst dieses Geschäft fängt jetzt zu stocken an. Die bunten Hemden aus Italien, die Jeans aus den USA, die Bonbons aus Taiwan bleiben in den Schaufenstern liegen, die fertigmontierten Autos aus der BRD oder Japan (die Tausende uruguayischer Montagearbeiter brotlos gemacht und an denen die faschistischen Generale Vadora und Queirolo ihre guten Kommissionen verdient haben), finden heute keine Abnehmer mehr oder kehren wie die Fernsehapparate in die Geschäfte zurück, weil die Abzahlungen unterbrochen wurden.

Zu alledem gesellt sich ein die Inflation und jeden internationalen Maßstab überflügelnder Zinsfuß. Die Konzentration der Banken, zu 70% von ausländischem Kapital (sonderlich nordamerikanischem) regiert, ihre nahezu monopolistische Position bei der Finanzierung des Außenhandels und bei der Stützung des Staatshaushalts ermöglichte einen aktiven Zins von 60% bis 80% und einen passiven von 45% bis 55%; dies bei einer Inflation von 30% im Jahre 1981. Also

ergab sich ein Reingewinn von 15% bis 25% für den uruguayischen Anleger, für den ausländischen aber, der Dollars mitbringt, in Pesos gewechselt anlegt und beim Abheben am Jahresende wieder auf den Dollar zurückwechselt, von netto 29% bis 34%.

Daß das mehr zur Spekulation anreizte, denn zur direkten Industrieinvestition, liegt auf der Hand. Umgekehrt mußte aber die Industrie, ebenso wie die Agrarwirtschaft für ihre aufgenommenen Bankkredite einen hohen Preis zahlen, zu dem noch der Gewinn der Banken – im Durchschnitt von 20% – kam. Während die Banken so auf der einen Seite vor allem ausländische Kapitale in die reine Finanzsphäre zogen, drosselten sie die Kapazität und Konkurrenzfähigkeit der nationalen Produktion.

Bei den hohen Umsätzen der Konjunkturjahre war das noch irgendwie tragbar gewesen, als aber dank des Zusammenspiels der imperialistischen Rezessionspolitik und der neoliberalen Wirtschaftsorientierung der Diktatur Absatz und Produktion ins Stocken kamen, wurden die Banken zu Scharfrichtern fast aller nationaler Produzenten, die Zinsen und Amortisationsraten nicht mehr begleichen, und noch weniger neue Kredite aufnehmen konnten. Der seit 1976 ansteigende Überschuß von Bankanlagen über Kreditaufnahmen zeugt vom Umfang des Parasitismus und der Spekulation.

Die Bankiers als Scharfrichter

Die Agrarwirtschaft, insbesondere die Viehzucht, befand sich keinesfalls in einer besseren Lage als die Industrie. Im Enthusiasmus über die Freigabe der Fleischpreise im August 1978, die prompt in einer Woche um 45% gestiegen waren, hatten die Estancieros große Kredite zur Vergrößerung ihrer Rinderherden aufgenommen. Kredite wie Rinder sollten bald zu ihrem Verderben werden. Zu dem Preisfall von Fleisch und Wolle auf dem Weltmarkt kam die Entwertung der eingenommenen Dollars durch die Währungspolitik der Regierung. In dem Maße wie die Rinderzahl von 8 auf 11,5 Mio anwuchs, sank die Rentabilität bis zu einem Punkt, wo nicht einmal mehr die Zinsen der Bankschulden bezahlt werden konnten.

Ein Massenschlachten setzte ein, um fällige Wechsel zu begleichen. Die großteils unverbesserten, natürlichen Weiden konnten ohnehin nicht so viele Tiere ernähren. Um den zwangserhöhten Absatz nicht zu mindern, mußten die Estancieros ihr Vieh zu Schleuderpreisen an die hauptsächlich mit ausländischem Kapital betriebenen Gefrierfleischfabriken verkaufen.

Umschuldungsverfahren, bzw. Stundung der Schuldendienste, die die Ländliche Föderation, Vertreter der Estancieros (in erster Linie der großen mit über 5.000 ha Land), von der Regierung forderte, fanden taube Ohren. Die Diktatur und die Finanzoligarchie waren ein Herz und eine Seele. Die Konzessionen waren minimal und galten nur für Großgrundbesitzer, die eigenes Land als Garantie geben konnten. Ein Moratorium für gerichtliche Versteigerungen von Gütern wurde abgelehnt. Innenminister, General Yamandú Trinidad, erklärte den verzweifelten Estancieros wie Industriellen, die ihm ein kritisches Memorandum überreichen wollten: „Sie (die Militärs) wüßten allein, was sie zu tun hätten, und ließen sich von niemandem unter Druck setzen.“

So geht der Ausverkauf der Betriebe und der Ländereien beschleunigt weiter. Zu Spottpreisen kaufen internationale Holdings alles auf. Sie können warten: in ein paar Jahren ändert sich die Lage und die Wirtschaftspolitik, und die Rentabilität kommt wieder. Im Norden des Landes sind bereits 1 Mio ha in brasilianischen Besitz übergegangen, die Rio-de-la-Plata-Küste wird von Argentinern aufgekauft.

Erst wenn die Banken krachen, – und wo immer weniger Mehrwert produziert wird, muß schließlich auch der Zinsfuß fallen – und wenn die ausländischen Kapitale dann wieder wie Zugvögel nach dem Norden wegfliegen, wird schließlich auch die selbstmörderische neoliberale Wirtschaftspolitik über Bord geworfen werden.

Alein im ersten Halbjahr 1982 schmolzen die Reserven der Staatsbank durch einen Verlust von 340 Mio Dollar um 40% zusammen. Eine Einfuhrzollerhöhung um 10% und eine Exportsubvention von 10% wurden erlassen, die Pesosabwertung ein wenig beschleunigt.

Den Herren Bankiers fällt es schwer, den guten Zeiten mit den hohen Profiten Adieu zu sagen.

Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 9-10/1982

Angola: Südafrika weitet Krieg aus ● Flüchtlinge in Angola ● Namibia: SWAPO in der Offensive ● Interviews mit Nujoma, Hamutenya, Kaunda ● Mosambique: 20 Jahre FRELIMO, Erfahrungsberichte ● Wenn die CIA für Botha tötet – Ermordung von Ruth First ● Südafrika: Einheitsgespräche der unabhängigen Gewerkschaften ● Südafrika und Israel ● Südafrika und Seychellen ● Kriegsanleihen, ein evangelischer Beitrag zum Frieden ● Mainzer ökumenische Tage ● Abdullah Ibrahim in Berlin ● Nachrichten ● Rezension
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Forum, Nr. 58/September 1982

Mittelamerika: Drei Jahre „Nicaragua libre“ ● Pflichtlektüre ● Waffen für El Salvador ● Chile-U-Boote im Kieler Hafen besetzt ● Frauen: Frauen in Lateinamerika – Frauen in der BRD ● Palästina: Israels Aggression im Libanon: Vernichtungskrieg und Annexion ● Bundesweite Demo am 25.9.82: Israelis raus aus dem Libanon ● Friedensarbeit in Israel? ● Rüstungsexport: Deutsches an die Front ● Bremen: Umschlagplatz für Waffenhandel in alle Welt ● Die Bewegung in Comiso ● Umfassende Plattform ● BUKO: Neuer Streit zwischen KA und BMZ
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

blätter des iz3w, Nr. 104/1982

Nachrichten und Berichte: Libanon; Argentinien ● Rüstung: Waffengeschäfte Brasiliens ● Internationalismus: Solidaritätsbewegung in den USA ● Ein Brief aus Nicaragua ● Kampuchea-Konferenz in Paris ● Chile: Die Kirche und die Linke ● Die Linke arbeitet jetzt zusammen ● Kriegsverbrechen in Chile ● Pflanzengifte: Zur Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes ● Kultur: Der Fall Ngugi wa Thiong'o ● Aktionen: Rüstungsexporte ● Treffen entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Einzelpreis 4 DM; Abo 25 bzw. 35 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Solidarität, Nr. 69-70/August 1982

KINDERARBEIT IN DER DRITTEN WELT: Eine Übersicht von Carlotta von Waldkirch ● Zum Ausmaß der Kinderarbeit in der Dritten Welt ● Eine Jugendgeschichte aus Brasilien 'Robin Hood und seine 20.000 Gefährten' ● Kinderarbeit – ein Wirtschaftsfaktor ● Kinderarbeit bei uns ● Die Rolle der Kinder im ökonomischen System der Iatmul in Papua – Neu-Guinea ● Übersicht über weiterführende Materialien ● LIBANON ALS ANGST-TRAUM ● INTERVIEW MIT EINEM VERTRETER DER FRENTE POLISARIO ● ALGERIEN NACH 20 JAHREN ● FALKLAND/MALVINAS: Um Ehre oder Geld? ● DOSSIER SCHWEIZ - TRIKONT
Einzelpreis 3,50 sFr; Abo 25 sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, 4001 Basel, Schweiz

lla-info, Nr. 59/September 1982

Schwerpunktthema: Indianer im Miskitoland: Zwischen Großmachtinteressen und der Konsolidierung einer neuen Gesellschaft ● El Salvador: Der politische Tod der Christdemokraten und die Organisation der Rechten: Projekt zur Förderung der Grundnahrungsmittelproduktion ● Kuba: Die Intervention hat viele Gesichter ● Länderberichte: Bolivien – unregierbar; Mexiko – Der Ölraum wird zum Alptraum; Peru – „Sendero Luminoso“? ● Solidaritätsbewegung: Zentralamerika: BRD im Windschatten Reagan's ● „Ausrüstungshilfe“ für Honduras gestoppt? ● Offener Brief an MiB/SPD Herterich zu seinen Aktivitäten in Mittelamerika ● „Was können die Christen in der Bundesrepublik von den Christen Lateinamerikas lernen?“ (Rede von Norbert Geinacher auf dem „Kirchentag von unten“) ● Offener Brief an die Vertreter der Militärdiktatur Boliviens ● Argentinien: Nach jahrelanger Haft in „überwachter Freiheit“
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 25, 30 oder 35 DM
Bezug: ILA, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Mittelamerika-Magazin, Nr. 22/September 1982

Nicaragua: „Mit Gott gegen den Kommunismus“; Meldungen ● Panama: Der zweite Tod des Omar Torrijos ● Mexico: Mexico vor dem Präsidentenwechsel ● Honduras: Gendarm des Imperialismus ● Guatemala: Meldungen ● El Salvador: Meldungen ● US-Politik: Psychologische Kriegsführung des CIA in den Medien Lateinamerikas
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 bzw. 25 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Paraguay-Rundbrief, Nr. 38/Oktober 1982

Truebsitz endlich k.o.? ● Auch Franzosen beteiligen sich am Landraubgeschäft ● Folterungsvorwurf vor Gericht ● PAG-Initiative während des Katholikentages ● Rückkehr der Exilierten ● Neuer Chacokrieg? ● Solidarisch mit den Hochwassergeschädigten ● Festgehalten ohne Prozeß ● Stroessner wird der Weg für weitere Regierungsperiode geebnet ● Selbstdarstellung der „Union de Mujeres Paraguayas“ ● Brief von Ramon Alderete an den Vorstand der Paraguayanischen Frauenbewegung ● IFAA prangert Zustände bei der LAP an ● Hinweise auf Publikationen
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 bzw. 25 DM
Bezug: c/o I. Gräfe, Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt

Adalbert Krims

Kirche zwischen Repression und Revolution

Mit der Ausweitung der Volksrebellion in Mittelamerika seit Ende der 70er Jahre ist das Verhältnis von Kirche und Christentum zum Befreiungskampf in der Diskussion. Adalbert Krims, Autor des Buches „Wojtyla. Programm und Politik des Papstes“ und Kenner der lateinamerikanischen Kirchenszene (siehe seine Gesamtbetrachtung in: AIB 9/1977, S. 13-17), untersucht das Verhältnis am Beispiel Nikaraguas, El Salvadors und Guatemalas.

Im befreiten Nikaragua hat sich die Auseinandersetzung zwischen Kirchenführung und Revolutionsregierung seit 1981 zuge-spitzt. Tomas Borge, Innenminister und Sandinistaführer, äußerte sich zu diesem Konflikt neuerlich auf der „Zweiten Latein-amerikanischen Konferenz Christen für den Frieden“, die vom 26. Mai bis 1. Juni 1982 in Managua tagte (siehe Kasten).

„Die Außenpolitik der USA muß damit beginnen, der Theologie der Befreiung, wie sie in Lateinamerika durch den Klerus der 'Theologie der Befreiung' angewendet wird, zu begegnen (und nicht nur im Nachhinein zu reagieren). Die Rolle der Kirche in Lateinamerika ist entscheidend für den Begriff politischer Freiheit. Leider haben die marxistisch-leninistischen Kräfte die Kirche als politische Waffe gegen den Privatbesitz und das kapitalistische Produktionssystem benutzt und die religiöse Gemeinde mit Ideen durchsetzt, die weniger christlich als kommunistisch sind.“

Diese Sätze sind dem Geheimdokument des Komitees von Santa Fé „Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre“¹ entnommen, das zu den Leitlinien der Reagan'schen Lateinamerikapolitik zählt. Schon Jahre zuvor hatte der Rockefeller-Bericht in der Entwicklung der katholischen Kirche seit Medellín (2. Vollversammlung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz 1968) eine ernste Gefahr für die US-Interessen in Lateinamerika geortet.

Der Grund für die Besorgnis der Herrschenden in „Gottes eigenem Land“ besteht darin, daß große Teile des lateinamerikanischen Katholizismus nicht mehr bereit sind, die ihnen zuge dachte – und jahrhundertlang praktizierte – Rolle der Verschleierung bzw. Rechtfertigung von Ausbeutung und Unterdrückung weiterzuspielen.

Öffnung für soziale Fragen

Gerade in den aktuellen politischen Prozessen in Mittelamerika ist die Haltung der katholischen Kirche bzw. der Katholiken von entscheidender Bedeutung. Immerhin sind in Guatemala 96% der Bevölkerung katholisch, in Nikaragua 95% und in El Salvador und Honduras jeweils 85%. All diesen Ländern ist gemeinsam, daß die katholische Kirche bis vor kurzem zu den wichtigsten Bollwerken der herrschenden Oligarchien zählte.

Daß es in den letzten 10 Jahren zu wichtigen Differenzierungen innerhalb des Katholizismus – bis hinauf in die höchsten Ränge der Hierarchie – kam, ist vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen:

1. auf die Entstehung politischer und gewerkschaftlicher Organisationen im außerkirchlichen Bereich, die jedoch auch katholische Gläubige umfaßten und deren „säkulare“ Interessen vertraten. Dies führte in der ersten Phase bei den Betroffenen zu einer Trennung von religiösem und „welt-

lichem“ Leben. In einer zweiten Phase wurden jedoch dann die neugewonnenen Erfahrungen auch in den kirchlichen Bereich hineingetragen;

2. auf die vor allem nach dem 2. Vatikanischen Konzil (von 1962/65, d. Red.) nach Lateinamerika gekommenen europäischen (und US-amerikanischen) Missionare, die dort Kirchenreform und Hilfe für die Armen praktizieren wollten.

Nicaragua: Erzbischof contra Sandinistas

Sie stießen einerseits auf eine traditionelle Volksfrömmigkeit, die keinen Bedarf für europäische innerkirchliche Reformen hatte, und andererseits auf eine soziale Situation, auf die ihr Konzept caritativer Hilfe keine Antwort geben konnte. Für diese Missionare gab es drei Möglichkeiten: a) nach Europa zurückzukehren, b) sich in die europäisierten Viertel der Reichen zurückzuziehen, oder c) sich tatsächlich mit den Armen zu identifizieren (was aber nicht ohne Analyse der Ursachen von Armut und die Teilnahme an den Kämpfen zu deren Überwindung geht). Jene Missionare, die die dritte Möglichkeit wählten, gehören bis heute zu den engagiertesten Vertretern einer auf die Befreiung der Unterdrückten ausgerichteten „Kirche des Volkes“;

3. auf Veränderungen in der Gesamtkirche (wie z.B. das 2. Vatikanische Konzil oder die lateinamerikanische Bischofsversammlung in Medellín) und die dadurch bedingte Einführung von Begriffen wie „strukturelle Gewalt“, „Befreiung“, „Kirche der Armen“ usw. in den offiziellen kirchlichen Sprachgebrauch hatten einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf Klerus und Bischöfe und führten doch zu einer gewissen Öffnung der Amtskirche für soziale Fragen.

In bezug auf Mittelamerika muß jedoch gesagt werden, daß die genannten Faktoren vor allem zu Veränderungen an der kirchlichen Basis und in den niedrigeren Rängen des Klerus (vor allem unter Ordensgeistlichen) geführt haben, während die Bischöfe in ihrer überwiegenden Mehrheit an den traditionellen Positionen festhielten (im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern, vor allem Brasilien).

Neben dieser allgemeinen Charakterisierung der kirchlichen Entwicklung in Mittelamerika ist es jedoch erforderlich, die politische Rolle des Katholizismus am Beispiel der drei Länder Nikaragua, El Salvador und Guatemala konkret darzustellen.

„Ein einzigartiger Grundzug der nikaraguanischen Revolu-

tion war in der Tat die Beteiligung von Christen an all ihren Phasen, einschließlich des bewaffneten Aufstandes."

Mit dieser Schlußfolgerung eines Berichts einer Weltkirchenratsdelegation, die im Mai 1981 Mittelamerika bereiste, ist eigentlich schon das meiste gesagt. Die überwiegende Mehrheit der nikaraguanischen Christen hat seit Beginn des Befreiungskampfes die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) unterstützt und es gab sogar Priester, die aktiv am bewaffneten Kampf teilnahmen.

Selbst die Bischöfe, die jahrzehntelang das Somoza-Regime unterstützt hatten, rechtfertigten in der letzten Phase der Revolution den bewaffneten Aufstand. Mit Ausnahme des Bischofs von Estelí waren sie jedoch nie Anhänger der FSLN.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz und Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, wollte sogar noch zwei Tage vor dem militärischen Endsieg der Sandinistas eine politische Alternative zur Machtübernahme der FSLN finden. Er nahm am 17. Juli 1979 an einem von den venezolanischen Christdemokraten organisierten Treffen mit US-Präsident Carter mit Vertretern nikaraguanischer Privatunternehmer und bürgerlicher Parteien teil, das zum Ziel hatte, den nach der Flucht Anastasio Somozas vereinbarten Waffenstillstand zur Installierung einer zivil-militärischen Junta unter Leitung des Christdemokraten Esteban Gonzalez auszunützen.

Als die FSLN von diesen Plänen erfuhr, marschierte der Kommandant der Nordfront, Tomas Borge, am nächsten Tag unter dem Jubel der Bevölkerung in Managua ein und vollendete damit den militärischen Sieg der Sandinistas, womit die vom Erzbischof mitinitiierte christdemokratische Lösung gescheitert war.

Das Verhalten des Erzbischofs – und mit ihm der Mehrheit des Episkopats – gegenüber den Sandinistas war jedoch weiterhin praktisch identisch mit dem des Unternehmer-Dachverbandes COSEP und der bürgerlichen Parteien. D.h., daß



San Salvador: Nomen verlassen auf Geheiß der Armee die Kathedrale, weil Demonstranten dort Schutz suchten

die Kirchenführung spätestens eineinhalb Jahre nach dem Sieg der Sandinistas immer mehr zur offenen Konfrontation gegenüber der Regierung übergang.

Dabei scheute vor allem der Erzbischof nicht einmal vor dem Vorwurf einer angeblichen Religions- und Kirchenfeindlichkeit der Regierung zurück, obwohl dieser Regierung nicht nur eine Reihe engagierter Katholiken, sondern auch vier Ordenspriester angehören.

Viel härter als der Konflikt zwischen Kirchenführung und Staat wird jedoch der politische Konflikt innerkirchlich ausgetragen. Zuerst forderte die nikaraguanische Bischofskonferenz die Priesterminister auf, entweder aus der Regierung auszuscheiden oder ihr Priesteramt niederzulegen.² Es folgten eine Reihe von Strafversetzungen prosandinistischer Pfarrer, was immer wieder zu Protestaktionen der betroffenen Kirchengemeinden führte.

Papstvotum gegen die „Kirche des Volkes“

Die Konflikte innerhalb der Kirche Nikaraguas führten bereits 1981 zur Einschaltung des Vatikans, wo es allerdings Meinungsunterschiede zwischen Kardinalstaatssekretär Casaroli und dem Lateinamerikareferenten Kardinal Baggio (der im Vatikan die Geschäfte des reaktionären Präsidenten des Lateinamerikanischen Bischofsrates, Erzbischof Lopez Trujillo, besorgt) gab. Ein Jahr lang konnte jedoch Casaroli seine Linie des Kompromisses durchsetzen, wodurch auch die drohende Zwangslaisierung der Priesterminister verhindert werden konnte.

Erst Ende Juni d.J. griff der Papst persönlich in den Konflikt ein: In einem Brief an die nikaraguanischen Katholiken stellte er sich klar auf die Seite des Erzbischofs, verurteilte die „Kirche des Volkes“ und warf erneut die Frage der Priesterminister auf („Nicht in irgendeiner politischen Funktion, sondern zu ihrem priesterlichen Dienst will das Volk sie bei sich sehen“). Damit hatte Johannes Paul II. die inner-vatikanischen Differenzen zwischen Casaroli und Baggio ebenfalls entschieden – gegen seinen Staatssekretär und für den Lobbyisten des reaktionären, streng antikommunistischen Flügels der lateinamerikanischen Kirche.

Da nach einem Bericht der Pax Christi International vom Januar d.J. rund 90% der Katholiken Nikaraguas auf Seiten der Sandinistas stehen, wird auch nach der Entscheidung des Papstes für den antisandinistischen Erzbischof der politische Konflikt innerhalb der Kirche Nikaraguas weitergehen, ja sich sogar noch verschärfen.

Wenn man von der Kirche El Salvadors spricht, so muß man zuerst den Namen eines der außergewöhnlichsten Kirchenführer der lateinamerikanischen Kirchengeschichte nennen: Erzbischof Oscar Arnulfo Romero. Er wurde Anfang 1977 als der konservativste unter drei möglichen Kandidaten vom Vatikan – und mit ausdrücklicher Zustimmung des Diktators Romero – zum Erzbischof von San Salvador ernannt. Doch bereits einen Monat nach seiner Amtseinführung leitete die Ermordung eines engen Mitarbeiters (Pater Rutilio Grande) einen tiefgreifenden Sinneswandel bei ihm ein.

Während seiner nur dreijährigen Amtszeit wandte er sich immer stärker den Volksorganisationen zu, bis er wenige Monate vor seiner Ermordung ausdrücklich vom Recht des Volkes auf einen bewaffneten Aufstand sprach. Romero, der in seinen Predigten immer wieder die Verbrechen zuerst der „alten“ Diktatur des Generals Romero und später der christdemokratisch-militärischen Junta Napoleon Duarte anklagte und die Unterstützung der Vereinigten Staaten für dieses Regime verurteilte, mahnte die damals noch zersplitterten Volksorganisationen immer wieder zur Einheit.³

Seine Ermordung am 24. März 1980 war wahrscheinlich ein wichtiges Moment, das den Einigungsprozeß beschleunigt



Tomas Borge

Die Revolutionsfeinde Nikaraguas sind keine wirklichen Christen

Es ist gut, sich zu fragen, welches das Verhältnis zwischen der Kirche und dem neuen Staat ist und sein soll...

Somoza hielt die kirchliche Hierarchie an, die Interessen der Ausbeuterklassen zu verteidigen; Somoza hatte keine Skrupel, die heiligsten religiösen Gefühle für die Unterwerfung der Arbeiter zu instrumentalisieren. Der Somozismus erreichte in manchen Fällen seinen Vorsatz. Der Gründer der Dynastie wurde sogar „Fürst der Kirche“ genannt, und oft aßen die vornehmsten Kriminellen des Regimes an einem Tisch mit den höchsten Vertretern der katholischen Kirche und tranken mit ihnen auf ihr gemeinsames Wohl.

Andererseits gab es viele Priester, die sich nicht dem Somozismus anschlossen, sondern sich konsequent auf die Seite ihres Volkes stellten, während andere Priester militärische Dienstgrade vorzeigten und nicht zögerten, Kapläne in einer Armee zu werden, die sich durch die systematische Verletzung aller Gebote und Normen der christlichen Moral auszeichnete...

Religiöse Freiheit heißt nicht das goldene Kalb anzubeten

Die Revolution garantiert die religiöse Freiheit, was bedeutet, daß diejenigen, die gegen die religiöse Freiheit handeln, eine konterrevolutionäre Position einnehmen. Ebenso wie diejenigen, die die Gewissensfreiheit im allgemeinen angreifen, eine konterrevolutionäre Haltung einnehmen...

In unserem Land besteht völlige Freiheit des Gottesdienstes, jedoch nicht die Freiheit, das goldene Kalb anzubeten. In Nicaragua besteht Freiheit zu beten, zur Messe zu gehen und die schönen Gebote der christlichen Moral zu erfüllen. Aber es kann keine Freiheit für Verschwörung geben, es kann keine Freiheit geben, um Verbindungen mit dem nordamerikanischen Geheimdienst zu unterhalten und von diesem Honorare zu empfangen; es kann keine Freiheit geben, um das religiöse Empfinden unseres Volkes gegen die Interessen unseres Volkes zu mißbrauchen; es kann keine Freiheit für Aberglauben, Fetischismus und Hexerei geben, die bezwecken, daß die Ausbeuterklassen die Macht zurückerhalten.

Wie könnten wir so verantwortungslos, unpatriotisch und dumm sein, und denen Freiheit zugestehen, die unserem Volk sagen, daß es eine Sünde ist, das Vaterland zu verteidigen und der Flagge und der Nationalhymne die Ehre zu erweisen? Wir hätten völlig unsere historische Perspektive verloren, wenn wir nicht gegen die Erfindungen und Schauer geschichten vorgehen würden, die im Namen Christi und der Jungfrau Maria Wasser auf die Mühlen der Konterrevolution schütten.

In diesen Tagen, in denen das Leiden des Volkes sehr groß war, aber nicht so groß wie sein Vertrauen und sein Optimismus, sind wir in vielen Orten des Landes Zeugen geworden, welchen perversen und kriminellen Einfluß einige religiöse Sekten auf viele Einwohner ausüben.

Ich selbst habe miterlebt, wie von der Unwetterkatastrophe betroffene Bewohner sich weigerten, ihre von den Fluten bedrohten Häuser zu verlassen, weil ihre religiösen Führer ihnen gesagt hatten, daß dies alles der Wille Gottes sei, daß Gott sie schützen würde, und daß sie die Hilfe der Sandinistas nicht nötig hätten. Es gab Fälle, in denen Leute sich weigerten, medizinische Versorgung zu erhalten, weil sie dies für eine Sünde hielten und weil die Sandinistas „Werk-

zeug des Teufels“ seien. In einigen Kirchen wurde sogar angedeutet, daß die Naturkatastrophe eine Strafe Gottes sei für unsere Revolution.

Natürlich sind die, die diese Arbeit leisten, keine wirklichen Christen. Ich glaube eher, sie sind Antichristen. Sie sind Träger einer dem Christentum fremden Philosophie. Es sind die, die die herkömmliche Caritas predigen, die die wirkliche Natur der christlichen Caritas entstellt haben.

Caritas bedeutet vom Begriff her Liebe, aber die Caritas, die sie uns predigen, ist die Caritas der Almosen und Brotstücke; es ist die Caritas der Nacatamales (Maispasteten; d. Red.) am Wochenende; die Caritas, dem Hungernden zu essen zu geben, um seinen Hunger zu nähren; die Caritas der eleganten Dame, die ihre frischgemalte Hand ausstreckt, um ein Geldstück am Kirchenportal zu geben; die Caritas der Mächtigen, die angesichts der Katastrophe zur Gründung von lokalen Hilfsgruppen aufrufen und in ihren Reihen einige Decken und abgelegte Kleidungsstücke sammeln; die Caritas derjenigen, die ein paar Konservenbüchsen spenden, die bedeutend weniger wert sind als die Anzeige, die sie darüber in der Zeitung inserieren.

Es ist letztlich die Caritas derer, die abseits von den Anstrengungen des Volkes und seiner Organisationen stehen und in der Stunde des Unglücks Almosen geben...

Der Samariter ist heute das Symbol unseres Volkes. Er praktizierte die wirkliche christliche Caritas. Die ersten Christen begriffen den Nächsten als das, was für uns der „compañero“ (Genosse, Kamerad; d. Red.) ist.

Dies brachte sie dazu, nicht abzugeben, was übrig war, sondern in christlicher Nächstenliebe ihre Habe zu teilen. Ich glaube, in Nicaragua haben die Christen heute den echten Sinn der Caritas wiederentdeckt.

Die Protagonisten der alten Caritas, der Caritas mit der sie unser Bewußtsein entstellen wollten, sind die Wortführer einer Theologie des Todes. Denn was auch immer man im Namen der Revolution oder sonstiger Prinzipien sagt, es trägt nur zum Elend und Hunger unserer Völker bei, wenn es an der Seite der Ausbeuter gesagt wird. Elend und Hunger, die den frühzeitigen Tod von Millionen Menschen bedeuten; Elend und Hunger, die die Rebellion der Unterdrückten und die Gewalttätigkeit der Unterdrücker provoziert haben...

Der Theologie des Todes haben die echten Christen die Theologie der Wiederauferstehung entgegengesetzt. Aber soweit ich verstanden habe, nicht die Auferstehung der Toten, sondern die Auferstehung der Lebenden. Ihr glaubt, daß die Auferstehung aus dem Grab nicht nur bedeutet, zum Leben zurückzukehren, sondern auch verwandelt wiedergeboren zu werden. Deshalb ist der Punkt der Berührung oder besser gesagt der Integration zwischen dem Christentum der Befreiung und der Revolution das Projekt der nationalen Befreiung, denn dies ist nichts anderes als das Projekt des Lebens...

Ein unglückliches Dasein kann kein Leben sein. Die Ausbeutung und ihre Folgen, Hunger und Elend, gleichen eher dem Tod als dem Leben.

(Quelle: SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr 36/17.-23.7.1982, S. 14-15)

hat. Drei Wochen später wurde die Demokratische Front, die dann in die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) umgewandelt wurde, gegründet.

Viele der engsten Mitarbeiter O. Arnulfo Romeros waren aktiv an der Gründung der FDR beteiligt, die in diesem Akt bewußt die Erfüllung des Vermächtnisses des ermordeten Erzbischofs sahen. Die Basisgemeinden des Landes, die nach wie vor nur O. Arnulfo Romero als ihren Bischof anerkennen, gründeten die Koordination der Volkskirche Oscar Arnulfo Romero (CONIP), die ebenfalls Bestandteil der FDR ist.

Es kann also überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß die Mehrheit der Christen El Salvadors heute auf Seiten der FDR und der gemeinsamen Guerillaorganisation FMLN steht. Dies gilt sogar für die Mehrheit der Mitglieder der ehemaligen christdemokratischen Partei, die sich z.T. schon in den Monaten vor der Ermordung Romeros, in größerer Zahl aber als deren Folge von der kleinen Führungsgruppe um den damaligen Juntachef Duarte losgesagt hat.⁴

El Salvador: Das Vermächtnis Erzbischof Romeros

Die Bischöfe des Landes (mit einer Ausnahme) stehen jedoch weiterhin voll auf der Seite der Junta. Sie hatten schon in der Vergangenheit immer gegen Erzbischof Romero gekämpft, waren dann sogar seinem Begräbnis ferngeblieben und haben ein Jahr nach dessen Ermordung in einem gemeinsamen Hirtenbrief davon gesprochen, daß O. Arnulfo Romero „von den Jesuiten zur Politik verführt“ worden sei. Zwei Bischöfe hatten Ende 1980 sogar die Armee gerufen, um von verfolgten Bauern besetzte Kirchen gewaltsam zu räumen.

Die Tatsache, daß es dabei Dutzende Tode und „Verschwundene“ gab, konnte die Bischöfe nicht einmal zu einem Wort des Bedauerns bewegen. Uneingeschränkte Unterstützung erhalten diese Bischöfe dabei vom Apostolischen Nuntius, dem Botschafter des Vatikans in San Salvador.

Die bereits erwähnte Ausnahme unter den Bischöfen ist der als Nachfolger Romeros eingesetzte Apostolische Administrator von San Salvador, Bischof Rivera y Damas. Er ist persönlich stark mit der Führungsgruppe der Christdemokraten verbunden, versuchte aber immer, eine „Position der Mitte“ einzunehmen, d.h. die „Gewalt von rechts und links“ gleichzeitig zu verurteilen.

Rivera y Damas hat sich aber in den letzten beiden Jahren immer mehr von den Mitarbeitern O. Arnulfo Romeros getrennt und sogar das vom früheren Erzbischof gegründete Rechtshilfebüro aufgelöst (wegen „Einseitigkeit“). Die Trennung von den Romero-Mitarbeitern schwächte aber letztlich auch die Position Bischof Riveras, so daß er bei gemeinsamen Erklärungen des Episkopats immer wieder dem Druck der anderen Bischöfe nachgeben mußte, wie z.B. beim Aufruf der Bischöfe, die Beteiligung an den Scheinwahlen im März d.J. sei „Christenpflicht“.

So gibt es heute in El Salvador de facto eine gesplante Kirche: auf der einen Seite die Bischöfe, die zwar gute Beziehungen zu den Herrschenden haben, aber im Volk keinerlei Autorität genießen; auf der anderen Seite die „Kirche des Volkes“, die Teil des Befreiungskampfes ist, teilweise im Untergrund wirkt und von den Militärs ebenso brutal verfolgt wird wie die nichtchristlichen Bundesgenossen.

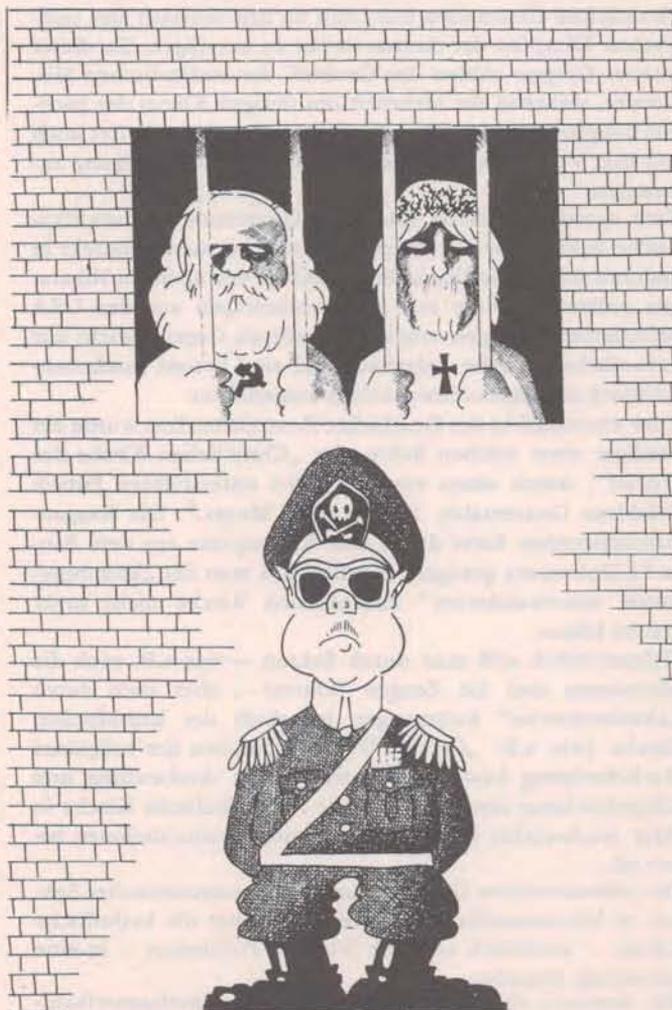
Es ist hervorzuheben, daß der Beitrag der Ordensgeistlichen (vor allem der Jesuiten) und der Ordensschwestern zur „Kirche des Volkes“ besonders groß ist. Und schließlich gibt es in der „Mitte“ Bischof Rivera mit einer Minderheit des Klerus und von Mittelschicht-Christen, die zur Versöhnung aufrufen und beide Seiten zur Einstellung der Gewalt auffordern.

In Guatemala gibt es die in der Kirchengeschichte einmalige Situation, daß sich eine Diözese selbst aufgelöst hat. Der Hintergrund dafür ist die besondere Betonung der Indianer-Pastoral in der katholischen Kirche des Landes. Zwar geht es dabei gar nicht um eine Politisierung, aber doch um ein Ernstnehmen der Urbevölkerung und um die Vermittlung von Selbstbewußtsein. In der hauptsächlich von Indianern bewohnten Diözese Quiché kam es deswegen zu einem schweren Konflikt zwischen dem zum Großteil aus ausländischen Missionaren bestehenden Klerus und den Militärs.

Seit 1979 wurden zahlreiche Priester und Laienkatecheten ermordet, mehrere Missionare des Landes verwiesen und Anschläge auf Kirchen und kirchliche Einrichtungen verübt. Aufgrund dieser Situation beschloß der Diözesanbischof, Mgr. Gerardi, der zugleich Präsident der guatemalteckischen Bischofskonferenz war, im Juni 1980 gemeinsam mit seinen Priestern, die pastorale Arbeit in der Diözese einzustellen. Der Bischof selbst verließ unter Protest das Land, um in Rom vor der Bischofssynode über die Situation in seinem Land zu berichten. Als er anschließend nach Guatemala zurückkehren wollte, wurde ihm von den Behörden die Einreise verweigert. Seitdem lebt der Präsident der guatemalteckischen Bischofskonferenz im Exil in Kostarika.

In seiner Diözese Quiché selbst existiert seither eine Katakombenkirche, d.h. daß es nur noch kirchliche Tätigkeit im Untergrund gibt. Die Armee versucht, diese Tätigkeit zu unterbinden, und ermordet wahllos Personen, die der Mitarbeit in dieser Untergrundkirche verdächtigt werden (schon der Besitz einer Bibel genügt als „Beweis“).

Ähnliche Tendenzen gibt es auch in anderen hauptsächlich von Indianern bewohnten Diözesen. Das Militär versucht, die Indianer-Pastoral der katholischen Kirche mit allen Mitteln zu unterbinden, so daß man hier mit Fug und Recht



von einer offiziellen Kirchenverfolgung sprechen kann. Ganz anders ist hingegen die Stellung der katholischen Amtskirche in der Hauptstadt Guatemala-Stadt. Der dortige Kardinal Casariego ist ein enger Verbündeter der Oligarchie und der Militärs und genießt außerdem die volle Unterstützung des Apostolischen Nuntius. Die übrigen Bischöfe des Landes haben sich jedoch geweigert, den Kardinal als Vorsitzenden der Bischofskonferenz zu akzeptieren und sie geben auch ihre gemeinsamen Hirtenbriefe grundsätzlich ohne Zustimmung des Kardinals heraus. Im letzten Hirtenbrief vom Mai d.J. sprachen sie z.B. ausdrücklich von einer Situation des „Genozid“, die in Guatemala herrsche, wobei sie allerdings die Gewalt von rechts und links verurteilten.

„Kirche des Volkes“ – Teil der Befreiungsbewegung

Der Mittelamerika-Bericht von Pax Christi International spricht von drei Tendenzen in der katholischen Kirche Guatemalas:

1. „die Kirche des Kardinals“, die die Gläubigen auffordert, jede Autorität als von Gott kommend zu akzeptieren. Es ist dies die Kirche der Oligarchie und des Militärs, die sowohl von den anderen Bischöfen wie auch vom Volk abgelehnt wird, allerdings jedoch die Unterstützung des Vertreters des Vatikans in Guatemala genießt;
2. die „pastorale Kirche“, der fast alle Bischöfe und auch ein großer Teil der Gläubigen angehören. Diese Kirche lehnt ein direktes politisches Engagement ab, setzt sich aber für die Bewußtseinsbildung der Indianer und für soziale Angelegenheiten der armen Bauern ein. Sie wendet sich gegen die staatliche Repression, will aber auch mit der „Gewalt“ der Guerilla nichts zu tun haben;
3. die „Kirche der Armen“, die es für eine Aufgabe der christlichen Gemeinden hält, sich an den sozialen und politischen Kämpfen der Armen direkt zu beteiligen. Zu dieser letzten Gruppe zählen der Großteil der ausländischen Missionare, während die Mehrheit des übrigen Klerus der zweiten Gruppe angehört. Die „Kirche der Armen“ arbeitet auch mit den Volksorganisationen und der Guerillabewegung zusammen.

Eine spezifische Rolle spielen in Guatemala nordamerikanische Sekten, die allerdings in letzter Zeit auch verstärkt in anderen mittelamerikanischen Ländern vor allem in Nicaragua auftreten. Diese mit Millionenbeträgen aus den USA geförderten Gruppen werden bewußt als Gegengewicht zur katholischen Kirche aufgebaut und sind betont fundamentalistisch und antikommunistisch ausgerichtet.

Zum erstenmal in der Geschichte Zentralamerikas wurde ein Prediger einer solchen Sekte, der „Christlichen Kirche des Wortes“, durch einen von den USA unterstützten Putsch Präsident Guatemalas: Efraim Rios Montt.⁵ Die Reagan-Administration hatte damit eine Konsequenz aus dem Santa-Fé-Dokument gezogen, nämlich daß man der „kommunistisch unterwanderten“ katholischen Kirche nicht mehr trauen könne.

Offensichtlich will man durch Sekten – wie z.B. auch die Mormonen und die Zeugen Jehovas –, aber auch durch „charismatische“ Strömungen innerhalb der katholischen Kirche (wie z.B. „Cursillo“) jene Funktion der religiösen Rechtfertigung bzw. Verschleierung von Ausbeutung und Unterdrückung neu aufbauen, die die katholische Kirche in ihrer wachsenden Mehrheit nicht mehr wahrzunehmen bereit ist.

Die offensichtliche Unterstützung antikommunistischer Sekten in Mittelamerika durch die USA bringt die katholische Kirche – zusätzlich zu ihren internen Problemen – in eine schwierige Situation.

Die Antwort, die vom Vatikan und vom Lateinamerikani-

schen Bischofsrat (CELAM) auf diese neue Herausforderung gegeben wird, geht bisher eher in die Richtung, daß die katholische Kirche das Vertrauen der Machthaber nicht verlieren darf. Deshalb genießen reaktionäre Strömungen (die teilweise im „charismatischen“ Gewand auftreten) die besondere Förderung des Vatikans und des CELAM.

Um den Antikommunismus unter Beweis zu stellen, wurde außerdem Nicaragua zum wichtigsten „Schlachtfeld“ des Kampfes zwischen Religion und Atheismus, zwischen Christentum und Kommunismus ausgewählt. Durch die Bekämpfung der Sandinistas wollen der Vatikan und der CELAM das Vertrauen der USA und der lateinamerikanischen Rechtsdiktaturen wiedergewinnen bzw. behalten. Dies bedingt jedoch auch die kompromißlose Bekämpfung revolutionärer Tendenzen in der Kirche selbst.

Die „Kirche des Volkes“, die christlichen Basisgemeinden, haben indessen eine andere Konsequenz gezogen. Für sie ist die Unterstützung Nicaraguas als des „ersten befreiten Territoriums“ in Mittelamerika sowie das Engagement im Befreiungskampf El Salvadors und Guatemalas gegen den Imperialismus und die einheimischen Oligarchien eine unbedingte Voraussetzung für die Verwirklichung des Christentums unter den Bedingungen Mittelamerikas. Sie betrachten sich dabei selbst nicht nur als Bündnispartner, sondern als untrennbaren, integralen Bestandteil der Befreiungsbewegung, die heute keine andere Wahl als den bewaffneten Kampf hat.

Die Fronten des Befreiungskampfes in Zentralamerika gehen also auch quer durch die Kirchen. Insofern hat das Komitee von Santa Fé recht, wenn es den Kampf gegen die „Theologie der Befreiung“ zu einem entscheidenden Faktor der Lateinamerikapolitik der USA erklärt hat. In diesem Kampf haben die USA im Vatikan und im Lateinamerikanischen Bischofsrat wichtige Bündnispartner gefunden. Doch auch die revolutionären Christen haben ihre Bündnispartner: nämlich alle antiimperialistischen Kräfte in der Welt.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Das Santa-Fé-Dokument wurde im Mai 1980 verfaßt und in deutscher Sprache in vollem Wortlaut veröffentlicht vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK, Mainzer Landstr. 15, 6 Frankfurt 1), 48 Seiten, 3 DM.
- 2) Die vier attackierten Priesterminister Ernesto und Fernando Cardenal, Miguel d'Escoto und Edgar Parrales bekräftigten in einer gemeinsamen Erklärung im Juni 1981 ihre Treue zur sandinistischen Volksrevolution und „zum Willen Gottes“. Wortlaut in: AIB 9/1981, S.17
- 3) Dieser rasche Radikalisierungsprozeß des Erzbischofs Romero ist nachgezeichnet bei O. Erdozain, San Romero de America. Das Volk hat dich heilig gesprochen, Wuppertal 1981
- 4) Zur Herausbildung und Entwicklung von FDR, FMLN und der salvadorianischen Christdemokratie siehe: El Salvador. AIB-Sonderheft 3/1982, S. 32-48
- 5) Eine Einschätzung der Montt-Diktatur findet sich in: AIB 9/1982, S. 16-19

4. Jahrgang von Nicaragua Aktuell

MITTELAMERIKA
MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR NICARAGUA, EL SALVADOR UND MITTELAMERIKA

Erscheint alle sechs Wochen. Enthält Berichte und Analysen zu Mittelamerika, Termine und Nachrichten aus der Solidaritätsbewegung. Es tritt für die Rechte der Völker Mittelamerikas ein und unterstützt ihren Kampf um Freiheit und Demokratie.

Ich bestelle:
 ... Abo(s) MITTELAMERIKA MAGAZIN, 6. Seite, 75.00 DM
 ... Solidaritätsabo(s), 20.00 DM

Name:
 Anschrift:
 Datum, Unterschrift:

Ausfüllen und senden an:
 MAGAZIN VERLAG,
 Königsweg 7
 2300 Kiel 1

100 Jahre deutscher Kolonialverein

Ein respektables Stück Allee in Frankfurt trägt den Namen des früheren Oberbürgermeisters der Stadt, von Miquel. Die ortsüblichen Adenauerstraßen, -brücken usw. sind kaum zu zählen. Was beide verbindet: ihre aktive Mitwirkung im Deutschen Kolonialverein (DKV), der vor 100 Jahren, am 6. Dezember 1882, gegründet wurde.

Der DKV bildete zunächst ein Sammelbecken mehrerer kleiner Propagandazirkel. Rasch entwickelte er sich jedoch zum bedeutendsten Organ des deutschen Kolonialismus, mit einem Mitgliederhöchststand von 42.000 zu Beginn des 1. Weltkrieges.

Die maßgebliche Rolle spielten freilich sehr bald Repräsentanten der Industrie und der großen Banken. Dies schlug sich schon im Gründungsauftrag nieder, der auf Initiative von Miquels zustande kam. Neben seiner trug er die Unterschriften z.B. des kleinbürgerlichen Erbauungsschriftstellers Gustav Freytag, aber auch des mächtigen Saar-Industriellen R. Stumm sowie des Mitbegründers des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Henri A. Bueck.

Nach der Eroberung der ersten Kolonien 1884 verstärkte der DKV seine Bemühungen zur Verbreitung des „Kolonialgedankens“.

Er organisierte über seine zahlreichen lokalen Gruppen Vorträge und Ausstellungen und warb durch sein Verbandsorgan – ab 1883 die „Deutsche Kolonialzeitung“. Mit diesen Methoden begleitete der DKV seine Politik der Eingaben und Forderungen an Reichstag und -regierung, mit beachtlichen Erfolgen. So ging die Gründung der Deutschen Ostafrika-Linie 1887 auf den Druck des DKV zurück.

Ebenfalls 1887 beschlossen DKV und die 1884 gegründete Gesellschaft für deutsche Kolonisation ihre Vereinigung zur Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG). Prominente Ausschußmitglieder des neuen Verbandes waren neben H.A. Bueck der Hamburger Reeder Adolf Woermann (zugleich Aufsichtsrat der Disconto-Gesellschaft-Bank), Wilhelm Fürst zu Wied (1898 erster Präsident des Deutschen Flottenvereins) und Major Eduard Liebert (später Vorsitzender des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie).

Zu den Aktivitäten der DKG gehörte auch die Finanzierung von „Expeditionen“. In ihren Rahmen wurden auch den kolonialen Interessen dienliche Wissenschaften (z.B. Völkerkunde und Tropenhygiene) eingespannt – was die anfallenden Forschungsergebnisse abwertete.

Propaganda für „Schutzgebiete“ und Flottenbau

Auch die Volksschulen wurden zum Agitationsziel. Sozialdemokratische Wählerfolge bewegte die DKG zu der Forderung, „daß das Interesse der Arbeiterschaft an der Fortentwicklung der Schutzgebiete in volkstümlichen Aufsätzen ... dargelegt werde“.

Eine der ersten Expeditionen rüstete noch die Gesellschaft von 1884 aus. Es war die des Abenteurers Carl Peters, der durch betrügerische Verträge große Teile der späteren Kolonie Deutsch-Ostafrika „erwarb“. 1889 erreichte die DKG, daß der Reichstag 2 Mio Mark für die Truppe des Majors Hermann Wissmann bewilligte, die mordend und plündernd durch Ostafrika zog. Weitreichende Ansprüche wurden in Bezug auf Togo, Kamerun und Südwestafrika formuliert und mit der Gründung von diversen Komitees, „Syndikaten“ usw. unterstützt.

Es lag nahe, daß die DKG sich auch für die Flottenbaupolitik einsetzte, um weitere Annexionen vorantreiben und Aufstände niederschlagen zu können. Z.B. erhielten alle deutschen Landräte eine Broschüre mit dem Titel „Bitter not tut uns eine starke deutsche Flotte“ als Beilage für ihre Kreisblätter.

Der 1. Weltkrieg (1914-18) brachte für die DKG auf dem Höhepunkt ihres Einflusses ein unerfreuliches Resultat: den sofortigen Verlust aller Kolonien. Sie stellte sich daher zwei Aufgaben: Hilfe für die an der Rückkehr nach Übersee gehinderten Siedler und Kolonialbeamten sowie die Formulierung von Kriegszielen.

Auf diesem Gebiet kannte ihre Maßlosigkeit keine Grenzen. 1916 sahen sich die Behörden sogar veranlaßt, die Veröffentlichung von „Leitsätzen“ der DKG zu unterbinden, die nicht mehr und nicht weniger enthielten als die Forderung eines „Großdeutschland“ nebst einem Kolonialreich, dem „Afrika allein ... nicht genügen“ konnte. Noch im Frühjahr 1918 übermittelte die DKG dem Kolonialamt einen Forderungskatalog, der die fast völlige Annexion Afrikas vorsah. Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus ging es in dieser Manier weiter. Der von der DKG im Rahmen ihrer Revisionsforderungen propagierte Großmachtchauvinismus und ihr Herrenmen-



Deutsche „Schutztruppe“ im Heretokrieg 1904-07

schenswahn korrespondierten dabei mit Strömungen ähnlicher Art – der Weg war vorgezeichnet.

Aus taktischen Gründen wurde die Forderung nach Rückgabe der Kolonien, die von den Siegermächten in Völkerbund-Mandate umgewandelt worden waren, zunächst nur verdeckt vorgetragen. Konrad Adenauer, 1932 Vizepräsident der DKG: „Man sollte meines Erachtens zunächst das Kolonial-Mandat anstreben, um wenigstens einen Schritt weiterzukommen, darüber aber das Ziel, eigene Kolonien frei zu besitzen, niemals aus dem Auge lassen.“

Der Vormarsch der Reaktion Ende der 20er Jahre führte bald zum Verzicht auf alle Zurückhaltung. Die Zusammenarbeit mit den Rechtsparteien hatte sich gedeihlich entwickelt. 1925 hatte sich zudem eine Koloniale Vereinigung des Reichstages gebildet, der außer der KPD Abgeordnete aller Fraktionen (einschließlich der SPD) angehörten.

Im Mai 1930 formulierten die DKG und Vertreter des Kapitals ein Programm, demzufolge Deutschland unbedingt den Wiedererwerb von Kolonien anstreben müsse. An der dazu abgehaltenen Konferenz nahmen neben dem DKG-Präsidiumsmitglied H. Schnee u.a. der Hamburger Reeder A.H. Amsinck (Woermann-Linie und Deutsche Ostafrika-Linie), J. Kiehl (Deutsche Bank) und L. Kastl (Reichsverband der Deutschen Industrie) teil.

Diese Forderungen des extremen Flügels des deutschen Imperialismus ließen sich ohne größere Probleme mit denen der faschistischen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) vereinbaren. Deren Machtergreifung begrüßte die DKG folgerichtig mit den Worten: „Damit ist auch endlich die Stunde der Deutschen Kolonialgesellschaft gekommen.“ Es folgte die Gleichschaltung aller kolonialistischen Interessengruppen im sog. Reichskolonialbund – sein erster „Bundesführer“: H. Schnee.

Neue Kriegsziele wurden anvisiert – und auch sie mit dem Sieg über den Faschismus begraben. Das heißt, nicht ganz.

1961 wählte in Stuttgart eine Gesellschaft für togolesisch-deutsche Zusammenarbeit zu ihrem Ehrenvorsitzenden einen Bundesverdienstkreuzträger namens Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg. Der Mann war Programm: 1908 war er Leiter des Verbandes „Kolonialkriegerdank“ geworden, der mit der DKG engstens zusammenarbeitete, 1912 Gouverneur von Togo.

Ein guter Bekannter des Herzogs, Dr. Kurt Weigelt, 1947 noch von einem US-Militärgericht zu zwei Jahren Haft verurteilt, gelangte 1953 an die Spitze der Gesellschaft für Luftfahrtbedarf, Vorläuferin des Bundesunternehmens Lufthansa. Vor 1945 hatte er im Namen der Deutschen Bank Kriegszielpläne geschmiedet und im Verwaltungsrat der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (DOAG) gesessen, einer nach Gesetz von 1924 „Kolonialgesellschaft“.

Ein guter Freund Weigelts aus „großer Zeit“, Dr. Gustav Strohm, avancierte unter Bundeskanzler Adenauer zum Botschafter in Südafrika. Im Präsidium einer kurzlebigen Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft trafen sich in den 50er Jahren K. Weigelt und der Adelsproß aus Mecklenburg. Von Kolonien freilich sprach man nicht mehr so offen. Immerhin: Ihren Titel und Sonderstatus als „Kolonialgesellschaft“ verlor die DOAG (wie rund 20 weitere Firmen) durch Bundesgesetz erst 1975. Ihr Verwaltungsratsvorsitzender hieß Kai-Uwe von Hassel (CDU), Vizepräsident des deutschen Bundestages.

J. Ostrowsky

Friedensbewegung



Nach zwei zentralen Großaktionen – der Düsseldorfer Friedensdemonstration anlässlich des Katholikentages am 5. September d.J. mit 50.000 Teilnehmern und dem Bochumer Festival „Künstler für den Frieden“ am 11.9.1982 mit 250.000 Besuchern – traf sich die Friedensbewegung der Bundesrepublik am 9./10. Oktober d.J. zu ihrer 2. Aktionskonferenz in Köln.

Die über 700 Vertreter von Friedensinitiativen und -organisationen machten ihren Willen deutlich, die Stationierung der neuen US-Atomraketen 1983 politisch undurchführbar zu machen. Die Unterschriften unter den Krefelder Appell übersteigen bereits 3 Mio, eine gute Voraussetzung, diese Aktion 1983 zum Volksentscheid gegen die Raketen zu machen. Auch und gerade angesichts der neuen Bonner Rechtskoalition soll soviel politischer Druck entwickelt werden, daß die Raketenstationierung verhindert wird. Dafür zeichnet sich für den Rest dieses Jahres und für 1983 eine umfangreiche Aktionsperspektive ab:

Unterstützt werden die DGB-Demonstrationen am 23.10., 30.10. und 6.11.1982, die Friedenswochen der Aktion Sühnezeichen vom 7.-17.11.1982 sowie vielfältige örtliche Aktionen am 12. Dezember 1982 aus Anlaß des 3. Jahrestages des Brüsseler NATO-Raketenbeschlusses, darunter auch Aktionen an den potentiellen Raketenstandorten. 1983 geht es dann weiter mit Großdemonstrationen aus Anlaß des 50. Jahrestages der faschistischen Machtergreifung am 30. Januar, den Ostermärschen, dem 1. Mai, dem Festival der Jugend (Pfingsten), dem Evangelischen Kirchentag, dem Hiroshima-Tag am 6. August und dem Antikriegstag am 1.9.1983. In einer – möglichst mit der US-Friedensbewegung koordinierten – Großaktion im Herbst 1983, deren Form und Datum noch nicht genau festgelegt sind, soll dann das gesamte politische Gewicht der Friedensbewegung national zusammengefaßt und in die Waagschale geworfen werden.

Bei den bevorstehenden Friedensaktionen soll stärker als bisher der Zusammenhang von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Hochrüstung zum Ausdruck gebracht werden. Die Dritte-Welt-Gruppen und Solidaritätskomitees, die bereits in der Vorbereitung der Bonner Demonstration vom 10.6.1982 zusammengearbeitet haben (BUKO, Infostellen El Salvador, Nicaragua und Guatemala, ASK und Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba), wollen darüber hinaus in möglichst viele Friedensaktionen ihre Themen einbringen und so den engen Zusammenhang zwischen der aggressiven Hochrüstungspolitik in Westeuropa und der expansiven Politik des Imperialismus in der Dritten Welt deutlich machen.

BUKO

Zu ihrer 1. Aktionswoche ruft die Pharma-Kampagne des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) für den 29. November bis 4. Dezember 1982 auf. Bundesweit sollen sich Gruppen mit dem Thema „Pharmaindustrie und Dritte Welt“ auseinandersetzen und nach Möglichkeit Aktionen in der Öffentlichkeit durchführen. Eine Materialliste zu diesem Thema kann bei der Geschäftsstelle der BUKO-Pharma-Kampagne (c/o Dritte Welt Haus, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1) angefordert werden. Die Geschäftsstelle vermittelt auch „alternative Pharmaberater“ und Referenten für die Aktionswoche.

Vietnamhilfe

2,5 Mio DM hat die Hilfsaktion Vietnam für ihr Projekt Nähfadelfabrik Ha Dong nach Vietnam überwiesen. Damit sind 2/3 des 5-Mio-DM-Projekts finanziert. Nach ihrer Fertigstellung wird die Fabrik 45 Mio Handnähadeln und 55 Mio Maschinennadeln pro Jahr produzieren. Dies gewährleistet die Versorgung der vielen Nähstuben und kleinen Handwerksbetriebe sowie der 10 Mio Haushalte in einem Land, in dem noch fast alle Dinge des

täglichen Bedarfs manuell gefertigt werden müssen.

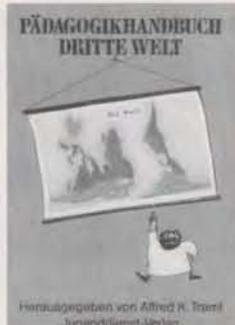
Spenden an: Hilfsaktion Vietnam e.V., Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf 1, Konto PschA Essen Nr. 900 40-430.

Südafrika-Aktionshilfen

Eine Dokumentation über „Daimlers Rüstung für Südafrika“ hat die Stuttgarter Lokalgruppe der Anti-Apartheid-Bewegung herausgebracht (61 S., 2,50 DM zuzüglich Porto). Die Broschüre stellt exemplarisch die Verstrickung des Daimler-Benz-Konzerns in die bundesdeutschen Rüstungsexporte nach Südafrika dar. (Bezugsadresse: AAB Stuttgart, c/o Annerose Heidle, Adlerstr. 12, 7057 Leutenbach 2).

Wer noch einen Wandschmuck für das nächste Jahr sucht, dem sei ein Kalender zum Thema „Apartheid – Nein Danke!“ empfohlen, der über die Geschäftsstelle der AAB (Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1) zum Preis von 12 DM bezogen werden kann. Der Kalender besteht aus sechs vierfarbigen und sieben schwarzweißen Plakatdrucken im Format DIN A 3.

Buchtips: Kalender und Handbücher zur Dritten Welt



Für das kommende Jahr gibt es erstmals einen Dritte-Welt-Kalender. Hrsg. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE), Lamuv-Verlag, Bornheim 1982, 256 Seiten, 8,50 DM.

Seinen spezifischen Charakter gewinnt der Kalender dadurch, daß etwa 1/3 des Umfangs wichtige Informationen zur Lage der Kinder in der Dritten Welt enthalten, die Vorstellung entsprechender Projekte und Aktionsmöglichkeiten inbegriffen. Daran schließt sich ein Adressenverzeichnis von Solidaritätsgruppen, Informationsstellen usw. in der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreich an. Die Zusammenstellung und das sich jährlich ändernde Schwerpunktthema entsprechen der Absicht der Herausgeber, auch Personen, die sich bisher noch nicht mit der Dritten Welt befaßt haben, an dieses Thema heranzuführen.

Zwei neue Handbücher erleichtern die Bildungs- und Solidaritätsarbeit zur Dritten Welt:

Pädagogik-Handbuch Dritte Welt, hrsg. von

Alfred K. Tremel, Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1982, 208 Seiten, 14,80 DM.

Das Nachschlagewerk versucht eingangs eine theoretische Strukturierung der Dritte-Welt-Pädagogik, stellt dann über 300 Unterrichtsmaterialien im weitesten Sinne vor und bewertet sie. Das gleiche geschieht mit über 90 Titeln didaktischer Literatur zum Thema Dritte Welt.

Sehr nützlich für die Planung und Durchführung von Solidaritätsaktionen ist das Aktionshandbuch Dritte Welt. Hrsg. BUKO, Action Formation de Cadres – Solidarité Tiers-Monde (A.F.C. – S.T.M., Luxemburg), Arbeitsgruppe für entwicklungspolitische Information und Bildung (agib, Schweiz) und ÖIE, Magazin-Verlag und Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1982, 216 Seiten, 7,80 DM.

In jetzt schon sechster, erweiterter Auflage bringt es vor allem Aktionserfahrungen und Aktionstips, beschreibt es Beispielfälle. Es stellt ferner Medien und Materialien vor und bringt nicht zuletzt das umfangreichste Adressenverzeichnis von Dritte-Welt-Läden, Solidaritätsgruppen, Informationsstellen, Zeitschriften u.a.m.

Südafrika: neue Todesurteile

Zu dringenden Aktionen für die Rettung des Lebens der am 6. August 1982 vom Obersten Gerichtshof in Pretoria zum Tode verurteilten Freiheitskämpfer, der „Moroka Drei“ (Simon Mogoerane, Marcus Motaung, Jerry Mosololi) und der bereits im August 1981 zum Tode verurteilten „Sasol Drei“ (Johannes Shabangu, Anthony B. Tsotsobe, David Moise) hat der Afrikanische Nationalkongress (ANC) Südafrikas aufgerufen.

Der ANC fordert u.a. dazu auf, in Briefen an den südafrikanischen Staatspräsidenten und Premierminister (Union Buildings, Pretoria, South Africa) die Forderung nach Begnadigung der sechs Verurteilten und nach ihrer Anerkennung als Kriegsgefangene gemäß der Genfer Konvention zu erheben, sowie die Bundesregierung dazu aufzufordern, in diesem Sinne in Südafrika diplomatisch zu intervenieren.

Entsprechende Unterschriftenlisten und Musterflugblätter können bei der Anti-Apartheid-Bewegung (Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1) bezogen werden.

El Salvador: Verschleppte

23 Lehrerinnen und Lehrer der Schule „Bundesrepublik Deutschland“ in San Salvador wurden Mitte August d.J. von Sicherheitskräften verhaftet und verschleppt. Unter ihnen befinden sich die Rektorin und fünf Exekutivratsmitglieder der Lehrgewerkschaft ANDES. Ihnen wird „subversive Tätigkeit“ angelastet. Da in den letzten zwei Jahren rund 200 Lehrer ermordet bzw. verschleppt und wiederholt Bombenanschläge auf die Zentrale von ANDES durchgeführt wurden, besteht für die 23 Verhafteten Lebensgefahr.

In der zweiten Augushälfte d.J. verschleppt wurden ferner – bei Sondierungsgesprächen über den Austausch von Kriegsgefangenen – das Mitglied des Exekutivkomitees der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR), Saul Villalta, und der Repräsentant der salvadorianischen Menschenrechtskommission, Fernando Perdomo. Zu einer internationalen Kampagne zur Freilassung Saul Villaltas und der anderen rund 500 politischen Gefangenen hat die FDR/FMLN aufgerufen. Protestschreiben sind zu richten an: Präsident Alvaro Magana, Casa Presidencial, San Salvador, El Salvador.



Libanon-Demonstration in Bonn am 25. 9. 1982

Chile

Am 4.9.1982 waren die Howaldts-Werke-Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel Ziel einer Protestaktion gegen den Bau von U-Booten für die faschistische Junta in Chile. Mitglieder des Kieler Arbeitskreises Chile-Solidarität segelten in das Werftgelände und besetzten vorübergehend die Schwimmdocks, in denen die U-Boote gebaut werden.

In einem Flugblatt informierte der Arbeitskreis über die Absichten der Aktion: Ihr Protest richte sich gegen jede Unterstützung des faschistischen Pinochet-Regimes, gegen ein Regime, „dessen Waffenkäufe mit dem Hunger der chilenischen Kinder bezahlt werden.“ Mit weiteren Solidaritätsaktivitäten will sich der Kieler Chile-Arbeitskreis der für Anfang 1983 geplanten Auslieferung der U-Boote widersetzen.

Libanon/Palästina-Solidarität

Zu der bislang größten bundesdeutschen Demonstration gegen die israelische Kriegsführung kamen rund 10.000 Menschen am 25. September d.J. in Bonn zusammen. Ihre zentrale Losung: „Israelis raus aus dem Libanon!“

Initiatoren waren das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), die Jungsozialisten und die Palästinenservereine in der Bundesrepublik. Zu den Rednern der Abschlusssprechung auf dem Münsterplatz gehörten Abdallah Frangi (PLO-Vertreter in Bonn), Sahib Mohammed (Sprecher der Libanesischen Nationalbewegung), der jüdische Schriftsteller Erich Fried und der SPD-Europaparlamentsabgeordnete Dieter Schinzel.

In der Abschlusserklärung der Bonner Manifestation verurteilten die Teilnehmer den Libanonkrieg und die Massaker von Sabra und Shatila als Kriegsverbrechen der Regierung Begin. Sie stellten fest, „daß all dies nicht möglich gewesen wäre ohne Waffen und Rückendeckung“ Washingtons. Sie forderten den unverzüglichen Abzug Israels aus Westbeirut, dem gesamten Libanon und allen besetzten Gebieten. Sie erklärten sich solidarisch mit dem Kampf der PLO und der Libanesischen Nationalbewegung.

In der Abschlusserklärung finden sich weiter die Forderungen an die Bundesregierung „nach unverzüglicher Anerkennung der PLO als der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes, nach Sanktionsmaßnahmen gegen die israelische Aggressions- und Annexionspolitik. Die Verleumdungen all jener, die die Unverfrorenheit besitzen, unsere Aktionen und unser Engagement als „neuen Antisemitismus“ zu diffamieren, weisen wir entschieden zurück. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Solidarität mit der Antikriegsbewegung in Israel selbst und auch darauf, daß gerade wir es sind, die in der Vergangenheit wie heute gegen Antisemitismus, Apartheid, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit aller alten und neuen Nazis auf die Straße gehen.“

Das ASK hat im übrigen im August/September d.J. eine Postkartenaktion für die Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung gestartet. Das Komitee ruft dazu auf, Postkartenvordrucke packenweise zu bestellen und Unterschriften zu sammeln. Anschrift: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt



4/82

Schwerpunkt:
INTERNATIONALES
GESUNDHEITSWESEN

Europa und
3. Welt + + + +



5/82

Schwerpunkt: Alternative Medizin:
- Perspektive der Gesundheitsläden
- Chinesische Medizin, Ende einer Utopie
- Anthroposophische Hochschule Herdecke

6/82

Schwerpunkt: Alte Menschen –
ausgedient und abgeschoben.

bitte ausschneiden und senden an:

Redaktion Demokratisches Gesundheitswesen
Postfach 101 041, 4100 Dulsburg 1

Ich abonniere ab Heft _____ die Zweimonatszeitschrift „DEMOKRATISCHES GESUNDHEITSWESEN“ zum Heftpreis von 4,- DM zuzüglich 0,50 DM Versandkosten. Ich möchte ein Probeheft (nur gegen Beilage von 1,- DM Rückporto). Ich möchte Eure Zeitschrift weiterverbreiten. Bitte sendet mir weitere _____ Exemplare Eures Werbefaltblattes. Bitte sendet mir ab Heft _____ von jedem neuen Heft je _____ Exemplare zum Weiterverkauf in Kommission (ab 5. Heft 20% Preisnachlaß).

Bitte sendet mir _____ Aufkleber „Pharma-Werbung – nein danke“ (nur gegen Beilage von Geld oder Scheck).

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Absender: _____ Datum: _____

(möglichst mit Beruf und Telefon) Unterschrift _____

Argentinien

Dem nach der Niederlage im Krieg um die Malwinen (vgl. AIB 9/1982, S. 30-31) immer lauter gewordenen Ruf nach Demokratisierung hat die Regierung des Generals Bignone im August d.J. mehrfach Rechnung getragen. Dies betrifft zum einen die Zusage an die Gewerkschaften, Gesetze abzuschaffen, welche Streiks und Arbeitsniederlegungen mit Gefängnisstrafen bedrohen. Entgegenkommen mußte Reynaldo Bignone u.a. auch der Forderung, den gesetzlichen Mindestlohn zu verdoppeln.

Zum anderen verkündete R. Bigone Ende August d.J. ein neues Parteienstatut, welches die Parteien – unter Einschluß der kommunistischen Partei – mit Einschränkungen legalisiert: Im Hinblick auf die für März 1984 zugesagten Wahlen können sich solche Parteien als nationale konstituieren, die über 35.000 Mitglieder verfügen.

Unterdessen mehren sich die Forderungen nach weitergehenden Maßnahmen seitens der Regierung. So forderten Mitte September d.J. 30.000 Menschen auf einer Demonstration der Gewerkschaft CGT die Freilassung aller politischen Gefangenen, Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit und die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Anfang Oktober d.J. forderten 7.000 Menschen auf einer verbotenen Demonstration die Regierung auf, ihr seit 1976 anhaltendes Schweigen über die 15.000 Verschwundenen endlich zu brechen.

Mexiko

In seiner alljährlichen Botschaft an die Nation verkündete der scheidende mexikanische Präsident José Lopez Portillo am 1. September 1982 die Verstaatlichung aller Privatbanken des Landes. Gleichzeitig wurde eine staatliche Devisenkontrolle eingeführt, um eine weitere Kapitalflucht zu verhindern.

Diese Maßnahmen sind vor dem Hintergrund der faktischen Zahlungsunfähigkeit Mexikos zu sehen, die Ende August d.J. zu einer dreimonatigen Stundung der mexikanischen Rückzahlungsverpflichtungen durch internationale Banken geführt hatte (siehe AIB 10/1982, S.46). Die Verstaatlichung der Banken hat jedoch eine weitergehende Bedeutung, da sie dem Staat beträchtliche Interventionsmöglichkeiten in die nationale Wirtschaft verschafft. Sie wird in ihrer Bedeutung deshalb mit der Nationalisierung der ausländischen Ölgesellschaften im Jahre 1938 verglichen.

Die mexikanische Linke hat die Verstaatlichung begrüßt, nimmt jedoch angesichts einer für dieses Jahr erwarteten Inflationsrate von 100% bei nur mäßigen Lohnerhöhungen Kurs auf die eigenständige Formierung in einem Nationalen Komitee zur Verteidigung der Volkswirtschaft. Ein entsprechender Aufruf ist am 8. September d.J. veröffentlicht worden. Er ist unterzeichnet von der Vereinigten Sozialistischen Partei Mexikos (PSUM), der Mexikanischen Partei der Arbeiter (PMT), der Sozialdemokratischen Partei (PSD), der Revolutionären Partei der Arbeiter (PRT) sowie wichtigen Massenorganisationen, darunter der Unabhängigen Zentrale der Landarbeiter und Bauern und der Authentischen Front der Arbeiter.

El Salvador



Guerilla in El Salvador, derzeit wieder in der Offensive

In den Reihen der salvadorianischen Regierungsparteien traten im August/September d.J. Differenzen zutage. Sie verschärfte sich, da der Regierung Magaña ihre Linie der militärischen Ausrottung der Opposition unter Streichung aller Reformvorhaben (Landreform!) keine Positionsgewinne gegenüber der Guerilla eintrug (Verteidigungsminister Garcia bezifferte die Verluste seiner Armee im Zeitraum Juli 1981 bis Juni 1982 auf 3.657 Tote und Verwundete), und da zunehmend auch Mitglieder der Christdemokratischen Partei (PDC) zu den Mordopfern des Repressionsapparates gehören.

PDC-Vizeerziehungsminister Roberto Serrano legte Anfang September d.J. sein Amt nieder und der PDC-Vorsitzende Rey Prendes drohte den Austritt aller Christdemokraten aus der Koalitionsregierung (siehe AIB 7-8/1982, S.36) für den Fall an, daß die Repressalien der Sicherheitskräfte nicht aufhörten. Selbst Ex-Juntapresident J. Napoleon Duarte plädierte inzwischen für einen Rückzug aus der Regierung, wohingegen PDC-Außenminister Fidel Chavez Mena den Gegenpol in der Parteiführung bildet.

FMLN/FDR-Repräsentant Ruben Zamora appellierte auf einer Auslandsreise im August/September d.J. an die Christdemokratie, die Demokratische Aktion, die katholische Kirche und andere nichtfaschistische Kräfte, unverzüglich in Gespräche und einen Verhandlungsprozeß einzutreten. R. Zamora stellte eine FDR-Plattform vor, die Punkte einer möglichen Übereinstimmung für die ersten Gesprächsrunden enthält, so u.a.: die Freilassung politischer Gefangener, Zugang auch der Opposition zu den Massenmedien und Bewegungsfreiheit der Oppositionsvertreter im Inland, Wiederöffnung der Nationaluniversität, Fortführung der Reformen.

Guatemala

Am 15. September 1982 wurde in Guatemala ein Staatsrat gebildet, der an die Stelle des von der Militärdiktatur aufgelösten Kongresses treten und ein neues Wahlrecht ausarbeiten soll. Seine Funktion soll freilich auf die Beratung der Regierung beschränkt bleiben. Die Beschlußfassung will sich Putschpräsident Rios Montt vorbehalten.

Die zur Mitarbeit aufgeforderten vier Rechtsparteien verweigerten jede Mitwirkung, da das Regime mit diesem Staatsrat nicht anstrebe, zu einem verfassungsgemäßen System zurückzukehren. Vielmehr benutze er ihn bloß

als „Fassade“, um „sich im Ausland demokratisch darzustellen“. Insbesondere benötigt die Reagan-Administration für die Rechtfertigung der Wiederaufnahme ihrer Militärhilfe an Guatemala Anzeichen einer demokratischen Öffnung und Verbesserung der Menschenrechtslage. Immerhin wurden seit Rios Montts Machtantritt im März 1982 (siehe AIB 9/1982, S. 16-19) vom Sicherheitsapparat über 5.000 Menschen ermordet und rund 1 Mio durch die Politik der „verbrannten Erde“ heimatlos gemacht.

Panama

General Rubén D. Paredes bleibt der starke Mann Panamas. Trotz der Widerstände seitens der Linken und von Teilen der Nationalgarde (voran seitens des Chefs des militärischen Geheimdienstes, Manuel A. Moriega) gelang es ihm mit Hilfe der Mehrheit des Oberkommandos, die turnusgemäße Niederlegung seiner Funktionen zum 11.9.1982 abzuwenden. R.D. Paredes hat folglich weiterhin das Oberkommando der Nationalgarde inne.

US-General W. Nutting, Oberkommandierender der in der Panamakanalzone stationierten US-Truppen, beglückwünschte seinen persönlichen Freund als „Wächter über Frieden und Stabilität in der Region“. Der erwies sich als würdig und zitierte umgehend eine hochkarätige kubanische Parteidelegation herbei, um sie vor ernsthaften Konsequenzen zu warnen, falls Kuba weiterhin den sowjetischen Einfluß in der Region erhalten helfe. Zudem habe Kuba für eine Reduzierung der nikaraguanischen Streitkräfte zu sorgen, denn deren Stärke sei der Grund des Wettrüstens in der Region.

Honduras

Am 17. September d.J. besetzten 12 Guerilleros der Volksbewegung der Befreiung (MPL) Cinchonero (siehe AIB 10/1982, S.15) die Industrie- und Handelskammer von San Pedro Sula und nahmen 107 führende Vertreter der honduranischen Bourgeoisie sowie den Wirtschafts- und Finanzminister als Geiseln. Sie forderten die „Befreiung von 70 politischen Gefangenen, das Ende der Repression gegen die Volksorganisationen, die Ausweisung der amerikanischen, israelischen, argentinischen und chilenischen Militärberater aus Honduras.“ Außerdem verlangten sie „die Beendigung der Intervention der honduranischen Armee in El Salvador und die Ausweisung der nach Honduras geflüchteten Gruppen ehemaliger Somozisten“.

Die Guerilleros, denen bereits im letzten Jahr durch eine Flugzeugentführung die Freilassung von 13 politischen Gefangenen in El Salvador und Honduras geglückt war, konnten am 25. September d.J. mit dem einzigen freigelassenen politischen Gefangenen nach Kuba abfliegen. Hauptziel der Aktion, die von den Cinchoneros als erfolgreich bezeichnet wurde, war es einen propagandistischen Effekt zu erzielen. Die Presse berichtete breit über das Verschwinden politischer Gefangener, die Rolle Honduras' im Rahmen der US-Interventionspolitik und zitierte einige Geiseln, die von der humanen Behandlung durch die Guerilleros schwärmten.

Kostarika-Nikaragua

Kostarikas rechtssozialdemokratische Regierung Monge ist dabei, das Land in eine zweite Aufmarschbasis gegen die sandinistische Volksrevolution zu verwandeln. Angesichts der tiefen Wirtschaftskrise Kostarikas (4 Mrd Dollar Auslandsverschuldung, Inflation um 100%, 20% Arbeitslose usw.) erhofft sich Präsident Luis Alberto Monge Heilung von einem stärkeren Einstieg in die regionale Militärstrategie der USA. Die Reagan-Administration hatte im Sommer 1982 eine Erhöhung ihrer Wirtschaftshilfe an die Bedingung geknüpft, Kostarika müsse endlich ein stehendes Heer aufbauen und gegen die nikaraguanische „Bedrohung“ agieren. Über Ausbildungs- und Rüstungshilfen verhandelt man nun u.a. mit Israel, Südkorea und der Bundesrepublik.

Mitte September d.J. gründeten in der kostarikanischen Hauptstadt San José vier bewaffnete Oppositionsgruppen Nikaraguas eine sog. Demokratisch-Revolutionäre Allianz (ARDE), die sich zur „demokratischen Errettung Nikaraguas“ durch den Sturz der Sandinistaführung anschicken will. ARDE, das die ehemaligen Somozagardisten nicht einschließt (sie operieren von Honduras aus), wohl aber die Bewegungen des Exsandinisten Eden Pastora und des Unternehmers Alfonso Robelo, genießt nicht nur politische Rücken-deckung seitens der Regierung Monge. Sie unterhält nach eigenen Angaben bereits über 10 Trainingslager und hinreichende „Sicherheitswohnungen“, um unverzüglich zu Guerillaaktivitäten in den Grenzgebieten zu benachbarten Nikaragua übergehen zu können. Noch im September d.J. wurden bei derartigen Aktivitäten kostarikanische Sicherheitskräfte (4 Landwehrsoldaten und 1-offizier) festgenommen.

Hongkong

Auf ihrer zweiwöchigen Asienreise (mit Staatsbesuchen in Japan, der VR China und Hongkong) traf die britische Premierministerin Margaret Thatcher am 23. September d.J. zu Gesprächen über den zukünftigen Status der Kronkolonie Hongkong mit Premier Zhao Ziyang und Deng Xiaoping zusammen. Anlaß hierzu gab die zunehmende Unruhe über die ungewisse Zukunft Hongkongs in Unternehmungskreisen.

Der 1898 mit China geschlossene Pachtvertrag über die „New Territories“ (Insel Hongkong, Halbinsel Kowloon, Gebiete auf dem chinesischen Festland u.a.) ist bis 1997 befristet. Doch verlautete unlängst aus Peking, an eine „Wiedervereinigung“ mit Hongkong sei auch vor Ablauf des Vertrages zu denken.

In den September-Gesprächen sicherte man M. Thatcher zwar die Aufrechterhaltung der Eigentumsverhältnisse und Stabilität in Hongkong zu (es steuert immerhin 1/3 aller Deviseneinnahmen der VR China bei), aber schon Tage darauf ließ das chinesische Außenministerium verlauten: „Die Verträge ... sind ungleiche Verträge, die vom chinesischen Volk nie akzeptiert worden sind. Chinas konsequente Position ist die, daß das gesamte Hongkong zurücklangt wird, sobald die Bedingungen dafür reif sind.“ (Newsweek, 11.10.1982)

China

Auf dem 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), der vom 1.-14. September 1982 in Peking tagte, wählten die 1.600 Delegierten nicht nur ein neues Zentralkomitee (ZK), sondern auch ein neugeschaffenes Organ der Parteispitze, die Zentrale Beratungskommission (sog. Weisenrat). Ihr führender Kopf ist Deng Xiaoping, der überdies zu den sechs Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros gehört. Mao Zedongs Günstling und Nachfolger als KPCh-Vorsitzender Hua Guofeng, ist hingegen nicht mehr vertreten. Mit Hu Yaobang, zuletzt Vorsitzender, wurde Deng Xiaopings Vertrauter zum Generalsekretär des ZK gewählt. In einer Statutenänderung wurde das Amt des Vorsitzenden abgeschafft.

Im Rechenschaftsbericht des ZK konstatierte Hu Yaobang – neben einigen Erfolgen – „ernsthafte Rückschläge“ der Partei seit Ende der 50er Jahre (siehe dazu: AIB 5/1979, S. 4-12). Er verwies auf die in den letzten Jahren eingeleitete Umwälzung auf ideologischem Gebiet, wobei es gegolten habe „die Fesseln des Dogmatismus und des Personenkultes ... (zu) zerschlagen“. Insbesondere hätten die ultralinken Fehler während der „Kulturrevolution“ (Phase 1965-69) beträchtlichen Schaden angerichtet.

Ein neuer Akzent wurde ferner damit gesetzt, daß die Politik der „Öffnung“ gegenüber dem kapitalistischen Lager und der „Liberalisierung“ künftig eher abgeschwächt werden soll. „Im Zusammenhang mit der Öffnung nach außen ist es notwendig, wachsam gegen Zersetzung durch bürgerliches Gedankengut zu sein und sich ihr hart zu widersetzen sowie die Anbetung ausländischer Dinge und das Kriechen vor Ausländern zu bekämpfen... Ohne sozialistische geistige Kultur wird der Aufbau des Sozialismus in Frage stehen.“ So der Rechenschaftsbericht.

Außerdem deutete dieser 12. KPCh-Parteitag ein Abrücken vom extremen Antisowjetismus der 70er Jahre an. Im Bericht Hu Yaobangs

fehlt der Vorwurf des „Sozialimperialismus“ bzw. „Revisionismus“ gegenüber der UdSSR und wird eine Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen nicht mehr ausgeschlossen. Was bleibt, ist die Bezeichnung des „Hegemonismus“, die man gleichermaßen an die Adresse der Sowjetunion wie der USA richtet. Immerhin ein Trend, der ein Abgehen Pekings von der extrem proimperialistischen Außenpolitik der 70er Jahre (siehe AIB 4/1979, S. 9ff.) zu signalisieren scheint. Weiterhin keinerlei Anzeichen für eine Revision des bisherigen Kurses der VR China gibt es allerdings in Sachen Indochina/Vietnam.

Tschad

Am 4. September d.J. mußte der Führer der Streitkräfte des Tschad (FAT), Abdelkader Kamougué, nach Kamerun fliehen. Oppositionellen Kräften innerhalb der FAT war es nach wochenlangen Kämpfen mit Unterstützung der Truppen Hissène Habrés (FAN) gelungen, die gegenüber A. Kamougué loyalen Truppen der FAT zu besiegen.

Damit ist es H. Habré, der bereits am 7.6.1982 die Hauptstadt N'Djamena erobert hatte, gelungen, seine Macht über den ganzen Tschad auszudehnen (siehe auch: AIB 7-8/1982, S. 82 und AIB 10/1982, S.47).

Mittlerweile hat der von Abba Siddick geführte Teil der Nationalen Befreiungsfront des Tschad (Frolinat) erklärt, alle Vorbereitungsmaßnahmen für eine Wiederaufnahme des Krieges gegen die neuen Machthaber getroffen zu haben.

Weltbank/Weltwährungsfonds

Vor dem Hintergrund der internationalen Verschuldungskrise, die durch die mexikanische Zahlungsunfähigkeit in der zweiten Augushälfte d.J. (siehe AIB 10/1982, S.46) offenkundig geworden war, tagte vom 6.-9. September 1982 in Toronto/Kanada die 37. Jahreskonferenz des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank.

Im Mittelpunkt der Diskussion der Finanzminister und Notenbankpräsidenten aus 146 Mitgliedsländern stand die von den Entwicklungsländern vorgetragene Forderung nach Erhöhung der Einlagequoten des IMF von jetzt 67 Mrd Dollar um mindestens 100%. Auf diese Weise soll das internationale öffentliche Finanzierungsvolumen gewaltig aufgestockt werden, um den Trend zur immer größeren Verschuldung der Entwicklungsländer am privaten Kapitalmarkt aufzufangen. Während die US-Delegation keinerlei Notwendigkeit für die Ausweitung des Finanzierungsvolumens sah, plädierten Frankreich und Japan für eine Aufstockung um 100%, die Bundesrepublik und Großbritannien für einen 50%-Zusatz. US-Finanzminister Donald Regan schlug in Toronto stattdessen die Bildung eines Sonder- und Notstandsfonds vor, aus dem bei Bedarf (wie im Falle Mexikos) internationale Krisenmaßnahmen finanziert werden sollten, selbstverständlich unter strenger Anwendung der bisherigen IMF-Auflagenpolitik. Wahrscheinlich wird es jetzt im April 1983 zu einer gemäßigten Aufstockung des IMF-Kapitals (unter 50%) kommen.



KPCh-Generalsekretär Hu Yaobang



H. Kohls „menschliche“ Ausländerfeindlichkeit

Heute vormittag habe ich drei Stunden auf dem Hamburger Ausländeramt Schlange gestanden, um für meine Tochter, die gerade 16 Jahre alt geworden ist, eine Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis zu beantragen. Wir mußten eine Schulbescheinigung vorlegen, die Schulzeugnisse der letzten beiden Jahre und eine Meldebestätigung und haben dennoch nur eine Verlängerung der Aufenthaltsberechtigung um genau ein Vierteljahr, bis zum 10. Januar 1983, bekommen.

Meine Tochter ist keine Türkin, sie ist Amerikanerin, Afroamerikanerin, lebt seit fünf Jahren in der Bundesrepublik, spricht fließend Deutsch, besucht ein Hamburger Gymnasium, und ich bin, obwohl ich nicht ihr leiblicher Vater bin, mit ihrer Mutter legal verheiratet — und dennoch wurde ihr die Aufenthaltsberechtigung nur um schäbige drei Monate verlängert.

Alle Vierteljahre müssen wir jetzt brav zum Ausländeramt pilgern und geduldig um das Recht meiner Frau und unserer Tochter zu bleiben anstehen. Nicht auszudenken, wieviel mehr Mühe und Schwierigkeiten wir hätten, wenn ein Teil unserer Familie aus der Türkei käme, aus Pakistan, Indonesien, Ghana oder Peru.

Kein Zweifel: Herr Kohl ist gerade zehn Tage im Amt des Bundeskanzlers, zehn Tage, die die Welt nicht erschüttert haben, aber auf den Ausländerbehörden ist sein Geist, ist der neue Wind von rechts schon zu spüren.

„Auf menschliche Weise“, so hat der neue Kanzler wenige Stunden nach der Amtsübernahme verlauten lassen, will die CDU-Regierung bei uns „die Zahl der Ausländer im Lande reduzieren“; sie denke vor allem an Prämien, um „die Rückkehrbereitschaft der Ausländer“ zu fördern. „Menschlich“ in Helmut Kohls Worten heißt demnach „auf gut kapitalistische Weise“: erst will man es mit guten Worten versuchen, dann mit Geld, und wenn Geld und gute Worte nichts fruchten, wird man es mit sanfter Gewalt versuchen. An Konzentrationslager ist vorerst nicht gedacht.

Die seit zwei Jahren systematisch und nicht nur von rechts geschürte Ausländerfeindlichkeit droht jetzt zum politischen Programm der Regierung zu werden, Scheißhausparolen wie „Ausländer raus“ finden Eingang in die amtlichen Planungen.

Die Gefahr erkennen!

Wachsamkeit ist geboten. Die Ausländerfeindlichkeit ist das Feld, auf dem sich die Neonazis derzeit eine neue Massenbasis erhoffen. Ihre Hoffnungen sind nicht auf Sand gebaut. Sie werden sich schneller erfüllen als wir denken, wenn wir die Gefahr nicht erkennen.

Wir brauchen dringend demokratische Alternativen, Bündnisse und Aktionen gegen die Schlammlut ausländerfeindlicher und rassistischer Ergüsse. Was wir aktuell brauchen, ist eine breite Bewegung für Völkerfreundschaft und internationale Solidarität.

Wir brauchen Freundschaftsinitiativen an allen Orten, wir müssen vor allem in den Gewerkschaften aktiv, aktiver werden, um zu verhindern, daß der Fremdenhaß die multinationale Arbeiterbewegung unseres Landes spaltet und entsolidarisiert. Wir müssen die Friedensbewegung dadurch ergänzen und stärken, daß wir allen Versuchen entgegenreten, unter den verschiedenen nationalen Gruppierungen unseres Vielvölkerstaates Unfrieden zu stiften und durch neue rassistische Feindbilder die Aggressionsbereitschaft noch mehr zu schüren.



P. Schütt beim Übermalen ausländerfeindlicher Parolen

Die Chancen für eine demokratische und von Deutschen und Ausländern gemeinsam getragene Gegenoffensive gegen die Fremdenfeindlichkeit stehen gar nicht schlecht. Es gibt, noch weit verstreut und vereinzelt, bemerkenswerte Ansätze, die darauf warten, zu einer allgemeinen Bürgerrechtsbewegung für Gleichberechtigung und Freundschaft zusammengefaßt zu werden.

Ich nenne nur die gemeinsame Erklärung des DGB und der Kirchen zum rassistischen „Heidelberger Manifest“; ich verweise auf die Aktionswochen der bundesdeutschen terre-des-hommes-Gruppen gegen die Ausländerfeindlichkeit im Herbst 1982 und erinnere an die Demonstration von mehr als 10.000 deutschen und ausländischen Bürgern Hamburgs gegen die Kandidatur der neofaschistischen „Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung“ zu den Bürgerstiftungswahlen in der Hansestadt.

Der massenhafte Protest zeigte durchaus Wirkung: Hatten die Neonazis in Kiel drei Monate früher mit ihrer Anti-Ausländer-Liste noch fast 4% der Stimmen erhalten, blieb ihr Anteil in Hamburg trotz massiver Werbung unter 0,7%.

Ich selber bin aktiv in der Deutsch-Ausländischen Freundschaftsinitiative (DAFI) in Hamburg-Nord. Wir feiern zusammen Feste, besuchen uns gegenseitig in unseren Wohnungen und sind überall dort zur Stelle, wo an Häuserwänden, Litfaßsäulen und Plakatafeln ausländerfeindliche Parolen auftauchen. Wir übermalen sie am helllichten Tage, in aller Öffentlichkeit, verteilen dazu aufklärende Flugblätter und diskutieren mit allen Leuten, die uns bei unserer Dreckarbeit zuschauen.

Unsere Aktionen sind nicht ohne Resonanz geblieben. Gerade höre ich, daß eine multinationale Schulklasse spätabends in ihrem Stadtteil auf eigene Faust unterwegs gewesen ist und allein in Hamburg-Barmbek 103 ausländerfeindliche Sprüche auf einmal übermalt hat: ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Peter Schütt